

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

1. Jahrgang 1959 • Preis 2,- DM

4

Das systematische und umfassende Werk über den dialektischen und historischen Materialismus ist erschienen:

Grundlagen der marxistischen Philosophie

Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Institut für Philosophie

740 Seiten • Halblederin 9,60 DM

„Die Herausgabe der ‚Grundlagen der marxistischen Philosophie‘ in deutscher Sprache wird für uns ein wichtiges Ereignis sein und unseren Propagandisten, Parteifunktionären und Wissenschaftlern eine große, unschätzbare Hilfe in der tieferen Aneignung und Darlegung der Weltanschauung der Arbeiterklasse geben. Es wird unsere Diskussion über den dialektischen und historischen Materialismus beleben helfen und uns Wege weisen, wie wir besser und überzeugender die philosophische Arbeit in den Dienst des sozialistischen Aufbaus in unserer Republik stellen können.

Auf jeden Fall hat die internationale Literatur über den dialektischen und historischen Materialismus eine große Bereicherung erfahren; und man kann allen unseren Lesern versichern, daß sie es nicht bereuen werden, wenn sie zu diesem Buch greifen, um darin auf viele Fragen eine klare Antwort zu finden.“

Einheit, Heft 4/59

Unsere Bücher erhalten Sie in jeder Volksbuchhandlung, durch „Interbuch“, Zentrale Versandbuchhandlung für sozialistische Literatur, Leipzig C 1, Postfach 259, sowie durch den „Buchdienst“, Versandbuchhandlung des Berliner Volksbuchhandels, Berlin O 17,

Rungestraße 20



DIETZ VERLAG BERLIN C 2

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus
beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
Redaktion: Berlin N 54, Wilhelm-Pieck-Str. 1, Telefon: 20 05 81 | App. 4119

I N H A L T

Thesen des Politbüros des ZK zum 10. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik	663
<i>Rolf Stöckigt</i> : Die Übereinstimmung der Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik mit den Interessen der westdeutschen Bevölkerung im Kampf gegen den deutschen Militarismus	689
<i>Hans Busse</i> : Der Kampf der Kommunistischen Partei Deutschlands an der Spitze der demokratischen und patriotischen Kräfte in Westdeutschland gegen die Errichtung des westdeutschen Separatstaates (Juni 1948 bis Herbst 1949)	702
Rosa Luxemburg im Kampf gegen den preußisch-deutschen Militarismus	732
Erinnerungen	
<i>Richard Gyptner</i> : Aktivisten der ersten Stunde	745
<i>J. D. Stassowa</i> : Erinnerungen	752
Dokumente und Materialien	
<i>Heinrich Gemkow</i> : Zwei Briefe Friedrich Engels' an Franz Mehring....	756
<i>Fredi Sumpf / Eckhard Trümpler</i> : Dokumente des proletarischen Internationalismus zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik	760
<i>Oda Schulze</i> : Es geht um Abraum!	779
<i>Karl-Heinz Hädicke / Gerhard Nitzsche</i> : Appell Thälmanns an alle Kommunisten	790
<i>Edith Zorn</i> : Die Kommunistische Partei Frankreichs — Initiator der Résistance. Zu kürzlich aufgefundenen Gestapo-Dokumenten	792

Wissenschaftliche Mitteilungen und Notizen

- Heinz Voßke: Über die Teilnahme deutscher Arbeiter und Soldaten an der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und am Bürgerkrieg in Sowjetrußland 1918 bis 1920 804

Aus der Arbeit der Kommissionen für die Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung

- Die einheitlich handelnde deutsche Arbeiterklasse kann den Militarismus besiegen. Zur Vorbereitung des 40. Jahrestages der Niederschlagung des Kapp-Putsches (Stefan Weber) 814
- Ein wertvolles Dokument zur Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterjugendbewegung (Rolf Otte) 827

Berichte und Bemerkungen

- Über die Tätigkeit des Instituts für Parteigeschichte beim Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (Teodor Ladyka) 832
- Fünf Jahre Museum für Geschichte der Leipziger Arbeiterbewegung (Karl Wiegel) 836
- Bericht über die Veröffentlichungen des Instituts für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED im Jahre 1959 und der Publikationsplan für 1960 (Fritz Zimmermann) 839

Kritik und Bibliographie

- Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Band 1, Mai 1945 — April 1946 (Stefan Doernberg) 843
- Wir sind die Kraft (Fritz Zimmermann) 849
- Werner Imig: Streik bei Mansfeld 1930 (Günter John) 853
- Mohr/Hühns: Einführung in die Heimatgeschichte (R. F. Schmiedt) 860
- Gerhard Schilfert: Deutschland von 1648 bis 1789 (Heinz Heitzer) 867

Thesen des Politbüros des ZK zum 10. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

Am 7. Oktober begeht die Bevölkerung der DDR zusammen mit allen friedliebenden und patriotischen Kräften in Westdeutschland den 10. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Mit neuen großartigen Produktionsleistungen und Taten der Wissenschaft und Kunst feiern die Bürger der DDR diesen Tag als einen Tag des Sieges der Arbeiterklasse und aller friedliebenden Kräfte unseres Volkes, erfüllt von Stolz auf die historischen Errungenschaften unserer jungen Republik. Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik war ein Wendepunkt in der Geschichte Europas. Erstmals in der Geschichte entstand auf deutschem Boden eine Staatsmacht der Arbeiter und Bauern, ein friedliebender, wahrhaft demokratischer deutscher Staat.

Die Deutsche Demokratische Republik ist das Ergebnis des mehr als sechzigjährigen Kampfes der deutschen Arbeiterklasse und aller anderen friedliebenden und patriotischen Kräfte gegen den räuberischen deutschen Imperialismus und Militarismus. In ihr verkörpern sich die Erfahrungen des jahrhundertelangen Kampfes des deutschen Volkes gegen Ausbeutung und Unterdrückung. In ihr verwirklichen sich die weltverändernden Ideen der genialen Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, der größten Söhne des deutschen Volkes, Karl Marx und Friedrich Engels, wurde das Vermächtnis August Bebel, Wilhelm Liebknechts, Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs, Ernst Thälmanns, Rudolf Breitscheids, das Streben der heldenhaften Kämpfer der Novemberrevolution 1918 und des Widerstandes gegen die Hitler-Barbarei nach einer von Ausbeutung und Unterdrückung freien Gesellschaft lebendige gesellschaftliche Tat.

Die Deutsche Demokratische Republik ist heute unwiderrufliche Realität. Die großartigen schöpferischen Leistungen der Arbeiter, der Bauern und der Intelligenz, die gemeinsame Arbeit aller Schichten der Bevölkerung im sozialistischen Aufbau und der enge Zusammenschluß mit den Ländern des sozialistischen Lagers, vor allem der mächtigen Sowjetunion, haben unsere Republik zur festen, unerschütterlichen Bastion aller friedliebenden und patriotischen Kräfte ganz Deutschlands im Kampfe um die Erhaltung des Friedens und die Schaffung eines friedliebenden, demokratischen, einheitlichen deutschen Staates ge-

macht. Sie hat dem ganzen deutschen Volke den geschichtlichen Weg in eine Zukunft des Friedens und der Völkerfreundschaft, der Freiheit und des Wohlstandes eröffnet.

I.

Der welthistorische Sieg der Sowjetunion und der mit ihr in der Antihitlerkoalition verbündeten Völker über den Hitler-Faschismus im zweiten Weltkrieg leitete eine geschichtliche Wende im Befreiungskampf der deutschen Arbeiterklasse und des ganzen deutschen Volkes ein. Der deutsche Imperialismus und Militarismus hatten gesetzmäßig eine Niederlage erlitten und lagen zerschmettert am Boden. Sie hatten mit ihrer volksfeindlichen und verbrecherischen Aggressionspolitik Deutschland in die tiefste nationale Katastrophe seiner Geschichte gestürzt. Die Erfahrungen zweier Weltkriege lehren, daß die nationale Wiedergeburt Deutschlands die Entmachtung der Verderber der Nation, der Monopolisten und Großagrariar und die Ausrottung des Faschismus und Militarismus erfordert.

Diese große nationale Aufgabe konnte nur unter Führung der Arbeiterklasse gelöst werden. Die Arbeiterklasse war die große nationale Kraft, die als einzige den Volksmassen den Ausweg aus der nationalen Katastrophe gezeigt hat. Sie war in der Lage, diese Aufgabe zu lösen, weil an ihrer Spitze eine marxistisch-leninistische Partei stand, die gleich nach der Niederlage des faschistischen Regimes die große Initiative ergriff und dem ganzen deutschen Volk den Weg in eine friedliche, von Imperialismus und Militarismus freie Zukunft wies. Im Kampf um den Zusammenschluß aller antifaschistischen und patriotischen Kräfte hatte die Kommunistische Partei Deutschlands auf den Konferenzen von Brüssel (1935) und Bern (1939) das nationale Programm für den Sturz des Hitler-Faschismus und die Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung begründet.

In Fortsetzung dieser Politik formulierte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands unter Führung Wilhelm Piecks und Walter Ulbrichts im historischen Aufruf vom 11. Juni 1945 die Aufgaben zur Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen, parlamentarischen Republik, die eine Wiederholung der Fehler von 1918 ausschloß. Das erforderte die Bestrafung der Kriegsschuldigen, die Beseitigung des junkerlichen Großgrundbesitzes und die Überführung der Betriebe der imperialistischen Großbourgeoisie und anderer Kriegsverbrecher in das Eigentum des Volkes.

In schöpferischer Anwendung der allgemeingültigen Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus und in Einklang mit den Lehren der deutschen Geschichte gab das ZK der KPD für ganz Deutschland die Orientierung auf eine antifaschistisch-demokratische, antiimperialistische Umwälzung, mit der die in Deutschland seit 1848 unvollendete bürgerlich-demokratische Revolution zu Ende geführt, durch die Beseitigung der Grundlagen des Imperialismus die Wurzeln des Krieges beseitigt und die Garantien für einen dauerhaften Frieden in Europa gelegt wer-

den sollten. Für diese Ziele waren im Kampf gegen den Hitler-Faschismus auch die besten sozialdemokratischen Arbeiter und Funktionäre eingetreten. Deshalb bekannte sich der Zentralausschuß der SPD unter Führung Otto Grotewohls zur antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und zur Zusammenarbeit mit der KPD. Schulter an Schulter kämpften Sozialdemokraten mit den Kommunisten für die Organisation eines neuen demokratischen Lebens. Der Aufruf des ZK der KPD, dem der Zentralausschuß der SPD zustimmte, wurde zur Grundlage für die brüderliche Zusammenarbeit zwischen SPD und KPD, die von den Mitgliedern beider Parteien stürmisch gefordert wurde. So entstand die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, die Kraft, die ganz Deutschland in eine friedliche Zukunft führen konnte.

Die gerechten Forderungen der Arbeiterklasse und der patriotischen Kräfte des deutschen Volkes deckten sich mit den Interessen aller friedliebenden Völker, die Sicherungen gegen eine Wiederholung der verbrecherischen Aggressionspolitik des deutschen Imperialismus und Militarismus verlangten. Auf Vorschlag der Sowjetunion wurde auf der Potsdamer Konferenz der drei Großmächte der Antihitlerkoalition (Juli/August 1945) die völkerrechtliche Grundlage für die demokratische Neugestaltung Deutschlands beschlossen und vereinbart, Deutschland als einheitliches Ganzes zu behandeln, die Macht der Monopole zu brechen und Faschismus und Militarismus auszurotten.

Um die in Aktionseinheit zusammengeschlossene Arbeiterklasse sammelten sich im Osten Deutschlands alle demokratischen und patriotischen Kräfte unseres Volkes, die sich für die Verwirklichung des Potsdamer Abkommens einsetzten. Die LDP und die CDU bildeten gemeinsam mit der KPD und der SPD im Juli 1945 den Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien.

II.

Im Kampf um die Überwindung der Kriegsfolgen und den Aufbau eines neuen, demokratischen Lebens und auf dem Weg über die Aktionseinheit zwischen KPD und SPD und die Gründung einheitlicher freier Gewerkschaften entstanden die Voraussetzungen für die Bildung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Seit ihrer Gründung hatte die KPD um die revolutionäre Einheit der Arbeiterbewegung gekämpft. In den Konzentrationslagern des Hitler-Faschismus hatten Funktionäre und Mitglieder beider Parteien geschworen, die dem Imperialismus und Militarismus dienende Spaltung der Arbeiterklasse zu überwinden. Die Auseinandersetzung mit den revisionistischen Auffassungen rechter sozialdemokratischer Führer schuf Klarheit darüber, daß die Vereinigung nur auf dem Boden des revolutionären Marxismus erfolgen konnte.

Im April 1946 trat der von den Mitgliedern beider Parteien ersehnte historische Vereinigungsparteitag zusammen. Die Gründung der SED ist die größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, ein Sieg des Marxismus-Leninismus. Sie bedeutete einen Wendepunkt in der Geschichte unseres Volkes. In einem Drittel Deutsch-

lands wurde die von den Reformisten und Revisionisten zu Beginn des Zeitalters des Imperialismus in die Arbeiterbewegung hineingetragene Spaltung für immer überwunden. Zum erstenmal in der Geschichte der Arbeiterbewegung wurde in einem hochentwickelten imperialistischen Land die Einheit der Arbeiterbewegung auf der Grundlage der Lehren von Marx, Engels und Lenin hergestellt. Jetzt konnte die Arbeiterklasse endlich ihre historische Mission erfüllen: die Nation von der imperialistischen Tyrannei und Kriegspolitik befreien und auf den Weg der Entfaltung der Schöpferkräfte des Volkes, des gesellschaftlichen Fortschritts und der steten Hebung des Lebensniveaus führen.

Im Osten Deutschlands vollzogen die Volksmassen unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei die größte Revolution in der deutschen Geschichte. Auf den Trümmern des durch die Sowjetarmee zerschlagenen Staatsapparates errichteten die demokratischen Kräfte mit der Arbeiterklasse an der Spitze neue Selbstverwaltungsorgane. Durch die demokratische Bodenreform, die im September 1945 von den demokratischen Verwaltungsorganen der Länder und Provinzen verkündet und von Hunderttausenden Landarbeitern und werktätigen Bauern unter der Führung und mit aktiver Hilfe der Arbeiterklasse und mit Unterstützung anderer Schichten unseres Volkes verwirklicht wurde, ging der Boden aus der Hand der erzreaktionären militaristischen Junker in den Besitz derjenigen über, die ihn bebauten.

Durch die Enteignung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten, die beim sächsischen Volksentscheid am 30. Juni 1946 über drei Viertel der Wähler in geheimer Abstimmung gefordert hatten, wurden den Monopol- und Konzernherren ihre Betriebe entrissen. Es entstand ein mächtiger volkseigener Sektor. Durch die Veränderung dieser Eigentumsverhältnisse wurden die Grundlagen für Militarismus und Faschismus in einem Teil Deutschlands endgültig vernichtet, die Ursachen von Krisen und Krieg, Not und Elend beseitigt. Die Kommandohöhen der Wirtschaft befanden sich jetzt in den Händen des Volkes.

Die demokratische Schulreform machte Schluß mit dem Bildungsprivileg der Reichen und war zusammen mit anderen Maßnahmen zur Ausmerzung des faschistischen und militaristischen Ungeistes und zur Erziehung der breiten Massen, vor allem der Jugend, in den besten Traditionen des Humanismus und des geistigen Fortschritts ein wesentlicher Bestandteil der demokratischen Kulturrevolution.

Bei diesem demokratischen Neuaufbau erhielt das deutsche Volk von der sozialistischen Sowjetunion wirksame Unterstützung. Die sowjetische Besatzungsmacht schützte die demokratische Öffentlichkeit vor imperialistischen Interventionen, vermittelte ihre grundlegenden Erfahrungen beim Aufbau eines neuen demokratischen Lebens und erwies große Hilfe bei der Entwicklung der Volkswirtschaft.

III.

Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung führte zu einer grundlegenden Veränderung des Kräfteverhältnisses der Klassen und der

Klassenstruktur. Die imperialistische Großbourgeoisie und das militaristische Junkertum hatten aufgehört, als Klasse zu existieren. Damit gab es in einem Drittel Deutschlands keine Klasse mehr, die an der Auslösung eines imperialistischen Krieges oder seiner Vorbereitung interessiert war. Zur vorherrschenden Kraft waren die von der Ausbeutung durch die imperialistische Großbourgeoisie befreite Arbeiterklasse und die mit ihr verbündete von der Knechtschaft durch die Großagrarier, Finanzmagnaten und Großhändler befreite werktätige Bauernschaft geworden. Der Aufbau und die Sicherung dieser Ordnung war nicht nur eine Sache der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauern. Auch die Mittelschichten und die Intelligenz wirkten an der Demokratisierung des politischen und kulturellen Lebens mit, und auch Teile der Bourgeoisie in der Stadt und auf dem Lande erkannten, daß die Maßnahmen der demokratischen Revolution unter Führung der Arbeiterklasse historisch gerecht und notwendig sind. In dieser Zeit war die Staatsmacht ihrem Klasseninhalt nach eine revolutionär-demokratische Arbeiter-und-Bauern-Macht unter Beteiligung auch anderer Schichten der Bevölkerung.

Die Entmachtung der Monopolkapitalisten und Junker war mit dem Kampf um die Überwindung der vom Faschismus und seiner verbrecherischen Kriegführung hinterlassenen tiefen Not verbunden. Die Arbeiterklasse und ihre Partei waren der Motor des Aufbaus. Mit dem Übergang zur langfristigen Planung im Sommer 1948, die die Entstehung des Volkseigentums zur Voraussetzung hatte, wurde der Kampf um eine neue Arbeitsmoral und die Hebung der Arbeitsproduktivität zum wichtigsten Abschnitt des Kampfes um die Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Das Neue und Bedeutungsvolle an der Aktivistenbewegung, die nach der bahnbrechenden Leistung von Adolf Hennecke im Herbst 1948 die gesamte volkseigene Wirtschaft erfaßte, bestand in der wachsenden Erkenntnis der Werktätigen, daß nur durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität ein besseres und schöneres Leben erreicht und Frieden und Fortschritt der Weg gebahnt werden können.

Die Periode der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, die sich ohne Bürgerkrieg auf friedlichem Wege unter Ausnutzung parlamentarischer Einrichtungen vollzog, war eine Zeit harten Klassenkampfes. Der antifaschistisch-demokratische Aufbau aus eigener Kraft stieß auf den erbitterten Widerstand der vereinten Kräfte der deutschen Reaktion und ihrer amerikanischen, englischen und französischen Bundesgenossen. Die Feinde des Volkes stützten sich hierbei auf solche Reaktionäre wie Kaiser, Lemmer, Hermes, Friedensburg, Koch und andere, die in den Verwaltungsorganen und Länderparlamenten saßen und auf die Führung der bürgerlichen Blockparteien keinen geringen Einfluß hatten. In scharfen Auseinandersetzungen konnten diese antidemokratischen Elemente immer mehr isoliert werden. Der Reaktion gelang es zu keinem Zeitpunkt, den antifaschistisch-demokratischen Block zu sprengen oder auch nur zu lähmen. Dies war das große Verdienst der mar-

xistischen Partei der Arbeiterklasse, die mit Unterstützung der demokratischen bürgerlichen Politiker eine umsichtige Politik der Sammlung aller patriotischen, friedliebenden und antiimperialistischen Kräfte der Nation betrieb.

Im Kampf um die Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und gegen die antinationale Spaltungspolitik, die in den Westzonen betrieben wurde, entwickelte sich die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands zu einer marxistisch-leninistischen Massenpartei. In kameradschaftlichen ideologischen Auseinandersetzungen und im Kampf gegen die revisionistische Theorie vom sogenannten deutschen Weg zum Sozialismus bildete sich allmählich auf der Grundlage der organisatorischen Einheit die politisch-ideologische Einheit der Partei heraus. Durch ihren unbeirrbaren Kampf für die Lebensinteressen der Werktätigen festigte sich das Vertrauen der Volksmassen zur Partei, wurde sie befähigt, die antifaschistisch-demokratische Umwälzung an der Spitze der Arbeiterklasse und der Werktätigen konsequent zu Ende zu führen.

IV.

Während in Ostdeutschland die Volksmassen die antifaschistisch-demokratische Umwälzung erfolgreich durchführten, trat in Westdeutschland eine entgegengesetzte Entwicklung ein. Auch in Westdeutschland bestanden nach dem totalen Zusammenbruch des faschistischen deutschen Imperialismus und im Zusammenhang mit der Verlagerung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus günstige Voraussetzungen für einen Sieg des Volkes über die Todfeinde der Nation. Aber der antiimperialistische Kampf der Werktätigen führte hier nicht zum Erfolg. Die westlichen Besatzungsmächte hemmten die Volksmassen an der Entfaltung einer eigenen demokratischen Initiative und begünstigten die geschlagenen imperialistischen Kräfte bei der allmählichen Wiedererlangung ihrer alten Positionen in Staat und Wirtschaft. Sie orientierten sich in steigendem Maße auf die Verwandlung der Westzonen in ein reaktionäres Bollwerk gegen die demokratische Bewegung in Europa und ein Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder. Die imperialistischen Westmächte verrieten die Ziele der Antihitlerkoalition, für die Hunderttausende ihrer Soldaten das Leben geopfert hatten, und verletzten das von ihnen beschlossene Potsdamer Abkommen.

Die allmähliche Restauration der Macht der Monopole wurde durch die Politik der rechten SPD-Führung um Schumacher ermöglicht. Statt sich auf die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Sammlung aller demokratischen Kräfte zur Entmachtung des Imperialismus und Militarismus zu orientieren, vertieften sie unter der verderblichen Flagge des Antikommunismus und Antisowjetismus die Spaltung der Arbeiterklasse. Wie 1918/1919 und 1932, so diente auch jetzt wieder die sozialdemokratische Politik des sogenannten dritten Weges

den Feinden der Nation. Die Verhinderung der auch in Westdeutschland von den sozialdemokratischen Arbeitern gemeinsam mit ihren kommunistischen Klassenbrüdern und vielen parteilosen Werktätigen nachdrücklich geforderten Aktionseinheit der Arbeiterklasse ermöglichte den Imperialisten die Zerreißung der nationalen Einheit Deutschlands.

Auch in Berlin führte die Weigerung der SPD-Führung, gemeinsam mit der SED eine entschiedene Klassenpolitik zu betreiben, zur Spaltung der Stadt. Die rechten Führer der SPD in Berlin, von Reuter über Suhr bis Brandt, haben maßgeblich dazu beigetragen, daß Westberlin zur „Frontstadt“ ausgebaut wurde und in den Plänen der imperialistischen Kriegstreiber seine Rolle als Störenfried und als Pulverfaß eines neuen Krieges spielen kann.

Auf Initiative der SED entstand Ende 1947 als Antwort auf die Spaltungspolitik der Westmächte und der westdeutschen Reaktion die Bewegung des Deutschen Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden, zu der sich Vertreter aller Parteien und Glaubensbekenntnisse, Angehörige aller Schichten der Bevölkerung aus ganz Deutschland zusammenschlossen. Die Volkskongreßbewegung arbeitete den Standpunkt des deutschen Volkes zur Lösung der deutschen Frage durch Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Herstellung der Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage aus. Aber das Zusammenspiel der imperialistischen Besatzungsmächte und der deutschen Reaktion, gedeckt durch die Spaltungspolitik rechter sozialdemokratischer Führer, unterband die demokratische Entwicklung Westdeutschlands. Weil die Arbeiterklasse in Westdeutschland nicht einheitlich handelte und die antifaschistisch-demokratischen Kräfte zersplittert waren, konnte die völlige wirtschaftliche und schließlich auch die staatliche Spaltung Deutschlands durch die reaktionären Kräfte der Adenauer-CDU und die ausländischen Imperialisten nicht verhindert werden.

V.

Mit der Schaffung des westdeutschen Separatstaates im September 1949, unter Verletzung des Potsdamer Abkommens, vollendeten die mit dem ausländischen Imperialismus verbündeten reaktionären imperialistischen Kreise in Westdeutschland die Spaltung Deutschlands, die mit dem brüskten Abbruch der Londoner Außenministerkonferenz im Dezember 1947 und den Londoner Empfehlungen der Westmächte vom Frühjahr 1948 eingeleitet und mit der separaten Währungsreform im Juni 1948 auf ökonomischem Gebiet vollzogen worden war.

Die Bevölkerung Ostdeutschlands, zusammengeschlossen in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, die aus der patriotischen Volkskongreßbewegung hervorgegangen war, beantwortete das Verbrechen der imperialistischen Separatisten mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Der Deutsche Volksrat, der aus der Mitte des von der Bevölkerung Ostdeutschlands demokratisch gewählten III. Deutschen Volkskongresses gebildet worden war, konstituierte sich am 7. Oktober 1949 zur Provisorischen Volkskammer der

Deutschen Demokratischen Republik und setzte die von der überwältigenden Mehrheit des Volkes gebilligte Verfassung einer Deutschen Demokratischen Republik in Kraft.

Die Deutsche Demokratische Republik ist der einzig rechtmäßige, weil demokratische und friedliebende Staat des deutschen Volkes. Sie entstand als erster deutscher Staat des Friedens und des Fortschritts, als erster deutscher Arbeiter-und-Bauern-Staat.

Die DDR ist der einzig rechtmäßige Staat in Deutschland, weil sich ihre Entwicklung in Übereinstimmung mit den grundlegenden historischen Gesetzmäßigkeiten unserer Zeit vollzieht, weil in ihr die Arbeiterklasse gemeinsam mit der Bauernschaft und allen anderen Werktätigen und friedliebenden Schichten die Macht ausübt, weil in ihr die materiellen Lebensinteressen der überwältigenden Mehrheit des ganzen deutschen Volkes zum Grundgesetz des Staates erhoben worden sind.

Die historische Bedeutung der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik besteht darin, daß sie den Grundstein legte zu einem künftigen einheitlichen, friedliebenden und demokratischen deutschen Staat. In der DDR wurden die Prinzipien des Potsdamer Abkommens verwirklicht. Ihre Gründung eröffnete vor dem ganzen deutschen Volk den Weg in eine Zukunft ohne Kriege und verheerende gesellschaftliche Katastrophen. Von ihr geht der Frieden aus, weil hier die Grundlagen des Imperialismus und Militarismus für immer vernichtet sind. Die Gründung der DDR war nach der vernichtenden Niederlage des Jahres 1945 der schwerste Schlag, den der räuberische deutsche Imperialismus und Militarismus erlitt. Sie entzog ein Drittel des deutschen Territoriums und der deutschen Bevölkerung dem Einfluß des deutschen und ausländischen Imperialismus und versperrte ihm den Weg nach Osten.

„Die Gründung der deutschen demokratischen friedliebenden Republik“, schrieb J. W. Stalin in seinem Telegramm an den Präsidenten und den Ministerpräsidenten der DDR, „ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Existenz eines friedliebenden demokratischen Deutschlands neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, dem Blutvergießen in Europa ein Ende macht und die Knechtung der europäischen Länder durch die Weltimperialisten unmöglich macht.“

Die Deutsche Demokratische Republik erweist sich als der erste wahrhaft demokratische Staat in der Geschichte des deutschen Volkes, als ein Staat, in dem die in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vereinigten Werktätigen, friedliebenden und patriotischen Klassen und Schichten des Volkes die Politik der Regierung und der örtlichen Organe der Staatsmacht bestimmen und im wachsenden Maße an der Leitung der Staatsgeschäfte teilnehmen.

Die Deutsche Demokratische Republik sichert — gestützt auf die Entwicklung des Volkseigentums an den hauptsächlichlichen Produktions-

mitteln und auf die Verstaatlichung der entscheidenden Kommandohöhen der Volkswirtschaft — erstmals in der Geschichte des deutschen Volkes die materiellen Lebensrechte der Werktätigen, das Recht auf Arbeit, auf Erholung, auf Bildung, die Einhaltung des gesetzlichen Arbeitstages usw. Sie errang dadurch erstmals wahre Freiheit für die werktätigen Menschen und schuf mit der Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung die wichtigste, die entscheidende Freiheit für die Arbeiterklasse, für die werktätige Bauernschaft und für die Angehörigen der Intelligenz.

Die Deutsche Demokratische Republik erweist sich als der erste Friedensstaat in der Geschichte des deutschen Volkes. Erstmals in der Geschichte Deutschlands wurden mit den Verhandlungen und Verträgen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den sozialistischen Ländern dauerhafte und stabile friedliche Beziehungen zwischen dem deutschen Volk und seinen Nachbarn im Osten und Südosten Europas hergestellt. Das Abkommen über die Markierung der Oder-Neiße-Friedensgrenze vom 6. Juli 1950 beendete unwiderruflich die mehr als tausend Jahre währende Epoche der Expansionspolitik deutscher Feudalherren, Militaristen und Konzernmagnaten nach dem Osten. Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik schuf schließlich die Möglichkeit, erstmals in der Geschichte auch dauerhafte, friedliche Beziehungen zwischen dem deutschen Volke und seinen Nachbarn im Westen, Süden und Norden Europas, vor allem mit dem französischen Volk, herzustellen.

Aus dieser Entwicklung ergibt sich, daß die Deutsche Demokratische Republik der Retter des deutschen Volkes vor einem neuen Krieg ist.

VI.

Unter der Führung der SED errangen die Werktätigen große Erfolge bei der Festigung der DDR auf politischem, ökonomischem und kulturellem Gebiet. Die brüderliche Hilfe der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder, der Aufschwung der Wettbewerbs- und Aktivistenbewegung ermöglichten es, den Zweijahrplan 1949/1950 vorfristig zu erfüllen und im Jahre 1950 das Vorkriegsniveau der industriellen Produktion um etwa vier Prozent zu überschreiten. Es entwickelte und festigte sich das Volkseigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln. Der volkseigene Sektor der Volkswirtschaft wuchs beträchtlich an. Unter diesen Umständen beschloß der III. Parteitag der SED im Juli 1950 die Richtlinien für den ersten Fünfjahrplan zur weiteren Entwicklung der Volkswirtschaft und der Kultur, der große Perspektiven vor der Bevölkerung der DDR eröffnete und ein Entwicklungstempo der Wirtschaft, der Kultur und Wissenschaft, der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Werktätigen einleitete, wie es in keinem kapitalistischen Lande möglich ist.

Auf der Grundlage der raschen ökonomischen Fortschritte vollzog sich eine stetige Entwicklung des politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten. Die Partei der Arbei-

terklasse, die SED, war zu einer Partei Leninschen Typs, zu einer Partei neuen Typus, geworden. In der Auseinandersetzung mit reaktionären Kräften und im Kampf um die Leitung von Staat und Wirtschaft wuchs das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse unter Führung der Partei und festigte sich ihr Bündnis mit der Bauernschaft und allen anderen werktätigen und friedliebenden Schichten. Das waren die Voraussetzungen dafür, daß sich mit der Gründung der DDR und mit Beginn des ersten Fünfjahrplanes die Arbeiter-und-Bauern-Macht als Form der Diktatur des Proletariats entwickelte und die Bedingungen für den Übergang zur zweiten Etappe der revolutionären Umwälzung geschaffen wurden. Im Jahre 1952 wurde durch die 2. Parteikonferenz der SED der planmäßige Aufbau der Grundlagen des Sozialismus beschlossen.

Das Wesen der Arbeiter-und-Bauern-Macht besteht darin, daß die Arbeiterklasse die Macht ausübt und sich dabei auf das Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft und anderen werktätigen Schichten stützt. Ihre sozial-ökonomische Grundlage ist das sozialistische Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln, sowohl in Form des staatlichen als auch des genossenschaftlichen Eigentums. Die sozialistische Staatsmacht hat die Aufgabe, als Hauptinstrument des werktätigen Volkes bei der sozialistischen Umgestaltung die gesellschaftliche Entwicklung bewußt und planmäßig zu leiten und das sozialistische Bewußtsein der Massen systematisch zu entwickeln, die Arbeiter-und-Bauern-Macht vor Überfällen durch die aggressiven imperialistischen Mächte zu schützen, die gesellschaftliche Ordnung der DDR vor allen Angriffen des Klassengegners zu sichern, feste freundschaftliche Beziehungen mit der Sowjetunion und allen Staaten des sozialistischen Lagers zu unterhalten und Beziehungen auf der Grundlage des Prinzips der Koexistenz zu allen Ländern anzustreben, die die Souveränität und Unabhängigkeit unseres Staates achten.

VII.

Der Beschluß der 2. Parteikonferenz der SED, planmäßig die Grundlagen des Sozialismus zu schaffen, wurde von allen Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik mit großer Begeisterung aufgenommen. Die nationale Bedeutung dieses Beschlusses besteht darin, daß durch den Aufbau des Sozialismus die DDR als Bastion des Friedens und des Fortschritts in Deutschland allseitig gestärkt wurde.

Die SED und die Regierung der DDR konzentrierten sich auf den Kampf um die Durchsetzung der allgemeinen Gesetze des sozialistischen Aufbaus. In erster Linie wurde die volksdemokratische Staatsmacht als das Hauptinstrument der Arbeiterklasse beim sozialistischen Aufbau gefestigt und die sozialistische Demokratie entwickelt. Durch die Stärkung und den Aufbau des volkseigenen Sektors der Industrie bei vorrangiger Entwicklung der Schwerindustrie und durch die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft wurden die ökonomischen Grundlagen des Sozialismus planmäßig errichtet. In allen Teilen der DDR entstanden rasch zahlreiche landwirtschaftliche Produktionsgenos-

senschaften, die mit Hilfe der Arbeiterklasse und der MTS zur rationalen sozialistischen Großproduktion übergingen.

Der sozialistische Aufbau vollzog sich in ununterbrochenem Klassenkampf, der durch die Spaltung Deutschlands und die Wiedererrichtung des deutschen Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland besonders verschärft wurde. Ausdruck dieser Verschärfung war der von reaktionären Kräften in Westdeutschland gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht inszenierte faschistische Putschversuch am 17. Juni 1953. Die imperialistische Großbourgeoisie fürchtete die anziehende Wirkung des sozialistischen Aufbaus in der Deutschen Demokratischen Republik auf Westdeutschland. Ihr Versuch, einen Bürgerkrieg auf deutschem Boden auszulösen, auf dem Gebiete der DDR den Kapitalismus zu restaurieren und ganz Deutschland in ihren Machtbereich einzubeziehen, endete mit der völligen Niederlage der reaktionären Kräfte. Die Werktätigen der DDR scharten sich noch enger um die Partei der Arbeiterklasse, festigten unter ihrer Führung die volksdemokratische Ordnung und errangen neue Erfolge beim Aufbau des Sozialismus.

Durch die Festigung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland war es der Arbeiterklasse möglich, alle demokratisch gesinnten Schichten der Bevölkerung in den sozialistischen Aufbau einzubeziehen.

Im Ergebnis der heroischen Anstrengungen der Werktätigen der DDR konnten die Ziele des ersten Fünfjahrplanes erfüllt werden. Die Grundlagen des Sozialismus waren in der DDR in weitgehendem Maße geschaffen. Die Industrieproduktion erreichte mehr als das Doppelte des Vorkriegsstandes. Die DDR wurde zur fünftstärksten Industriemacht in Europa.

Der erfolgreiche Aufbau der Grundlagen des Sozialismus beschleunigte die Veränderung des Kräfteverhältnisses in Deutschland zugunsten des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus und trug zur Festigung der internationalen Autorität der Deutschen Demokratischen Republik bei. Als der am weitesten nach dem Westen reichende Teil des machtvollen sozialistischen Lagers entwickelte sich die DDR im Kampf um die Sicherung des Friedens in Europa zu einer wichtigen Bastion in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen den Kräften des Sozialismus und des Imperialismus.

VIII.

Im Gegensatz zum Friedensstaat der DDR entwickelte sich der Westzonenstaat unter dem Besatzungsdiktat des amerikanischen Imperialismus zum Hauptkriegsherd in Europa. Das Bonner Regime ist die nur notdürftig unter parlamentarischen Formen versteckte klerikal-militaristische Diktatur der reaktionären und revanchistischen Kreise des deutschen Imperialismus, die die demokratischen Rechte des Volkes und des Parlaments, der Parteien und der gesellschaftlichen Organisationen unterdrückt und den Staat zur Niederhaltung der friedliebenden und patriotischen Mehrheit des Volkes benutzt. Das sogenannte „Wirt-

schaftswunder“ wurde zum größten Raubzug der Konzern- und Bankherren gegen das Volk, der jemals in Deutschland stattgefunden hat und war von einer barbarischen Verschärfung der Arbeitshetze und der Ausbeutung begleitet, gegen die sich die westdeutschen Arbeiter in Streikkämpfen zur Wehr setzten. Die Konzentration der Monopole ist heute in Westdeutschland höher als selbst unter dem Hitler-Faschismus. Der wiedererstandene deutsche Imperialismus wurde zur aggressivsten Kraft in Europa und setzte seine alte Expansionspolitik entsprechend den neuen Bedingungen fort. Unter dem verlogenen kosmopolitischen Deckmantel der „europäischen Integration“ versuchten die Monopolherren an Rhein und Ruhr durch die Bildung der Montanunion zur ökonomisch führenden Macht unter den kapitalistischen Ländern Europas zu werden und sich die Wirtschaft dieser Länder unterzuordnen.

Im Widerspruch zu allen geltenden Normen des Völkerrechts wurde mit dem Generalkriegsvertrag von 1952 die offene Remilitarisierung Westdeutschlands eingeleitet. Mit den Pariser Verträgen von 1954 und der Einbeziehung Westdeutschlands in die NATO wurde das Klassenbündnis zwischen den aggressiven Kreisen des amerikanischen Imperialismus und den reaktionärsten militaristischen und revanchistischen Kreisen des westdeutschen Finanzkapitals vollendet. Das wahnwitzige Ziel des deutschen Imperialismus besteht darin, die Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR gewaltsam zu beseitigen, ihr Gebiet dem Bonner Staat einzuverleiben, weiter nach Osten vorzudringen und schließlich die Herrschaft des Finanzkapitals über ganz Europa auszudehnen. Die aggressiven Bonner Kreise schlugen alle Warnungen der UdSSR und DDR in den Wind und lehnten die zahlreichen Vorschläge auf Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten, auf Abschluß eines Friedensvertrages und Durchführung gesamtdeutscher Wahlen ab. Mit ihrer antinationalen Politik vertieften sie vorsätzlich die Spaltung Deutschlands immer mehr.

Demgegenüber bewies die Politik der DDR, daß sie die Basis des Kampfes der friedliebenden patriotischen Kräfte gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands und für die Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage war. Die Volkskammer und die Regierung der DDR unternahmen zahlreiche Schritte zur Bildung eines gesamtdeutschen konstituierenden Rates. Während die bürgerlichen Parteien in Westdeutschland und die SPD dem deutschen Volk sein Recht auf die Gestaltung seines eigenen Schicksals absprachen, erklärte die Nationale Front des demokratischen Deutschland mit aller Entschiedenheit, daß die Herstellung der Einheit Deutschlands vor allem die Sache des deutschen Volkes selbst sei. Die Losung „Deutsche an einen Tisch“ erfaßte immer breitere Kreise. Mit erdrückender Mehrheit sprach sich die Bevölkerung der DDR 1951 in einer Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland aus. In Westdeutschland wuchs die Bewegung für Frieden und nationale Einheit, deren konsequente Kraft die KPD war, so stark an, daß die Bonner Regierung im Verbot der Volks-

befragung und in drakonischen Polizeimaßnahmen den letzten Ausweg sah. Der konsequente Kampf der DDR und aller patriotischen Kräfte für Frieden und nationale Einheit verzögerte die Einbeziehung Westdeutschlands in das aggressive amerikanische Paktsystem. Die ablehnende Haltung der rechten SPD-Führer gegenüber den zahlreichen Angeboten des ZK der SED zur Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse ermöglichte jedoch schließlich die Eingliederung Westdeutschlands in die NATO. Damit entstand eine gänzlich neue Lage. Die Herstellung der Einheit Deutschlands erforderte jetzt die Bändigung des westdeutschen Militarismus und die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa unter Teilnahme beider deutscher Staaten.

Als Antwort auf die Ratifizierung der Pariser Verträge waren die Länder des sozialistischen Lagers gezwungen, durch gemeinsame Anstrengungen ihre Sicherheit zu festigen. Diesem Ziel diente der Abschluß des Warschauer Vertrages im Mai 1955, der von der Deutschen Demokratischen Republik als gleichberechtigtem Mitglied unterzeichnet wurde. Als in Westdeutschland offen die Aufstellung einer aggressiven Armee unter Führung ehemaliger Generale der faschistischen deutschen Wehrmacht durchgeführt wurde, beschloß die Volkskammer der DDR Anfang 1956 in Erfüllung der Forderungen der Werktätigen, zum Schutze des sozialistischen Aufbauwerkes die Nationale Volksarmee zu bilden. Die ständigen Aggressionsdrohungen gegen die DDR, die Tätigkeit der zahlreichen imperialistischen Spionagedienste und Agentenorganisationen erforderten auch den Aufbau von Kampfgruppen der Arbeiterklasse in den Betrieben sowie die unablässige Erhöhung der Kampfkraft aller Sicherheitsorgane unseres Staates, die in den zehn Jahren des Bestehens der DDR große Leistungen vollbracht und sich ausgezeichnet bewährt haben.

IX.

Entsprechend den Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis zugunsten des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus, der Herausbildung des sozialistischen Weltsystems zog der XX. Parteitag der KPdSU, gestützt auf die allgemeingültigen Prinzipien des Marxismus-Leninismus, grundsätzliche Schlußfolgerungen für den Kampf der Arbeiterklasse und der Volksmassen aller Länder. Seine Beschlüsse eröffneten allen Völkern weite, begeisternde Perspektiven für neue Erfolge im Kampf um Frieden, Demokratie und Sozialismus. Sie gaben allen kommunistischen und Arbeiterparteien wichtige Anregungen zur schöpferischen Anwendung des Marxismus-Leninismus in ihren Ländern. Der XX. Parteitag der KPdSU leitete eine neue Etappe in der Entwicklung der internationalen revolutionären Bewegung ein. Die Beschlüsse des XX. Parteitages der KPdSU waren eine große Hilfe für den Kampf der SED und aller Werktätigen um die weitere Festigung der volksdemokratischen Ordnung in der DDR und um die Lösung der nationalen Frage.

Angesichts der wachsenden Stärke des sozialistischen Weltsystems und der kommunistischen und Arbeiterparteien aller Länder begann die imperialistische Weltreaktion einen breit angelegten Angriff auf die Einheit des sozialistischen Lagers, um es aufzusplittern, die führende Rolle der Sowjetunion und der KPdSU zu untergraben und die volksdemokratische Ordnung in den einzelnen Ländern zu schwächen und nacheinander zu stürzen. Dieser Angriff richtete sich gleichzeitig gegen die marxistisch-leninistischen Parteien und die Werktätigen der kapitalistischen Länder sowie gegen die nationale und koloniale Befreiungsbewegung. Als Werkzeug zur Durchführung seiner Pläne bediente sich der Imperialismus des modernen Revisionismus, der mit der Theorie des „Nationalkommunismus“ die sozialistischen Länder und die kommunistischen Parteien voneinander isolieren, sie von dem erprobten Weg des Marxismus-Leninismus abbringen und in den imperialistischen Sumpf zerren sollte.

Die Ziele des imperialistischen Angriffs und die Gefährlichkeit des Revisionismus zeigte am deutlichsten die offene Konterrevolution in Ungarn. Sie scheiterte am geschlossenen Widerstand des gesamten sozialistischen Lagers unter Führung der Sowjetunion.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien wiesen alle Versuche einer Revision des Marxismus-Leninismus zurück, stärkten die revolutionäre Einheit ihrer Reihen und festigten die Einheit der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung mit der KPdSU an der Spitze. Im Kampf gegen die internationale Konterrevolution schloß sich das sozialistische Lager noch fester zusammen.

In dieser Zeit des härtesten Klassenkampfes offenbarte sich wie nie zuvor die historische Bedeutung und internationale Verpflichtung der deutschen Arbeiterklasse und der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR. Mit Hilfe der verschiedenen Ostbüros (CDU, FDP, SPD, DGB) und anderer Agentenzentralen versuchten die Imperialisten, unter der Flagge des Kampfes gegen Personenkult und Dogmatismus, den Marxismus-Leninismus zu diskreditieren und die Partei — die wichtigste Waffe der Arbeiterklasse — sowie die Arbeiter-und-Bauern-Macht aufzuweichen und zu liquidieren (Harich-Gruppe u. a.).

In diesen erbitterten Auseinandersetzungen zeigten sich die Richtigkeit und die schöpferische Kraft der Politik der SED und die Standhaftigkeit ihres marxistisch-leninistischen Zentralkomitees. Als Antwort auf die Angriffe der Reaktion scharten sich die Arbeiterklasse und alle Schichten der Bevölkerung noch fester um die Partei und verteidigten die Errungenschaften der DDR und die Einheit des sozialistischen Lagers. An der Grenze zwischen Sozialismus und Imperialismus gelang dem Feind kein Einbruch. Geführt von der SED, bestanden die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik ihre historische Bewährungsprobe und trugen wesentlich zu Rettung des Friedens in Europa bei. Das war ein großer historischer Sieg, der dank der umsichtigen, prinzipienfesten und taktisch beweglichen Politik der SED, die ihren Ausdruck in den Beschlüssen der 3. Parteikonferenz gefunden

hatte, erzielt wurde. Die SED schlug entschieden alle Angriffe auf die Prinzipien des Marxismus-Leninismus, auf die führende Rolle der KPdSU in der internationalen Arbeiterbewegung sowie auf die Einheit des sozialistischen Lagers zurück.

Die Erfahrung der Arbeiterklasse in der DDR beweist deutlich, daß die Angriffe des Kapitalismus gegen die Rechte und Errungenschaften der Arbeiterklasse am besten und am erfolgreichsten abgeschlagen werden, wenn die Arbeiterklasse an der Macht ist. Die Deutsche Demokratische Republik und die SED erwarben sich in dieser Zeit hohes internationales Ansehen. Die Partei, die Arbeiterklasse und ihre Staatsmacht erfüllten unter dem wütenden Feuer des Imperialismus ehrenvoll ihre Verpflichtungen gegenüber dem internationalen Proletariat. In hervorragender Weise rechtfertigte die Arbeiterklasse der DDR W. I. Lenins Hoffnung, die er im „Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter“ (Frühjahr 1917) zum Ausdruck brachte, daß das „deutsche Proletariat der treueste, zuverlässigste Verbündete der russischen und internationalen proletarischen Revolution“¹ ist.

X.

Ausgehend von den Kenntnissen und Erfahrungen dieses Kampfes leitete das 30. Plenum des ZK der SED im Februar 1957 eine tiefgehende Wende in der Arbeit der Partei und der Entwicklung der DDR ein.

Auf Initiative des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Walter Ulbricht, wurde den Bedingungen in Deutschland entsprechend eine klare sozialistische Perspektive herausgearbeitet. Die Situation in Deutschland, die durch die Existenz zweier deutscher Staaten mit unterschiedlich gesellschaftlicher Ordnung charakterisiert wird, drängt zur Lösung des Grundwiderspruchs zwischen der auf die Entfesselung eines Atomkrieges gerichteten Politik des imperialistischen Staates in Westdeutschland und der Friedenspolitik der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR. Die Lösung dieses Grundwiderspruchs erfordert eine Wende in der westdeutschen Politik und die Vereinigung beider deutscher Staaten auf dem Wege der Konföderation.

Der Kampf für die weitere Stärkung der volksdemokratischen Macht und den Aufbau des Sozialismus in der DDR ist die Hauptvoraussetzung für den Kampf um die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher, demokratischer Grundlage.

Mit der Ausarbeitung dieser Politik zerschlug das ZK einmütig die revisionistische Plattform der parteifeindlichen Schirdewan-Gruppe und entfaltete auf breiter Front einen ideologischen Kampf gegen alle revisionistischen Einflüsse und Erscheinungen des Dogmatismus, entwarfnete die opportunistischen Kräfte, die das Tempo der sozialistischen Entwicklung bremsen wollten und damit eine Stagnation der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung erzeugten. Das ZK orientierte die Partei und die Massen auf die sozialistische Erziehung als das Hauptkettenglied für den weiteren sozialistischen Vormarsch. Auf der Grund-

¹ W. I. Lenin: Werke, Bd. 32, Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 386.

lage der Beschlüsse des 30. Plenums formierte die SED die Kräfte für den Vormarsch zum Sieg des Sozialismus.

Die Moskauer Deklaration der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder vom November 1957 — das programmatische Dokument der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung der Gegenwart — verallgemeinerte die Erfahrungen des Kampfes der Volksmassen für Frieden, Demokratie und Sozialismus in den letzten Jahrzehnten und bestätigte die Richtigkeit des unter der Führung der SED in der DDR beschrittenen Weges.

In Westdeutschland begannen die herrschenden imperialistischen und militaristischen Kreise die atomare Aufrüstung ihrer Armee und verstärkten die aggressive Revanchepolitik, die mit dem Übergang zur „psychologischen Kriegführung“, der immer stärkeren Verwandlung des Bonner Regimes in einen klerikal-militaristischen Obrigkeitsstaat und mit der Anwendung neofaschistischer Herrschaftsmethoden gegen alle friedliebenden Kräfte verbunden ist. Ein Ausdruck dieses antinationalen, volksfeindlichen Kurses war das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands, der einzigen konsequent demokratischen Partei in Westdeutschland, im August 1956.

Die deutsche imperialistische Großbourgeoisie, die schon zweimal in diesem Jahrhundert gesetzmäßig eine Niederlage erlitten hatte, ist nicht in der Lage, das veränderte Kräfteverhältnis in der Welt und die Kraft der Volksmassen im eigenen Lande richtig einzuschätzen, und überschätzt maßlos die eigene Kraft. Aus der Tatsache, daß während des zweiten Weltkrieges nicht nur die sozialistische Sowjetunion, sondern auch die Westmächte in einer Front gegen den faschistischen deutschen Imperialismus standen, zogen die Monopolherren und Militaristen den Schluß, daß sie mit den „richtigen Verbündeten“, den USA-Imperialisten, ihre Weltherrschaftspläne in einem dritten Weltkrieg verwirklichen könnten.

Aber der antinationale, räuberische Charakter des imperialistischen Adenauer-Regimes wird immer offener. Es unternimmt alles, um eine neue, noch furchtbarere Katastrophe über das deutsche Volk heraufzubeschwören. Angesichts der ökonomischen, politischen, moralischen und militärischen Überlegenheit des immer schneller erstarkenden sozialistischen Weltsystems mit der mächtigen UdSSR an der Spitze, der Existenz der DDR sowie der zunehmenden Widersprüche im imperialistischen Lager sind diese Pläne von vornherein zum Scheitern verurteilt.

XI.

Der V. Parteitag der SED im Juli 1958 bedeutete den Beginn eines neuen, entscheidenden Abschnittes in der Geschichte des deutschen Volkes. Gestützt auf die großen ökonomischen, politischen und kulturellen Erfolge seit der 3. Parteikonferenz sowie die gegenseitige Hilfe und Unterstützung aller sozialistischen Staaten, entwickelte der Parteitag das große Programm des Kampfes um den Frieden, für den Sieg des

Sozialismus und die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat.

In allen Bereichen der Volkswirtschaft waren durch die hervorragenden Leistungen der Werktätigen bedeutende Ergebnisse erzielt worden. Im Jahre 1958 war im Vergleich zu 1949, dem Gründungsjahr der Deutschen Demokratischen Republik, die industrielle Bruttoproduktion auf das Dreifache gewachsen, die Arbeitsproduktivität in der Industrie hatte sich mehr als verdoppelt. Großen Einfluß darauf hatte der sozialistische Wettbewerb, an dem Ende 1958 rund 2,5 Millionen Werktätige teilnahmen. Seit Gründung der DDR waren über tausend Industriebetriebe neugebaut bzw. wiederhergestellt worden. Der Umsatz im Außen- und innerdeutschen Handel hatte sich 1958 im Vergleich zu 1950 mehr als vervierfacht. Gegenwärtig unterhält die DDR mit über hundert Ländern in aller Welt regelmäßige Handelsbeziehungen, wobei drei Viertel des gesamten Umsatzes auf den Handel mit den sozialistischen Ländern entfallen.

Diese Erfolge ermöglichten eine ständige Verbesserung der Lebenshaltung aller Schichten der Bevölkerung. Im Jahre 1958 war der Fonds für die gesellschaftliche und individuelle Konsumtion fast doppelt so groß wie 1950. Neben der ständigen Erhöhung der Geldeinkünfte durch Lohn- und Rentenerhöhungen sowie durch Steuersenkungen erfolgten von 1949 bis 1957 17 große Preissenkungen für Nahrungsmittel, Genußmittel und Industriewaren. Die Abschaffung der Reste der Rationierung und des doppelten Preisniveaus für eine Reihe wichtiger Nahrungsmittel im Jahre 1958 war mit weiteren Preissenkungen verbunden. Der Warenumsatz im Einzelhandel erhöhte sich 1958 gegenüber 1950 auf das 2,2fache. Ein Drittel der Gesamtausgaben des Staatshaushalts werden für Volksbildung, Wissenschaft, Kultur, Gesundheits- und Sozialwesen verwandt.

Das konkrete Kampfprogramm der Werktätigen für den nächsten Zeitabschnitt ist die ökonomische Hauptaufgabe der DDR. Die Volkswirtschaft muß innerhalb weniger Jahre so entwickelt werden, daß der Pro-Kopf-Verbrauch der werktätigen Bevölkerung an allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern den Pro-Kopf-Verbrauch der Gesamtbevölkerung in Westdeutschland erreicht und übertrifft und dadurch die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber der Herrschaft der imperialistischen Kräfte in der Westzone für jeden augenscheinlich wird.

Infolge des Eintritts Westdeutschlands in die NATO, die Wiedererrichtung des deutschen Militarismus und der Verwandlung Westdeutschlands in eine Atomkriegsbasis der NATO und den Hauptherd eines neuen Krieges ist die Sicherung des Friedens zum Hauptinhalt der Deutschlandfrage geworden. Angesichts dieser Tatsache kann die Wiedervereinigung Deutschlands zu einem friedliebenden, demokratischen Staat nur im Prozeß eines längeren Kampfes durch die Bändigung des deutschen Militarismus und Imperialismus auf dem Wege über die Bildung einer Konföderation der beiden deutschen Staaten erreicht werden.

Die entscheidende Voraussetzung dafür ist der Sieg des Sozialismus in der DDR und die Schaffung friedlicher demokratischer Verhältnisse in Westdeutschland. Ohne den Sieg des Sozialismus in der DDR und ohne die Beseitigung des Militarismus in Westdeutschland ist die nationale Wiedergeburt und Wiedervereinigung Deutschlands nicht möglich. Die unaufschiebbare und wichtigste Aufgabe zur Erreichung dieses Zieles ist der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, wie ihn die Sowjetunion mit Unterstützung der DDR vorgeschlagen hat. Die Verhandlungen der Außenminister in Genf zeigen die Notwendigkeit dieser Aufgabe und die Möglichkeit ihrer Lösung.

Die Deutsche Demokratische Republik ist die Basis und das Vorbild für die Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation. Deshalb ist die Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgabe von größter nationaler Bedeutung. Sie richtet sich unmittelbar gegen die Pläne der westdeutschen Imperialisten und Militaristen, bis 1961 die Atomaufrüstung ihrer Armee zu vollenden. Indem die Werktätigen der DDR die Überlegenheit des Sozialismus allseitig und sichtbar beweisen und den Lebensstandard des Volkes ständig erhöhen, werden in Westdeutschland alle die Kräfte gestärkt, die für den Frieden und die demokratische Wiedervereinigung kämpfen. So wird schließlich eine Wende in der Politik in Westdeutschland erzwungen werden. Jeder Beitrag zur Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe dient deshalb unmittelbar der Sicherung des Friedens und der nationalen Wiedergeburt Deutschlands. Sie entspricht vollkommen den politischen, ökonomischen und sozialen Interessen der Bevölkerung unserer Republik und des ganzen deutschen Volkes.

Die ökonomische Hauptaufgabe hat infolgedessen einen tiefen politischen Inhalt. Sie dient der Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR und des gesamten sozialistischen Lagers. Ihre Lösung ist der Beitrag unserer Republik zur Entscheidung des großen historischen Kampfes unserer Epoche – des friedlichen Wettstreits zwischen der sozialistischen und der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Für die Entscheidung dieses Wettbewerbs ist die ständige Erhöhung der Arbeitsproduktivität von ausschlaggebender Bedeutung. „Die Arbeitsproduktivität ist in letzter Instanz das Allerwichtigste, das Ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung... Gegenüber der kapitalistischen Arbeitsproduktivität bedeutet der Kommunismus eine höhere Arbeitsproduktivität, freiwillig, bewußt, vereint schaffender Menschen, die sich der vorgeschrittenen Technik bedienen.“²

Die Steigerung der Arbeitsproduktivität in unserer Republik hängt wesentlich von der sozialistischen Rekonstruktion der Hauptindustriestrukturen sowie der stärkeren Entfaltung der Rationalisatoren- und Neuererbewegung ab. „Der Inhalt der sozialistischen Rekonstruktion besteht in der rationellsten Organisation der Produktion auf der Basis des höchsten Standes von Wissenschaft und Technik und der vollen Nutzung der schöpferischen Initiative der Werktätigen. Sie ist ihrem Wesen nach

² W. I. Lenin: Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 576.

ein stetiger, objektiv notwendiger Prozeß zur ständigen Sicherung maximaler Produktionsergebnisse, die dem Höchststand der Technik in ihrer Herstellung, ihrer Leistungsfähigkeit und Qualität entsprechen.“³

Bei der Lösung der Aufgaben des V. Parteitages sind uns die Beschlüsse des XXI. Parteitages der KPdSU über den entfaltenen Aufbau des Kommunismus in der UdSSR eine große Hilfe. Der XXI. Parteitag der KPdSU ist für uns eine Hochschule des Sozialismus.

In der jetzigen Etappe unseres Kampfes um die Erfüllung der Beschlüsse des V. Parteitages der SED steht erstmalig in der Geschichte der Arbeiterbewegung die Aufgabe des großen Lernens vor der Arbeiterklasse. Die sozialistische Rekonstruktion verlangt, daß Arbeiter zu Ingenieuren, Technikern — Fachleuten der sozialistischen Produktion werden.

Indem die deutsche Arbeiterklasse in der DDR den Sozialismus zum Siege führt, erfüllt sie das politische, nationale und wissenschaftliche Vermächtnis ihrer größten Söhne Karl Marx und Friedrich Engels. Die politischen, ökonomischen und technisch-wissenschaftlichen Voraussetzungen, die in der DDR geschaffen wurden, sowie die brüderliche Zusammenarbeit der Deutschen Demokratischen Republik mit der Sowjetunion, die durch den Freundschaftsbesuch der Partei- und Regierungsdelegation der DDR in der UdSSR im Juni dieses Jahres in eine neue höhere Etappe eingetreten ist, sind die Garantie für den sicheren Sieg des Sozialismus in der DDR.

XII.

Der V. Parteitag der SED leitete die Periode des voll entfaltenen Aufbaus des Sozialismus ein. In seiner Arbeit „Die große Initiative“ wies W. I. Lenin darauf hin, daß das Proletariat eine doppelte Aufgabe zu lösen hat: erstens die Macht zu ergreifen und „zweitens die ganze Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten sowie alle kleinbürgerlichen Schichten auf den Weg eines neuen wirtschaftlichen Aufbaus führen, auf den Weg der Schaffung einer neuen gesellschaftlichen Bindung, einer neuen Arbeitsdisziplin, einer neuen Arbeitsorganisation, die das letzte Wort der Wissenschaft und der kapitalistischen Technik vereinigt mit dem Massenzusammenschluß bewußt arbeitender Menschen, die die sozialistische Großproduktion ins Leben rufen. Diese zweite Aufgabe ist schwieriger als die erste, denn sie kann keinesfalls durch den Heroismus eines einzelnen Ansturms gelöst werden, sondern erfordert den andauerndsten, hartnäckigsten, schwierigsten Heroismus der *alltäglichen* Massenarbeit. Diese Aufgabe ist aber auch wesentlicher als die erste, denn in letzter Instanz kann die tiefste Kraftquelle für die Siege über die Bourgeoisie und die einzige Gewähr für die Dauerhaftigkeit und Unumstößlichkeit dieser Siege nur eine neue, eine höhere gesellschaftliche Produktionsweise sein, nämlich die Ersetzung der kapitalistischen und der kleinbürgerlichen Produktion durch die sozialistische Großproduktion.“⁴

³ Walter Ulbricht in Neues Deutschland (B) vom 3. Juli 1959.

⁴ W. I. Lenin: Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, S. 572/573.

Um diese zweite Aufgabe geht es gegenwärtig in unserer Republik. Sozialistische Umwälzung heißt, wie auf dem 4. Plenum des ZK gesagt wurde:

- Entwicklung der volksdemokratischen Staatsmacht;
- stürmisches Wachstum der Produktivkräfte durch die Meisterung der modernsten Wissenschaft und Technik und die Entwicklung der sozialistischen Ökonomie;
- systematische Erhöhung der Lebenshaltung und des kulturellen Lebens des Volkes;
- Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft;
- sozialistische Umwälzung in der Landwirtschaft sowie im kapitalistischen Sektor und im Handwerk;
- sozialistische Umwälzung auf den Gebieten der Ideologie und Kultur.

Neue und komplizierte Probleme stehen damit vor der Arbeiterklasse und allen Werktätigen. Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus ist eine Periode großer, tiefgehender Umgestaltungen, die eine Fülle individueller und gesellschaftlicher Konflikte, Widersprüche und Schwierigkeiten hervorbringt und löst. Es ist die Periode eines großen geistigen Umbruchs. Während in Westdeutschland unter der Herrschaft des Militarismus das geistige Leben immer mehr eingeengt wird und in Nihilismus und Dekadenz versinkt, entwickelt sich in der DDR ein reiches und schöpferisches geistiges Leben, eine große und fruchtbare Auseinandersetzung, an der alle Schichten des Volkes mit wachsender Aktivität teilnehmen. Es zeigt sich, daß die Entwicklung der sozialistischen Revolution auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur eine gesetzmäßige Notwendigkeit ist.

Die Hauptverantwortung für die Lösung all dieser Aufgaben trägt die Arbeiterklasse. Die sozialistische Arbeiterbewegung der DDR hat einen neuen Inhalt erhalten: Schaffung der neuen Produktivkräfte, der materiell-technischen Basis des Sozialismus, einer neuen Moral und Ethik und Entfaltung des ganzen Reichtums der sozialistischen Kultur. Damit verwirklicht sich in überzeugendem Maße die von Karl Marx und Friedrich Engels schon im Kommunistischen Manifest begründete historische Rolle der Arbeiterklasse als Schöpfer der sozialistischen Gesellschaftsordnung. So werden durch die Praxis die „modernen Marxtöter“ widerlegt, die immer aufs neue die Auffassung verbreiten, der Marxismus sei veraltet und habe für unsere Gegenwart keine Gültigkeit mehr. Auch die Arbeit selbst erhält einen neuen Inhalt. „Der Kommunismus beginnt dort, wo *einfache* Arbeiter in selbstloser Weise, unter Überwindung harter Arbeit sich Sorgen machen um die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, um den Schutz *eines jeden Pud*s Getreide, Kohle, Eisen und anderer Produkte, die nicht den Arbeitenden persönlich und nicht den ihnen ‚Nahestehenden‘ zugute kommen, sondern ‚Fernstehenden‘, d. h. der ganzen Gesellschaft in ihrer Gesamtheit...“⁵

Die Schaffung einer neuen Arbeitsdisziplin, neuer Formen der gesellschaftlichen Bindung zwischen den Menschen, neuer Formen und Me-

⁵ Ebenda, S. 577.

thoden der Heranziehung der Menschen zur Arbeit ist die schwierigste und langwierigste, aber heute entscheidende Aufgabe der sozialistischen Revolution.

Das qualitativ Neue in der Entwicklung der Arbeiterklasse der DDR seit dem V. Parteitag zeigt sich im Kampf Zehntausender Arbeiter um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit“. Die große historische Bedeutung dieser Bewegung besteht darin, daß durch sie der neue sozialistische Mensch herangebildet wird.

Durch den Sieg des Sozialismus eröffnen sich auch der Jugend der DDR bisher ungeahnte Perspektiven. Sie trägt für die sozialistische und kommunistische Zukunft unseres Landes eine hohe Verantwortung. Der auf Initiative der Arbeiterklasse erfolgte Übergang zur allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule für alle Kinder bereitet die heranwachsende Generation auf diese glückliche Zukunft vor. Zum erstenmal in der Geschichte gab sich die deutsche Jugend auf dem VI. Parlament der FDJ ein Programm der jungen Generation für den Sieg des Sozialismus, in dem auf alle Fragen der Perspektive der deutschen Jugend eine klare Antwort gegeben wurde.

Eine noch größere Bedeutung gewinnt in dem neuen Abschnitt unserer geschichtlichen Entwicklung auch die Tätigkeit des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands und der anderen Massenorganisationen, denen jetzt die Aufgabe erwächst, alle gesellschaftlichen Kräfte für die Schaffung der neuen Produktivkräfte, für den technisch-wissenschaftlichen Fortschritt und die Entwicklung der sozialistischen Kultur zu begeistern und zu organisieren.

XIII.

Ein charakteristisches Merkmal der neuen Etappe ist die stürmische Entwicklung der Genossenschaftsbewegung auf dem Lande. Während in Westdeutschland im Gefolge der imperialistischen Politik des „Grünen Planes“ große Teile der werktätigen Bauern verelenden und von Haus und Hof vertrieben werden, schließen sich in der Deutschen Demokratischen Republik immer mehr werktätige Bauern in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zusammen und ermöglichen dadurch einen höheren Nutzen der landwirtschaftlichen Produktion sowohl für die Gesellschaft als auch für den einzelnen. Gegenwärtig umfaßt der sozialistische Sektor in der Landwirtschaft fast 50 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche der DDR. Geführt von den richtungsweisen Beschlüssen der SED und gefördert durch die aktive Unterstützung der Arbeiterklasse und des volksdemokratischen Staates, befreien sich die werktätigen Bauern von den Fesseln der Kleinproduktion, die die Entfaltung der Produktivkräfte hemmen, und entwickeln sich zur sozialistischen Klasse der Genossenschaftsbauern. Die Übergabe der Technik der Maschinen-Traktoren-Stationen an landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften hilft, die moderne Technik rationeller ausnutzen, die Produktion noch rascher zu steigern, die sozialistischen Produktionsver-

hältnisse auf dem Lande weiter zu festigen und die Überlegenheit der sozialistischen Großproduktion noch sichtbarer zu beweisen. Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft ist der einzige Weg, die kulturelle Rückständigkeit des Dorfes zu überwinden und die wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land allmählich zu beseitigen. Durch die leninistische Agrarpolitik unserer Partei sind die Theorien der Kapitalanten und Versöhner (Oelßner) endgültig geschlagen worden. Auch auf dem Lande siegt der Sozialismus.

Die sozialistische Umwälzung auf dem Lande, die in der DDR durchgeführt wird, ist von großer internationaler Bedeutung. Zum erstenmal in der Geschichte wird der Beweis erbracht, daß auch in einem hochindustrialisierten, ehemals imperialistischen westeuropäischen Lande der Leninsche Genossenschaftsplan der einzig richtige Weg der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes ist.

XIV.

Die Deutsche Demokratische Republik ist der erste Staat in der deutschen Geschichte, der die hervorragende Rolle der Intelligenz würdigt und ihr den gebührenden Platz einräumt. Die deutsche Intelligenz besitzt große humanistische und wissenschaftliche Traditionen. Sie hat der Welt hervorragende Wissenschaftler, Dichter und Künstler geschenkt, deren Namen aus der Geistesgeschichte der Menschheit nicht wegzudenken sind.

In der Vergangenheit wurde die deutsche Intelligenz durch die herrschenden Klassen mißbraucht, und viele ihrer besten Geister wurden aus der Heimat vertrieben. Karl Marx, Friedrich Engels, Albert Einstein, Thomas und Heinrich Mann, Johannes R. Becher, Bertolt Brecht und viele andere mußten Deutschland verlassen. Diese fluchwürdige Politik wird heute vom klerikal-militaristischen Adenauer-Regime fortgesetzt. In unwürdigster Form wurden und werden Wissenschaftler und Geistes-schaffende, zum Beispiel Atomphysiker, die sich gegen die Atomauf-rüstung wandten und für den Frieden eintraten, brüskiert und beleidigt.

Nur in der Deutschen Demokratischen Republik, dem Staat der Arbeiter und Bauern, hat die Intelligenz eine wirkliche Heimstätte. In der herrschenden Arbeiterklasse besitzt die Intelligenz einen starken Verbündeten und den Garanten der persönlichen Freiheit, des Arbeitsplatzes und der vollen Entfaltung ihrer geistigen Fähigkeiten und individuellen schöpferischen Kräfte. Zum erstenmal kommen die großen Leistungen der Intelligenz in vollem Maße dem Volke zugute. Es hat sich ein neues Verhältnis zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz entwickelt. In den volkseigenen Betrieben und wissenschaftlichen Institutionen entsteht eine neue, höhere Form des Bündnisses der Arbeiterklasse und der Intelligenz, die sozialistische Gemeinschaftsarbeit. Sie ist die unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung entsprechende freiwillige und bewußte Zusammenarbeit von Wissenschaftlern, Arbeitern und Ingenieuren mit dem gemeinsamen Ziel, den Sozialismus zum Siege zu führen. Die gegenseitige kameradschaftliche Hilfe und die Achtung

vor der körperlichen und der geistigen Arbeit hilft, die noch zwischen ihnen bestehenden Unterschiede zu vermindern.

In der DDR wurden die kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse weitgehend beseitigt. Damit erhielten die werktätigen Menschen zum erstenmal die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten und Talente frei zu entfalten. Nur im Sozialismus ist wirkliche Freiheit für den Menschen möglich. Während der Kapitalismus die Masse der Bevölkerung zum bloßen Anhängsel der Maschine degradiert, erhebt sich der Mensch im Sozialismus zum Beherrscher des Produktionsprozesses und wird zum bewußten Gestalter seiner Geschichte. „Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft...“ sagte Engels, „werden die Menschen ihre Geschichte mit vollem Bewußtsein selbst machen, erst von da an werden die von ihnen in Bewegung gesetzten gesellschaftlichen Ursachen vorwiegend und in stets steigendem Maße auch die von ihnen gewollten Wirkungen haben. Es ist der Sprung der Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit.“⁶

In der Deutschen Demokratischen Republik erfolgt die Festigung der volksdemokratischen Staatsmacht im Prozeß der ständigen Entfaltung der sozialistischen Demokratie. Ihr charakteristisches Merkmal ist die immer bewußtere und aktivere Teilnahme der Werktätigen an der Leitung von Staat und Wirtschaft. Die Staatsmacht der Arbeiter und Bauern stützt sich auf die freiwillige gesellschaftliche Mitarbeit der großen Mehrheit der Bevölkerung. Die Tätigkeit der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und die kameradschaftliche Zusammenarbeit aller Parteien und Organisationen im demokratischen Block und in der Volkskammer, in den Bezirks- und Kreistagen sowie den örtlichen Volksvertretungen spielen eine hervorragende Rolle bei der Einbeziehung aller Schichten der Bevölkerung in die sozialistische Umwälzung und bei der Herstellung der moralisch-politischen Einheit des Volkes. „Plane mit, arbeite mit, regiere mit!“ – das ist die Verwirklichung der vollen gesellschaftlichen und persönlichen Freiheit. Die wachsende Einsicht der Arbeiterklasse und aller Werktätigen in die objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung ist die Grundlage für wirkliche freie Entscheidungen. Die Ideologie der herrschenden Arbeiterklasse, die wissenschaftliche Weltanschauung des Marxismus-Leninismus, wird in zunehmendem Maße zur Ideologie der ganzen Gesellschaft. Nur im Bündnis mit der Arbeiterklasse und unter Führung ihrer Partei können die anderen Schichten der Gesellschaft alle ihre Kräfte frei in ihrem eigenen Interesse und im Interesse der ganzen Gesellschaft entfalten.

So entwickelt sich im Kampf um den Sieg des Sozialismus der neue sozialistische Mensch. Die zehn Grundsätze der sozialistischen Moral, die auf dem V. Parteitag verkündet wurden, sind die ethischen Normen, die er durch sozialistische Arbeit und sozialistische Lebensweise sich erkämpft, sie sind die ethischen Normen unseres gesellschaftlichen Zu-

⁶ Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring), Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 351.

sammenlebens. Die Formung des neuen Menschen der sozialistischen Epoche ist die größte historische Leistung der Arbeiterklasse.

XV.

In Westdeutschland dagegen werden durch die klerikal-militaristische Diktatur des Adenauer-Regimes selbst die spärlichen persönlichen und politischen bürgerlichen Freiheiten infolge der Atomaufrüstung immer mehr zerstört und die demokratischen Rechte beschnitten und beseitigt. Die menschenfeindlichen Klassenziele der Imperialisten und Militaristen, die den verbrecherischen Atomkrieg vorbereiten, stehen in unversöhnlichem Widerspruch zu den Interessen der Nation. Ihre Kriegsvorbereitungen sind untrennbar mit der Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Volksmassen verbunden. Der deutsche Imperialismus tarnt seinen menschenfeindlichen Charakter und seine aggressive Revanchepolitik durch bestimmte Verbesserungen des Lebensstandards, die die Arbeiterklasse dem Imperialismus abrang. Damit hält er große Teile der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen vom konsequenten Kampf gegen seine Herrschaft ab.

Die Bonner Machthaber konnten ihre volksfeindliche Politik bisher nur durchsetzen, weil sie die Unterstützung der rechten sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führer erhalten.

Die rechten SPD-Führer wollen nicht begreifen, daß die nationale Frage des deutschen Volkes nur durch die Entfaltung des Massenkampfes gegen den deutschen Militarismus und durch direkte Verhandlungen zwischen Vertretern der beiden deutschen Staaten gelöst werden kann. Die wichtigste Voraussetzung dazu ist die Aktionseinheit der stärksten Kraft des deutschen Volkes, der Arbeiterklasse. Die SED streckte mehrmals die Bruderhand zu solchen Verhandlungen aus. Leider hat der SPD-Vorstand bisher wider alle nationale Vernunft diese Hand zurückgewiesen. Die Politik der SPD, die Theorien vom „dritten Weg“ und vom „demokratischen Sozialismus“, sind im Grunde genommen nichts anderes als eine mehr oder weniger getarnte Unterstützung des Imperialismus und Militarismus. Der verhängnisvolle Fünf-Punkte-Beschluß der SPD-Bundestagsfraktion, der die jungen SPD-Mitglieder aufforderte, freiwillig in die NATO-Bundeswehr einzutreten, ist das beredteste Beispiel dafür.

Diese Politik verliert immer mehr das Vertrauen der Arbeiter. Sie gerät immer offener in Widerspruch zu den sozialen und nationalen Interessen des deutschen Volkes. Immer nachdrücklicher fordern SPD-Mitglieder, Arbeiter und andere Werktätige Westdeutschlands einen konsequenten Kampf für die demokratischen Rechte des deutschen Volkes. Diese Forderungen fanden ihren Ausdruck in den positiven Gedanken des Deutschlandplanes, um dessen Verwirklichung von der SPD-Führung kein Kampf geführt wird. Das Leben bestätigt aufs neue, daß der „dritte Weg“ und der „demokratische Sozialismus“ nichts anderes sind als der Versuch der Rettung des Kapitalismus. Die Arbeiterklasse in Westdeutschland bezahlte für die Politik der SPD- und DGB-Führung

sowie für die Illusionen, in den Sozialismus „hineinzuwachsen“, einen sehr teuren Preis: die Wiederherstellung der Macht der imperialistischen Bourgeoisie, die Aufrechterhaltung der Ausbeutergesellschaft und die Entwicklung Westdeutschlands zum Zentrum der Atomkriegsgefahr in Europa.

Die Ursache für den Bankrott der Politik der SPD ist ihre Absage an den Marxismus, ihr Kampf gegen den Kommunismus und die Staaten des sozialistischen Lagers, ist ihr Bekenntnis zur imperialistischen und militaristischen Staatsmacht in Westdeutschland. Die rechten SPD-Führer vertreten in Theorie und Praxis die Ideen der Klassenversöhnung und der Koalition mit der Großbourgeoisie. Angesichts der verhängnisvollen Auswirkungen dieser Politik besteht unsere Aufgabe darin, unversöhnlich und unablässig den Kampf gegen alle Spielarten des Revisionismus zu führen und die sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre für eine eigene, selbständige deutsche Arbeiterpolitik zu gewinnen.

XVI.

In Deutschland zeigen sich besonders kraß die entgegengesetzten Entwicklungstendenzen von Kapitalismus und Sozialismus.

Zehn Jahre Deutsche Demokratische Republik bedeuten Freiheit von Imperialismus und Militarismus, von Krisen und Krieg, von Elend und Arbeitslosigkeit. Zehn Jahre Deutsche Demokratische Republik bedeuten Frieden und Sicherheit, Wohlstand und Glück für alle Werktätigen. Zum erstenmal in unserer Geschichte gibt es einen deutschen Staat, der die Achtung und das Ansehen aller friedliebenden Völker genießt, gleichberechtigt im Kreis der sozialistischen Völkerfamilie lebt und mit den stärksten Staaten der Erde fest verbunden ist. Zum erstenmal gibt es einen deutschen Staat, dessen Außenpolitik nicht auf den imperialistischen Prinzipien des Raubes und der Vergewaltigung fremder Völker, sondern auf den Prinzipien des proletarischen Internationalismus und der friedlichen Koexistenz beruht. Zum erstenmal gibt es einen deutschen Staat, der keine Kolonialpolitik betreibt, sondern den nationalen und kolonialen Befreiungskampf der unterdrückten und abhängigen Länder unterstützt und freundschaftliche Beziehungen mit den antiimperialistischen Nationalstaaten pflegt.

Im Gegensatz dazu bedeuten zehn Jahre Herrschaft des Imperialismus und Militarismus im Bonner Staat Vertiefung der Spaltung Deutschlands, erneute Gefahr des Faschismus und drohenden Atomkrieg. Zehn Jahre Westzonenstaat bedeuten Entrechtung und Unterdrückung der Volksmassen und verstärkte Ausbeutung der Werktätigen. Die Adenauer-Clique setzt die Expansionspolitik Wilhelms II. und Hitlers fort. Der Bonner Staat erhebt als einziger Staat in Europa Revancheforderungen gegenüber den Nachbarländern. Durch seine Politik der atomaren Aufrüstung, der Aggression und des Neokolonialismus gerät er in immer größeren Widerspruch zu allen anderen Völkern, gerät seine gegenwärtige Regierung in die politische Isolierung.

Beide Entwicklungstendenzen in Deutschland zeigen anschaulich, daß es keinen sogenannten dritten Weg gibt.

Keine Kraft der Welt kann die Errungenschaften der DDR, die Errungenschaften des ganzen deutschen Volkes sind, rückgängig machen.

Zehn Jahre Deutsche Demokratische Republik beweisen die gewaltige schöpferische Kraft des befreiten Volkes, beweisen die geschichtsgestaltende Wirksamkeit der Ideen des Marxismus-Leninismus und die Richtigkeit der Politik der SED, der führenden Kraft der Nationalen Front des demokratischen Deutschland.

Vorwärts zu neuen Erfolgen in der sozialistischen Umwälzung!

Vorwärts zur Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1959, der Grundlage und Voraussetzung für den Sieg des großen Siebenjahrplanes der Deutschen Demokratischen Republik!

Mit historischer Gesetzmäßigkeit vollziehen wir durch die Schöpferkraft der Volksmassen den Sieg des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus!

Die Übereinstimmung der Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik mit den Interessen der westdeutschen Bevölkerung im Kampf gegen den deutschen Militarismus

In den Februartagen des Jahres 1955 ging durch ganz Deutschland eine mächtige Welle von Friedensdemonstrationen, -kundgebungen und Versammlungen. Tausende von Telegrammen und Briefen aus der DDR und aus Westdeutschland wurden an die Abgeordneten des Bonner Bundestages gesandt. In Städten und Dörfern der Deutschen Demokratischen Republik kam die Bevölkerung zusammen, um machtvoll ihre Stimme für die Erhaltung des Friedens zu erheben. Gewaltige Protestkundgebungen fanden in Augsburg, Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Fürth, Hamburg, Köln und vielen anderen Städten und Dörfern Westdeutschlands statt. Die Sowjetunion erhob eindringlich ihre warnende Stimme. Die Friedenskräfte der anderen europäischen Staaten protestierten leidenschaftlich.

Aber ungeachtet all dessen stimmte die reaktionäre Mehrheit des Bonner Bundestages am 27. Februar 1955 den Pariser Verträgen zu. Westdeutschland wurde entgegen dem eindeutig geäußerten Willen des Volkes als Aufmarschgebiet und Menschenreservoir, als Rüstungsbasis und Raketenstützpunkt in den aggressiven NATO-Pakt einbezogen. Der Beitritt zu diesem Kriegspakt und der nationale Verrat des deutschen Monopolkapitals durch die Preisgabe entscheidender Souveränitätsrechte zugunsten der ausländischen imperialistischen Besatzungstruppen vertiefte die Spaltung Deutschlands und stellte der Wiedervereinigung Deutschlands ein bedeutendes Hindernis entgegen. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, die Besetzung aller entscheidenden Positionen der Bonner Bundeswehr mit ehemaligen Hitler-Generalen und -Offizieren, besonders aber der Beschluß der kriegslüsternden Mehrheit des Bonner Parlaments vom 25. März 1958 über die Ausrüstung der westdeutschen Streitkräfte mit Atom- und Raketenwaffen bis 1961 gefährden den Weltfrieden auf das äußerste.

Unter diesen Bedingungen ist der Kampf um die Sicherung des Friedens zur Hauptaufgabe in Deutschland geworden. Keine andere Frage kann gelöst werden, wenn nicht der Frieden erhalten und gesichert wird.

Der V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands orientierte das ganze deutsche Volk auf diese alles entscheidende Lebensfrage unserer Nation. Er stellte fest: „Die Sicherung des Friedens ist zum

Hauptinhalt der Deutschlandfrage geworden.“¹ Die SED wurde auch in diesem neuen Abschnitt des Kampfes um die Lösung der Lebensfragen unserer Nation ihrer Rolle als Führerin des Volkes gerecht. Sie arbeitete die neuen Aufgaben im Kampf um die Sicherung des Friedens aus und hob hervor: „Dieses Friedensprogramm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands entspricht den Interessen des ganzen deutschen Volkes und der Nation. Nur eine solche Politik kann als nationale Politik angesprochen werden, die geeignet ist, den Frieden zu sichern, um die entscheidende Voraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands zu einem friedliebenden, demokratischen Staat zu schaffen.“²

Der deutsche Militarismus, das wichtigste politische Instrument der aggressivsten, kriegswütigsten, reaktionärsten Kräfte des deutschen Monopolkapitals, versucht, mit der forcierten Atomaufrüstung, mit hemmungsloser revanchistischer Aufpeitschung der Bevölkerung, mit brutaler Unterdrückung jeder demokratischen Bewegung in Westdeutschland und Sabotage aller internationalen Verständigungsversuche seine Aggressionspläne durchzusetzen. Er ist damit zum Hauptfeind der deutschen Nation, zum Hauptstörfried und zur größten Gefahr für den Frieden in Europa geworden.

Aber die Grenzen des deutschen Militarismus sind nicht nur in internationaler Hinsicht, sondern vor allem auch in Deutschland selbst enger gezogen als je zuvor in der Geschichte.

Heute existiert auf dem Boden Deutschlands die Deutsche Demokratische Republik, der erste friedliebende und demokratische Staat in der Geschichte unseres Volkes. Die DDR erfüllt heute an der Grenze zwischen dem imperialistischen und sozialistischen System getreu und standhaft ihre Pflicht vor der internationalen Arbeiterklasse und allen friedliebenden Völkern. Die Bildung der Deutschen Demokratischen Republik und ihre beharrliche Festigung ist ein für ganz Europa außerordentlich wichtiger Beitrag zur Erhaltung des Friedens.

Der deutsche Militarismus ist nicht nur dadurch geschwächt, daß heute die 18 Millionen Menschen in der DDR, die er noch in den beiden vergangenen Weltkriegen für seine verbrecherischen Ziele ausnutzen konnte, seinem räuberischen Zugriff entzogen sind. Die Bevölkerung der DDR ist vielmehr zu einer aktiven Kraft für die Verteidigung des Friedens geworden, die über alle staatlichen Machtmittel verfügt, um ihre Errungenschaften zu schützen. Sie ist vor allem auch bereit, jedem Angriff des deutschen Militarismus auf die friedliche Ordnung des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates entschlossen entgegenzutreten. Gleichzeitig finden Zehntausende von der allgemeinen Wehrpflicht bedrohte Jugendliche der Westzone Zuflucht in der DDR, wo sie vor dem

¹ Beschluß des V. Parteitages der SED über den Kampf um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus, für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 10.

² Ebenda, S. 11.

Zugriff des deutschen Militarismus sicher sind und ihrer friedlichen Arbeit nachgehen können. Die Jugend ganz Deutschlands kann am Beispiel der DDR eine wirkliche, eine friedliche und gesicherte Perspektive erkennen. So entziehen sich dem deutschen Militarismus ganze Divisionen junger Menschen, die nunmehr am sozialistischen Aufbau teilnehmen.

In den vergangenen Kriegen war es dem deutschen Militarismus noch möglich, die günstige territoriale Lage Deutschlands auszunutzen und den ersten Schlag jeweils gegen den Staat zu führen, der ihm als das am leichtesten zu bewältigende Opfer erschien. Heute ist durch die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik dem deutschen Militarismus nicht nur das Territorium für die Ausbildung, Erprobung und Aufstellung seiner Truppen sowie für die Verteilung der am meisten gefährdeten Objekte über das ganze Land um ein Drittel eingeengt, sondern er hat auch eine weit ungünstigere strategische Position: An der Ostgrenze wird ihm der Weg nach dem Osten neben der volksdemokratischen Tschechoslowakischen Republik jetzt auch durch einen deutschen sozialistischen Staat versperrt. Das macht die Perspektivlosigkeit seiner Pläne noch deutlicher als zuvor.

Durch die Bildung der Deutschen Demokratischen Republik fehlt dem deutschen Militarismus das Wirtschaftspotential eines Drittels des früheren deutschen Staates, das er bisher für die Vorbereitung und Durchführung seiner Aggressionspläne benutzen konnte. Die Ressourcen der Volkswirtschaft der DDR werden heute für den Kampf um den Frieden genutzt. Der Fleiß und das Können der Arbeiter, der Bauern und der Intelligenz wie auch die Meisterschaft unserer Künstler, die hingebungsvolle Arbeit unserer Erzieher und aller anderen Werktätigen sind ein für allemal dem Zugriff und der Ausnutzung durch den Militarismus entzogen.

Es sind nicht nur die Bergarbeiter des Ruhrgebietes, die heute auf die DDR schauen, die hier die Zukunft zu erkennen beginnen, in der es keine Arbeitshetze, keine Feierschichten und keine Entlassungen wegen Arbeitsmangel gibt. Es sind nicht nur die Metallarbeiter Schleswig-Holsteins, die bereits im Oktober 1956 das Vorbild der sozialen Gesetzgebung in der DDR benutzten, um auch für Westdeutschland solche Errungenschaften zu erkämpfen, und zwar auf Kosten der riesigen Aufwendungen, die für die Atomrüstung notwendig sind. Alle Schichten der Bevölkerung Westdeutschlands können in der Deutschen Demokratischen Republik die Perspektiven eines friedlichen, glücklichen und gesicherten Lebens erkennen.

Unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands haben die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik wahrhaft historische Leistungen im friedlichen Aufbauwerk vollbracht, die immer stärker auf die friedliebende Bevölkerung Westdeutschlands einwirken. Die Partei der Arbeiterklasse orientierte die ganze Nation auf den Kampf um die Erhaltung und Sicherung des Friedens. Sie erklärte, daß erst mit der Bändigung des deutschen Militarismus die Voraussetzung

geschaffen werden muß, Deutschland als friedliebenden und demokratischen Staat wiederzuvereinigen.

Dieser nationalen Konzeption steht der von der Adenauer-Regierung mit Billigung und Unterstützung der NATO ausgearbeitete Outline-Plan gegenüber, der die militärische Eroberung der DDR und die Okkroyierung der imperialistischen Ordnung Westdeutschlands auf die DDR vorsieht. Um die Kriegspläne des deutschen Militarismus, insbesondere die Atomaufrüstung Westdeutschlands, zu vereiteln, ist entscheidend, wie es gelingt, die DDR zu einem solch starken Anziehungspunkt zu machen, daß die Bevölkerung Westdeutschlands selbst einen entscheidenden Beitrag zur Zügelung der Militaristen leistet. Von ausschlaggebender Bedeutung für eine solche Veränderung des Kräfteverhältnisses in Deutschland ist die Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgabe in der DDR, die vom V. Parteitag der SED beschlossen wurde: „Die ökonomische Hauptaufgabe besteht darin, die Volkswirtschaft innerhalb weniger Jahre so zu entwickeln, daß die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung gegenüber der kapitalistischen Herrschaft umfassend bewiesen wird. Deshalb muß erreicht werden, daß der Pro-Kopf-Verbrauch der werktätigen Bevölkerung an allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern höher liegt als der Pro-Kopf-Verbrauch der Gesamtbevölkerung in Westdeutschland.“³

Die Bevölkerung der DDR arbeitet mit großer Begeisterung an der Erfüllung dieser Aufgabe. Die bereits jetzt vorliegenden Ergebnisse des großen Arbeitsaufschwungs machen offenbar, daß dem Plan der westdeutschen Militaristen, ihre Atomaufrüstung bis 1961 durchzuführen, ein entscheidendes Hindernis in den Weg gestellt wird. Die sichtbare Überlegenheit der friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik wird es der westdeutschen Bevölkerung erleichtern, die Atomaufrüstungspläne zu durchkreuzen und sich mit voller Kraft für eine Friedenspolitik in ganz Deutschland einzusetzen.

Die historische Bedeutung der Deutschen Demokratischen Republik besteht weiter darin, daß damit auf dem Boden Deutschlands ein Staat existiert, der die Kriegs- und Eroberungspläne des deutschen Imperialismus und Militarismus rechtzeitig entlarvt, das Wesen ihrer volksfeindlichen Politik aufdeckt und durch sein Beispiel den Weg zeigt, wie die Lebensfragen der Nation ohne Krieg gelöst werden können. So unterschiedlich die beiden deutschen Staaten ihrem Charakter nach sind, so unterschiedlich sind auch ihre Pläne. Offen, weil er mit den Interessen des Friedens und der Demokratie übereinstimmt, stellt die SED ihren Plan dem ganzen Volke zur Diskussion. Im Geheimen ausgearbeitet und im Panzerschrank vergraben, dem Volke nur durch die Regierung der DDR bekanntgeworden, zeigt der Outline-Plan, daß die Adenauer-Regierung an eine demokratische Wiedervereinigung nicht denkt, sondern die DDR erobern will.

Die Politik der Adenauer-Clique hat mit den Interessen des Volkes nichts gemein. Sie dient allein den Plänen und Zielen des deutschen

³ Ebenda, S. 32.

Militarismus. Wenn die Bonner Regierung von der „Befreiung“ der DDR und der sozialistischen Länder spricht, dann verbirgt sich dahinter der Machtanspruch des deutschen Monopolkapitals auf die Vorherrschaft in Europa, der die Welt schon zweimal in furchtbare Katastrophen stürzte. Der deutsche Imperialismus glaubt jetzt, durch das NATO-Bündnis und die Ausrüstung mit Atomwaffen seine aggressiven Ziele verwirklichen zu können. Er erhebt bereits Ansprüche auf 786 Betriebe in der DDR, 172 Betriebe in Polen, 8 Betriebe in der ČSR, 28 Betriebe in der UdSSR.^{3a}

Noch deutlicher wird in dem Geheimschreiben Erhards an Adenauer vom 17. März 1958⁴ (eine Woche vor der Beschlußfassung im Bundestag über die Atomaufrüstung!) ausgesprochen, daß die Bonner Regierung das ausführende Organ des Monopolkapitals ist. In diesem Brief wird der Standpunkt des Bundesverbandes der (west)Deutschen Industrie wiedergegeben, der in einer Besprechung „mit maßgebenden Unternehmern“ ausgearbeitet worden war. Die grundlegende Direktive für die Bonner Regierung lautet: „Jetzt ist es klar, daß die Bundesrepublik durch des Schicksals Fügung berufen ist, die führende Rolle auf dem europäischen Kontinent zu übernehmen.“⁵

Das ist der offene Anspruch auf die Vorherrschaft des deutschen Imperialismus über ganz Europa. Setzt man an Stelle von „Schicksals Fügung“ das Wort „Vorsehung“ ein, wird noch deutlicher, daß es sich nur um eine Wiederholung der bereits durch Hitler ausposaunten Machtansprüche des deutschen Imperialismus handelt. In vielen Reden Bonner Minister wird dieses Ziel der „Neuordnung Europas“ offen verkündet. Bereits am 16. März 1952 sprach Adenauer in Siegen davon, „daß die Wiederaufrüstung Deutschlands die Vorbereitung einer Neuordnung in Osteuropa“⁶ sein solle. Diese Ziele werden bis heute, und zwar immer offener und unverhüllter, von der Adenauer-Clique vertreten.

Daher wird die Bonner Regierung auch von ihren imperialistischen Auftraggebern für ihre getreuen Dienste gelobt: „Vor allem stellt der Bundesverband (der Industrie. — R. S.) mit Genugtuung fest, daß die Bundesregierung unentwegt die außenpolitische Linie verfolgt, die der Auffassung des Bundesverbandes entspricht.“⁷

Diese Linie des Krieges und der Eroberung anderer Staaten wird im Outline-Plan fortgesetzt. Das deutsche Monopolkapital ist, wie aus dem erwähnten Schreiben weiter hervorgeht, gegen jede Verständigung und Entspannung. In „großdeutscher“ Manier heißt es dort: „Maßgebende Männer der Industrie sind sich ihrer großen Verantwortung für die Behauptung der führenden Rolle Deutschlands in Europa bewußt. Eben

^{3a} Vgl. Max Reimann: Die Aufgaben der KPD im Kampf um eine neue Politik, für Entspannung und Frieden. In: Neues Deutschland (B) vom 6. Mai 1959, Sonderbeilage, S. 3.

⁴ Vgl. Rude Pravo (Prag) vom 22. Mai 1958. Neues Deutschland (B) vom 23. Mai 1958.

⁵ Neues Deutschland (B) vom 23. Mai 1958.

⁶ Stuttgarter Zeitung vom 22. März 1952.

⁷ Neues Deutschland (B) vom 23. Mai 1958.

darum sind sie über eine mögliche Gipfelkonferenz und ihre mutmaßlichen Folgen beunruhigt, ganz gleich, ob die Wiedervereinigungsfrage dort zur Sprache kommt oder nicht. Wenn man sich nun bei einem Gipfeltreffen sogar nur zum Teil verständigen würde, so würden gerade für die Bundesrepublik, die die neuen Vorteile aus den Verträgen von Paris und Rom zieht, wirtschaftliche und politische Konsequenzen negativer Art entstehen.“⁸

Hier werden die wahren Hintermänner und Hintergründe für die friedensfeindliche und antinationale Haltung der Bonner Vertreter auf der Genfer Außenministerkonferenz sichtbar. Ausdrücklich wird in der Anweisung an die Adenauer-Regierung hervorgehoben: „Am gefährlichsten sind für die Bundesrepublik die Vorschläge des Ostens, die Verwendung der Atomwaffen zu verbieten, die Kernwaffenversuche einzustellen sowie eine atomwaffenfreie Zone zu schaffen. Denn das würde soviel wie eine Neutralisierung Deutschlands bedeuten.“⁹

Daher gaben die Beherrscher Westdeutschlands die Direktive, die ihre Vertreter im Staatsapparat durchzusetzen haben und – wie der Verlauf der Genfer Außenministerkonferenz bewies – auch getreulich verwirklichen: „Es darf nichts geschehen, was die Entwicklung der NATO und der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sowie des Euratoms und des Rüstungsdreiecks beeinträchtigt. Wirtschaftspotential ist, wie bekannt, Rüstungspotential. Rüstungspotential ist militärische Macht und damit politische Gestaltungskraft.“¹⁰

So wird jeder Versuch einer Entspannung und Verständigung vom machthungrigen deutschen Imperialismus und Militarismus erbittert bekämpft. Der Adenauer-Clique wird ausdrücklich versichert: „... die Bundesregierung dürfe für ihr Wirken gegen die Idee der Ost-West-Verhandlungen und um so mehr dagegen, daß auf einer Gipfelkonferenz ein Kompromiß geschlossen wird, auf einen starken Rückhalt in der Industrie rechnen.“¹¹

Ein Staat, in dem die imperialistischen Kräfte in dieser Weise diktieren, hat mit den Interessen unseres Volkes nichts gemein, er ist vielmehr ein Instrument *gegen* das Volk und dessen Forderungen nach Frieden und Verständigung.

Diese Erkenntnis wächst auch in Westdeutschland. In einer Entschliebung, die 23 000 Teilnehmer einer Gewerkschaftskundgebung am 20. November 1958 in Dortmund annahmen, wurde über die Rolle des deutschen Imperialismus festgestellt: „Die Konzentration wirtschaftlicher Macht beginnt erneut eine Gefahr für den demokratischen Staat zu werden, um so mehr, als die Vergangenheit bewiesen hat, daß sich in Deutschland die Beherrscher großer Wirtschaftsbereiche nicht mit ihrer wirtschaftlichen Einflußsphäre begnügen.“¹²

⁸ Ebenda.

⁹ Ebenda.

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Ebenda.

¹² Welt der Arbeit vom 28. November 1958.

Diese und viele andere ähnliche Feststellungen widerspiegeln die ernste Sorge, die große Teile der westdeutschen Bevölkerung ergriffen hat. Diese wachsende Unruhe, diese Massenstimmung gegen den Kriegskurs des Bonner Staates kommt auch in dem von der SPD veröffentlichten Deutschlandplan zum Ausdruck.

Aber der entscheidende Schritt — die Herstellung der Aktionseinheit der gesamten deutschen Arbeiterklasse gegen die Kriegspolitik des deutschen Militarismus — ist bisher weder von der Führung der SPD noch des DGB getan worden, um die drohenden Gefahren vom deutschen Volk abzuwenden. Das Zentralkomitee der SED, das Zentralkomitee der KPD und der Bundesvorstand des FDGB haben wiederholt vorgeschlagen, diese Aktionseinheit herzustellen, damit die deutsche Arbeiterklasse ihrer historischen Aufgabe gerecht wird und als führende Kraft im Volkskampf gegen den deutschen Militarismus auftreten kann. Um sie werden sich alle demokratischen und friedliebenden Kräfte Deutschlands scharen und, gestützt auf die Deutsche Demokratische Republik, der NATO-Politik in Westdeutschland ein Ende bereiten. Ein solcher Sieg liegt im vollen Interesse unseres Volkes, eine solche Politik findet auch immer stärkeren Widerhall in Westdeutschland.

Die Regierung der DDR hat bereits in ihrer am 26. Juli 1957 beschlossenen Erklärung über den Weg der deutschen Nation zur Sicherung des Friedens und zur Wiedervereinigung Deutschlands zu den Lebensfragen unseres Volkes Stellung genommen und der westdeutschen Regierung und Bevölkerung vorgeschlagen:

„1. Ein Verbot der Lagerung und der Herstellung von Atombomben und -waffen auf dem Boden Deutschlands sowie ein Verbot der Propagierung des Atomkrieges zu vereinbaren.

2. Ausscheiden der beiden deutschen Staaten aus der NATO und dem Warschauer Vertrag, Aufhebung der Wehrpflicht und Vereinbarung über die beiderseitige Truppenstärke.

3. Gemeinsames oder einzelnes Ersuchen an die vier Mächte auf baldige schrittweise Zurückziehung ihrer Truppen aus ganz Deutschland.“¹³

Das war die konsequente Fortsetzung des seit der Gründung der DDR geführten Kampfes für den Frieden und gegen die Gefahr eines Atomkrieges. Der Vorschlag fand großen Widerhall. Nach dem Beschluß über die Atomaufrüstung der Bundeswehr vom 25. März 1958 machte sich die Bevölkerung Westdeutschlands die Forderungen des Vorschlages noch mehr zu eigen und stellte sie in den Mittelpunkt ihrer Aktionen. Das zeigt, daß nur die Deutsche Demokratische Republik, in der die Kräfte des Volkes die Macht ausüben, eine Politik im Interesse der gesamten Nation betreibt. Die Regierung der DDR hat auf die Einführung der Wehrpflicht verzichtet. Sie hat ihre Streitkräfte eingeschränkt und Vorschläge für eine Regelung über die Stärke und Stationierung der Streitkräfte beider deutscher Staaten unterbreitet. In der DDR gibt es keine Atom- und Raketenwaffen. Am 11. Dezember 1957 schlugen Regierung

¹³ Dokumentation der Zeit, 1957, Nr. 149, S. 4.

und Volkskammer der DDR der Bundesrepublik vor, auf die Produktion und die Ausrüstung der Streitkräfte mit Massenvernichtungswaffen zu verzichten und keine ausländischen Atom- und Raketenwaffen auf deutschem Boden zu stationieren. Am 22. Januar 1958 rief der Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl, zu einem Volksentscheid über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone, die das Territorium beider deutscher Staaten umfassen soll, auf. Die Liste dieser Friedenstaten der DDR ließe sich noch lange fortsetzen.

Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik steht einmütig hinter der Friedenspolitik ihrer Regierung. Das beweist sie täglich durch ihre großen Leistungen in Industrie, Landwirtschaft, Wissenschaft und Kultur und durch ihre aktive Mitarbeit in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland sowie in der Friedensbewegung. Das Beispiel der Deutschen Demokratischen Republik stärkt die friedliebenden Kräfte Westdeutschlands. Das bewiesen u. a. die machtvollen Aktionen in Dortmund und Gießen gegen die Stationierung von Atomraketen. Diese Aktionen zeigten, daß vor allem das entschlossene Auftreten der Arbeiterklasse der Bewegung gegen den Atomtod eine große Kraft verleiht. Durch die unentschlossene Haltung der Führung der SPD und des DGB ist diese Kraft bisher nicht voll zur Entfaltung gekommen. Wie sehr die Arbeiter Westdeutschlands bereit sind, für die Erhaltung des Friedens zu kämpfen, beweisen ihre Aktionen in Westdeutschland und ihr Auftreten auf den gesamtdeutschen Arbeiterkonferenzen. So werden z. B. in den Beschlüssen der 8. und 9. Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz vom 13. September 1958 bzw. 7. März 1959 in vollem Maße die Forderungen der Deutschen Demokratischen Republik unterstützt. Es zeigt sich, daß zwischen den Interessen der Arbeiter und Werktätigen Westdeutschlands und der Politik der Deutschen Demokratischen Republik im Kampf um den Frieden, für die demokratische Wiedervereinigung und gegen den Militarismus volle Übereinstimmung besteht. Daher konnte auch im Beschluß der 9. Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz mit Zustimmung aller Konferenzteilnehmer festgestellt werden: „Die westdeutschen Arbeiter besitzen in ihrem Kampf um Frieden, gegen Militarismus, für demokratische Verhältnisse und sozialen Fortschritt einen unerschöpflichen Kraftquell: die Deutsche Demokratische Republik.“¹⁴

Jetzt kommt es darauf an, die Arbeiterklasse geeint in den Kampf um die Erhaltung des Friedens zu führen und jede Verzögerungspolitik und Unentschlossenheit, die nur den Feinden des Volkes dient, über Bord zu werfen. Die SED, die KPD und der FDGB haben wiederholt Vorschläge für gemeinsame Aktionen unterbreitet. Alles hängt jetzt von der Führung der SPD und des DGB ab. Die Lehren der Geschichte mahnen, im Interesse des ganzen deutschen Volkes den Antikommunismus, der die Arbeiterklasse spaltet und immer nur den Militaristen genützt hat, fallen zu lassen. Das Beispiel der DDR zeigt, welche Erfolge die geeinte Arbeiterklasse erringen kann.

¹⁴ Dokumentation der Zeit, 1959, Nr. 187, S. 36.

Nicht nur aus den Reihen der Arbeiter, sondern auch aus denen der Wissenschaftler wird der Ruf laut, die Arbeiterklasse zu Aktionen zu mobilisieren. Am 26. Februar 1958 wandten sich 44 westdeutsche Professoren mit einem Appell an den DGB zu gemeinsamen Aktionen gegen die Atombewaffnung: „Heute kommt es darauf an, den mitteleuropäischen Raum nicht in die tödlichen Fesseln atomarer Militärpolitik zu verstricken. Dieser Kriegsherd muß von Atomwaffen frei bleiben. Das liegt im Interesse beider Teile unseres gespaltenen Vaterlandes und aller europäischen Völker. Die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone wäre ein erster wesentlicher Schritt in die gemeinsame freiheitliche und friedliebende Zukunft aller Deutschen. Wollen die Gewerkschaften die Wissenschaftler angesichts der drohenden Gefahren allein lassen?“¹⁵

Es ist ein in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung einmaliger Fall, daß bürgerliche Wissenschaftler eine legale Organisation der deutschen Arbeiter aufrufen müssen, ihre Pflicht im Kampf gegen den deutschen Militarismus zu tun. Die Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung und die ernste Gefahr, die Deutschland droht, verlangen von den Führern der SPD und des DGB, mit diesem der Arbeiterklasse fremden und unwürdigen Verhalten Schluß zu machen und die Forderungen der deutschen Arbeiter und Friedenskämpfer nach Aktionen gegen die Kriegspolitik des Bonner Staates zu erfüllen. Sie werden dabei immer auf die brüderliche Unterstützung der Werktätigen der DDR rechnen können.

Über die Reihen der Arbeiterklasse hinaus gibt es in der ganzen Bevölkerung Westdeutschlands eine breite Protestbewegung gegen die Atombewaffnung. Die Forderungen all dieser um den Frieden besorgten Kräfte stimmen mit den Vorschlägen der DDR weitgehend überein.

Am 12. April 1957 erhoben 18 führende westdeutsche Atomwissenschaftler ihre Stimme gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr und verweigerten ihre Mitarbeit bei der militärischen Ausnutzung der Atomkraft.¹⁶

Am 10. März 1958 riefen 40 führende Politiker, Wissenschaftler, Künstler und Pfarrer, die im „Arbeitsausschuß gegen den Atomtod“ vereinigt sind, zur Entspannung zwischen Ost und West auf. Sie verurteilten die atomare Bewaffnung der Bundeswehr und forderten die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone.¹⁷

Die kirchlichen Bruderschaften Westdeutschlands riefen von Mülheim aus am 3. Februar 1958 alle Christen auf, der Militärpolitik der Bonner Regierung entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen.¹⁸

Bereits im Februar 1958 erklärten sich, wie von der SPD-Abgeordneten Wessel im Bundestag bekanntgegeben wurde, bei einer EMNID-Umfrage 83 Prozent der westdeutschen Bevölkerung gegen die Errichtung von Atomraketenbasen.¹⁹

¹⁵ Deutsche Volkszeitung (Düsseldorf) vom 8. März 1958.

¹⁶ Vgl. Nürnberger Nachrichten vom 13./14. April 1957.

¹⁷ Vgl. Welt der Arbeit vom 14. März 1958.

¹⁸ Vgl. Stimme der Gemeinde vom 1. März 1958.

¹⁹ Vgl. Deutscher Bundestag. 20. Sitzung, Bonn, 22. März 1958.

Die Zahl der mit den Friedensvorschlägen der DDR übereinstimmenden westdeutschen Bürger beweist, daß die Politik der DDR den Interessen der ganzen Nation entspricht. Darum hatte es auch das Bundesverfassungsgericht so eilig, die Anordnung der Bonner Regierung, ihre Atompolitik mit dem Verbot der Volksbefragung zu sichern, bereits bis zum 30. Juli 1958 zu erfüllen.²⁰

Aber damit war die Volksbewegung gegen den Atomtod nicht aufzuhalten. Dafür nur einige Beispiele: Die 1500 Teilnehmer des 5. Deutschen Friedenskongresses aus beiden Teilen Deutschlands klagten am 20. April 1958 die Bonner Regierung an, „die NATO statt der Nation, den Atomkrieg statt des Friedens zu wählen“. Sie stellten sich hinter die Friedensvorschläge der Deutschen Demokratischen Republik.²¹

Am 13. Mai 1958 lehnten 48 westdeutsche katholische Persönlichkeiten die Ausrüstung der westdeutschen Streitkräfte mit Atomwaffen ab.²²

Die Teilnehmer des am 18. und 19. Oktober 1958 in Dortmund tagenden westdeutschen Friedenskongresses lehnten die Bindung an die NATO und die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen ab. Sie forderten: schrittweisen Abzug der ausländischen Truppen; Einstellung der Atomrüstung; Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa; Begrenzung der deutschen Streitkräfte; Abschaffung der Wehrpflicht; Orientierung auf Abschluß eines Friedensvertrages; Annäherung beider deutscher Staaten.²³

Bei dieser Aufzählung tritt die Übereinstimmung in den Auffassungen der westdeutschen Friedenskämpfer mit der Politik der DDR besonders deutlich zutage.

Im Sinne der hier zitierten Beschlüsse ist auch die Erklärung des Kongresses westdeutscher Studenten gegen die Atomrüstung vom 4. Januar 1959²⁴ und die am 30. Januar 1959 erhobene Forderung von 150 westdeutschen Intellektuellen für Verhandlungen zwischen beiden deutschen Regierungen gehalten.²⁵

Gegen die Atomaufrüstung und für den Abschluß eines Friedensvertrages, für eine grundlegende Wende der Politik in Westdeutschland erklärten sich auch die Teilnehmer der 2. Tagung des Friedenskomitees in Westdeutschland am 15. Februar 1959²⁶ und die Vertreter der 2. Tagung des Ständigen Kongresses aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik am 8. März 1959.²⁷

Die Tatsachen beweisen, daß die Politik der Bonner Regierung zwar den Interessen des deutschen Militarismus dient, der einen neuen Krieg vorbereitet, um seine Vorherrschaft über Europa zu errichten, aber in

²⁰ Vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (Bonn) vom 6. August 1958.

²¹ Vgl. Stimme des Friedens, Berlin, 1958, Nr. 5.

²² Vgl. Neue Zeit (Berlin) vom 14. Mai 1958.

²³ Vgl. Stimme des Friedens, Düsseldorf, 5. Oktober-Woche 1958.

²⁴ Vgl. Der Spiegel vom 14. Januar 1959.

²⁵ Vgl. Neues Deutschland (B) vom 31. Januar 1959.

²⁶ Vgl. Stimme des Friedens, Dortmund, 3. Februar-Woche 1959.

²⁷ Vgl. Dokumentation der Zeit, 1959, Nr. 188, S. 40/41.

grundlegendem Widerspruch zu den Interessen des deutschen Volkes steht. Die Tatsachen beweisen, daß der Kampf des Volkes um Frieden, Einheit und Wohlstand in voller Übereinstimmung mit der Politik der Deutschen Demokratischen Republik steht. Die DDR ist die größte Errungenschaft des Friedenskampfes in Deutschland. Mit der DDR schufen sich die friedliebenden Kräfte Deutschlands unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei einen Staat, der aktiv den Frieden verteidigt.

Die Bildung der Deutschen Demokratischen Republik und ihr unaufhaltsamer Aufstieg stärken die Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus in ganz Europa. Zum erstenmal ist in Deutschland ein Staat entstanden und erstarkt, dessen Ziele in voller Übereinstimmung mit den Interessen aller europäischen Völker und aller friedliebenden Menschen der ganzen Welt stehen. Die Deutsche Demokratische Republik führt auch international einen entschiedenen Kampf für die Verteidigung des Friedens. Sie läßt sich in ihrer Außenpolitik von den Prinzipien des proletarischen Internationalismus und der friedlichen Koexistenz leiten. Die Außenpolitik der DDR steht in grundlegendem Widerspruch zur aggressiven imperialistischen Außenpolitik des Bonner Separatstaates, die an die Hitlersche Politik der Eroberung und Unterdrückung fremder Länder anknüpft und sie fortsetzt.

Das hohe internationale Ansehen der Deutschen Demokratischen Republik beruht gerade darauf, daß sie mit der Politik des Militarismus und Revanchismus konsequent gebrochen hat und zum erstenmal eine den Interessen des Friedens und der Demokratie dienende Außenpolitik verwirklicht. Die DDR erhebt keine territorialen Forderungen, sondern unterstützt den Kampf aller Staaten um die Sicherheit und Unverletzlichkeit ihrer Grenzen. Das trifft besonders auf die Friedensgrenzen mit den sozialistischen Staaten wie Polen und der ČSR, aber auch auf solche Staaten wie Österreich, Frankreich u. a. zu, die heute schon wieder den Angriffen der revanchistischen westdeutschen Außenpolitik ausgesetzt sind. Die Stärkung der DDR bedeutet daher immer auch eine Stärkung der Sicherheit aller vom deutschen Militarismus bedrohten Staaten.

Die DDR ist zu einem festen Bestandteil des sozialistischen Weltsystems geworden. Ihre großen Erfolge waren nur möglich durch die brüderliche Hilfe, die sie von allen sozialistischen Staaten, besonders aber von der Sowjetunion, erhielt und auch jetzt im Kampf um den Abschluß eines Friedensvertrages erhält. Die festen brüderlichen Beziehungen zu allen sozialistischen Staaten sind zur unerschütterlichen Grundlage der Außenpolitik der DDR geworden. Die DDR leistet im sozialistischen Weltsystem ihren Beitrag zur Erhaltung des Friedens und der Verteidigung der Errungenschaften des Weltproletariats in den sozialistischen Ländern. Das bewies sie auch im Herbst 1956 bei der imperialistischen Verschwörung gegen Ungarn, als ihre Festigkeit wesentlich dazu beitrug, die Auslösung eines Weltkrieges zu verhindern. Die Deutsche Demokratische Republik ist durch den am 14. Mai 1955 in Warschau abgeschlossenen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit

und gegenseitigen Beistand fest mit den sozialistischen Staaten Europas verbunden. Der Schutz der Errungenschaften der DDR durch alle sozialistischen Länder ist von hervorragender nationaler und internationaler Bedeutung, weil er nicht nur die Sicherung und Unantastbarkeit der DDR garantiert, sondern vor allem dazu beiträgt, die aggressiven NATO-Generale und besonders die deutschen Militaristen zu zügeln. Die Perspektivlosigkeit des deutschen Imperialismus und Militarismus ist heute angesichts der organisierten Kraft der Länder des Friedens viel deutlicher sichtbar als je zuvor.

Der Warschauer Vertrag behindert nicht wie die imperialistischen Pariser Verträge die Wiedervereinigung Deutschlands, sondern fördert sie durch den Schutz der DDR als Bastion des Friedens in Deutschland und durch die vertraglich festgelegte volle Freiheit der DDR, ihren Austritt erklären zu können, wenn ein solcher Schritt die Wiedervereinigung Deutschlands zu einem friedliebenden und demokratischen Staat erleichtert.

Der Schutz der DDR durch das unbesiegbare sozialistische Weltssystem verpflichtet uns, alle Kräfte anzuspannen, um eine erneute Aggression des deutschen Militarismus zu verhindern.

Die Deutsche Demokratische Republik gibt durch ihr Beispiel der Bevölkerung Westdeutschlands neue Kraft, um auch dort eine Politik des Friedens und der Freundschaft zwischen den Völkern durchzusetzen.

Die Festigkeit der DDR und ihre große Wirkung auf die Bevölkerung Westdeutschlands haben entscheidend dazu beigetragen, die Bonner Regierung mit ihrer gefährlichen Politik in eine zunehmende innen- und außenpolitische Isolierung zu drängen. Das erleichtert den Kampf in ganz Deutschland. Aber das bedeutet noch nicht, daß die Gefahr gebannt ist. Der Abschluß eines Friedensvertrages ist der nächste und wichtigste Schritt, um den deutschen Militarismus zu bändigen. Damit würde ein bedeutender Beitrag zur Erhaltung des Friedens geleistet und das Haupthindernis für die Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat beseitigt werden. Der Friedensvertrag würde den Prozeß der gegensätzlichen Entwicklung beider deutscher Staaten nicht nur aufhalten, sondern durch die Sicherung des Friedens und eine demokratische Entwicklung Westdeutschlands die Voraussetzungen für die Annäherung und schließliche demokratische Wiedervereinigung schaffen.

Otto Grotewohl sagte in seiner Regierungserklärung vom 16. April 1959: „Der Abschluß eines Friedensvertrages ist daher auch der kürzeste Weg zur Einheit Deutschlands.“²⁸ Deshalb unterstützt das ganze deutsche Volk den von der Regierung der UdSSR vorgelegten Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland.

Die Deutsche Demokratische Republik hat durch ihre zehnjährige erfolgreiche Entwicklung bewiesen, daß es sich ohne Militaristen und Atombomben besser und gefahrloser lebt. Ihr Beispiel zeigt, daß dort,

²⁸ Neues Deutschland (B) vom 17. April 1959.

wo das Volk die Macht hat, auch Frieden und Wohlstand ihre Heimstatt gefunden haben. Die DDR wird, wenn die Bonner Regierung weiterhin den Abschluß eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten hintertreiben sollte, diesen Friedensvertrag allein unterschreiben und damit erneut das Beispiel einer nationalen, dem Frieden dienenden Politik geben.

Der Kampf der Kommunistischen Partei Deutschlands an der Spitze der demokratischen und patriotischen Kräfte in Westdeutschland gegen die Errichtung des westdeutschen Separatstaates (Juni 1948 bis Herbst 1949)

Der V. Parteitag der SED stellte fest, daß die Entscheidung „Krieg oder friedliche Koexistenz . . . zum Grundproblem der Weltpolitik“¹ geworden ist. Diese Tatsache resultiert aus der Kriegspolitik des aggressiven USA-Imperialismus und dem Revanchismus seines engsten Verbündeten, des westdeutschen Imperialismus und Militarismus. Der revanchelüsterne deutsche Militarismus tritt erneut als der Hauptfeind des deutschen Volkes und der ganzen friedliebenden Menschheit auf und beschwört die Gefahr eines neuen Krieges herauf. Es erweist sich also, daß die Lösung des nationalen Grundproblems des deutschen Volkes, die endgültige Überwindung des deutschen Imperialismus und Militarismus, gleichzeitig im Interesse aller friedliebenden Völker der Welt liegt und einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung des Friedens darstellt.

Den einzigen Weg zur Lösung dieser Aufgabe zeigt die Deutsche Demokratische Republik. Klarer denn je tritt die historische Bedeutung ihrer Gründung vor nunmehr zehn Jahren hervor. „Die Deutsche Demokratische Republik ist der Retter des deutschen Volkes vor einem neuen Krieg“², erklärte Walter Ulbricht vor den Leunawerkern am 5. August dieses Jahres. Die demokratischen Kräfte des deutschen Volkes, geführt von der geeinten Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, setzen den Kampf fort, aus dem unsere Republik 1949 hervorgegangen ist. Wenn es damals um die nationale Wiedergeburt Deutschlands als einheitlicher, demokratischer, friedliebender und souveräner Staat aus der vom deutschen Imperialismus und Militarismus verschuldeten Katastrophe ging, so handelt es sich heute darum, die noch furchtbarere Katastrophe eines Atomkrieges zu verhindern, in den der deutsche Imperialismus gemeinsam mit seinem amerikanischen Partner die Völker stürzen will.

Die entscheidende Grundlage für diese verbrecherische Politik wurde 1948/1949 mit der Errichtung des westdeutschen Separatstaates gelegt. Dieser Abschnitt unserer jüngsten Geschichte vermittelt daher wichtige Erkenntnisse für die Lösung der gegenwärtigen Aufgaben. Im heutigen Kampf um die nationale Wiedervereinigung Deutschlands stehen die friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes den gleichen reaktionären imperialistischen und militaristischen Elementen gegenüber wie seinerzeit im Kampf gegen die Bildung des westdeutschen Separat-

¹ Protokoll des V. Parteitages der SED, Bd. 2, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 1334.

² Neues Deutschland (B) vom 6. August 1959.

staates. Schon damals erwies sich, heute durch die erfolgreiche Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik in ihrer zehnjährigen Geschichte für jeden deutlich sichtbar geworden, daß die Überwindung des Imperialismus und Militarismus der einzige Weg in eine friedliche und glückliche Zukunft unseres Volkes ist. Das einzig reale Programm zur Rettung der deutschen Nation entstand und konnte nur auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus entstehen. Davon zeugt die Politik der SED und der KPD, deren letztere hier in dem Zeitraum von Juni 1948 bis Herbst 1949 behandelt werden soll.

Mit dem 2. Juni 1948 begann ein neuer Abschnitt in der Deutschlandpolitik der imperialistischen Westmächte. An diesem Tage veröffentlichten diese die sogenannten „Londoner Empfehlungen“, das Ergebnis ihrer gemeinsam mit den Beneluxstaaten geführten separaten Verhandlungen. In ihnen verkündeten sie erstmalig als offizielles Ziel ihrer Deutschlandpolitik die Spaltung Deutschlands durch die beschleunigte Errichtung eines westdeutschen Separatstaates und den Erlaß eines Besatzungsstatuts für den Weststaat an Stelle eines Friedensvertrages für ganz Deutschland. Gleichzeitig sollte das Ruhrgebiet unter die Kontrolle der Westmächte gestellt werden.

Was in den Londoner Konferenzbeschlüssen verschämt „Empfehlungen“ genannt wurde, erhielten die Ministerpräsidenten der westlichen Besatzungszonen einen Monat später, am 1. Juli 1948, von den imperialistischen Militärgouverneuren bereits als „Direktiven“ in Frankfurt überreicht. Durch diese Ausführungsbefehle zu den „Londoner Empfehlungen“ — ihrer Form wie ihrem Inhalt nach ein ausgesprochenes imperialistisches Diktat — wurde den westdeutschen Ministerpräsidenten aufgetragen, bis zum 1. September 1948 aus den Landtagen ein Gremium zu berufen, das eine Verfassung „föderativen Typs“ mit einer „angemessenen Zentralgewalt“³ für den Weststaat auszuarbeiten und den Militärgouverneuren vorzulegen hatte.

Über den Charakter dieses separaten Weststaates gab ein anderes Dokument der „Frankfurter Direktiven“, das die sogenannten „Vorbehaltsklauseln“ enthielt, näheren Aufschluß. Hiernach blieben den Militärgouverneuren die Wahrnehmung der Außenpolitik des Separatstaates, die Kontrolle seines Außenhandels und der hiermit zusammenhängenden innenpolitischen Maßnahmen, die Kontrollfunktionen über die internationale Ruhrbehörde, die Reparationen, die industrielle Entwicklung in Westdeutschland, die sogenannte Dekartellisierung, Abrüstung und Entmilitarisierung vorbehalten. Überdies war hierin festgelegt, daß die Militärgouverneure jederzeit „die Ausübung ihrer vollen Machtbefugnisse“ wieder aufnehmen konnten, „falls ein Notstand die Sicherheit bedroht und um nötigenfalls die Achtung der Verfassung und des Besatzungsstatuts zu sichern“⁴.

³ Vgl. Wernfried Kobosil: Das Frankfurter Diktat der imperialistischen Besatzungsmächte vom 1. Juli 1948 und die Mitwirkung westdeutscher Politiker bei der Schaffung des Westzonenstaats. In: Beiträge zur Zeitgeschichte, 1958, Nr. 2, S. 22.

⁴ Vgl. ebenda, S. 23.

Die „Vorbehaltsklauseln“ entsprachen den wesentlichen Bestimmungen des vorgesehenen späteren Besatzungsstatuts. Dieses war die wirkliche Verfassung des zu bildenden Separatstaates. Das Projekt, das die von den Militärgouverneuren befohlenen westdeutschen Verfassungsmacher auszuarbeiten hatten, sollte lediglich als pseudodemokratische Fassade diese Tatsache der westdeutschen Bevölkerung gegenüber maskieren. Dem „Parlamentarischen Rat“ wurde im April 1949 das Besatzungsstatut noch vor der Bestätigung der Separatverfassung durch die Länderparlamente mit der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassenden Motivierung übergeben: „... damit sich die Bevölkerung der Länder darüber im klaren ist, daß sie die Verfassung im Rahmen dieses Besatzungsstatuts annimmt.“⁵

Unverblümt wurden also entsprechend den „Londoner Empfehlungen“ die westdeutschen Ministerpräsidenten aufgefordert, an der Schaffung eines jeder Souveränität baren, völlig vom amerikanischen Imperialismus abhängigen separaten staatlichen Gebildes mitzuwirken. An den politischen Verhältnissen, die die demokratische Betätigung der Volksmassen mehr und mehr einengten und den restaurativen Kräften des deutschen Imperialismus und Militarismus immer weiteren Spielraum gaben, sollte nichts geändert werden. Im Gegenteil, die Verweigerung eines Friedensvertrages und die Aufrechterhaltung der militärischen Besetzung ohne jede Befristung, sollte gerade jede gesellschaftliche Veränderung verhindern und der Sicherung der amerikanischen Herrschaft über Westdeutschland dienen. Das Wesen der „Londoner Empfehlungen“ und des „Frankfurter Diktats“ charakterisierte Walter Ulbricht auf der 11. Tagung des Parteivorstandes der SED am 29. und 30. Juni 1948 folgendermaßen: *„Zweck und Ziel der Besetzung Westdeutschlands durch die drei Großmächte haben sich geändert. Die USA, England und Frankreich haben nicht nur Deutschland zerrissen und ihre Zusicherungen von Potsdam gebrochen, sie haben auch den Beschlüssen über die Demokratisierung und Entmilitarisierung Deutschlands entgegengehandelt. Sie tun alles, um das deutsche Volk an der Demokratisierung zu hindern. Das bedeutet, daß sie nicht mehr als Besatzungsmächte im Sinne der Potsdamer Beschlüsse wirken, sondern als Okkupationsmächte, die Deutschland im Interesse ihres imperialistischen Machtstrebens zerstückeln, ohnmächtig darniederhalten und in eine Halbkolonie verwandeln wollen, wobei sie den deutschen imperialistischen Konzernherren an Rhein und Ruhr helfen, ihre Machtpositionen wiederherzustellen und zu stärken.“*⁶

Die von den imperialistischen Westmächten in ihren Besatzungszonen mit Hilfe der deutschen Imperialisten und Militaristen unter der Losung „Los von Potsdam“ betriebene Politik enthüllte in den „Londoner Empfehlungen“ eindeutig ihren antinationalen Charakter. Das Potsdamer Abkommen – zustande gekommen durch die konsequente Haltung der

⁵ Vgl. ebenda.

⁶ Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. III, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 224.

Sowjetunion auf der Grundlage ihres gewachsenen Ansehens und der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten der Kräfte der Demokratie und des Sozialismus im Ergebnis des zweiten Weltkrieges — berücksichtigte die Lehre zweier Weltkriege. Es legte die Grundlage für die Ausrottung des deutschen Militarismus, für die endgültige Bändigung der imperialistischen deutschen Kriegstreiber und für die Entwicklung Deutschlands als friedliebender, demokratischer, einheitlicher und souveräner Staat, als gleichberechtigtes Mitglied der Gemeinschaft der friedliebenden Völker. Seine konsequente Durchführung entsprach den Interessen der gesamten friedliebenden Menschheit ebenso wie denen des deutschen Volkes. Deutschland sollte aus einem Herd des Krieges zu einer Bastion des Friedens werden. Deshalb betrachteten die fortschrittlichen demokratischen Kräfte des deutschen Volkes das Potsdamer Abkommen als die völkerrechtliche Grundlage für die Lösung der nationalen Grundaufgabe in Deutschland.

Aus dem gleichen Grunde aber vereinigten sich die imperialistischen Kräfte inner- und außerhalb Deutschlands zum Kampf gegen das Potsdamer Abkommen. Die deutschen Imperialisten und Militaristen kämpften hierbei um die Erhaltung ihrer Klassenpositionen, um ihre Existenz als Ausbeuter, um die Sicherung ihrer Maximalprofite. Das amerikanische Monopolkapital seinerseits benötigte für die Verwirklichung seiner Weltherrschaftspläne den deutschen Imperialismus und Militarismus als seinen Hauptverbündeten in Europa. Diese übereinstimmenden aggressiven Interessen lagen der gemeinsam betriebenen Sabotage des Potsdamer Abkommens in den westlichen Besatzungszonen zugrunde, deren Ziel war, die antifaschistisch-demokratische Umgestaltung Deutschlands zu verhindern und ein imperialistisches und militaristisches Deutschland wiederherzustellen. Der Bruch des Potsdamer Abkommens durch die imperialistischen Westmächte bedeutete zugleich den Beginn der Spaltung Deutschlands.

Der Kurs auf die forcierte Errichtung eines westdeutschen imperialistischen Separatstaates war ein entscheidender Bestandteil der Offensive des imperialistischen Lagers, die der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus nach dem zweiten Weltkrieg entsprang. Ihr Ziel — ausgedrückt hinsichtlich Europas im Marshall-Plan — war die Rückeroberung der europäischen Volksdemokratien für den Imperialismus und die Bildung eines aggressiven Militärblocks gegen die Sowjetunion. Dieser Zielsetzung entsprach auch, daß die „Marshallisierung“ der kapitalistischen Länder von einem raschen Vordringen der reaktionären Kräfte in diesen Ländern und einer verschärften Unterdrückung aller fortschrittlichen Kräfte, insbesondere der Kommunisten, begleitet war. Ihre Entfernung aus den Regierungen in Frankreich und Italien zeugte eindringlich hiervon. Ausdruck des Vormarschs der Reaktion war auch der von den USA-Imperialisten organisierte Abschluß der sogenannten Westunion am 17. März 1948 durch Frankreich, England und die Beneluxstaaten in Brüssel als Keim der späteren NATO.

Gleichzeitig trachteten die amerikanischen Monopolherren danach, in

den volksdemokratischen Ländern reaktionäre Putsche zur Restaurierung der kapitalistischen Verhältnisse in diesen Ländern zu organisieren. Allerdings scheiterten diese kläglich am Widerstand der Volksmassen, wobei die Völker dieser Länder endgültig den Weg der sozialistischen Umgestaltung betraten, durch die das sozialistische Weltssystem Wirklichkeit wurde. Die Niederlagen des imperialistischen Lagers verstärkten seine Aggressivität noch mehr.

In den aggressiven amerikanischen Plänen nahm Westdeutschland einen entscheidenden Platz ein. Der USA-Imperialismus spielte in Westdeutschland als Besatzungsmacht die führende Rolle und beherrschte über das Ruhrgebiet ganz Westeuropa. Im westdeutschen Separatstaat besaß er die unentbehrliche Rüstungsschmiede, das erforderliche Aufmarschgebiet und den Soldatenlieferanten für seine Kriegspläne. Hier boten sich ihm in Gestalt der deutschen Imperialisten und Militaristen „erfahrene“ Organisatoren der Unterdrückung des eigenen und fremder Völker, „Spezialisten“ der Entfesselung von Aggressionskriegen mit spezieller „Osterfahrung“ an. Westdeutschland bildete so das Kernstück des Marshall-Plans und der vorbereiteten NATO.

Die Schaffung eines westdeutschen imperialistischen Separatstaates erschien den amerikanischen und deutschen Imperialisten aber auch auf Grund der innerdeutschen politischen Entwicklung dringend geboten. Seit der Zerschlagung des faschistischen Deutschlands kämpften die demokratischen Kräfte in Ost und West für eine wirklich demokratische Umgestaltung. Die Kumpel der Ruhr forderten ebenso die „Sozialisierung“ wie die Werktätigen Sachsens im Volksentscheid die imperialistischen Kriegsverbrecher enteigneten. Die Durchführung der demokratischen Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone verstärkte die Forderung der Bevölkerung Westdeutschlands nach Enteignung der Großgrundbesitzer. Die auf der Grundlage der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltungen im Osten Deutschlands erfolgende Verbesserung des Lebensstandards stand im krassen Gegensatz zu den Ergebnissen der Politik des organisierten Hungers, mit der die amerikanischen und deutschen Imperialisten die Massen Westdeutschlands für ihre Pläne reifzumachen suchten. Der Übergang zur langfristigen Wirtschaftsplanung, die Perspektiven des Zweijahrplanes — des von der SED ausgearbeiteten, dem Marshall-Plan entgegengestellten „Deutschen Planes“ des demokratischen Neuaufbaus aus eigener Kraft, ohne ausländische Verschuldung und Versklavung — blieben auf die Bevölkerung in Westdeutschland nicht ohne Eindruck. Die Erfolge und die Impulse, die von der Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone ausgingen, an deren Spitze die geeinte Arbeiterklasse stand, begannen trotz aller Verleumdungen in Westdeutschland mehr und mehr mobilisierend zu wirken. Von besonderer Bedeutung war dabei die Anziehungskraft, die von der Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden ausging, jener machtvollen nationalen Volksbewegung, die sich auf Initiative der SED gegen die immer deutlicher werdenden Pläne des amerikanischen und englischen Monopolkapitals zur Zerreißung und

Versklavung Deutschlands entwickelte. Über 15 Millionen in Ost- und Westdeutschland abgegebene Stimmen — in Westdeutschland trotz des Verbots und der Unterdrückungsmaßnahmen durch die Besatzungsmächte — für das vom Deutschen Volksrat vom April bis Juni 1948 organisierte Volksbegehren für die Einheit Deutschlands zeugten davon, daß das Beispiel der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung in der sowjetischen Besatzungszone auch die Bevölkerung in Westdeutschland anspornte. Mehr und mehr schied sich ganz Deutschland in zwei große Lager, über die Walter Ulbricht auf der 11. Tagung des Parteivorstandes der SED folgendes ausführte: „In Deutschland hat sich eine solche Lage entwickelt: Auf der einen Seite wirken die Kräfte, die die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, den Frieden und eine demokratische Ordnung wollen, damit unser Volk aus eigener Kraft ein neues Deutschland erbauen kann, dessen nationale Souveränität politisch und wirtschaftlich gesichert ist. Auf der anderen Seite kämpfen die Spalter Deutschlands, die Vertreter des Dollarimperialismus und des englischen Großkapitals, die dabei sind, in Westdeutschland eine Protektoratewirtschaft zu errichten.“⁷

Die Zusammenfassung aller reaktionären Kräfte in Westdeutschland gegen die patriotische Volksbewegung, die Organisierung einer zentralen staatlichen Gewalt zur Unterdrückung aller demokratischen Kräfte, in erster Linie der Kommunisten, sollte das Übergreifen der antifaschistisch-demokratischen Entwicklung auf Westdeutschland verhindern. In dieser Situation und mit dieser Zielsetzung kam es zu den „Londoner Empfehlungen“ und den „Frankfurter Direktiven“, denen sich die westdeutschen Ministerpräsidenten und die politischen Parteien Westdeutschlands im Juli 1948 gegenüberstehen. Vom Standpunkt der Interessen des deutschen Volkes konnte es nur einen Weg für sie geben: entschiedene Ablehnung, Verweigerung jeglicher Mitarbeit an der Durchführung der Direktiven und Zusammenarbeit mit dem Deutschen Volksrat bei der Organisierung der nationalen Selbsthilfe.

Jedoch wurden weder die CDU/CSU noch die SPD, die jede fünf der elf westdeutschen Ministerpräsidenten stellten und die stärksten Parteien Westdeutschlands waren, ihrer nationalen Verantwortung gerecht. Die von beiden Parteiführungen sanktionierte Zustimmung ihrer Ministerpräsidenten zu den „Frankfurter Direktiven“ bewies vielmehr, daß beide außerstande waren, eine den deutschen Interessen entsprechende politische Konzeption zu entwickeln und zu vertreten.

Von der CDU/CSU war eine andere Haltung als die des vorbehaltlosen Einschwenkens auf die amerikanischen Pläne nicht zu erwarten. Sie war die erklärte Partei des deutschen Imperialismus und Militarismus, betrachtete nach den Worten ihres Vorsitzenden Adenauer, die Sache des Herrn Pferdenges als die ihrige und hatte durch ebendenselben Adenauer bereits im Juni 1945 die vom deutschen Monopolkapital zur Rettung seiner Machtposition eingeschlagene Linie formuliert: „Die Besetzung Deutschlands durch die Alliierten ist auf lange Zeit dringend notwen-

⁷ Ebenda, S. 221.

dig, Deutschland ist unfähig, sich selbst zu regieren. Aber um dem deutschen Volk Mut und Hoffnung einzuflößen, muß es soviel Bewegungsfreiheit wie möglich erhalten, wie ein Pferd im Geschirr, dem man die Zügel überläßt.“⁸

Die Stellung der rechten SPD-Führung dagegen stand im scharfen Widerspruch zu dem, was die Mehrheit der Mitglieder der SPD von ihrer Führung erwartete: Die Durchführung einer den besten Traditionen der deutschen Sozialdemokratie unter August Bebel und Wilhelm Liebknecht und den Erfahrungen des Kampfes gegen die faschistische Diktatur entsprechenden Politik, die den Interessen der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes entsprach und kompromißlos gegen den Imperialismus und Militarismus gerichtet war. Seit an Seite mit ihren kommunistischen Klassengenossen kämpften nach 1945 die sozialdemokratischen Arbeiter für die Entmachtung der deutschen Monopolherren und Junker auch in Westdeutschland. Ihr Streben, auch hier beide Arbeiterparteien zu vereinigen, konnte durch die rechten Führer bekanntlich nur im Zusammenwirken mit den imperialistischen Besatzungsmächten auf dem Verbotsweg verhindert werden. Die Mitglieder der SPD hatten die Erklärung Schumachers, der Sozialismus sei die Tagesaufgabe, als ehrlich gemeint aufgenommen. Entsprach diese Losung auch nicht der konkreten Situation, lenkte sie in Wirklichkeit von den nächstliegenden Aufgaben ab, so bedeutete doch das Vertrauen, das die sozialdemokratischen Mitglieder auf Grund dieser Erklärung Schumacher und den anderen SPD-Führern schenkten, daß sie von ihrer Parteiführung eine den Arbeiterinteressen entsprechende Politik erwarteten.

Gerade das Gegenteil aber taten die rechten SPD-Führer. Der bürgerlichen Ideologie und dem Antikommunismus verhaftet, führten sie die SPD immer mehr in das Fahrwasser der Politik der CDU, des deutschen und amerikanischen Monopolkapitals, wie es am krassen in der Zustimmung zum Frankfurter Diktat seinen Ausdruck fand. Walter Ulbricht schätzte diese Politik folgendermaßen ein: „Die Ursache hierfür ist in dem kleinbürgerlichen Charakter der sozialdemokratischen Politik zu suchen. Die Sozialdemokratie hat seit dem Siege des Opportunismus in der SPD nie eine selbständige Politik der Arbeiterklasse vertreten, weder 1918 noch 1923, noch 1932. Auch 1945 ging sie nicht von der geschichtlichen Aufgabe der Arbeiterklasse aus, sondern wartete ab, was die Westmächte und die bürgerlichen Kreise tun würden.“⁹

Von dieser Position aus war es unmöglich, eine den Interessen des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterklasse entsprechende Politik zu entwickeln. Als einzige Partei erwies sich dazu in Westdeutschland die Kommunistische Partei imstande, womit ein weiteres Mal bewiesen wurde, daß die Wahrnehmung der sozialen und nationalen Interessen des deutschen Volkes im Zeitalter des Imperialismus einzig und

⁸ Zitiert nach Walter Ulbricht: Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. I/1, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 96.

⁹ Ebenda, S. 179.

allein vom Standpunkt der Arbeiterklasse, auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus möglich ist. Darin bestand die Stärke der Position der KPD; von der aus sie die „Londoner Empfehlungen“ und die „Frankfurter Direktiven“ als gegen die Lebensinteressen des deutschen Volkes gerichtetes imperialistisches Diktat einschätzte und ablehnte.

Die Grundlage ihrer Politik bildete nach wie vor das Aktionsprogramm vom 11. Juni 1945. Es fußte auf den historischen Beschlüssen der Brüsseler und Berner Parteikonferenzen, in denen sich die Erfahrungen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung im Kampf gegen den Faschismus widerspiegelten, und entwickelte diese auf Grund der konkreten Verhältnisse im Deutschland des Jahres 1945 weiter. So wurde im Aktionsprogramm der KPD als nächstes Ziel die Zuendeführung der bürgerlich-demokratischen Revolution, die Überwindung des deutschen Imperialismus und Militarismus und die Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen parlamentarischen Republik gefordert. In der Erkenntnis, daß die Einheit der Arbeiterklasse die Grundvoraussetzung für ihre führende Rolle ist, ohne die die nationale Wiedergeburt Deutschlands als demokratischer Staat unmöglich erreicht werden konnte, wurde die Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Vereinigung der KPD und SPD auf marxistischer Grundlage als Aufgabe gestellt. Nur so konnte der erforderliche feste Zusammenschluß aller fortschrittlichen Kräfte zum antifaschistisch-demokratischen Block erreicht werden, den das Aktionsprogramm der KPD als Voraussetzung für das große nationale Wiederaufbauwerk bezeichnete. Diese Zielsetzung – in der sowjetischen Besatzungszone zu diesem Zeitpunkt bereits weitgehend verwirklicht – war für Westdeutschland nach wie vor in ihrem ganzen Umfang aktuell und richtig. Die immer größer werdende Unterschiedlichkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse in Ost- und Westdeutschland erforderte jedoch von der KPD eine eigene, den konkreten Bedingungen in Westdeutschland entsprechende praktische Politik, ohne dabei die prinzipielle Übereinstimmung mit der SED auch nur im geringsten in Frage zu stellen. Der Konzentration der reaktionären Kräfte in Westdeutschland mußte die KPD eine erhöhte Aktivität entgegenstellen. Schließlich erforderte die immer ernstere nationale Bedrohung eine gründliche Orientierung aller Parteiorganisationen auf die sich daraus ergebenden Aufgaben. Zu diesem Zweck berief die KPD am 29. April 1948 in Herne ihre erste Delegiertenkonferenz für Westdeutschland ein.

Die Herner Delegiertenkonferenz gab in der von ihr angenommenen Entschließung und den Aufruf des Parteivorstandes den Parteiorganisationen und Mitgliedern eine klare politische Orientierung. Es heißt dort: „Unsere nationale Einheit und Unabhängigkeit sind in Gefahr. Die in- und ausländische Reaktion ist dabei, Deutschland zu zerreißen und Westdeutschland ein fremdes Staatssystem aufzudrängen.“¹⁰

Die Partei leitete daraus die Aufgabe ab, den Kampf um die antifaschistisch-demokratische Umgestaltung Westdeutschlands als ersten

¹⁰ Neues Deutschland (B) vom 29. April 1948.

Schritt zu einem sozialistischen Deutschland mit dem Kampf um die nationale Einheit zu verbinden. So hieß es im Aufruf des Parteivorstandes unter anderem: „Die hundertjährige Tradition der sozialistischen Arbeiterbewegung ist uns heilig. Sie verpflichtet uns, für grundlegende demokratische Reformen in Verwaltung, Industrie und Landwirtschaft zu kämpfen, um das Dasein unseres Volkes zu sichern und die Existenz der Nation zu retten.“¹¹

Gleichzeitig wird in dem Aufruf auch der Weg gezeigt, um diese Aufgaben zu erfüllen: „Die Befreiung von der Herrschaft der Großindustriellen, Großbankiers und Großgrundbesitzer, der Kampf um die Einheit Deutschlands kann nicht das Werk der Arbeiterklasse allein sein, sondern ist Sache des gesamten werktätigen Volkes.“¹²

Damit orientierte die Partei auf eine breite Bündnispolitik, auf die Notwendigkeit, alle patriotischen Kräfte unter der Führung der Arbeiterklasse zu einer mächtigen nationalen Volksbewegung zusammenzuschließen. In der Erkenntnis, daß nur die geeinte Arbeiterklasse diese historische Aufgabe erfüllen konnte, wandte sich die Partei mit dem Aufruf zum gemeinsamen Handeln an alle Sozialisten, damit über die Aktionseinheit auch in Westdeutschland die Einheit der Arbeiterbewegung geschaffen werden konnte.

Um die einheitliche Führung des Kampfes der Partei zur Verwirklichung dieser klaren politischen Plattform zu gewährleisten, wählte die Herner Konferenz die erste zentrale Leitung der KPD für alle westlichen Besatzungszonen, den Parteivorstand mit Max Reimann als Vorsitzenden. So stärkte die Herner Konferenz die Kampfkraft der Partei für die ihr bevorstehenden komplizierten Aufgaben.

Die entscheidende Bedeutung, die der Ausgang des Kampfes zwischen den imperialistischen Kriegstreibern und den demokratischen Volkskräften in Deutschland besaß, ließ die Imperialisten und ihre Helfershelfer keine Mühe scheuen, um ihre Ziele durchzusetzen. Auf die Kommunistische Partei ergoß sich ein unaufhörlicher schmutziger Strom von Verleumdungen aller Art. Ihre Tätigkeit wurde von den Besatzungsmächten und den westdeutschen Verwaltungsorganen auf jede erdenkliche Weise erschwert und behindert. Gegenüber der westdeutschen Bevölkerung bot die imperialistische Reaktion alle Mittel der ideologischen Irreführung, der Korruption und der Unterdrückung auf.

Im Zusammenhang mit dem Marshall-Plan und dem Kurs auf die Errichtung des westdeutschen Separatstaates vollzog der amerikanische Imperialismus eine allmähliche Veränderung seiner ökonomischen Politik gegenüber Westdeutschland. An die Stelle der halbkolonialen rücksichtslosen Ausplünderung der westdeutschen Wirtschaft, die begleitet war vom organisierten Hunger, Preiswucher und von Massenarbeitslosigkeit trat der beschleunigte Wiederaufbau des Industrierpotentials der westdeutschen Monopole mittels der Marshall-Plan-Anleihen. Hatte der USA-Imperialismus gemeinsam mit den deutschen Imperialisten bis da-

¹¹ Neues Deutschland (B) vom 1. Mai 1958.

¹² Ebenda.

hin die Bevölkerung durch den Hunger und die Arbeitslosigkeit in eine Verzweiflungsstimmung hineinzutreiben versucht, so erweckte er nunmehr die Illusion der „Dollarsonne“ in ihnen. Als sich nach der separaten Währungsreform die leeren Schaufenster der Geschäfte mit dem bis dahin von den kapitalistischen Spekulanten zurückgehaltenen Waren füllten, glaubten nicht wenige Werktätige daran, daß sich durch den Marshall-Plan ihre Lage tatsächlich grundlegend ändern werde. Die hemmungslose Demagogie der CDU/CSU, die sich in ihrem Ahlener Programm seinerzeit sogar vor der Verwendung pseudosozialistischer Phrasen nicht scheute, fand so einen günstigen Nährboden. Besonders verhängnisvoll wirkte sich die Tatsache aus, daß auch die rechten SPD- und Gewerkschaftsführer das Märchen von der „Hilfe“ durch Dollar-kredite in allen Tonarten sangen. Sie stellten sich sogar in die erste Reihe der Antikommunistenhetze, verleumdeten mit am heftigsten das demokratische Aufbauwerk in der sowjetischen Besatzungszone und schrien am lautesten über die Notwendigkeit, in Westberlin die angeblich durch die „sowjetische Blockade“ bedrohte „Freiheit“ zu verteidigen. Damit unterstützten sie eines der gefährlichsten und schmutzigsten Manöver, mit dessen Hilfe die amerikanischen und deutschen Imperialisten die Bevölkerung Westdeutschlands von ihren wahren Interessen abzulenken und für ihre aggressiven Ziele einzuspannen suchten.

So stand der Kommunistischen Partei faktisch eine Einheitsfront gegenüber, die von Marshall bis zu den rechten SPD- und Gewerkschaftsführern reichte und deren ideologisches Trommelfeuer von allen Seiten auf die Bevölkerung Westdeutschlands herabprasselte. Es war klar, daß dies angesichts der noch längst nicht überwundenen ideologischen Auswirkungen des Hitlerfaschismus nicht ohne Einfluß auf breite Teile der Bevölkerung bleiben konnte. Eine so erprobte und bewährte Partei wie die KPD konnte dadurch jedoch nicht entmutigt werden. Zielbewußt und unerschrocken erhob sie die Fahne der nationalen Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands auf demokratischer Grundlage und eröffnete den Kampf gegen die Verwirklichung der „Londoner Empfehlungen“ und der „Frankfurter Direktiven“.

Den Auftakt hierzu gab sie mit der Erklärung des Parteivorstandes vom 2. Juni 1948, der feststellte, daß „das deutsche Volk keinen west-deutschen Staat, keinen dekretierten Föderalismus und kein Besatzungsstatut“ wolle, sondern „das ganze Deutschland, das Recht auf Selbstbestimmung über seinen Staatsaufbau, einen Friedensvertrag und das Ende der Besatzung“¹³ erstrebe und fordere.

Die Partei stand an der Spitze des Kampfes der werktätigen Massen Westdeutschlands gegen die Auswirkungen der imperialistischen Kolonisierungs- und Spaltungspolitik, war unermüdlich bemüht, ihn organisierter und bewußter zu gestalten und auf die Stufe der einheitlichen nationalen Volksbewegung für die gesamtdeutsche antifaschistisch-demokratische Republik zu heben.

Seit Ende 1947 entwickelte sich in Westdeutschland in steigendem

¹³ Freiheit (Düsseldorf) vom 5. Juli 1948.

Maße die Streikbewegung. Sie erhielt durch die Auswirkungen der am 20. Juni 1948 erfolgten separaten Währungsreform erneuten Auftrieb. Preiswucher, Spekulation und die junkerlich-großkapitalistische Landwirtschaftspolitik führten zur Ernährungskrise. Durch die Konkurrenzdemontagen und die koloniale Drosselung der Fertigwarenindustrie stieg die Arbeitslosigkeit laufend an. So vervierfachte sich in Nordrhein-Westfalen die Arbeitslosenzahl und stieg auf 156 000. In Bayern wurden rund 300 Betriebe stillgelegt. Am 1. September 1948 gab es über 200 000 Arbeitslose gegenüber 73 500 im Juni des gleichen Jahres. 620 000 Arbeitslose wurden im Juli 1948 in der gesamten Bizone registriert, am 12. August 1948 war ihre Zahl bereits auf 759 000 angewachsen.¹⁴ Charakteristisch für die Situation in Westdeutschland war eine im Dezember 1948 veröffentlichte Empfehlung des internationalen Arbeitsamtes, wonach allein aus der Bizone 2 Millionen Menschen auswandern sollten.

Ab August 1948 fanden in ganz Westdeutschland Protestaktionen, vornehmlich gegen den Preiswucher, die schlechte Ernährungslage und die Konkurrenzdemontagen statt. Die Aktionen erfolgten in den verschiedensten Formen. So wurden z. B. in zahlreichen Orten Bayerns und auch anderer Länder durch die Hausfrauen die Verkaufsstände der Gemüse- und Obsthändler auf den Märkten gestürmt. In einer Reihe von Fällen griffen Einzelhändler zu dem Mittel des Boykotts gegenüber den Wucherpreisen des Großhandels. Im September wurden in den Umsiedlerlagern Bayerns Hungerstreiks organisiert, an denen Zehntausende beteiligt waren. Auf zahllosen Demonstrationen und Kundgebungen wurden Protestentschlösungen gegen die Wirtschaftspolitik des bizonalen Wirtschaftsrates in Frankfurt angenommen, in denen vor allem die Herabsetzung der Lebensmittelpreise gefordert wurde.

Die stärkste Kraft des Widerstandes der Bevölkerung gegen die Auswirkungen der Politik des in- und ausländischen Monopolkapitals war naturgemäß die Streikbewegung der Arbeiter. Sie erreichte einen ersten Höhepunkt mit den Generalstreiks im August 1948 in Württemberg-Hohenzollern und Hessen. Die meisten Streiks waren noch vornehmlich wirtschaftlicher Natur. Die Arbeiter forderten vor allem Preisherabsetzungen für Lebensmittel und andere Waren des Massenbedarfs sowie Lohnerhöhungen. Jedoch zeigten sich unter dem Einfluß der Kommunistischen Partei bereits in den Generalstreiks im August Ansätze zu einer Höherentwicklung der Bewegung. Der Generalstreik in Württemberg-Hohenzollern richtete sich ausgesprochen gegen die Demontagepolitik der Besatzungsmächte und wurde trotz der energischen Forderung des französischen Militärkommandanten auf Zurücknahme des Streikbeschlusses durchgeführt. Die Hauptforderung des Generalstreiks in Hessen war die endliche Bestätigung des Betriebsgerätegesetzes durch den amerikanischen Militärgouverneur General Clay. In einigen Streiks wurde die Sozialisierung der Grundstoffindustrie und der Banken gefordert.

Die Streikbewegung in Westdeutschland wurde eine der Hauptformen

¹⁴ Vgl. Neues Deutschland (B) vom 10. August 1948.

der nationalen Selbsthilfe gegen den durch die imperialistischen Besatzungsmächte und dem deutschen Finanzkapital verursachten nationalen Notstand. Der relativ rasche Übergang der streikenden Arbeiter zu Forderungen, die auf grundlegende gesellschaftliche Änderungen in Westdeutschland abzielten, war nicht zuletzt auf die Auswirkungen der demokratischen Umgestaltung in der sowjetischen Besatzungszone zurückzuführen. Das Beispiel dieser demokratischen Umwälzung erleichterte der von den Besatzungsbehörden ständig behinderten KPD, den westdeutschen Werktätigen klarzumachen, daß nur im Kampf gegen den Marshall-Plan, gegen die Wiedererrichtung des deutschen Imperialismus und gegen die Spaltung Deutschlands die grundlegenden Ursachen ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage beseitigt werden können.

Die Tätigkeit der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer lief demgegenüber darauf hinaus, diese Einsicht und damit das Wachstum des Klassenbewußtseins zu verhindern. Sie boten ihren ganzen Einfluß auf, um die Streikbewegung möglichst rasch in das ruhige Parlamentsfahrwasser zu lenken, Streikbeschlüsse durch Resolutionen an die Länderparlamente und Verwaltungsstellen zu ersetzen und schon begonnene Streiks durch Hinweise auf bereits laufende Verhandlungen abzuwürgen.

Desto größere Bedeutung besaß der unter diesen Umständen von der KPD geführte Kampf für die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse in Westdeutschland. Durch kluge Kombinierung der Parlamentstätigkeit mit der Massenarbeit in den Betrieben war es ihr immer wieder möglich, Einbrüche in das von den rechten SPD- und Gewerkschaftsführern errichtete Lügengebäude zu erzielen.

Ein besonders treffendes Beispiel hierfür war der Kampf der Bergarbeiter Nordrhein-Westfalens für die Überführung des Kohlenbergbaus in die Hände des Volkes. Seit Kriegsende war die Forderung nach Sozialisierung der Schlüsselindustrie in Nordrhein-Westfalen besonders machtvoll erhoben worden. Die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes war Hauptobjekt der imperialistischen Kolonisierungspolitik. Hier traten die Klassenwidersprüche besonders scharf in Erscheinung. Unter dem Einfluß der KPD erreichte die Bewegung der Ruhrbergarbeiter im August 1948 eine derartige Stärke, daß sich die SPD-Fraktion im Nordrhein-Westfälischen Landtag veranlaßt sah, einen Antrag auf Sozialisierung des Kohlenbergbaus einzubringen. Gleichzeitig aber war sie in Verhandlungen mit der CDU hinter den Kulissen bemüht, ihrem eigenen Antrag jede Schärfe zu nehmen, indem sie sich bereit erklärte, die Forderung nach Enteignung zugunsten der Errichtung einer Treuhandverwaltung fallen zu lassen.

Dieses Manöver aber wurde durch die KPD vereitelt, die durch ihre Landtagsfraktion die Machenschaften der rechten SPD-Führer anprangerte und gleichzeitig die Entsendung von Bergarbeiterdelegationen zu den Sitzungen des Landtages organisierte sowie deren Teilnahme an den interfraktionellen Verhandlungen durchsetzte. Unter diesem unmittelbaren Massendruck, auch ihrer eigenen Mitglieder, war die SPD-Füh-

rung gezwungen, den Beschluß auf Enteignung der Besitzer der Kohlengruben aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig unterstützten die Bergarbeiter die Forderung der KPD auf sofortige Rückgabe der Ruhrindustrie in deutsche Verfügungsgewalt und verlangten von den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, ihre Zustimmung zu den „Londoner Empfehlungen“ und zu den „Frankfurter Direktiven“ rückgängig zu machen. So war es hier gelungen, den Kampf der Bergarbeiter um ihre Tagesinteressen zum politisch bewußten Kampf um die nationalen Interessen zu entwickeln. Die Grundlage hierfür war die durch die Arbeit der KPD herbeigeführte, im praktischen Kampf entstandene Aktionseinheit der Arbeiter.

Der entschlossene einheitliche Kampf der Arbeiter hatte auch Auswirkungen auf den Kampf anderer werktätiger Schichten in Nordrhein-Westfalen. Kleinhändler und Kleingewerbetreibende solidarisierten sich mit den Forderungen der Arbeiter nach höheren Löhnen und gegen den Preiswucher. Vielfach standen diese Demonstrationen und Kundgebungen unter der gemeinsamen Leitung der Ortsausschüsse der Gewerkschaften, der Einzelhandelsverbände, der Konsumentenvereine und der Kreishandwerkerschaften. Einen Höhepunkt bildete der dreitägige Boykott aller Einzelhändler des Landes gegen den Großhandel, der am 9. August 1948 begann.

Am 1. September 1948 trat in Frankfurt a. M. der Parlamentarische Rat zusammen, um die Separatverfassung auszuarbeiten. Der KPD standen in diesem Spaltergremium zwei Sitze zu. In richtiger Anwendung der Leninschen Lehre, auch die reaktionärsten Institutionen auszunutzen, wenn sie die Möglichkeit bieten, dem Gegner in den Weg zu treten und den Massenkampf zu fördern, beschloß die Partei, ihre Mandate im Parlamentarischen Rat wahrzunehmen. Sie setzte dabei ihren Kampf für die Einstellung aller Arbeiten zur Konstituierung des Separatstaates fort und verzögerte auf jede nur mögliche Weise das Spaltungswerk. Zum anderen durchkreuzte sie die Absicht der anderen Parteien, die Arbeit an der Verfassung hinter geschlossenen Türen durchzuführen, indem sie die Bevölkerung aufrief, auf den Parlamentarischen Rat einzuwirken und eine demokratische Verfassung zu erzwingen.

Der erste von der kommunistischen Fraktion eingebrachte Antrag forderte die Einstellung der Arbeit an der Verfassung, für die kein Mandat des deutschen Volkes vorlag, sondern deren Grundlage die völkerrechtswidrigen „Londoner Empfehlungen“ waren. Im Antrag hieß es: „Diesem Parlamentarischen Rat gegenüber schlagen wir vor, daß Verhandlungen der Vertreter aller demokratischen deutschen Parteien in Verbindung mit dem *Deutschen Volksrat* aufgenommen werden, um einen *einheitlichen* deutschen Standpunkt über die Bildung einer einheitlichen demokratischen deutschen Republik den Alliierten vorzulegen.“¹⁵

Auf Antrag der SPD-Fraktion ging der Parlamentarische Rat über diesen Antrag zur Tagesordnung über.

¹⁵ Neues Deutschland (B) vom 3. September 1948.

Im Oktober 1948, als die Plenartagungen des Rates begannen, verstärkte die KPD ihren Kampf um eine demokratische Verfassung. Sie forderte in Übereinstimmung mit dem Willen der Arbeiterklasse und anderer Werktätiger die Sozialisierung des Bergbaus, der Schlüsselindustrie und der Banken, eine demokratische Bodenreform und das Recht auf Bildung, Erziehung und Arbeit in die Verfassung aufzunehmen. Auch die Gewerkschaften erhoben diese Forderung. Das traf einen der wunden Punkte in der Arbeit der reaktionären Verfassungsmacher. Hatten doch die Militärgouverneure ihnen streng untersagt, die Eigentumsverhältnisse in der Wirtschaft Westdeutschlands auch nur zu diskutieren.

Die KPD mobilisierte für diese Forderungen, die auf dem Potsdamer Abkommen fußten und deren Verwirklichung die Grundlagen einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung auch in Westdeutschland bedeuteten, die breite Öffentlichkeit. Unterstützt wurden diese Anstrengungen durch die gleichzeitig in der sowjetischen Besatzungszone öffentlich geführte Verfassungsdiskussion, die als Beispiel wahrhafter Demokratie nach Westdeutschland ausstrahlte. Das erkannten auch die herrschenden Kreise in Westdeutschland. So mußte z. B. der Kommentator des bayrischen Rundfunks, Walter von Cube, feststellen: „Tatsächlich ist es so, daß der Westen von den Herren Pieck und Grotewohl mitregiert wird. Sie sind es, die überall im Geiste mitmarschieren, sie fehlen bei keiner Funktionäresbesprechung, bei keiner Ministerpräsidentenkonferenz, sie sind in Frankfurt und in Koblenz, in Düsseldorf und in München, in Stuttgart und in Hannover. Es ist traurig, daß die Abhängigkeit von der Ostzone in einem Augenblick von so spürbarer Wirkung wird, in dem alles darauf angekommen wäre, eine wirklich klare Entscheidung für den Westen, d. h. für die Frankfurter Dokumente zu treffen.“¹⁶ Auf seine Weise und in seinem Jargon mußte dieser Vertreter der imperialistischen Propaganda die große nationale Wirkung der Politik der SED und KPD zugeben.

Den Imperialisten gelang es nur mit großer Anstrengung, durch eine verstärkte Verleumdungskampagne gegen die antifaschistisch-demokratische Ordnung im Osten Deutschlands bei gleichzeitiger Verschärfung des kalten Luftbrückenkrieges um Westberlin die Öffentlichkeit von diesen Grundfragen abzulenken. Es gelang vor allem darum, weil die rechte SPD-Führung an ihrer falschen Grundkonzeption festhielt, die Kräfte der Arbeiterklasse weiter zersplitterte und den Antikommunismus zum herrschenden Prinzip ihrer Politik machte.

Angesichts dessen, daß die Spaltung der Arbeiterbewegung in Westdeutschland durch die Politik der rechten SPD-Führung die Hauptschwäche der demokratischen und patriotischen Kräfte bildete, unternahm der Parteivorstand der KPD alles, um sowohl im täglichen Massenkampf von unten, als auch durch Angebote zum gemeinsamen Handeln an die Führung der SPD die Aktionseinheit zustandezubringen.

Als im August 1948 im Zusammenhang mit dem Generalstreik in

¹⁶ Walter von Cube: Ich bitte um Widerspruch, Frankfurt a. M. 1952, S. 165/166.

Hessen die sozialdemokratische Regierung zurücktrat, schlug die Landesleitung der KPD die Bildung einer Regierung beider Arbeiterparteien vor. Ihr Programm sollte die Verwirklichung der Artikel der hessischen Verfassung über die Sozialisierung der Grundstoffindustrie sein. Die Vorschläge der KPD deckten sich im wesentlichen mit den Gesichtspunkten, mit denen die sozialdemokratische Regierung ihren Rücktritt motiviert hatte.

Im Zusammenhang mit den Beratungen eines Gesetzes, das die Bildung sogenannter „fachlicher Wirtschaftsstellen“ vorsah, über die die Unternehmerverbände ihren Einfluß verstärken wollten, das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften dagegen weiter eingeschränkt werden sollte, machte die KPD im September dem SPD-Vorstand den Vorschlag, gemeinsam gegen das Vordringen der Unternehmerverbände vorzugehen und den entscheidenden Einfluß der Gewerkschaften auf die westdeutsche Wirtschaftspolitik durchzusetzen.

All diese Angebote wurden zwar von der rechten SPD-Führung abgelehnt, aber sie förderten den Einheitsgedanken unter den Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei. Gestützt auf die Erfolge, die die Arbeiterklasse in der sowjetischen Besatzungszone durch die Herstellung ihrer Einheit auf marxistisch-leninistischer Grundlage erreicht hatte, trugen die Bemühungen der KPD dazu bei, die in der SPD vorhandenen revolutionären Kräfte zu stärken und zu entwickeln.

Diese hatten sich innerhalb der SPD zur Arbeitsgemeinschaft „Freunde der sozialistischen Einheit“ zusammengeschlossen. Mit ihren etwa 50 000 erfaßten Mitgliedern war sie der stärkste und organisierteste Ausdruck der tiefen Kluft zwischen dem Wollen der großen Mehrheit der ehrlichen sozialdemokratischen Mitglieder und der Politik des von den rechten Führern beherrschten Parteivorstandes. Ihre Initiatoren und Leiter waren diejenigen sozialdemokratischen Funktionäre, die die Lehren aus der Vergangenheit gezogen hatten und die der im gemeinsamen Kampf der Kommunisten und Sozialdemokraten unter der hitlerfaschistischen Diktatur gewonnenen Erkenntnis von der historischen Notwendigkeit der Einheit der Arbeiterbewegung treu geblieben waren. Eng mit der KPD zusammenarbeitend, kämpften sie für einen entschiedenen Kurswechsel in der Politik der SPD und für die sofortige organisatorische Vereinigung der beiden Arbeiterparteien auch in den westlichen Besatzungszonen.

Diesem Ziel diente die von den „Freunden der sozialistischen Einheit“ am 25. Juli 1948 in Herne durchgeführte Delegiertenkonferenz. Sie beschlossen auf dieser Konferenz ihre sofortige Vereinigung mit der KPD, in deren Parteivorstand sieben von der Konferenz gewählte Vertreter aufgenommen wurden. In ihrer Entschliebung überführten sie die rechten Führer des Parteivorstandes der Verletzung der Parteibeschlüsse und riefen allen Sozialdemokraten zu: „Alle wirklichen Sozialdemokraten, alle ‚Einheitsfreunde‘ fühlen sich . . . nicht mehr durch die Parteidisziplin gebunden und sind entschlossen, die Prager und Brüsseler Beschlüsse gegen den Willen des gegenwärtigen Parteivorstandes durch-

zuführen. Sie sehen in der KPD ... eine mutige Vorkämpferin der Einheitsbewegung und haben deshalb ... als die gewählten Vertreter der sozialdemokratischen Einheitsfreunde aller Zonen Deutschlands den Beschluß gefaßt, sich mit der KPD zu vereinigen ... Die Konferenz fordert alle fortschrittlichen Demokraten und Sozialisten, Frauen, Männer und Jugendliche innerhalb und außerhalb der politischen Parteien auf, den Herner Beschluß durchzuführen und einzutreten für eine klare und eindeutige demokratische Politik.¹⁷

Dieser Beschluß offenbarte, daß keinerlei Verbote der rechten SPD-Führer und imperialistischen Besatzungsmächte die revolutionären Traditionen und den Willen zur Einheit der Arbeiterbewegung in den Massen der ehrlichen Sozialdemokraten auszulöschen vermochten. Die Haltung der „Freunde der sozialistischen Einheit“ war von echtem revolutionären Geist bestimmt und folgte dem Vorbild eines Karl Liebknecht mit seinem „Nein“ zu den Kriegskrediten im Deutschen Reichstag 1914, der die formale „Disziplin“ gegenüber einer die Beschlüsse der Internationale und die Interessen der Nation mit Füßen tretenden Parteiführung verwarf. Der mutige Schritt der „Freunde der sozialistischen Einheit“ zeigt – wenn ihm auch seinerzeit der durchgreifende Erfolg versagt blieb, ja, es den hemmungslosen Verleumdungen der rechten Führer sogar teilweise gelang, ihn gegen den Einheitswillen auszunutzen –, daß die Einheit der Arbeiterklasse auf marxistisch-leninistischer Grundlage als eine Gesetzmäßigkeit der Entwicklung der Arbeiterbewegung wohl zeitweilig aufgehalten, auf die Dauer jedoch durch niemanden verhindert werden kann.

Neben den unermüdlichen Bemühungen um die Einheit der Arbeiterbewegung war die Kommunistische Partei bestrebt, alle demokratischen und patriotisch gesinnten Kräfte in die Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden einzubeziehen. So wurde im November 1948 die „Arbeitsgemeinschaft für eine gesamtdeutsche Verfassung“ gebildet. Auf Einladung der KPD fanden sich in Bad Godesberg 70 Delegierte verschiedener zum Teil bürgerlicher Organisationen und Interessenskreise, aber auch Einzelpersonlichkeiten zusammen. Einer der aktivsten Vertreter des demokratischen Bürgertums war Professor Hestermann, der diejenigen Kreise repräsentierte, die sich bereits unter der Führung der Arbeiterklasse an der Volkskongreßbewegung beteiligten. Auf der Godesberger Tagung referierte Max Reimann über die Grundsätze einer

¹⁷ Neues Deutschland (B) vom 29. Juli 1948. – Die in der Entschließung erwähnten „Prager Beschlüsse“ meinten das „Prager Manifest“ des Vorstandes der SPD vom 28. Januar 1934 „Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus – Die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“. Unter dem Eindruck der Lehren, die die sozialdemokratischen Mitglieder aus der Errichtung der faschistischen Diktatur hinsichtlich der Politik der SPD-Führung zu ziehen begannen, waren im „Prager Manifest“ eine Reihe wichtiger Gesichtspunkte niedergelegt, die Ausgangspunkt für die Rückverwandlung der SPD in eine revolutionäre marxistische Partei sein konnten. Von wesentlicher Bedeutung war die Feststellung im „Prager Manifest“, „die Einigung der Arbeiterklasse wird zum Zwang, den die Geschichte selbst auferlegt“. (Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus – Die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. In: Sozialistische Aktion vom 28. Januar 1934.)

gesamtdeutschen Verfassung, wobei der Verfassungsentwurf des Deutschen Volksrates als Vorbild diente. Die Tagung nahm einstimmig einen Aufruf an, in welchem sie die Spaltung Deutschlands verurteilte und den undemokratischen und antinationalen Charakter der in Ausarbeitung befindlichen Separat-Verfassung des Parlamentarischen Rates brandmarkte. Sie forderte alle Parteien und Massenorganisationen in Westdeutschland auf, Verhandlungen mit dem Deutschen Volksrat aufzunehmen und sich zur gemeinsamen Ausarbeitung einer gesamtdeutschen Verfassung zusammenzufinden. Der Aufruf schloß mit der Aufforderung an alle demokratischen Parteien und Organisationen, einzutreten für:

„Die Herstellung der Einheit Deutschlands und die freie Wahl zu einer gesamtdeutschen verfassungsgebenden Nationalversammlung.

Eine gesamtdeutsche Verfassung, die unserer geschichtlichen Situation gerecht wird und dem ganzen Volk auf dem Wege zu einer besseren und friedlichen Zukunft dient.

Ein gesamtdeutsches Parlament, das aus seinen Reihen eine gesamtdeutsche Regierung wählt.

Den baldigen Abschluß eines gerechten Friedensvertrages, an dessen Abfassung gewählte Vertreter unseres Volkes teilnehmen.

Den Abzug sämtlicher Besatzungstruppen und die Wiederherstellung der vollen Souveränität unseres Volkes.“¹⁸

Im November 1948 erreichte der Kampf der Arbeiterklasse Westdeutschlands gegen die Auswirkungen der Kolonisierungs- und Spaltungspolitik einen Höhepunkt mit dem Generalstreik in der Bizone, an dem etwa zwölf Millionen Arbeiter teilnahmen. Das war eine machtvolle Demonstration der Kampfbereitschaft der in Aktionseinheit verbundenen Arbeiterklasse. In den Forderungen zeigte sich, daß der ökonomische Kampf der Werktätigen Westdeutschlands mehr und mehr politischen Charakter anzunehmen, eine höhere Stufe zu erreichen begann. Das war das Verdienst der unermüdlichen Arbeit der Kommunistischen Partei zur Entwicklung des Klassenbewußtseins.

Die Hauptforderungen des Generalstreiks waren:

Überführung der Grundstoffindustrie und der Kreditinstitute in Gemeineigentum;

Demokratisierung der Wirtschaft und gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften in allen Organen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung;

Planung und Lenkung im gewerblich-industriellen Sektor, besonders in bezug auf Rohstoffe, Energie, Außenhandel und Großverkehr.¹⁹

Deutlich war an diesen Forderungen das Beispiel der sowjetischen Besatzungszone zu spüren. Der Generalstreik bewies, daß die Arbeiterklasse Westdeutschlands bereit war, die drohende Spaltung Deutschlands und die nationale Versklavung Westdeutschlands durch die imperialistischen Besatzungsmächte zu verhindern. Die Verwirklichung die-

¹⁸ Neues Deutschland (B) vom 9. November 1948.

¹⁹ Vgl. Neues Deutschland (B) vom 11. November 1948.

ser Forderungen hätten einen wichtigen Schritt zur ökonomischen Entmachtung der deutschen Imperialisten, der schärfsten Gegner eines einheitlichen demokratischen Deutschlands, dargestellt. Die KPD kämpfte entschlossen an der Spitze der Streikenden. Die historische Verantwortung dafür, den Erfolg dieses Kampfes verhindert zu haben, fällt einzig und allein auf die rechten SPD- und Gewerkschaftsführer. Ihr ganzes Bestreben ging dahin, den Generalstreik, dem sie unter dem Druck der Massen zustimmen mußten, in eine bloße Demonstration zu verwandeln und ihn so schnell wie möglich zu beenden. Im Ergebnis dieser Politik war in Westdeutschland eine Situation entstanden, die in der Erklärung des Parteivorstandes der KPD zur politischen Lage im Dezember 1948 folgendermaßen eingeschätzt wurde: „Rücksichtslos nützen die Feinde der Demokratie die durch den Faschismus geschaffene ideologische Verwirrung zu einer schamlosen Hetze gegen die Sowjetunion, gegen den Sozialismus und alle fortschrittlichen Kräfte aus. Es ist ihnen gelungen, große Teile des Volkes auf diese Weise vom aktiven Kampf gegen die wirklich Schuldigen am deutschen Unglück abzuhalten... Nachdem das deutsche Monopolkapital mit Hilfe der westlichen Besatzungsmächte seine Herrschaft gesichert glaubt, geht es dazu über, die Lasten des Krieges, des Marshall-Planes und der seit 1945 betriebenen Mißwirtschaft auf die Schultern des werktätigen Volkes abzuwälzen. Der Generalangriff auf die Lebenshaltung des schaffenden Volkes hat begonnen... das deutsche Monopolkapital (wiegt) sich in der Hoffnung, wiederum eine bedeutende Rolle spielen zu können. Es stellt sich in den Dienst des USA-Imperialismus und ist bereit, die Rolle eines Gendarmen im westdeutschen Protektorat zu übernehmen.

In jeder Frage, die die Zukunft unseres Volkes berührt, tritt die volksfeindliche und landesverräterische Rolle des deutschen Monopolkapitals immer deutlicher hervor. In nationaler, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht zeichnet sich der unüberbrückbare Gegensatz zwischen der Clique der Konzernherren, Bankherren und Großgrundbesitzer und dem ganzen deutschen Volk ab.“²⁰

Mit der Veröffentlichung des Ruhrstatuts am 29. Dezember 1948 trat der Kampf des deutschen Volkes um Einheit und gerechten Frieden in ein neues Stadium. Das Herzstück der deutschen Wirtschaft wurde unter die Verfügungsgewalt der imperialistischen Westmächte gestellt. Zugleich nahm in Koblenz am 17. Januar 1949 das sogenannte Alliierte Sicherheitsamt seine Tätigkeit auf. Offiziell bestimmt, die Entmilitarisierung Westdeutschlands durchzuführen, war es tatsächlich ein Organ, das der forcierten Remilitarisierung diente. Mit ihm errichtete der amerikanische Imperialismus faktisch eine unbegrenzte Kontrolle über die gesamte Industrie Westdeutschlands.

Diese in Westdeutschland durchgeführten Maßnahmen fielen zeitlich zusammen mit den seit Dezember 1948 in Washington geführten Verhandlungen über den Nordatlantikpakt. Das war durchaus nicht zu-

²⁰ Neues Deutschland (B) vom 13. Januar 1948.

fällig. In dem Maße, wie die Kriegsvorbereitungen des imperialistischen Lagers gegen die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder vorangetrieben wurden, in dem gleichen Maße wurde die Wiederherstellung des deutschen Militarismus beschleunigt.

Durch diese Maßnahmen wurde die Existenz der deutschen Nation tödlich bedroht. Dagegen erhob sich in ganz Deutschland ein Proteststurm. Unter dem Druck der Massenstimmung sah sich sogar Adenauer gezwungen, mit einer Erklärung gegen das Ruhrstatut aufzutreten. Aber damit wiederholte die CDU/CSU nur einmal mehr die von ihr mit der demagogischen Aufnahme der Sozialisierungsforderungen in ihr Ahlener Programm angewandten Taktik, die Empörung der Volksmassen zunächst einmal abzufangen und unter ihre Kontrolle zu bringen. In Wirklichkeit wußte das deutsche Monopolkapital nur zu gut, daß es in der Ruhrbehörde mit Unterstützung seiner amerikanischen Geschäftsfreunde schon bald eine sehr starke Stellung gegenüber Frankreich und England einnehmen würde. Dazu aber war es für die Imperialisten notwendig, rasch den westdeutschen Separatstaat zu konstituieren und den Massenkampf gegen das Ruhrstatut und die Spalterpolitik abzuwürgen.

Die zweideutige Position, die die rechte SPD-Führung gegenüber dem Ruhrstatut einnahm, war letztlich für das Gelingen der Taktik der deutschen Imperialisten und Militaristen ausschlaggebend. Im Wirtschaftsrat, im Parlamentarischen Rat und in ihrer Presse trat die SPD einerseits mit einer scharfen Kritik am Ruhrstatut und an der Haltung der CDU/CSU auf. Gleichzeitig aber tat der Parteivorstand nicht nur nichts, um die Empörung der Massen in Aktionen umzusetzen, sondern begann im Gegenteil einen Beruhigungsfeldzug. Immer stärker klangen in den Erklärungen der rechten SPD-Führer solche Töne an, daß das Ruhrstatut zwar eine sehr schlechte Sache sei, aber immerhin doch „einen Schritt zur deutschen Selbständigkeit“ darstelle und daß man ihm mit der Zeit „bestimmt „die giftigen Zähne ausbrechen“ könne.“²¹ Wenn die SPD-Führung den Massen einzureden versuchte, daß erst die künftige westdeutsche Regierung über Annahme oder Ablehnung des Ruhrstatuts zu entscheiden habe, so war dies eine glatte Unwahrheit. In der Arbeiterklasse sollte die Vorstellung erweckt werden, daß es unnötig sei, jetzt den Massenkampf gegen das Ruhrstatut aufzunehmen, wenn seine Ablehnung dann mühelos auf parlamentarischem Wege zu erreichen sei. Viele SPD-Mitglieder glaubten, daß durch einen Wahlsieg der SPD ihre Forderungen verwirklicht würden. Solche von der SPD-Führung genährte Illusionen erleichtern den Imperialisten ihren nationalen Verrat.

Ollenhauer erklärte vor den Chefredakteuren der sozialdemokratischen Presse, daß jede sozialdemokratische Kritik am Ruhrstatut unterblieben wäre, wenn in absehbarer Zeit seine Ausdehnung auf ganz Europa in Aussicht stände.²² Eine solche Stellungnahme kam im Grunde einer Unterstützung der Forderungen des deutschen Finanzkapitals gleich, ihm nicht nur die Ausbeutung der deutschen, sondern auch der

²¹ Vgl. Neues Deutschland (B) vom 8. Februar 1949.

²² Vgl. ebenda.

Werkträgigen der westeuropäischen Länder zu sichern. Es gelang den rechten SPD-Führern, einen großen Teil der sozialdemokratischen Mitglieder in eine Frontstellung gegenüber der Politik der SED und KPD zu bringen. Ohne einheitliches Handeln der Arbeiterklasse aber konnte die Volksbewegung für Einheit und gerechten Frieden in Westdeutschland nicht zu der Kraft werden, die allein der imperialistischen Politik den Weg versperren konnte. Immer wieder zeigte sich, daß die prowestliche, antisowjetische Orientierung der SPD-Führung es ihr unmöglich machte, eine eigene, von den Grundinteressen des deutschen Volkes bestimmte Politik zu betreiben, sie im Gegenteil immer wieder in das Fahrwasser der CDU-Politik und damit des in- und ausländischen Imperialismus brachte.

Als Verteidiger der Interessen der Nation traten auch in diesem Zeitpunkt allein die SED und KPD auf. Auf ihrer 1. Parteikonferenz vom 25. bis 28. Januar 1949 nahm die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands zu der neuen Situation Stellung, erklärte den Kampf gegen die imperialistischen Versklavungs- und Kriegspläne zur heiligen Pflicht eines jeden deutschen Patrioten und mobilisierte die ganze Kraft der Partei für den Kampf um Einheit und gerechten Frieden. In dem Manifest der Parteikonferenz an das gesamte schaffende deutsche Volk wurde gesagt: „Die geeinte Arbeiterbewegung, der antifaschistisch-demokratische Block der Ostzone und die Volksausschüsse sind die entscheidendsten Vorkämpfer für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden. Diesem Kampf müssen sich alle Deutschen anschließen, die ihr Volk und Vaterland lieben, denn der Kampf um Einheit und gerechten Frieden ist der Kampf um das Lebensrecht des deutschen Volkes. Die Befreiung der Nation aus den Klauen des Dollarimperialismus ist die höchste Pflicht aller demokratischen und fortschrittlichen Kräfte unseres Volkes! In der Bewegung des Deutschen Volkskongresses müssen sich alle gesunden Kräfte der Nation zusammenfinden, um im Kampfe gegen den ausländischen Imperialismus und seine deutschen Helfer die Erfüllung der gerechten Forderungen des deutschen Volkes zu erreichen.“²³

Mit dieser Aufgabenstellung legte die erste Parteikonferenz der SED den Grundstein für die spätere Nationale Front des demokratischen Deutschland. Die Ergebnisse und Beschlüsse der Parteikonferenz dienten den demokratischen und patriotischen Kräften ganz Deutschlands als Orientierung im Kampf gegen die antinationale, volksfeindliche Politik der deutschen und ausländischen Imperialisten.

Die Kommunistische Partei hatte als die unmittelbare Führerin der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland eine große Verantwortung. Bereits am 2. Januar 1949 hatte Max Reimann im Namen der Partei in einer Massenkundgebung in Düsseldorf flammenden Protest gegen das Ruhrstatut erhoben und erklärt: „Diejenigen deutschen Politiker, die unter dem Ruhrstatut an der Bildung einer westdeutschen Regierung mitgewirkt haben und dadurch mit-

²³ Protokoll der 1. Parteikonferenz der SED, Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 511.

halfen, über Westdeutschland ein Kolonialregime auszuüben, dürfen sich nicht wundern, wenn sie vom deutschen Volk als Quislinge betrachtet werden.“²⁴

Am 15. Januar 1949 wandte sich der Parteivorstand der KPD mit einem Aufruf an die Bevölkerung Westdeutschlands, in dem es u. a. hieß: „Das Ruhrstatut ist ein gefährlicher Anschlag auf die Freiheit und Selbständigkeit, auf die Existenz unseres Volkes ... Wir rufen alle auf zum entschlossenen Kampf gegen die Politik der sozialen und nationalen Entrechtung ... für die entschädigungslose Enteignung der Konzernherren ... für das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften in allen wirtschaftlichen, personellen und sozialen Fragen, für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

Das deutsche Volk hat ein Recht auf die ihm in Potsdam zugesicherte wirtschaftliche und politische Einheit ... auf einen Friedensvertrag. Deshalb kämpfen wir für die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, die Wahl einer gesamtdeutschen Nationalversammlung, eine gesamtdeutsche demokratische Verfassung, die unteilbare deutsche Republik, den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen.“²⁵

Der Aufruf zeigt, wie die KPD die Grundfragen der Nation — Sicherung des Friedens, Existenz Deutschlands als einheitlicher, unabhängiger und demokratischer Staat — mit dem Kampf um die Tagesinteressen der Werktätigen in Westdeutschland verband. Unermüdlich erklärte die Partei den Werktätigen, daß nur durch die Überwindung des deutschen Imperialismus und Militarismus Einheit, nationale Unabhängigkeit und ein gerechter Friedensvertrag für das deutsche Volk gesichert und damit zugleich eine grundlegende Veränderung der Lebensverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung erreicht werden kann.

Gleichzeitig nutzte die KPD auch weiterhin die Parlamentstribüne für den Kampf gegen das Ruhrstatut aus. Ihre Fraktion beantragte, dieses Statut abzulehnen und jegliche Mitarbeit deutscher Politiker an seiner Durchführung zu verweigern. Es war ein starker Appell an das nationale Gewissen der westdeutschen Parlamentarier, den die kommunistische Fraktion durch die Forderung nach Absetzung Adenauers als Präsident des Parlamentarischen Rates noch verstärkte. Wiederum aber konnte sich die rechte SPD-Führung nicht entschließen, ihre für das deutsche Volk verhängnisvolle antikommunistische Frontstellung aufzugeben und den Antrag der KPD zu unterstützen.

Als einzige Partei entlarvte die KPD vor den Massen den wahren Charakter des Nordatlantikpakt, den die anderen Parteien mit der Phrase vom „Verteidigungsbündnis der freien westlichen Welt“ zu verschleiern suchten. In einer Erklärung stellte der Parteivorstand fest: „Der ... Nordatlantikpakt ... bedeutet einen ernsten Angriff auf den Frieden ... Der Atlantikpakt ... ist das diplomatische Instrument zur Vorbereitung eines neuen Krieges gegen die sozialistische Sowjetunion,

²⁴ Max Reimann: Wir Deutsche und das Ruhrstatut, Dietz Verlag, Berlin 1949, S. 3.

²⁵ Neues Deutschland (B) vom 16. Januar 1949.

gegen die friedliebenden Völker der Volksdemokratien, gleichzeitig aber auch ein Instrument zum Kampf der Imperialisten gegen die fortschrittlichen, demokratischen und friedliebenden Kräfte in allen Ländern.

Die Bildung des westdeutschen Separatstaates soll die Voraussetzung für die Einbeziehung Westdeutschlands in den Atlantikpakt schaffen . . . Deutschland soll erneut zum Kriegsschauplatz werden. Die Folge kann nur sein, daß die Städte und Siedlungen unseres Volkes der völligen Vernichtung preisgegeben werden. Der Atlantikpakt widerspricht den Grundlagen der nationalen Interessen des deutschen Volkes . . . Darum müssen wir gemeinsam mit den friedliebenden demokratischen Kräften der ganzen Welt gegen den neuen ‚Antikominternpakt‘ kämpfen. Für das deutsche Volk kann dieser Kampf nur darin bestehen, seine nationale Unabhängigkeit und Einheit wiederherzustellen.“²⁶

Die KPD enthüllte nicht nur die ganze Gefährlichkeit der Absichten der deutschen und amerikanischen Imperialisten, sondern zeigte zugleich den Ausweg aus dieser Situation. Sie setzte der chauvinistischen Verhetzung des deutschen Volkes durch die imperialistische Propaganda den Appell an die Bevölkerung Westdeutschlands, insbesondere an die Arbeiterklasse, entgegen, dafür zu sorgen, daß das deutsche Volk seinen Platz in der internationalen Friedensfront der Völker unter Führung der Sowjetunion einnimmt und so seine Verpflichtung vor der friedliebenden Menschheit erfüllt. Nur dieser Weg entsprach den nationalen Interessen Deutschlands. Die KPD, die einzige konsequente, kompromißlose und mutige Verfechterin der sozialen und nationalen Interessen des deutschen Volkes in Westdeutschland war in dieser Situation den wütenden Angriffen der imperialistischen Reaktion ausgesetzt. Wegen seiner Düsseldorfer Rede im Januar 1949 wurde Max Reimann durch ein englisches Militärgericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Max Reimann trat entschlossen und offensiv im Prozeß gegen die imperialistischen Besatzungsmächte und ihre deutschen Quislinge auf und entlarvte sie als Verderber Deutschlands. Die beispielhafte patriotische Haltung Max Reimanns veranlaßte Menschen aller Bevölkerungsschichten zum Nachdenken über die Politik der Kommunisten. Die Versammlungen und Kundgebungen der KPD gegen das Ruhrstatut und die Verurteilung Max Reimanns waren überfüllt. Zahlreiche Betriebe sandten Protestresolutionen an die britischen Militärbehörden und solidarisierten sich mit dem Kampf der KPD gegen das Ruhrstatut. So hieß es z. B. in dem Telegramm der 11 000 Belegschaftsmitglieder der Adam Opel A. G. vom 5. Februar 1949: „Die Vertrauensmännerversammlung der Adam Opel A. G., Rüsselsheim, erklärt ihre Sympathie mit jedem Deutschen, der im Interesse des deutschen Volkes gegen die Einführung des Ruhrstatuts Stellung nimmt. Sie protestiert gegen die Verurteilung des Abgeordneten des Parlamentarischen Rates, Max Reimann, durch ein Militärgericht und fordert seine Freilassung.“²⁷

²⁶ Neues Deutschland (B) vom 20. März 1949.

²⁷ Neues Deutschland (B) vom 6. Februar 1949.

Die Massenproteste gegen das Ruhrstatut und gegen die Verurteilung Max Reimanns erzwangen dessen Freilassung. Die Vollstreckung des Terrorurteils wurde ausgesetzt. Die imperialistischen Besatzungsbehörden hatten eine Schlappe erlitten. Diese Tatsachen zeigen, daß die Politik der KPD gegenüber dem Ruhrstatut die Zustimmung eines großen Teils der Bevölkerung Westdeutschlands fand.

Dabei gelang es der Partei angesichts der wachsenden Kriegsgefahr und der Gefährdung der nationalen Einheit, Kontakte mit den verschiedenartigsten gesellschaftlichen, politischen und weltanschaulichen Kräften aufzunehmen. Hiervon zeugte unter anderem eine Zusammenkunft von Pfarrern der „Bekennenden Kirche“ mit leitenden Funktionären der KPD in der ersten Märzwoche 1949 in Kaiserslautern. In der Aussprache erklärten die Geistlichen, daß die weltpolitische Auseinandersetzung um die Fragen „Krieg-Frieden“ und „Reaktion-Fortschritt“ die Kirche auf der Seite des Friedens und des Fortschritts finden müsse. Im Kampf um den Frieden und die nationale Einheit sei die Verständigung und Zusammenarbeit der Kirche mit der Arbeiterbewegung möglich und unbedingt erforderlich.

Die Kommunistische Partei konnte sich in ihrem Kampf für die Verbreiterung und Entwicklung der Volkskongreßbewegung auf das Erstarren der Kräfte des Friedens und der Demokratie im internationalen Maßstab und auf die Erfolge der antifaschistisch-demokratischen Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone stützen.

Am 25. Januar 1949 wurde der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe gegründet, der eine neue Etappe in den brüderlichen Beziehungen zwischen der UdSSR und den europäischen Volksdemokratien einleitete und so das demokratische Weltlager bedeutend stärkte. Im Februar des gleichen Jahres ging von dem Internationalen Verbindungsbüro der Intellektuellen und der Internationalen Demokratischen Frauenföderation der Appell zur Einberufung eines Weltfriedenskongresses aus, Auftakt zur Organisierung der machtvollen Weltfriedensbewegung. Diese Ereignisse fanden auch in Westdeutschland großes Echo.

Das war um so mehr der Fall, als im demokratischen Teil Deutschlands der von der SED ausgearbeitete Zweijahrplan, der erste langfristige Wirtschaftsplan in Deutschland, mit dem Jahr 1949 in Kraft getreten war. Mit dem Übergang zur langfristigen Wirtschaftsplanung begann ein neuer Abschnitt in der Entwicklung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung – der Neuaufbau der Wirtschaft auf demokratischer Grundlage. Der „Übergang zu einer bewußten Lenkung des gesellschaftlichen Fortschritts“²⁸ wurde vollzogen. Im Kampf um die Verwirklichung der Planziele entwickelte sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1948 die Aktivistenbewegung, in der die mobilisierende Kraft des „Deutschen Plans“ und seine volle Realität zum Ausdruck kamen. Die große nationale Bedeutung des Zweijahrplans und der Hennecke-Bewegung bestand darin, daß sie die Möglichkeit des Wiederaufbaus

²⁸ Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. III, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 220.

Deutschlands aus eigener Kraft unter Führung der geeinten Arbeiterklasse und damit die Lösung der nationalen Grundaufgabe überzeugend für ganz Deutschland demonstrierten.

Die imperialistischen Kräfte erkannten die Gefahr sehr gut, die für ihre volksfeindlichen Pläne durch die wachsende Stärke der demokratischen Kräfte sowohl im internationalen Maßstab als auch in Deutschland entstand. Sie vervielfachten ihre Anstrengungen und Machenschaften zur Durchsetzung ihrer aggressiven Ziele. Das Feuer des „kalten Krieges“ wurde von ihnen verstärkt geschürt und in Deutschland mit dem Luftbrückenrummel, der Hetze, daß „Berlin einen Krieg wert sei“, bis hart an das Aufflammen des heißen Krieges entfacht. Es entwickelte sich die akute Gefahr eines imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder, der in Deutschland seinen Ausgang nehmen konnte. Diese Situation veranlaßte das Politbüro der SED zu seiner Erklärung vom 1. März 1948, mit der sich die Partei der Stellungnahme der Kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens anschloß, im Falle einer imperialistischen Aggression einen aktiven Kampf gegen die Aggressoren zu führen und die Sowjetarmee bei der Herbeiführung des Friedens zu unterstützen.

Angesichts des Ernstes der Situation genügte der in Westdeutschland bisher erreichte Entwicklungsstand der demokratischen, patriotischen und friedliebenden Kräfte nicht. Die Bewußtheit und Organisiertheit ihres Vorgehens mußten erhöht, ihre Vereinigung zu einem einheitlichen machtvollen Strom mit aller Kraft angestrebt werden. Der Beratung dieser Aufgaben diente die erste Parteikonferenz der KPD, die vom 5. bis 7. März 1949 in Solingen durchgeführt wurde.

Die Konferenz eröffnete ihre Arbeit mit der Zustimmung zur obenwähnten Erklärung des Politbüros der SED und bewies damit, daß die Delegierten sich der ganzen Größe der Verantwortung der Partei bewußt waren. Der Verlauf und die Ergebnisse der Konferenz zeugten von ihrer Entschlossenheit, durch die weitere ideologische, politische und organisatorische Festigung der Partei, deren Einfluß unter den Massen zu verstärken und die Aktionseinheit zu schmieden, um die Arbeiterklasse auch in Westdeutschland zur führenden Kraft einer gewaltigen nationalen Volksbewegung werden zu lassen.

Die Parteikonferenz stellte fest, daß sich das von der Partei gestellte strategische Ziel und die von ihr seit der Herner Konferenz durchgeführte Generallinie als richtig erwiesen hatten. Die Partei war in jeder Hinsicht in den zurückliegenden Kämpfen gewachsen und gefestigt, hatte ihren Einfluß unter allen Schichten der Bevölkerung erhöhen können. Insgesamt aber war es ihr noch nicht gelungen, der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung klarzumachen, daß die Ursache ihrer schlechten ökonomischen und sozialen Lage in der antinationalen Politik der ausländischen und deutschen Imperialisten zu suchen ist, und sie für die Politik der KPD zu gewinnen.

Die Hauptursache hierfür war die Haltung der rechten SPD-Führer. Sie verbreiteten tagtäglich unter den Massen Illusionen über die

Marshall-Plan-„Hilfe“ und priesen in allen Tonarten die nach der Währungsreform gefüllten Schaufenster und die seit Ende 1948 eingetretene Belebung der westdeutschen Wirtschaft als die ersten Strahlen der aufgehenden Dollarsonne. Sie standen in der ersten Front des um Westberlin entfachten Kiegsgeschreis, der Hetze gegen die Sowjetunion und die antifaschistisch-demokratische Ordnung im Osten Deutschlands, in der Hetze gegen die Oder-Neiße-Friedensgrenze und das Potsdamer Abkommen. Nach wie vor traten sie als wütende Feinde der Aktionseinheit auf und lähmten damit nicht nur die Kraft der Arbeiterklasse, sondern der demokratischen Kräfte insgesamt. Die von ihnen verbreitete bürgerliche Ideologie in der SPD und in den Gewerkschaften machte die westdeutschen Werktätigen zu Gefangenen der in- und ausländischen imperialistischen Reaktion.

Unter diesen Umständen kam der Tätigkeit der KPD große Bedeutung zu. Sie mußte dabei unter schwierigsten Bedingungen arbeiten, war sie doch in steigendem Maße den Schikanen der Besatzungsmächte wie der westdeutschen Verwaltungsorgane ausgesetzt, während die rechten SPD-Führer deren wohlwollende Unterstützung genossen.

Die Solinger Parteikonferenz orientierte auf die verstärkte und wirksamere Durchführung der bisherigen Politik der Partei. Von allen Parteileitungen und -organisationen forderte sie, die Verbindung zu den verschiedenen Schichten der Bevölkerung zu festigen, um ihnen den Ernst der Situation und die Richtigkeit der Zielsetzung der Volkskongreßbewegung zu erläutern und sie in den Kampf einzubeziehen. Besonderes Gewicht legte die Konferenz in ihren Beschlüssen auf die geduldige Überzeugungsarbeit unter den sozialdemokratischen Klassen-genossen, auf die Herstellung eines engen, kameradschaftlichen Verhältnisses im gemeinsamen Tageskampf bei gleichzeitiger prinzipieller Kritik an der Politik der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer, um so die Aktionseinheit, als Schlüssel des Erfolges, zu schmieden. Die von der Konferenz ausgesprochene Verpflichtung aller Parteimitglieder zur vorbildlichen Arbeit in den Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen war von größter Bedeutung für die Verstärkung des Einflusses der Partei unter den Massen.

Die Solinger Parteikonferenz forderte verstärkte ideologische Arbeit in der Partei, um den bei manchen Leitungen und Parteiorganisationen noch vorhandenen Mangel an eigener Initiative bei der konkreten Durchführung der Linie der Partei zu überwinden, um noch schneller alle Tendenzen und Erscheinungen des Zurückweichens vor der gegnerischen Hetze und des mangelnden Verständnisses der nationalen Politik der Partei zu beseitigen. Von besonderer Bedeutung war dabei der Beschluß der Konferenz, vor allem das Studium der Geschichte der KPdSU zu verbessern, um die gesamte Partei zu befähigen, den tagtäglichen Massenkampf auf der festen Grundlage der marxistisch-leninistischen Strategie und Taktik zu führen.

So stellte die Solinger Parteikonferenz einen wichtigen Schritt in der Entwicklung der KPD zu einer Partei neuen Typus dar. Ihre Beschlüsse

bildeten eine gute Grundlage für eine erfolgreichere Arbeit aller Parteileitungen und -organisationen unter den komplizierten Bedingungen in Westdeutschland.

Schon im April wurde die KPD vor neue, wichtige Entscheidungen gestellt. Am 4. April 1949 wurde in Washington der Nordatlantikpakt unterzeichnet. Kurze Zeit später übergaben die Militärgouverneure das Besatzungsstatut dem Parlamentarischen Rat, dessen Verfassungsprojekt seiner Fertigstellung entgegenging. Immer näher rückte die letzte Phase der Konstituierung des westdeutschen imperialistischen Separatstaates.

Angesichts der neuen Maßnahmen der imperialistischen Kriegsbrandstifter unternahm die Kommunistische Partei verstärkte Anstrengungen, um deren Politik zu durchkreuzen.

Am 21. April 1949 richtete der Parteivorstand einen offenen Brief an den sozialdemokratischen Parteivorstand. Er wies auf die verschärfte Kriegsgefahr hin und charakterisierte nachdrücklich die gefährliche Situation, in die Westdeutschland durch das Besatzungsstatut gebracht wurde. Gleichzeitig wurde in dem Brief darauf hingewiesen, daß sich in der internationalen Politik Ansätze einer Entspannung zeigten. Am 20. April hatte in Paris und Prag der erste Weltfriedenskongreß begonnen. Der Grundstein für das Auftreten einer neuen Großmacht — der organisierten Weltfriedensbewegung — in der internationalen Arena wurde gelegt. Die Westmächte hatten den Willen der Millionen friedliebenden Menschen nicht länger ignorieren können und mußten den Vorschlägen der Sowjetunion zur Normalisierung der Lage in Berlin und zur Einberufung einer Außenministerkonferenz der Großmächte für den Monat Mai nach Paris zustimmen. Damit eröffnete sich die Möglichkeit, zur Zusammenarbeit der vier Besatzungsmächte in der Deutschlandfrage auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens zurückzukehren.

Unter diesen Bedingungen schlug die KPD der SPD-Führung vor, gemeinsam die Initiative zu einer Aussprache der demokratischen Parteien aller Besatzungszonen zu ergreifen mit dem Ziel, einen gesamtdeutschen Standpunkt zur Lösung des Deutschlandproblems zu erarbeiten und der Pariser Außenministerkonferenz vorzulegen.

Der sozialdemokratische Parteivorstand lehnte diesen Vorschlag ab. Seine Haltung rief unter den Mitgliedern und vielen Funktionären der SPD entschiedenen Protest hervor. Der Widerspruch zwischen der Politik der rechten Führer und den einfachen Mitgliedern der SPD trat kraß zutage. Viele sozialdemokratische Mitglieder und Funktionäre erkannten den Schritt der KPD als richtig und notwendig an, verstanden, daß es ihr mit dem Ringen um die Einheit der Arbeiterklasse ernst war. Ihre Vorbehalte gegenüber der Gesamtpolitik der KPD waren jedoch noch zu stark, ihre Erkenntnis über die Rolle der rechten Führer nicht genügend entwickelt und ein organisatorischer Zusammenhang innerhalb der SPD kaum vorhanden, um eine Revision der ablehnenden Stellung des sozialdemokratischen Parteivorstandes zu erzwingen. Dennoch

war der Schritt der KPD richtig, bedeutete eine der unzähligen Aktionen, die notwendig waren, um immer mehr SPD-Mitglieder zum tiefen Nachdenken über die Politik beider Parteien zu veranlassen, um Schritt für Schritt den antikomunistischen Nebel zu durchdringen, in den sie durch ihre Führung eingehüllt wurden.

Die unermüdliche Aufklärungsarbeit der KPD blieb auch unter den anderen Schichten der Bevölkerung nicht resultatlos. So wurde auf einer gesamtdeutschen Jugendkonferenz, die von Vertretern fast aller deutschen Jugendorganisationen beschickt war, eine „Aktionsgemeinschaft der Jugend für ein einiges Deutschland“ gebildet. Auf dem zweiten Deutschen Bauerntag erklärten die Vertreter der Bauern aus ganz Deutschland ihre Bereitschaft, alle Maßnahmen zu unterstützen, die der Herstellung der Einheit Deutschlands, dem Abschluß eines gerechten Friedensvertrages und dem Abzug der Besatzungstruppen dienten.

Die von den rechten SPD-Führern aufrechterhaltene Spaltung beraubte die Arbeiterklasse Westdeutschlands der Kraft, die sie instand gesetzt hätte, die verschiedenen Rinnsale und Bäche der nationalen Bewegung zu einem mächtigen Strom zu vereinen. Unter diesen Umständen konnten die Bonner Mehrheitsparteien im Mai 1949 die Separatverfassung in Kraft setzen, nachdem sie den Wünschen der Militärgouverneure entsprach, d. h. ein geeignetes pseudodemokratisches Aushängeschild vor der tatsächlichen Verfassung Westdeutschlands, dem Besatzungsstatut, geworden war. Genauso undemokratisch wie der Parlamentarische Rat zusammengeschoben worden war, erfolgte auch die Bestätigung der Separatverfassung. Statt durch eine allgemeine Volksabstimmung, wie es die Kommunistische Partei Deutschlands forderte, wurde sie unter Ausschluß der Öffentlichkeit in den einzelnen Länderparlamenten angenommen, ein wohl einmaliges Verfahren in der an undemokratischen Methoden nicht gerade armen bürgerlichen Verfassungsgeschichte. Ebenso nahm der Parlamentarische Rat unter völliger Ignorierung des Volkes die reaktionäre Wahlordnung an. Demgegenüber tritt die öffentliche monatelange Diskussion des Verfassungsentwurfs des Deutschen Volksrates in der sowjetischen Besatzungszone um so leuchtender als Beispiel wahrhafter Demokratie hervor. Diese tatsächlich von der Bevölkerung ganz Deutschlands — wenn auch unter den undemokratischen Verhältnissen Westdeutschlands dort nur von den aktivsten Kräften unter Führung der Kommunistischen Partei — beratene und beschlossene Verfassung, die unserer Deutschen Demokratischen Republik zugrunde liegt, beweist einmal mehr, daß die DDR der einzig rechtmäßige deutsche Staat ist.

Gestützt auf die antinationale, undemokratische und volksfeindliche Separatverfassung und das reaktionäre, von den Militärgouverneuren aufoktroierte Wahlgesetz eröffnete die Reaktion in Westdeutschland im Juni 1949 den Wahlkampf, aus dem das westdeutsche Spalterparlament hervorgehen sollte. Die CDU sparte nicht mit lügnerischen, demagogischen Wahlversprechungen, betrieb eine hemmungslose nationalistische Hetze gegen die Sowjetunion, verleumdete die antifaschistisch-

demokratische Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone und organisierte ein Kesseltreiben gegen die fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland, vor allem gegen die KPD. Die rechte SPD-Führung zeigte sich erneut außerstande, in den Grundfragen der Nation eine eigene, den Interessen des Volkes entsprechende, der Partei des Monopolkapitals entgegengesetzte Politik zu betreiben. Praktisch führte sie den Wahlkampf in den Grundfragen in der gleichen Richtung wie die CDU, schwächte damit die Stellung der Arbeiterklasse und stärkte umgekehrt die Reaktion in Westdeutschland.

Allein das von der KPD aufgestellte Wahlprogramm entsprach den sozialen und nationalen Interessen des deutschen Volkes. Die Partei forderte an erster Stelle die Wiederherstellung eines demokratischen und unabhängigen Deutschlands, die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung und den sofortigen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland mit anschließendem Abzug aller Besatzungstruppen, den Aufbau einer gesamtdeutschen Friedenswirtschaft, die die Garantie bot, Deutschland nicht noch einmal zur imperialistischen Rüstungsbasis werden zu lassen und die Aufhebung aller Beschränkungen des deutschen Innen- und Außenhandels. Das Programm der KPD rief die Bevölkerung auf, gegen den Mißbrauch Westdeutschlands als Aufmarschgebiet des amerikanischen Imperialismus, gegen die verbrecherischen Pläne, die deutsche Jugend erneut als Kanonenfutter eines imperialistischen Krieges zu mißbrauchen, ihre Stimme abzugeben.

Die sozialen Forderungen des Wahlprogramms der Kommunistischen Partei erstrebten eine entscheidende Verbesserung vor allem der Lage der Arbeiterklasse, der Jugend, aber auch der Mittelschichten in Stadt und Land. Gleichzeitig bewies die Partei, daß, um die nationalen und sozialen Grundforderungen endgültig und für immer durchzusetzen und zu sichern, die Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Westdeutschland unumgänglich sei. Die Lehren der Geschichte erforderten die Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung nach dem Vorbild der sowjetischen Besatzungszone.

Dieses Wahlprogramm entsprach der großen Zielsetzung der Volkskongreßbewegung für die konkreten Verhältnisse Westdeutschlands. Es bildete eine geeignete Plattform für die Vereinigung aller demokratischen, patriotischen und friedliebenden Kräfte um die Arbeiterklasse gegen das in- und ausländische Monopolkapital. Seine Verwirklichung garantierte Westdeutschland eine fortschrittliche und demokratische Entwicklung und machte der verhängnisvollen Spaltung Deutschlands ein Ende. Das Wahlprogramm der KPD und der mutige Kampf zu seiner Durchsetzung waren ein bedeutender Beitrag für eine gesicherte Existenz des deutschen Volkes, für die Lösung der nationalen Grundaufgabe in Deutschland.

Verwirrt von der antikommunistischen Hetze der CDU, im Stich gelassen von der rechten SPD-Führung, geblendet von Illusionen über die Marshall-Plan-, „Hilfe“, traf die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung bei der Wahl am 14. August 1949 eine folgenschwere politische

Fehlentscheidung. Eine reaktionäre Mehrheit des sogenannten Bundestages schob am 7. September 1949 den alten Separatisten und notorischen Landesverräter Adenauer an die Spitze einer Koalitionsregierung aus CDU, FDP und DP. Die Errichtung des westdeutschen Separatstaates und damit die Spaltung Deutschlands im Interesse des ausländischen und deutschen Monopolkapitals war vollendet. Es begann die verhängnisvolle Ära Adenauers, über deren Zielsetzung dieser im Sommer 1949 während des Wahlkampfes gesagt hatte: „... wir müssen wenigstens acht Jahre an der Macht bleiben. Dann haben wir Deutschland auf den Weg gebracht, auf dem es weiter gehen kann.“²⁹

Doch die Imperialisten hatten sich getäuscht. Die Entwicklung in Deutschland bestimmten nicht sie. Die fortschrittlichen Kräfte unter Führung der Arbeiterklasse beantworteten den nationalen Verrat der westdeutschen Imperialisten mit einem noch engeren Zusammenschluß zur Rettung der Nation. Am 4. Oktober 1949 rief der Parteivorstand der SED zur Bildung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland auf. Die einheitliche marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse bewies damit einmal mehr, daß sie sich ihrer nationalen Verantwortung voll bewußt war. Entsprechend den Forderungen aus allen Schichten der Bevölkerung Ost- und Westdeutschlands beschloß am 5. Oktober 1949 die gemeinsame Sitzung des Präsidiums des Deutschen Volksrates und des Demokratischen Blocks unter dem Vorsitz von Wilhelm Pieck, den Deutschen Volksrat „gemäß der vom 3. Deutschen Volkskongreß beschlossenen Verfassung einer Deutschen Demokratischen Republik zur Provisorischen Volkskammer umzubilden und eine verfassungsmäßige Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu schaffen“³⁰. Hierzu wurde der Deutsche Volksrat zum 7. Oktober 1949 einberufen.

So wurde der 7. Oktober 1949 zum Geburtstag des ersten friedliebenden und wahrhaft demokratischen Staates der deutschen Geschichte. Hervorgegangen aus der großen, von der geeinten Arbeiterklasse und ihrer Partei geführten Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden, entstanden im Kampf um die nationale Wiedergeburt Deutschlands auf demokratischer Grundlage und gegen die Bedrohung der Nation durch den ausländischen und deutschen Imperialismus war und ist die Deutsche Demokratische Republik der einzig rechtmäßige deutsche Staat. Mit seiner Konstituierung schufen sich die demokratischen und friedliebenden Kräfte ganz Deutschlands die staatlich-politische Grundlage, um diesen Kampf entsprechend der neuen Situation noch wirksamer fortsetzen zu können. Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates in Deutschland, der in fester Freundschaft mit der Sowjetunion und allen friedliebenden Völkern der Welt verbunden ist, bestimmte und bestimmt die weitere Entwicklung Deutschlands.

²⁹ Zitiert nach Perzy Stulz/Siegfried Thomas: Die Entstehung und Entwicklung der CDU in Westdeutschland 1945–1949. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1959, Heft 1, S. 117.

³⁰ Wilhelm Koenen: Das ganze Deutschland soll es sein, Berlin 1958, S. 130.

Der Kampf der KPD gegen die Spaltung Deutschlands

Das ist heute, da die Ära Adenauers zu Ende geht, während die Deutsche Demokratische Republik auf der Grundlage des Programms des V. Parteitages der SED stürmisch voranschreitet, besonders offensichtlich. Vollauf bestätigt ist die durch J. W. Stalin gegebene Einschätzung, daß die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik einen Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands und Europas darstellt.

Heute, zehn Jahre nach ihrer Gründung, ist die DDR stärker denn je. Unaufhaltsam wächst ihr Einfluß in Westdeutschland und verstärkt so die Wirkung des Kampfes der KPD, den diese ungebeugt und standhaft in der Illegalität weiterführt, in der Gewißheit, daß die Zukunft in ganz Deutschland den Kräften der Demokratie, des Friedens und des Sozialismus gehört.

Rosa Luxemburg im Kampf gegen den preußisch-deutschen Militarismus¹

Der vorliegende Band vermittelt dem Leser einen Einblick in eines der ruhmreichsten Kapitel der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Es ist allgemein bekannt, daß die deutsche Arbeiterklasse im Kampf gegen den Militarismus große revolutionäre Traditionen aufzuweisen hat. In dieser Beziehung war die gewaltige Massenbewegung gegen Krieg und Militarismus in der Novemberrevolution des Jahres 1918 ein geschichtlicher Höhepunkt. Weniger oder gar nicht bekannt sind besonders der jungen Generation wichtige Einzelheiten über den heroischen Kampf, den die Linken in der deutschen Sozialdemokratie schon vor dem ersten Weltkrieg gegen den kriegslüsternden preußisch-deutschen Militarismus führten. Dieser Kampf, an dessen Spitze Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin, Wilhelm Pieck und andere standen, diente unmittelbar der Vorbereitung des Massenwiderstandes während des Krieges, der im Streik der 1½ Millionen Rüstungsarbeiter im Januar 1918 kulminierte, und der vielfach bewaffneten Auseinandersetzungen in der Novemberrevolution und in der ersten Nachkriegszeit.

Bereits viele Jahre vor dem Beginn des ersten Weltkrieges übten die Linken in der deutschen Sozialdemokratie scharfe Kritik an den opportunistischen Parteiführern, die mit dem Marxismus gebrochen hatten und die ihre eigene Anpassung an die kapitalistische Gesellschaft mit „Theorien“ vom schrittweisen, friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus verbrämten. Immer unverhüllter rückte die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die innerhalb der Partei über eine führende Position verfügte, von den Beschlüssen der internationalen Sozialistenkongresse gegen Imperialismus und Krieg ab, gab sie die Prinzipien des proletarischen Internationalismus preis.

In der deutschen Sozialdemokratie waren es nur die Linken, geführt von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die fest auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes blieben und den Marxismus verteidigten. Sie vertraten mutig und beharrlich die Interessen der Arbeiterklasse gegenüber den ständig „am Rande des Krieges“ operierenden deutschen Imperialisten.

Nicht nur Karl Liebknecht, der sich bekanntermaßen als Vorkämpfer des Antimilitarismus und der klassenbewußten Arbeiterjugendbewe-

¹ Bei vorliegendem Beitrag handelt es sich um das Vorwort zu einer vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED vorbereiteten Veröffentlichung über den Kampf Rosa Luxemburgs gegen den deutschen Militarismus. Der Band erscheint voraussichtlich Anfang 1960.

gung sehr früh einen internationalen Ruf erwarb, sondern auch seine Mitstreiterin Rosa Luxemburg führte von Beginn an einen prinzipiellen Kampf gegen den Militarismus. Bereits im Jahre 1899 deutete sie den engen Zusammenhang an, der zwischen Militarismus und Imperialismus besteht:

„Der Militarismus, der für die Gesellschaft im ganzen eine ökonomisch völlig absurde Vergeudung ungeheurerer Produktivkräfte darstellt, der für die Arbeiterklasse eine Herabsetzung ihrer wirtschaftlichen Lebenshaltung zum Zwecke ihrer sozialen Versklavung bedeutet, bildet für die Kapitalistenklasse ökonomisch die glänzendste, unersetzliche Anlageart, wie sozial und politisch die beste Stütze ihrer Klassenherrschaft.“²

Im September 1900 hielt Rosa Luxemburg auf dem V. Kongreß der II. Internationale das Referat zu dem Thema „Der Völkerfriede, der Militarismus, die Beseitigung der stehenden Heere“. Sie bezeichnete den Militarismus als den Todfeind aller Kultur und führte weiter aus, daß Militarismus, Marinismus, die Jagd nach Kolonien und die Reaktion internationale Erscheinungen sind und eine permanente internationale Kriegsgefahr mit sich bringen. Darum sollte das Proletariat der Allianz der imperialistischen Reaktion eine internationale Protestbewegung entgegensetzen.³ Die von Rosa Luxemburg eingebrachte und einstimmig angenommene Resolution verpflichtete die Parteien, die Jugend zum Zwecke der Bekämpfung des Militarismus zu erziehen und zu organisieren, auf die sozialdemokratischen Vertreter in allen Parlamenten einzuwirken, unbedingt gegen jede Ausgabe für Militarismus, Marinismus oder Kolonialexpeditionen zu stimmen und bei entsprechenden Gelegenheiten von internationaler Tragweite gleichzeitige Protestbewegungen gegen den Militarismus durchzuführen.⁴

Schließlich sei noch auf die berühmten verschärfenden Zusatzanträge hingewiesen, die Lenin gemeinsam mit Rosa Luxemburg auf dem Internationalen Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart 1907 einbrachte, wonach es in der angenommenen Antikriegsresolution hieß, daß „die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur politischen Aufrüttelung der Volksschichten und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen“⁵ sei.

Der konsequente Kampf der Linken gegen den unersättlichen, Geld und Leben heischenden Militarismus, ihre für das Leben der ganzen Nation so bedeutsame Verteidigung des Friedens, fanden begeisterte Zustimmung innerhalb der deutschen Arbeiterklasse und erweckten Sympathien bei allen fortschrittlichen Menschen. Ihre unermüdliche antimilitaristische Propaganda trug wesentlich dazu bei, der Sozialdemokratie jene mächtige Massenbasis zu schaffen, über die sie vor dem ersten Weltkrieg verfügte.

² Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution? Leipzig 1919, S. 61.

³ Vgl. Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Paris, 23. bis 27. September 1900, Berlin 1900, S. 27.

⁴ Vgl. ebenda, S. 28.

⁵ Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart 1907, Berlin 1930, S. 102.

„Vom Geiste des internationalen Sozialismus erfüllt, die geschichtliche Situation und ihre Gefahren mit tiefem, scharfem Blick wertend, hatte Rosa Luxemburg einen glänzenden Kampf gegen den Militarismus hinter sich, als der Weltkrieg ausbrach“, schrieb Clara Zetkin 1919 in einem Gedenkartikel anlässlich der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs.⁶

Untrennbar vom preußisch-deutschen Militarismus waren die Soldatenmißhandlungen. Sie waren als altpreußisches Erbübel im kaiserlichen Heer gang und gäbe, und hier knüpften Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg an. Der schonungslose Kampf gegen die Soldatenmißhandlungen nahm in ihrem Feldzug gegen den volksfeindlichen und zum Völkermord treibenden deutschen Militarismus einen breiten Raum ein. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit brandmarkten sie in Wort und Schrift die Soldatenmißhandlungen; sie ließen keine Möglichkeit ungenutzt, die Öffentlichkeit auf jene barbarischen Vorkommnisse aufmerksam zu machen. Dabei fanden sie Zustimmung und Unterstützung bei großen Massen des deutschen Volkes, insbesondere bei den Arbeitern, die diese Brutalitäten des deutschen Militarismus am eigenen Leibe zu spüren bekommen hatten.

Die sozialdemokratische Parteipresse hat es sich in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg nicht nehmen lassen, die Öffentlichkeit ausführlich über die Soldatenmißhandlungen zu informieren. Die rechten opportunistischen Führer der Sozialdemokratie zogen aus dem leidenschaftlichen Kampf der Linken gegen den deutschen Militarismus auch einen gewissen Nutzen für sich; sie sonnten sich ebenfalls in der Sympathie der Massen, obwohl sie Liebknechts Antimilitarismus ablehnten und die Soldatenmißhandlungen im kaiserlichen Heer häufig als Zufallserscheinungen, als nicht zum System gehörig deklarierten.

Im vorliegenden Band werden dem Leser zahlreiche Materialien unterbreitet, in deren Mittelpunkt zwei Prozesse gegen Rosa Luxemburg stehen: Der erste Prozeß fand am 20. Februar 1914 vor der 2. Strafkammer des Landgerichts Frankfurt am Main statt; der zweite Prozeß begann am 29. Juni 1914 vor der 4. Strafkammer des Landgerichts II, Berlin, und wurde nach mehrtägiger Verhandlung auf unbestimmte Zeit vertagt.

Der äußere Anlaß, der zur Einleitung des Strafverfahrens und zum Prozeß vor der Frankfurter Strafkammer führte, war eine Rede, die Rosa Luxemburg am 26. September 1913 in einer Volksversammlung in Bockenheim bei Frankfurt am Main und in einer weiteren Versammlung in Fechenheim gehalten hatte. Der Wortlaut der Rede Rosa Luxemburgs in diesen Versammlungen liegt uns leider nicht vor, jedoch vermittelt ein Bericht der „Volksstimme“, Frankfurt am Main, vom 27. September 1913, ein eindrucksvolles Bild vom Verlauf der Bockenheimer Versammlung und die sinngemäße Wiedergabe der Rede Rosa Luxemburgs.

Der eigentliche Anlaß zur Mobilisierung der Klassenjustiz gegen Rosa Luxemburg ist darin zu suchen, daß die Vertreter des deutschen Milita-

⁶ Leipziger Volkszeitung vom 3. Februar 1919.

rismus in ihr mit Recht einen gefährlichen Gegner sahen. Dieser Gegner sollte, wie man es sieben Jahre vorher schon mit einem Hochverratsverfahren gegen Karl Liebknecht versucht hatte⁷, unter allen Umständen mundtot gemacht werden.

Es ist üblich, daß die Klassengerichte ihre Anklagen gegen revolutionäre Arbeiter und Arbeiterführer auf Denunziationen und Spitzelberichte aufbauen. So auch in diesem Falle. Wie die Beweisaufnahme im Frankfurter Prozeß ergab, stützte sich der Staatsanwalt auf das Zeugnis des Denunzianten Henrici, der in der Versammlung in Bockenheim stenografische Notizen gemacht und den Staatsanwalt direkt zum Einschreiten gegen Rosa Luxemburg aufgefordert hatte.

Die Anklagerede des Staatsanwalts Dr. Hoffmann beweist, wie sehr die herrschende Klasse die antimilitaristische Agitation Rosa Luxemburgs fürchtete. Den Hauptgegenstand der Anklage bildeten ihre Ausführungen in der Bockenheimer Versammlung:

„Wenn uns zugemutet wird, die Mordwaffe gegen unsere französischen oder anderen Brüder zu erheben, dann rufen wir: Das tun wir nicht!“⁸

Darin erblickte der Vertreter der Klassenjustiz ein Attentat auf den Lebensnerv des Staates. Das veranlaßte ihn, für die Versammlungsrede in Bockenheim acht Monate und für die in Fechenheim sechs Monate Gefängnis, zusammengezogen auf ein Jahr Gefängnis, zu beantragen. Nicht genug damit, in seinem grenzenlosen Haß verstieg sich der Staatsanwalt bei der Begründung des Strafmaßes noch zu gemeinen Verdächtigungen und Beleidigungen der Angeklagten.

Rosa Luxemburg blieb in ihrer großen Verteidigungsrede, in der sie selbst zur Anklägerin wurde, dem Staatsanwalt nichts schuldig. Mutig und mit überlegener Ironie, sich eins wissend mit Millionen Männern und Frauen des Volkes, wies sie mit zwingender Logik die entstellenden Behauptungen des Staatsanwalts zurück:

„Ja, die schlichten Männer und Frauen des arbeitenden Volkes sind wohl imstande, unsere Gedankenwelt in sich aufzunehmen, die sich im Hirn eines preußischen Staatsanwalts wie in einem schiefen Spiegel als ein Zerrbild reflektiert.“⁹

Und an anderer Stelle:

„Nach der Auffassung des Staatsanwalts ist die Armee die kriegführende Partei, nach unserer Auffassung ist es das gesamte Volk. Dieses hat zu entscheiden, ob Kriege zustande kommen oder nicht; bei der Masse der arbeitenden Männer und Frauen, alten und jungen, liegt die Entscheidung über das Sein oder Nichtsein des heutigen Militarismus —

⁷ Vgl. Der Hochverratsprozeß gegen Karl Liebknecht 1907 vor dem Reichsgericht — Verhandlungsbericht, Dietz Verlag, Berlin 1957.

⁸ Vorwärts vom 21. Februar 1914.

⁹ Rosa Luxemburg: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 2, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 492.

*nicht bei dem kleinen Teilchen dieses Volkes, der im sogenannten Rock des Königs steckt.*¹⁰

Rosa Luxemburg zitierte die Entschließungen verschiedener internationaler Sozialistenkongresse zu den Fragen des Militarismus und des Krieges. Sie klärte damit für alle die Frage, wie die antimilitaristische Agitation zu verstehen ist, daß es um die Solidarität der Arbeiter aller Länder geht, um die Erhaltung des Friedens in der Welt.

Das Gericht verurteilte Rosa Luxemburg zu einem Jahr Gefängnis. Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt.

Außerordentlich aufschlußreich ist ein Geheimschreiben des preußischen Ministers des Innern, das die Furcht der herrschenden Klasse vor Rosa Luxemburg und die Nervosität des Innenministers über die Auswirkungen des Frankfurter Urteils widerspiegelt. Aus dem Schreiben ist ersichtlich, daß ein Spitzel den Sonderauftrag bekommen hatte, die Versammlung vom 26. September 1913 in Bockenheim zu überwachen.

Wenn der Staatsanwalt und das Gericht in Frankfurt geglaubt hatten, mit der Verurteilung eine unbequeme Anklägerin mundtot gemacht zu haben, so beweisen uns die weiteren Materialien, daß sie sich geirrt haben. Das Gegenteil von dem, was sie beabsichtigten, trat ein. Das Frankfurter Urteil löste eine Welle der Empörung aus, die sowohl in der sozialdemokratischen Presse als auch in zahlreichen überfüllten Massenversammlungen und Kundgebungen ihren Niederschlag fand und wodurch der Kampf gegen den Militarismus einen starken Auftrieb erhielt. Hier einige Beispiele dafür:

In einer Reihe von Artikeln, politischen Kommentaren zu dem Gerichtsurteil von Frankfurt, nimmt ein in der „Gleichheit“ vom 4. März 1914 erschienener Artikel von Clara Zetkin, „Genossin Luxemburg verurteilt“, einen besonderen Platz ein. Clara Zetkin geißelt den Prozeß als einen „kaum verhüllten politischen Tendenzprozeß schlimmster Art“, den Spruch des Richterkollegiums als ein „nacktes Urteil bürgerlicher Klassenjustiz“. Clara Zetkin schrieb, daß der Frankfurter Prozeß für die Sache des Frauenrechts mehr geleistet habe „als Dutzende von Bittgängen bürgerlicher Damen, die für ihre Forderungen von Fürstinnen, Ministern und bürgerlichen Abgeordneten ein wenig Wohlwollen erflehten“.

Bereits zwei Tage nach der Verurteilung Rosa Luxemburgs fanden in Frankfurt am Main und Hanau Protestversammlungen statt, in denen Rosa Luxemburg als Rednerin auftrat. Bis zur Bestätigung des Urteils durch das Reichsgericht sollte sie auf freiem Fuß bleiben. Nicht als „gebrochener Mensch“ stand sie vor den Versammelten, sondern als die leidenschaftliche, mitreißende Agitatorin, die dem Staatsanwalt noch eine weitere Abfuhr zuteil werden ließ, indem sie unter anderem ausrief:

„Der Staatsanwalt hat die Höhe des Strafmaßes damit begründet, daß er sagte, ich habe den Lebensnerv des heutigen Staates treffen

¹⁰ Ebenda, S. 497.

wollen. Sie hören, verehrte Anwesende, die Agitation gegen den heutigen Militarismus ist ein Angriff auf den Lebensnerv des Staates. Sie sehen, der Lebensnerv unseres heutigen Staates ist nicht der Wohlstand der Massen, nicht die Liebe zum Vaterland, nicht die ganze Kultur, nein, es sind die Bajonette.“¹¹

Auch in zahlreichen anderen großen Volksversammlungen zerfetzte Rosa Luxemburg kühn den Urteilsspruch des Frankfurter Gerichts. Die in diesem Band gebrachten Materialien zeigen dem Leser, wie vielfältig und lebhaft der Protest gegen das Frankfurter Urteil in den Reihen der Arbeiterschaft und wie populär der Kampf der Linken gegen den Militarismus war.

Von besonderem Interesse ist der Bericht über eine Versammlung in Freiburg im Breisgau am 7. März 1914, die von etwa 4000 Personen besucht war. In diesem Bericht ist die von Rosa Luxemburg gehaltene Rede größtenteils im Wortlaut festgehalten. Wie in anderen Massenkundgebungen, sprach sie auch in Freiburg in scharfen Worten über das System des Militarismus und das Frankfurter Urteil. Sie prangerte erneut die Soldatenmißhandlungen an und ging besonders auf einen Vorfall in Metz ein, wo ein Soldat angeblich Selbstmord verübt haben sollte, jedoch alle Anzeichen dafür sprachen, daß er das Opfer der verbrecherischen Gewalttätigkeit seines Vorgesetzten geworden war. Es ist bezeichnend, daß eine Äußerung Rosa Luxemburgs über „unzählige Dramen in den deutschen Kasernen“ dem damaligen preußischen Kriegsminister, General von Falkenhayn, zum Vorwand diente, gegen sie Strafantrag wegen Beleidigung der Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten der deutschen Armee zu stellen.

Natürlich nahm auch die bürgerliche Presse Stellung zum Prozeß gegen Rosa Luxemburg. Die Meinungen gingen auseinander. Während zum Beispiel die liberale „Frankfurter Zeitung“ die Denunziation, die dem Prozeß vorausging, als Niedrigkeit kennzeichnete und über die Höhe des Strafmaßes ihr Befremden ausdrückte, überschütteten die scharfmacherischen Blätter Rosa Luxemburg mit üblen Schimpfereien und Verleumdungen, wobei sich besonders die konservative „Deutsche Tageszeitung“, das Blatt der Junker und Militaristen, hervortat. Der geifernde Haß der reaktionären Presse war für Rosa Luxemburg die höchste Anerkennung und bestätigte, daß ihre Hiebe gegessen hatten.

In unseren Tagen beobachten wir das anmaßende und aggressive Treiben der Militaristen und alten Nazifaschisten im westdeutschen Adenauer-Staat, die servile Selbstentmannung der „Volksvertreter“ im Bonner Bundestag. Das selbstherrliche Wirtschaften der Monopolherren und Imperialisten und das menschenfeindliche Wüten der Militaristen in Westdeutschland finden ihre Parallelen in den Zuständen in Preußen-Deutschland in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg. Genau wie heute im Bundestag, so standen auch damals die Vertreter der Militärkaste auf und bezeichneten den deutschen Reichstag in Angelegenheiten der militärischen Ausbildung der Truppen als „nicht zuständig“. Es han-

¹¹ Vorwärts vom 23. Februar 1914.

delte sich seinerzeit um die Beantwortung einer Kurzen Anfrage, die Aufklärung über Methoden der Ausbildung, über Todesfälle und Selbstmorde in der Armee verlangte. Rosa Luxemburg setzte sich in dem Artikel „Nicht zuständig“ in der „Sozialdemokratischen Korrespondenz“ mit der Haltung der Abgeordneten des höchsten deutschen Parlaments auseinander, die sich in eine schmachliche Rolle der Selbstentwürdigung hatten drängen lassen.

Die scharfen Anklagen Rosa Luxemburgs gegen den Militarismus und die hohen Wogen der Zustimmung, die sie damit innerhalb der Arbeiterklasse fand, ließen die Militärkamarilla nicht ruhen, nach neuen Wegen zu suchen, um die unermüdliche Mahnerin unschädlich zu machen. Wie bereits erwähnt, stellte der preußische Kriegsminister, General von Falkenhayn, wegen einer Äußerung Rosa Luxemburgs in, ihrer Rede in Freiburg Strafantrag.

Vor Beginn des neuen Prozesses nahm Karl Liebknecht in einer Rede im preußischen Abgeordnetenhaus, aus der wir einen Auszug veröffentlichen, zum Frankfurter Urteil gegen Rosa Luxemburg Stellung. Von gehässigen Zwischenrufen bürgerlicher Abgeordneter unterbrochen, dokumentierte er den verdutzt blickenden Vertretern der Reaktion, daß die Richter von Frankfurt eine Märtyrerin geschaffen hätten, „die durch ihre Worte Flammen der Begeisterung erwecken kann, wohin sie immer geht, wo immer sie ihre Versammlungen hält und allenthalben Flammen der Begeisterung erweckt hat“. Auf den neuen Strafantrag eingehend, führte er aus:

„Für diese Anklage können wir wiederum nur von Herzen dankbar sein, denn es ist seit langem unser sehnlichster Wunsch gewesen, einmal in dem dramatischen Verlauf eines Prozesses das gesamte System der Militärmißhandlungen aufdecken zu können, und das wird uns nun infolge der tiefen politischen Einsicht unserer Justiz ermöglicht werden.“¹²

Ein bisher unveröffentlichtes Dokument aus den Akten der alten Reichskanzlei gibt Aufschluß darüber, daß der Reichskanzler und der Justizminister die Einleitung eines weiteren Strafverfahrens gegen Rosa Luxemburg in Erwägung zogen, wobei sie sich von vornherein über die zweifelhafte Rechtslage im klaren waren. Sie zogen angesichts dieser zweifelhaften Rechtslage sogar eine Verschärfung der bestehenden Gesetze in Betracht für den Fall, daß ein neuer Prozeß keine Aussicht auf Erfolg haben würde.

Karl Liebknecht hatte richtig vorausgesehen, daß der Prozeß einen dramatischen Verlauf nehmen würde. Die Äußerungen Rosa Luxemburgs in der Freiburger Versammlung über die Soldatenmißhandlungen waren aus ihrer umfassenden Kenntnis der Tatsachen heraus erfolgt; ihr und ihren Verteidigern lag daran, durch ein Massenaufgebot von Zeugen vor Gericht, den Wahrheitsbeweis zu liefern. In der sozialdemo-

¹² Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, 22. Legislaturperiode, II. Session 1914/15, 6. Band, Spalte 7387.

kratischen Presse erschien daher kurz vor Beginn des Prozesses ein Aufruf, in dem „alle diejenigen, die Militärmißhandlungen erlitten oder von solchen sichere Kenntnis erlangt haben“, aufgerufen wurden, sich zu melden.

Die im Anhang dieses Bandes gebrachten Berichte aus der sozialdemokratischen Presse über Soldatenmißhandlungen erheben keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit. Sie widerspiegeln nur in geringem Maße die Mißstände, die im kaiserlichen Heer vor dem ersten Weltkrieg herrschten. Typisch für die Militärjustiz war es, daß Soldatenschinder für ihre Vergehen und Verbrechen niedrige oder keine Strafen erhielten, während über einfache Soldaten für geringfügige Vergehen gegen militärische Anordnungen harte Strafen verhängt wurden. Typisch war auch die Tatsache, daß zahlreiche Soldaten aus Verzweiflung über die ihnen widerfahrenen Mißhandlungen oder aus Angst vor Strafe Selbstmord verübten oder Selbstmordversuche unternahmen. Es waren in der Regel ordentliche, hoffnungsvolle junge Menschen, die den einzigen Ausweg darin sahen, in den Freitod zu gehen, statt ihre Menschenwürde weiter mit Füßen treten zu lassen.

Als am 29. Juni 1914 in Berlin der von dem preußischen Kriegsminister von Falkenhayn inszenierte Prozeß gegen Rosa Luxemburg begann, herrschte angesichts der großen Zahl der Zuhörer und der über hundert geladenen Zeugen beim Gericht eine Atmosphäre höchster Nervosität. Deshalb versuchte der Gerichtsvorsitzende bereits zu Beginn der Verhandlung, den Verteidigern und den Zuhörern unter Androhung von Strafen einen Maulkorb umzuhängen.

Bevor es zur Verlesung des Eröffnungsbeschlusses kam, fanden zwischen der Verteidigung und dem Gericht heftige Auseinandersetzungen statt, die sich auf die Ladung des Kriegsministers als Zeuge und auf die Ablehnung derjenigen Richter bezogen, die im Offiziersverhältnis standen oder gestanden hatten.

Rosa Luxemburg hatte in ihrer Freiburger Rede im Zusammenhang mit dem bereits erwähnten Vorfall in Metz ausgeführt:

„Eines ist klar: es ist sicher eins von den unzähligen Dramen, die in den deutschen Kasernen tagaus, tagein sich abspielen und wo nur selten das Stöhnen der Gepeinigten zu unseren Ohren dringt.“¹³

Diese Äußerung wurde als „Verächtlichmachung aller Angehörigen des preußischen Heeres“ durch „Anführung nicht erweislich wahrer Tatsachen“ der Anklage zugrunde gelegt.

Ein erbittertes Ringen setzte nun zwischen dem Gericht und der Angeklagten und ihrer Verteidigung ein, wie der Begriff „Dramen in den deutschen Kasernen“ auszulegen sei. Rosa Luxemburg erklärte dem Gericht, daß sie darunter die Soldatenmißhandlungen aller Art, nicht etwa nur besonders schwere, verstehe und daß sie die Wahrheit ihrer Worte beweisen werde. Während die Verteidigung bekundete, daß sie das Material über etwa 30 000 Mißhandlungen bereits besitze, legte es der

¹³ Eine Rede Rosa Luxemburgs gegen den deutschen Militarismus. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1959, Heft 1, S. 121.

Staatsanwalt von vornherein darauf an, die von Rosa Luxemburg und ihren Verteidigern angeführten Tatsachen zu bagatellisieren. Und nicht nur das. Er sträubte sich offensichtlich mit Händen und Füßen dagegen, prüfen zu lassen, wer recht habe: Rosa Luxemburg oder der Kriegsminister. Das Eingeständnis des Staatsanwalts, er habe dramatische Fälle in größerer Anzahl nicht ermitteln können, wurde von der Verteidigung als das bezeichnet, was es tatsächlich war: als Bankrotterklärung. Die Staatsanwaltschaft hatte es nämlich aus Furcht vor der Wahrheit unterlassen, von sich aus Erhebungen anzustellen.

So fand der Vertreter der Anklage bereits am ersten Verhandlungstag keinen anderen Ausweg, als den Antrag zu stellen, die Verhandlung abubrechen, weil angeblich das Beweisthema nicht rechtzeitig genug präzisiert worden sei. Obwohl die Verteidigung dagegen aufs schärfste protestierte, gab das Gericht dem Antrag statt.

Die nach diesem ersten Verhandlungstag in der sozialdemokratischen Presse erschienenen Kommentare und Berichte bescheinigten dem Staatsanwalt, daß ihn das Grausen gepackt habe „vor den Geistern, die er gerufen hat und die er nun nicht mehr los wird“. Die Anzahl der Zeugen, die sich der Verteidigung zur Verfügung gestellt hatten, war inzwischen auf annähernd 1000 angewachsen.

Am zweiten Verhandlungstag, dem 30. Juni 1914, unterbreitete die Verteidigung dem Gericht eine große Reihe von Beweisanträgen mit präzisen Angaben darüber, was die bereits geladenen Zeugen über Soldatenmißhandlungen aussagen würden. Bemerkenswert ist, daß sich unter diesen Zeugen auch Karl Liebknecht befand. Erschütternde Einzelheiten wurden auf diese Weise der Öffentlichkeit bekannt, noch ehe die Zeugen überhaupt vor Gericht ausgesagt hatten. Die Mitteilung der Verteidigung, daß dies erst ein geringer Teil des zur Verfügung stehenden Materials sei, versetzte das Gericht in große Bestürzung, so daß der Vorsitzende äußerte, man müsse sich nicht auf Wochen, sondern auf Monate einrichten!

Die bürgerliche Presse konnte angesichts der Wirkung, die das Beweismaterial auf die Öffentlichkeit ausübte, nicht an der Feststellung vorbeigehen, daß der Kriegsminister mit diesem Prozeß gegen Rosa Luxemburg „die größte Ungeschicklichkeit“ begangen habe.

Der dritte Verhandlungstag, an dem endlich in die Beweisaufnahme eingetreten werden sollte, begann mit dem sensationellen Antrag des Staatsanwalts, den Prozeß zu vertagen. Er berief sich dabei auf eine Mitteilung des Kriegsministers, daß die angeforderten Untersuchungsakten und Berichte zum Teil noch nicht eingegangen seien und daß es daher nicht möglich sei, die Aussagen der von der Verteidigung geladenen Zeugen zu prüfen. Die Verteidigung protestierte auf das entschiedenste gegen die beabsichtigte Vertagung und wies nach, daß die zur Verfügung gestandene Zeit völlig ausreichend war, um Ermittlungen anzustellen und das notwendige Material herbeizuschaffen. Sie enthüllte auch die offenkundige Absicht des Kriegsministers, die zahlreichen Soldatenmißhandlungen nicht vor einem Zivilgericht erörtern zu lassen

und statt dessen kriegsgerichtliche Ermittlungen anzustellen. Damit war aber die Absicht verbunden, die Zeugen, die über Soldatenmißhandlungen aussagen wollten, noch nachträglich zur Verantwortung zu ziehen.

Rosa Luxemburg ergriff an diesem letzten Verhandlungstag das Wort, um sich mit aller Schärfe gegen die deutliche Absicht des Kriegsministers zu wenden, das Beweisthema zu verschieben und zu verschleiern. Sie unterstrich noch einmal ihre Auffassung, daß *alle* Mißhandlungen von Soldaten, sowohl körperliche als auch seelische, als Dramen zu betrachten seien und nicht etwa nur besonders schwere Fälle.

Nach dramatischen Auseinandersetzungen zwischen den Verteidigern und der Staatsanwaltschaft verkündete der Gerichtsvorsitzende den Beschluß, daß dem Antrag des Staatsanwalts auf Vertagung stattgegeben worden sei. Dabei unternahm der Vorsitzende noch den dumm-dreisten Versuch, die Schuld für die Vertagung der Verteidigung in die Schuhe zu schieben. Doch war es für jedermann klar, warum der Kriegsminister die Erörterung des Systems der Soldatenmißhandlungen vor einem Zivilgericht fürchtete. Er zog die Flucht in die Dunkelheit der Militärgerichte vor, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelten.

Nach der Vertagung dieses Berliner Prozesses „auf unbestimmte Zeit“ versäumte es selbstverständlich auch die bürgerliche Presse nicht, sich ausführlich zur Situation zu äußern. Sie konnte nicht umhin zu konstatieren, daß die Sozialdemokratie einen Triumph davongetragen habe, und sie erhob gegenüber dem Kriegsminister schwere Vorwürfe, weil er die große Blamage heraufbeschworen habe. Sie sparte natürlich auch nicht mit gehässigen Seitenhieben auf Rosa Luxemburg, deren Persönlichkeit durch den Prozeß in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses gerückt worden war. Die Klassenjustiz hatte bereits in Frankfurt ein Urteil gefällt, durch das eine leidenschaftliche Kämpferin für den Frieden der Welt und die Freundschaft aller Völker hinter Kerkermauern verschwinden sollte. Mit dieser Entscheidung war auch das Reichsgericht einverstanden, das in der Revisionsverhandlung vom 22. Oktober 1914 die Revision verwarf, so daß das Urteil damit rechtskräftig wurde.

Inzwischen war im Sommer 1914 von den deutschen Imperialisten der erste Weltkrieg vom Zaune gebrochen worden, auf den die preußische Militärclique so lange hingearbeitet hatte. Mit der betrügerischen und hinterhältigen Parole der sozialdemokratischen Reichtagsfraktion „In der Stunde der Gefahr lassen wir das Vaterland nicht im Stich“, mit ihrer Bewilligung der Kriegskredite und ihrer Durchhaltepolitik verriet die Parteiführung alle Beschlüsse der internationalen Sozialistenkonferenzen gegen Krieg und Militarismus. Sie rief dadurch innerhalb der deutschen Arbeiterklasse große Verwirrung hervor. Mit allen Mitteln der Überzeugung kämpften die Linken, unter ihnen Rosa Luxemburg, gegen die sogenannte Burgfriedenspolitik der sozialdemokratischen Führer. Das mutige Auftreten Karl Liebknechts, der im Dezember 1914 als einziger im Reichstag gegen die Kriegskredite stimmte, wirkte als

nicht zu überhörendes Signal zur Sammlung aller aufrechten Kräfte für den Kampf gegen den Völkermord.

In dieser Situation wurde Rosa Luxemburg am 18. Februar 1915 verhaftet, obwohl ihr für die Verbüßung ihrer einjährigen Gefängnisstrafe auf Grund ihrer angegriffenen Gesundheit ein Aufschub bis zum 31. März 1915 gewährt worden war. Ohne daß an sie die Aufforderung ergangen war, ihre Strafe anzutreten, wurde sie überraschend von Kriminalbeamten verhaftet.

Karl Liebknecht entlarvte in seiner Rede im preußischen Abgeordnetenhaus am 9. März 1915 die Gründe dieser vorzeitigen Verhaftung. Er bekannte sich zu Rosa Luxemburg als seiner Mitkämpferin, die auch in der Zeit des sogenannten Burgfriedens ihre politische Tätigkeit fortsetzte. Wiederum, wie bereits vor dem Frankfurter Prozeß, hatten Polizeispitzel ihre schmutzigen Hände im Spiel gehabt, indem sie die Militärbehörden von dem Auftreten Rosa Luxemburgs in einigen Versammlungen — unter anderem auch in einer geschlossenen Mitgliederversammlung der Partei — in Kenntnis setzten. Karl Liebknecht brandmarkte in diesem Zusammenhang die Äußerungen der scharfmacherischen „Deutschen Tageszeitung“, die von der beabsichtigten Verhaftung Rosa Luxemburgs bereits informiert war, noch ehe die sozialdemokratische Presse Kenntnis davon hatte. Karl Liebknecht charakterisierte die Verhaftung Rosa Luxemburgs als Gegenstück zu den Verhaftungen russischer Dumaabgeordneter, und seine Rede endete mit einer erneuten Kampfansage an die Regierung der Kriegstreiber.

Rosa Luxemburg, die über Jahrzehnte den Kampf gegen Militaristen und Kriegsschürer sowie in den Reihen der Sozialdemokratie gegen Revisionisten und Opportunisten geführt hatte, war auch während ihrer Gefängnishaft im Berliner „Königlich-Preußischen Weibergefängnis“ in der Barnimstraße nicht untätig. In der Gefängniszelle schrieb sie die Broschüre „Die Krise der Sozialdemokratie“, bekannt geworden als Junius-Broschüre, aus der einige Auszüge in diesen Band aufgenommen wurden.

In ihrer Schrift bezeichnet Rosa Luxemburg den vom imperialistischen System und namentlich vom deutschen Militarismus heraufbeschworenen ersten Weltkrieg als einen Rückfall in die Barbarei und die Kapitulation der Sozialdemokratie vor dem deutschen Militarismus als „eine weltgeschichtliche Katastrophe“ und schlußfolgert:

„Der Wahnwitz wird erst aufhören und der blutige Spuk der Hölle wird verschwinden, wenn die Arbeiter in Deutschland und Frankreich, in England und Rußland . . . einander brüderlich die Hand reichen und den bestialischen Chorus der imperialistischen Kriegshetzer wie den heiseren Schrei der kapitalistischen Hyänen durch den alten mächtigen Schlachtruf der Arbeit überdonnern: Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“¹⁴

Rosa Luxemburgs kompromißloser Kampf gegen den menschenfeind-

¹⁴ Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie. In: Rosa Luxemburg: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 1, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 394.

lichen deutschen Militarismus hatte die Reaktionäre in die größte Wut versetzt, so daß sie die unerschrockene Kämpferin besonders seit den Tagen der Soldatenmißhandlungsprozesse mit tödlichem Haß verfolgten. Nicht anders erging es Karl Liebknecht, dessen Kampf gegen das profitgierige deutsche Rüstungskapital am Vorabend des ersten Weltkrieges einen Höhepunkt erreichte, als er im Reichstag den Krupp-Skandal, die Bestechungen von Regierungsbeamten und Offizieren des Heeres durch die Kanonenfirma Krupp und deren Rüstungsgeschäfte mit dem Ausland, aufdeckte. Es genügte der Reaktion nicht mehr, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg sowie viele ihrer Mitkämpfer in die Gefängnisse und Zuchthäuser zu sperren. In den Kämpfen der Novemberrevolution, am 15. Januar 1919, wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg von gedungenen konterrevolutionären Söldnern ermordet.

Karl Liebknechts Losung aus dem ersten Weltkrieg „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ hat angesichts des in Westdeutschland wiedererstandenen Militarismus, der fieberhaft betriebenen Atomaufrüstung erneut stärkste Aktualität erlangt. Wieder strecken Militaristen und Faschisten im Westen Deutschlands ihre Hände nach der Jugend aus, um zu versuchen, sie im Geiste der Aggression zu erziehen und reif zu machen für den Überfall auf die Deutsche Demokratische Republik und die anderen friedliebenden Völker des sozialistischen Lagers.

Wieder offenbart sich uns der deutsche Militarismus in seiner ganzen Brutalität. Man erinnert sich, wie am 3. Juni 1955 bei einer Kriegssübung in der Nähe von Kempten (Allgäu) 28 junge Soldaten der westdeutschen Bundeswehr mit vollem Marschgepäck in die reißenden Fluten der Iller getrieben wurden, wobei 15 den Tod fanden. Der am 23. August 1955 stattgefundene Prozeß gegen die „Ausbilder“ dieser Gruppe endete damit, daß ein Angeklagter zu acht Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt wurde, während zwei Angeklagte freigesprochen wurden. Der Vater eines der beim Todesmarsch in die Iller ums Leben gekommenen Soldaten erklärte: „Wir verlangen, daß die wirklich Schuldigen belangt werden. Die Schuldigen aber sitzen nicht in Kempten, sondern in Bonn. Einer von ihnen heißt Adenauer.“

Kürzlich wurde durch die Beantwortung einer Anfrage im Bonner Bundestag der Öffentlichkeit bekannt, daß seit Bestehen der Bundeswehr bereits 43 Soldaten Selbstmord verübt haben. Das wirft ein bezeichnendes Licht auf die Ausbildungsmethoden der Bundeswehr. Die heuchlerischen Phrasen der Lobredner der Aufrüstung, das Gerede von „humanen Ausbildungsmethoden“, von dem „Zartgefühl“ der militärischen Vorgesetzten gegenüber den jungen Rekruten, sind längst wie Seifenblasen zerplatzt. Der Geist der Soldatenschinder vom Schlage eines Tamschick, des Mörders Leo Jogiches¹⁵, hat in der Bundeswehr seine Heimstatt gefunden.¹⁵

Obwohl im Gegensatz zu der Situation vor den beiden Weltkriegen die Kräfte des Friedens heute stark und überlegen genug sind, um die

¹⁵ Neues Deutschland (B) veröffentlichte am 13. Juni 1959 einen Leserbrief von Rudolf Weber, der folgenden Wortlaut hat:

Pläne der Kriegstreiber und Imperialisten zu durchkreuzen, trägt doch die Arbeiterklasse ganz Deutschlands im Kampf um die Bändigung des deutschen Militarismus und die Erhaltung des Friedens eine große Verantwortung. Einzig und allein durch die Aktionseinheit der Arbeiterklasse ganz Deutschlands, der sich alle friedliebenden Kräfte anschließen, wird es möglich sein, die Lebensfrage der deutschen Nation zu lösen, das deutsche Volk auf friedliche Weise wieder zu vereinigen. Das lehrt die geschichtliche Erfahrung. Gemeinsames Handeln im Kampf gegen Militarismus und Kriegsgefahr ist eine historische Notwendigkeit. Die Interessen der Bürger beider deutscher Staaten sind die gleichen: Es gilt für alle, die aggressiven Absichten des im Bonner Staat hochgezüchteten Militarismus zu vereiteln und den Frieden zu erhalten. Erst jetzt, im Lichte des grundlegend veränderten Kräfteverhältnisses in der Welt, erlangt jenes Wort Rosa Luxemburgs seine volle Bedeutung, das an die Adresse der Adenauer und Strauß gerichtet sein könnte:

„Den Regierungen und den herrschenden Klassen muß gezeigt werden, daß heutzutage ohne das Volk und gegen das Volk keine Kriege mehr geführt werden können. Ihnen muß gezeigt werden, daß es sich für diejenigen, die einen Weltkrieg gegen den ausgesprochenen Willen der Volksmassen, unter welchem Vorwand auch, anzuzetteln wagen, um Kopf und Kragen handelt.“¹⁶

Es gilt, das Vermächtnis Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, deren Leben und Kämpfen von so hoher nationaler Bedeutung, richtungweisend und beispielhaft war, zu erfüllen.

*Institut für Marxismus-Leninismus
beim Zentralkomitee der
Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*

„Ich selbst hatte Gelegenheit, die Bestie Tamschick schon im Jahre 1907 kennenzulernen. In Sensburg in Ostpreußen war er mein Rekrutenkorporal beim Infanterie-Regiment 146. Er war gerade von der Unteroffiziersschule gekommen und hatte das ‚Schleifen‘ von Gund auf gelernt. Da ich drei Wochen später als die anderen eingezogen wurde (Infanterie-Nachersatz), wurde ich allein ausgebildet. Tamschick bildete mich mit allen Methoden der ‚Schleiftechnik‘ 14 Tage aus. Eine sadistische Freude strahlte aus seinen Augen, wenn er mich an den Rand des Zusammenbruchs der Nerven gebracht hatte. Dazu die zotigen, nicht wiederzugebenden Redensarten, mit denen er meine Ausbildung ‚würzte‘. Erst als eines Tages ein Unteroffizier den diensthabenden Offizier auf meinen Zustand aufmerksam machte, wurde ich meinen Peiniger los. Übrigens hat sich einige Tage später ebengenannter Unteroffizier, Vallentin aus Berlin, mit seinem Dienstgewehr durch einen Kopfschuß selbst getötet, da er die Schikanen des Feldwebels nicht mehr ertragen konnte.

Warum ich so ausführlich über diesen Mörder schreibe? Vor kurzem wurde in der Westzonepresse berichtet, daß in der Bundeswehr 46 Soldatenselbstmorde amtlich bestätigt wurden. Ein Beweis dafür, daß die preußischen Tamschicks sich in die Bundeswehr hinübergerettet haben.

Eine Warnung für unsere Jugend in Westdeutschland und Westberlin.“

¹⁶ Rosa Luxemburg: Der Friede, der Dreibund und wir. In: Sozialdemokratische Korrespondenz vom 28. Juli 1914.

RICHARD GYPTNER

Aktivisten der ersten Stunde¹

Es war an unserem letzten Abend in Moskau. Wir waren zum Abschied vom Genossen Wilhelm Pieck in seine Wohnung eingeladen worden. Wir, die „Gruppe Ulbricht“, mit Walter als dem verantwortlichen Leiter und Beauftragten des Zentralkomitees, im ganzen zehn Genossen mit langjähriger Parteierfahrung. Wilhelm Pieck sprach zu uns zum Schluß nur wenige, aber eindringliche Worte: „Ihr seid die ersten, die in unsere Heimat, die nach Berlin zurückkehren. Sehr schwierig und kompliziert sind die Parteaufgaben, die vor euch stehen. Die Partei vertraut auf euer Können. Auf euch liegt eine große Verantwortung. Von eurer Arbeit hängt vieles ab. Ich wünsche euch viel Glück und Erfolg!“

Am frühen Morgen des 30. April 1945 trug uns ein Flugzeug in wenigen Stunden in die Nähe von Berlin. Dort tobten noch die Kämpfe um den Reichstag, aber die letzte Stunde des Hitler-Regimes hatte bereits geschlagen.

Am 1. und 2. Mai betraten wir wieder Berliner Boden und besuchten die ersten Verwaltungsbezirke. Die „Gruppe Ulbricht“ nahm ihre Arbeit auf. Zu ihrem Arbeitszentrum wurde das Wohnhaus Prinzenallee 80, im Stadtteil Friedrichsfelde, eingerichtet.

Will man aus den hundertfältigen Dingen, mit denen es zu beginnen galt, die wichtigsten nennen, so waren es die folgenden Aufgaben, die es in erster Linie zu lösen galt:

1. Ingangsetzung des normalen Lebens;
2. Schaffung der Selbstverwaltungsorgane;
3. Gründung der freien Gewerkschaften;
4. Vorbereitung der Organisierung der Kommunistischen Partei.

Die Bewältigung dieser Aufgaben wurde möglich durch die große Hilfe der Organe der sowjetischen Militärkommandantur und die Autorität, die Genosse Walter Ulbricht besaß. Genosse Ulbricht war ein ausgezeichnete Kenner Groß-Berlins und seiner Arbeiterbewegung, da er

¹ Vorliegender Beitrag ist dem Sammelband „Wir sind die Kraft“ entnommen, der zu Ehren des 10. Jahrestages der Gründung der DDR vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED herausgegeben wurde.

seit 1923 als Mitglied der Führung der KPD und einige Jahre als Sekretär der Berliner Bezirksleitung der Kommunistischen Partei Deutschlands tätig gewesen war. Die Bewältigung dieser Aufgaben wurde aber vor allem durch seine unermüdliche Arbeitsenergie erreicht, die uns alle in diesen Tagen und Wochen wie ein Motor auf Hochtouren antrieb. Die Arbeitsweise bestand darin, daß Tag um Tag so viel Verwaltungsbezirke wie möglich durch die Gruppe besucht wurden und abends, richtiger gesagt, nachts, lange und gründlich alle, aber auch die kleinsten Erfahrungen, Beobachtungen und Vorschläge gemeinsam besprochen wurden, um die Maßnahmen für die weitere Tätigkeit festzulegen.

Es gab viel selbständige Initiative einfacher Menschen in jenen Tagen nach dem Zusammenbruch des Hitler-Regimes. Es gab aber auch nicht wenige Genossen und Antifaschisten, die sich als solche betrachteten, die nicht wußten, was als erstes und Notwendigstes zu tun war. So trafen wir dann in den Verwaltungsbezirken oft zahlreiche „Parteibüros der KPD“ an, obwohl zu diesem Zeitpunkt die Bildung von Organisationen noch gar nicht zugelassen war, ausgeschmückt mit Hammer und Sichel und Losungen von der Errichtung des Sozialismus, der Diktatur des Proletariats und von Sowjets. Das Gegenstück dazu bildeten solche Antifaschisten, die sich in bürokratischer Weise mit der Einrichtung von Zimmern in den Rathäusern beschäftigten. Ich sah, wie Walter Ulbricht solche Genossen aus ihren abstrakten Diskussionen in den Hinterstuben ihrer „Parteilokale“ im Prenzlauer Berg oder aus den Vorzimmern des Neuköllner Rathauses auf die Straße hinausführte und ihnen die Aufgaben zeigte, die vor der Nase lagen und die sie nicht sahen: Wegräumen der Straßensperren und des Schutts, Beseitigung der Leichen von den Straßen, Vernichtung der Nazi-Embleme, Aufnahme des Verkehrs der Straßen- und U-Bahn, Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Strom und Gas, Öffnung der Geschäfte, um die Einwohner mit dem Notwendigsten zu versorgen, Inangsetzung der Betriebe, disziplinierte Durchführung aller Anordnungen der sowjetischen Bezirkskommandantur usw. Ohne Sicherstellung des materiellen Lebens konnte es kein politisches Leben geben; es galt Hungersnot und Seuchen zu vermeiden und das neue Deutschland durch Mobilisierung der ganzen werktätigen Bevölkerung zu schaffen — nicht aber sich in fruchtlosen und unklaren Organisationsspielereien abseits zu stellen und zu isolieren, sondern beispielgebend voranzugehen.

Der nächste Schritt war, in allen Bezirken neue, antifaschistisch-demokratische Bezirksverwaltungen und dann die Stadtverwaltung von Groß-Berlin zu schaffen. Walter Ulbricht und die Mitarbeiter seiner Gruppe suchten in Zusammenarbeit mit den sowjetischen Bezirkskommandanturen in allen Verwaltungsbezirken die geeigneten Kräfte zusammen, um sie mit der Funktion des Bürgermeisters, seiner Stellvertreter und mit der Besetzung der Abteilungen oder Dezernate zu betrauen. Dabei suchten wir vor allem auch alte, bekannte sozialdemokratische Genossen auf. Walter Ulbricht entwarf dann das Schema des

Aufbaus einer Bezirksverwaltung, der außer dem Bürgermeister und seinen beiden Stellvertretern folgende Dezernate angehören sollten:

1. Personalfragen und Verwaltung
2. Ernährung
3. Volksbildung
4. Gesundheitswesen
5. Kommunale Betriebe
6. Wirtschaft
7. Handel
8. Post und Fernmeldewesen
9. Wohnungs- und Bauwesen
10. Finanzen
11. Soziale Fürsorge
12. Arbeitsamt
13. Planabteilung
14. Beirat für kirchliche Fragen
15. Gerichtswesen und Anklagebehörde
16. Polizei

Der so gebildete Kreis wurde von uns beraten und die nächsten Aufgaben für jedes Dezernat wurden ausgearbeitet.

Nach diesem Vorbild wurde Mitte Mai unter stärkster Mitwirkung des Genossen Walter Ulbricht der erste Magistrat von Groß-Berlin gebildet, der vom sowjetischen Stadtkommandanten Bersarin berufen wurde.

Zur gleichen Zeit widmeten wir uns dem Zustandekommen eines Vorbereitenden Ausschusses zum Wiederaufbau freier, demokratischer Gewerkschaften. Walter suchte ehemalige sozialdemokratische Gewerkschafter in ihren Wohnungen auf und brachte sie mit kommunistischen Gewerkschaftern zusammen. Er entwickelte den Plan der Zusammenfassung der Gewerkschaften aller früheren Richtungen, der Wiederbelebung der besten gewerkschaftlichen Traditionen und der Schaffung einheitlicher freier Gewerkschaften. So kam der Vorbereitende Gewerkschaftsausschuß für Groß-Berlin zustande, dem unter anderem die Genossen Otto Braß, Hermann Schlimme, Roman Chwalek, Bernhard Göring, Paul Walter, Hans Jendretzky sowie der frühere christliche Gewerkschafter Jakob Kaiser und von seiten der früheren Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, Ernst Lemmer, angehörten.

Gleichzeitig entwickelte die „Gruppe Ulbricht“ ihre Arbeit zur Organisation der Kommunistischen Partei. In allen Verwaltungsbezirken waren in mühsamer Kleinarbeit die Vertrauensleute der Kommunistischen Partei zusammengeholt worden. Außer den Besprechungen in den Verwaltungsbezirken fanden Sonntag für Sonntag in der Prinzenallee instruktive Konferenzen statt. Es machte sich notwendig, eine ideologische Klärung über die Geschichte unserer Partei und über ihre Politik während der Hitler-Diktatur herbeizuführen. Das erfolgte durch Referate der Mitglieder der Gruppe, in denen folgende Fragen behandelt wurden: die Lehren aus der Parteiarbeit vor 1933, die Rolle Ernst Thäl-

manns bei der Bolschewisierung der Partei, die Bedeutung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, die Brüsseler und die Berner Parteikonferenzen der KPD, über die antifaschistische Arbeit während des Hitlerkrieges innerhalb Deutschlands und in der Emigration, die antifaschistische Arbeit unter den Soldaten der deutschen Wehrmacht an der Front und in den Gefangenenlagern in der Sowjetunion, über das „Nationalkomitee Freies Deutschland“, über den Charakter des zweiten Weltkrieges, die Kriegsschuld Hitlers und die Mitschuld des deutschen Volkes sowie über den Weg des antifaschistisch-demokratischen Neuaufbaus und die neue Rolle der Partei.

Zum Neuaufbau der Partei mußten zusammengefaßt werden:

1. Die im Lande tätig gewesen Mitglieder der KPD;
2. die aus der Emigration heimgekehrten Mitglieder der KPD;
3. in Konzentrationslagern, Gefängnissen und Zuchthäusern erprobte Antifaschisten;
4. junge Kräfte, die nach dem Zusammenbruch zur Partei kommen wollten.

Tausende von Genossen, die aus den Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern befreit worden waren und durch Berlin kamen, mußten eingekleidet, gepflegt und zum Einsatz in ihre Heimatorte in der sowjetischen Besatzungszone oder in die westlichen Besatzungszonen weiterbefördert werden. Sie wurden, soweit es möglich war, geschult und mit Direktiven versehen.

Die Ankunft des Vorsitzenden der Partei, Wilhelm Pieck, wurde vorbereitet. Alles Notwendige wurde eingeleitet, um ein Zentralorgan der Kommunistischen Partei herauszugeben. Inzwischen war auch ein Parteihaus eingerichtet worden — das Haus in der Wallstraße 76/79 — sowie der Umbau eines größeren Gebäudes als Parteigebäude eingeleitet.

Am 10. Juni versammelte sich die „Gruppe Ulbricht“ zum letzten Male im Lokal Rose in der Prinzenallee, wobei der Befehl Nr. 2 Marschall Shukows auf Zulassung antifaschistischer Parteien und Organisationen bekanntgegeben wurde. Die Kommunistische Partei trat sofort mit dem Aufruf ihres Zentralkomitees am nächsten Tag vor die Öffentlichkeit, der die Plattform für die Zusammenfassung aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte zum demokratischen Neuaufbau darstellte.

Am Dienstag, dem 12. Juni, 15 Uhr nachmittags, versammelten sich auf Einladung Walter Ulbrichts im Großen Sitzungssaal des Berliner Magistrats in der Parochialstraße etwa 200 Personen — Vertreter des öffentlichen Lebens und der antifaschistisch-demokratischen Gruppen — zu einer Kundgebung und freien Aussprache. Walter Ulbricht hielt das Referat. Er unterbreitete den Anwesenden den Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei und erläuterte das vorgeschlagene Aktionsprogramm als Grundlage zur Schaffung eines Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien. Im Anschluß daran, noch am selben Abend, hielten in allen Verwaltungsbezirken Berlins die Funktionäre der Kommunistischen Partei die ersten Funktionärskonferenzen

ab und besprachen die nächsten Arbeiten zur Organisierung der Partei. Am Mittwoch, dem 13. Juni, erschien die erste Nummer des Zentralorgans der KPD, die „Deutsche Volkszeitung“.

Das politische Leben entfaltete sich jetzt mit Windeseile. Am Sonntag, dem 17. Juni, schritten vormittags die Berliner Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei zur Neukonstituierung, und nachmittags erfolgte durch die Gewerkschafter aller früheren Richtungen auf einer Kundgebung im Neuen Stadthaus die Gründung einheitlicher freier Gewerkschaften.

Zwei Tage später wurde dank der beharrlichen Bemühungen Walter Ulbrichts ein bedeutsamer und für die ganze weitere Entwicklung entscheidender Akt verwirklicht: am 19. Juni traten zum erstenmal Vertreter des Zentralkomitees der KPD und des Zentralausschusses der SPD zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen und beschlossen die Bildung eines „Gemeinsamen Arbeitsausschusses“ als Ausdruck der Aktionseinheit der Kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

In den Berliner Bezirken bildeten sich nach diesem Vorbild rasch gemeinsame Arbeitsausschüsse der Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei, und die Aktionseinheit von unten wurde rasch formiert. Die Aufgaben überstürzten sich, viele Fragen drängten zur Klärung.

Von der vorläufigen Berliner Bezirksleitung, der die Genossen Otto-Mar Geschke, Walter Köppe und Richard Gyptner angehörten, wurde die erste Groß-Berliner Funktionärkonferenz der KPD einberufen. Diese fand am 25. Juni im Kinotheater „Metropol“ in der Schönhauser Allee statt. Es war ein Treffen, zu dem keiner der mehr als 1300 kommunistischen Funktionäre kam, ohne tief in seinen Gefühlen aufgewühlt zu sein. Nach über zwölf Jahren waren wieder zum erstenmal Genossen vereinigt, die aus tiefster Illegalität hervortraten, aus der Emigration heimgekehrt waren oder nach langen Jahren der Konzentrationslager und Zuchthäuser wieder zur politischen Tätigkeit drängten. Und die alten Genossen brachten manchen jungen Kämpfer mit. Die Schönhauser Allee und die Zufahrtsstraßen zum Versammlungslokal boten ein mitreißendes Bild. Wie sie ankamen: manche in geschlossenen Kolonnen, mit Musik und wehenden roten Fahnen. Andere einzeln — und immer wieder Szenen der Begrüßung, des oft unverhofften Wiedersehens. Die städtischen Verkehrsmittel waren ja zu dieser Zeit noch nicht voll in Ordnung, und so kamen aus den weiter abgelegenen Bezirken die Genossen auf Pferdewagen, bekränzt und geschmückt mit den neuen Losungen der Partei. Nicht wenige Genossen, die ihre Gesundheit in faschistischer Haft eingebüßt hatten oder im Hitlerkrieg zu Krüppeln geworden waren, wurden auf allen möglichen Fahrzeugen von Genossen zum Versammlungslokal gebracht. Die Schönhauser Allee erschallte von den Hochrufen auf das Zentralkomitee der KPD, Kampflieder wurden gesungen — es war eine Stimmung wie zu einem großen Fest.

Der überfüllte Saal des Theaters war festlich geschmückt. An den Wänden hingen Losungen: „Keine Wiederholung der Fehler von 1918“ — „Für die Freundschaft mit dem Sowjetvolk“ — „Nur die antifaschistische Einheit sichert die Wiedergeburt unseres Volkes“.

Mit den Klängen der 3. Elegie Tschaikowskis wurde diese erste Groß-Berliner Funktionärkonferenz eingeleitet. Ottomar Geschke sprach Worte des Gedenkens an Ernst Thälmann und die vielen anderen vom Faschismus gemordeten Genossen. Heiße Kampfesgrüße entbot er dem Vorsitzenden der Partei, dem Genossen Wilhelm Pieck, und dem Helden von Leipzig, dem Genossen Georgi Dimitroff.

Danach erteilte er das Wort zum Referat an den Genossen Walter Ulbricht, der von der Konferenz stürmisch begrüßt wurde. Über dem Rednerpult stand in großen Lettern: „Schafft den Block der antifaschistischen demokratischen Parteien!“ Walter Ulbrichts programmatische Rede war gerade diesem Thema, dem Aufruf der KPD und den nächsten Aufgaben der antifaschistischen demokratischen Kräfte gewidmet. Viele Genossen erfuhren hier zum erstenmal aus dem Mund des offiziellen Vertreters des Zentralkomitees, welche Politik die Kommunistische Partei auf Grund der neuen Situation einschlagen mußte. Walter Ulbricht sprach von der unvermeidlichen Niederlage Deutschlands und von der siegreichen Kraft der Sowjetunion; er behandelte die Kriegsschuld Deutschlands und die Mitverantwortung des deutschen Volkes sowie die Folgen des verlorenen Eroberungskrieges des deutschen Imperialismus. Er begründete die grundlegende politische Orientierung: die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution, die Schaffung einer antifaschistisch-demokratischen Republik, den Aufbau einer demokratischen Ordnung. Vielen Genossen, die sich noch nicht freigemacht hatten von der Einstellung der Partei vor 1933, da sie als Oppositionspartei kämpfte, waren die Ausführungen des Genossen Ulbricht eine politisch-ideologische Lektion, die ihnen einen ganz neuen, bisher nicht gekannten Weg aufzeigte. Zum Schluß erläuterte Walter Ulbricht die Maßnahmen, die notwendig waren zum raschen Aufbau der Partei, zur Schaffung von Parteileitungen aus den besten antifaschistischen Kämpfern und zur Schaffung starker Funktionärkörper. Als vordringlichste Aufgaben erklärte er die Einbringung der Ernte und die Sicherung der Herbstaussaat, die Wiederingangsetzung der Betriebe und die Hineintragung des neuen demokratischen Geistes in die Verwaltungsorgane. Dabei sah man noch manches erstaunte Gesicht bei solchen Genossen, die sich noch nicht freigemacht hatten von sektiererischen Auffassungen und die den Aufgaben der Kommunistischen Partei in dieser Situation noch kein richtiges Verständnis entgegenbrachten. Während der Ausführungen des Genossen Ulbricht kam es zu etlichen Zwischenrufen. So, als er den Neuaufbau der freien Gewerkschaften sowie die Schaffung von Jugendausschüssen begründete. Plötzlich ertönte der Zwischenruf eines Jugendlichen etwas „älteren Semesters“: „Walter, wo bleibt der KJV?“

Walter Ulbricht antwortete geduldig und überzeugend, daß diese Frage nur beweise, daß viele Genossen noch nicht begriffen haben, wie sich die Lage geändert hat. Wir brauchen keine Jugendorganisation als Sekte, wir wollen eine wirkliche Jugendmassenorganisation schaffen. „Wir verzichten auf die Schaffung eines Kommunistischen Jugendverbandes, denn wir wollen, daß eine einheitliche freie Jugendbewegung entsteht.“

Genosse Ulbricht beendete sein Referat mit den Worten aus dem Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands: „Ein neues Blatt in der Geschichte des deutschen Volkes wird aufgeschlagen. Aus den Lehren des Niederbruchs Deutschlands bahnen sich im Volke neue Erkenntnisse den Weg.“

Wir erklären:

Feste Einheit, entschlossener Kampf und beharrliche Arbeit bilden die Garantien des Erfolges unserer gerechten Sache! Fester den Tritt gefaßt! Höher das Haupt erhoben! Mit aller Kraft ans Werk! Dann wird aus Not und Tod, Ruinen und Schmach die Freiheit des Volkes und ein neues würdiges Leben entstehen.“²

Unter stürmischem Jubel und mit dem Gesang der „Internationale“ fand die erste Funktionärkonferenz der KPD Groß-Berlin ihren Abschluß.

Sie befähigte die Funktionäre der Kommunistischen Partei, das Werk des Wiederaufbaus Berlins in ihre Hände zu nehmen. Sie gab ihnen die Kraft, als führende Partei der neuen demokratischen Macht die Arbeit anzupacken.

² Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 448.

J. D. STASSOWA

Erinnerungen¹

Unter den Aufgaben, die mir die Partei übertrug, waren auch Aufträge auf dem Gebiet der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung. Ich arbeitete in der Kommunistischen Internationale und in der Internationalen Organisation zur Unterstützung der Kämpfer der Revolution (MOPR – Die deutsche Organisation nannte sich „Internationale Rote Hilfe“).

Während meiner Tätigkeit im Sekretariat des Zentralkomitees der KPdSU hatte ich Gelegenheit, in der Kommission für nationale Minderheiten mitzuarbeiten, die im Jahre 1919 beim Sekretariat geschaffen worden war. Zu ihren Mitgliedern zählten damals auch Vertreter des Auslands – Ungarn, Tschechen und Slowaken, Deutsche, Franzosen. Bela Kun, Bogumir Smeral, Jaques Sadoul und andere Vertreter internationaler kommunistischer Gruppen in der Kommission schufen, könnte man sagen, die Grundlagen für die etwas später gegründete Kommunistische Internationale, deren Initiator und Organisator der große Lenin war. Schon früher, im Juli 1918, als ich aus Petrograd nach Moskau kam, hatte mich J. M. Swerdlow, der damals auch Sekretär des ZK der Partei war, mit einer Gruppe revolutionärer internationalistischer deutscher Kriegsgefangener bekannt gemacht, die ich in ihrer praktischen Arbeit unterstützen sollte.

Ich erinnere mich an den II. Kongreß der Kommunistischen Internationale im Juli 1920. Ich reiste damals für einen Tag von Baku nach Moskau und kam direkt in die Sitzung, auf der W. I. Lenin seine denkwürdige Rede hielt, die von allen Anwesenden mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde. Wladimir Iljitsch, der mehrere Fremdsprachen sicher beherrschte, sprach zunächst deutsch und ging dann, entsprechend den Problemen, die er behandelte, zur französischen Sprache über, was großen Eindruck auf die Delegierten machte. Diese Rede Lenins blieb wie viele andere seiner Reden, die ich das Glück hatte zu hören, für immer in meinem Gedächtnis haften.

Während des Kongresses hatte ich Gelegenheit, mit Wladimir Iljitsch über die Durchführung des Ersten Kongresses der Völker des Ostens zu sprechen. Galt doch meine Reise nach Moskau in erster Linie der Vorbereitung dieses Kongresses, besonders um genaue Weisungen für seine Durchführung zu erhalten.

¹ Vorliegender Beitrag ist die Übersetzung eines Artikels aus der sowjetischen Zeitschrift „Neue und neueste Geschichte“, 1959, Heft 2.

Vom Frühjahr 1921 an arbeitete ich in Deutschland. Zu meinen Pflichten gehörte es, die mit der Tätigkeit der Kommunistischen Internationale verbundenen Angelegenheiten zu bearbeiten. Durch meine Hände ging die Korrespondenz der Komintern und ihrer Vertreter mit den kommunistischen Parteien des Westens. Oftmals hatte ich für Genossen zu sorgen, die in Angelegenheiten der Komintern nach Moskau reisten oder von dort in ihre Heimat zurückkehrten. Die Verwaltung der Finanzangelegenheiten war damals äußerst kompliziert: In Deutschland herrschte die Inflation, der Kurs der Mark fiel unaufhörlich.

Während meines fünfjährigen Aufenthalts in Deutschland wurde ich Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands. Ich arbeitete im Apparat des ZK der KPD und dann als Vorsitzende des ZK der Roten Hilfe, wie sich die Organisation der MOPR in Deutschland nannte.

In meiner Tätigkeit stand ich in engem Kontakt mit Wilhelm Pieck, der damals im ZK der KPD die Leitung in organisatorischen Fragen hatte und eine gewaltige Arbeit für den Zusammenschluß der Partei und die marxistisch-leninistische Schulung ihrer Mitglieder leistete, von denen nicht wenige noch von ultralinken sektiererischen oder auch sozialdemokratischen Tendenzen behaftet waren. Gemeinsam mit Wilhelm Pieck und anderen Leninisten in der Kommunistischen Partei Deutschlands führte ich den Kampf gegen die zeitweise zur Leitung der KPD gelangte parteifeindliche Gruppe Ruth Fischer-Maslow. Meine Freundschaft mit Wilhelm Pieck, die in diesen schweren Kampfjahren entstand, sollte sich noch mehr festigen, als er, nach dem Machtantritt Hitlers gezwungen, seine Heimat zu verlassen, in der Sowjetunion lebte und aktiv im Exekutivkomitee der Komintern und in der MOPR arbeitete. Ich war herzlich froh, im Januar 1956 in die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin, reisen zu können, um dem ruhmvollen Veteranen der internationalen kommunistischen Bewegung, Wilhelm Pieck, persönlich zu seinem 80. Geburtstag zu gratulieren und ihm lange Jahre des Lebens, der Gesundheit und einer fruchtbaren Tätigkeit zum Wohle des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates in der Geschichte Deutschlands zu wünschen. Während meiner Reise erhielt ich viele mich zutiefst berührende Briefe von deutschen Genossen — alten Kommunisten, die mich aus der gemeinsamen Arbeit in Deutschland kannten, als ich ihnen unter dem Namen Hertha bekannt war.

Nach meiner Ankunft in Moskau im Dezember 1925 wurde ich auf der Sitzung des Exekutivkomitees der Komintern und auf dem XIV. Parteitag dem Sekretariat J. W. Stalins für Arbeiten auf dem Gebiet der internationalen kommunistischen Bewegung beigegeben. Hier waren mir die Erfahrungen von großem Nutzen, die ich in der praktischen Arbeit in Deutschland, im lebendigen Umgang mit den deutschen Arbeitern und mit Genossen aus den kommunistischen Parteien anderer Länder erworben hatte, auch kamen mir meine fremdsprachlichen Kenntnisse zugute. Entsprechend meinen Kräften half ich die Fehler Sinowjews, der damals an der Spitze der Komintern stand, aufzudecken und zu korrigieren. Im Ausland hatte ich mit eigenen Augen ihre verderblichen Fol-

gen kennengelernt und war wiederholt in prinzipiellen Fragen mit Sinowjew zusammengestoßen.

1924 hatte ich an der Ersten Internationalen Konferenz der MOPR teilgenommen. Im Jahre 1927 wurde ich zur stellvertretenden Vorsitzenden des Exekutivkomitees dieser internationalen Organisation und dann zur Vorsitzenden des ZK ihrer sowjetischen Sektion, der MOPR der UdSSR, gewählt.

Vorsitzende des Exekutivkomitees der Internationalen Organisation zur Unterstützung der Kämpfer der Revolution war Clara Zetkin, mit der mich schon seit meiner Tätigkeit in der Komintern eine enge und herzliche Freundschaft verband. Ich lernte Clara Zetkin, diese unbeugsame Kämpferin für den Kommunismus, schon im Jahre 1920 kennen. Während meiner Arbeit in Deutschland ging die gesamte Korrespondenz, die Clara Zetkin ab 1921 an die unter ihrer Redaktion stehende internationale kommunistische Frauenzeitschrift sandte, durch meine Hände. Alle Briefe Claras, die ich erhielt, habe ich dem Archiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU übergeben. Dort kann man auch den Brief Claras finden, in dem sie von ihrem Zusammentreffen mit Wladimir Iljitsch im Jahre 1921 berichtet. Es handelt sich darum, daß Clara Zetkin nach den revolutionären Ereignissen in Mitteldeutschland im Frühjahr 1921, wie bekannt, aus dem ZK der KPD, mit dessen Linie sie nicht einverstanden war, ausschied. In ihrem Brief berichtete Clara mir davon, wie nachdrücklich W. I. Lenin ihr wegen dieser Verletzung der Parteidisziplin den Kopf zurechtgesetzt habe.

W. I. Lenin schätzte Clara Zetkin sehr hoch. Ich erinnere mich, wie im Frühjahr 1919 ein deutscher Genosse Wladimir Iljitsch ein Schreiben von Clara überbrachte. Dieser Genosse war illegal gereist und hatte das Schreiben so sorgfältig versteckt, daß es durch das vielfache Zusammenfalten völlig unleserlich geworden war. Wladimir Iljitsch studierte es lange, konnte jedoch den unleserlichen Text nicht entziffern. Er sandte mir das Schreiben zu, in der Hoffnung auf meine Hilfe. Ich versuchte eineinhalb Stunden lang sorgfältig das Geschriebene zu entziffern, aber auch das Vergrößerungsglas half nichts. Am nächsten Tag rief W. I. Lenin mich an und gab mir den Auftrag, alles Material über die Arbeit unter den Frauen in Sowjetrußland für Clara zusammenzustellen, da sie, wie Wladimir Iljitsch sagte, sich immer für diese Fragen interessiere.

Von 1927 bis zu ihrem Tode war ich mit Clara sehr eng durch die Arbeit im Exekutivkomitee der MOPR verbunden. Clara stellte ihre Tätigkeit auch an ihrem Lebensabend nicht ein. Bis zu ihren letzten Tagen schonte sie sich nicht im Kampf für die Sache der Arbeiterklasse.

Die Arbeit in der MOPR war außerordentlich bedeutungsvoll und hatte gewaltigen Umfang, da die Organisation für die Unterstützung der Kämpfer der Revolution buchstäblich den ganzen Erdball umfaßte. Neben dieser grundlegenden und unmittelbaren Aufgabe leistete die MOPR in den kapitalistischen Ländern eine große Erziehungsarbeit unter

den Massen und bildete damit neue Kämpfer für die Sache des Proletariats heran, sie half ihnen, ihre Klasseninteressen zu erkennen, und gewann sie für die kommunistische Partei. Nach dem zweiten Weltkrieg erhielt ich eine Nachricht von einem französischen Genossen, der als Sekretär der Parlamentsfraktion der Kommunisten tätig war. Ich antwortete ihm, und nach einiger Zeit erhielt ich von ihm einen langen Brief. Er teilte mir mit, daß er meinen Brief nicht nur selbst gelesen habe, sondern ihn allen Genossen zu lesen gegeben hätte, mit denen er seinerzeit in der Roten Hilfe Frankreichs zusammengearbeitet hatte, und er hätte das getan, weil sie alle eben über die Tätigkeit in der MOPR zur kommunistischen Partei gelangt wären. Dieser Brief des französischen Genossen ist mir besonders teuer, weil er davon zeugt, daß die große Erziehungsarbeit der MOPR nicht vergebens war.

Die Sowjetmenschen nahmen an der Tätigkeit der MOPR zutiefst und aktiv Anteil, sie erwiesen ihren ausländischen Klassenbrüdern, den Opfern des faschistischen Terrors und der Reaktion, der polizeilichen Repressalien und Verfolgungen in den kapitalistischen Ländern größte moralische und materielle Hilfe. Die Sektion der MOPR in der UdSSR wurde schon 1933 zu einer Organisation, die 10 Millionen Mitglieder zählte, sie leistete eine breite und fruchtbare Tätigkeit zur Erziehung der Massen im Geiste des proletarischen Internationalismus und der brüderlichen Solidarität der Werktätigen aller Länder.

Ich empfinde tiefe Befriedigung in dem Bewußtsein, daß in dieser edlen Arbeit auch ein Teil meines Wirkens enthalten ist.

HEINRICH GEMKOW

Zwei Briefe Friedrich Engels' an Franz Mehring

Wir veröffentlichen nachstehend in der Originalsprache den vollständigen Text zweier Briefe, die Engels Ende April und am 9. Mai 1895 an Franz Mehring richtete. In russischer Übersetzung finden sich beide Dokumente in Karl Marx/Friedrich Engels: Sočinenija, Tom XXIX, Moskau 1946, S. 412–414. Ein Auszug aus dem Engels-Brief von Ende April 1895 wurde bereits von Franz Mehring in seinem Werk „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“, 5. Aufl., 1. Bd., Stuttgart 1913, S. 382, veröffentlicht.¹ Vollständig sind beide Briefe abgedruckt in dem in Berlin 1959 erschienenen Buch von Hans Koch: Franz Mehrings Beitrag zur marxistischen Literaturtheorie, S. 331–333, doch weist diese Fassung verschiedene Abweichungen vom Originaltext auf. Zum besseren Verständnis der Briefe seien einige Erläuterungen vorausgeschickt.²

Nicht lange vor seinem Tode beabsichtigte Engels, der unablässig bemüht war, den Kampf der internationalen Arbeiterbewegung durch die Veröffentlichung oder Neuauflage marxistischer Schriften zu unterstützen, die Frühchriften von Marx, und zwar zunächst seine Aufsätze aus der „Rheinischen Zeitung“, neu herauszugeben. Es war vorgesehen, sie im „Vorwärts“-Verlag unter dem recht umfangreichen Arbeitstitel „Karl Marx' literarische Erstlinge. Drei Aufsätze aus der (ersten) Rheinischen Zeitung 1842. I. Der Rheinische Provinziallandtag über Preßfreiheit. II. Derselbe über das Holzdiebstahlgesetz. III. Die Lage der Weinbauern an der Mosel. Herausgegeben u. eingeleitet von F. E.“ herauszubringen.³ Wie aus dem Briefwechsel mit Richard Fischer hervorgeht, wollte sich Engels die betreffenden Artikel aus der „Rheinischen Zeitung“ kopieren und zusenden lassen, um sie zur Veröffentlichung vorzubereiten. Gleichzeitig sichtete er den Marxschen Nachlaß und entdeckte in ihm noch den von Marx anonym in Ruges „Anekdoten zur neuesten Philosophie und Publicistik“ Anfang 1843 veröffentlichten Auf-

¹ Vgl. dort auch über die in den Briefen behandelten Ereignisse des Jahres 1842. Ferner: Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle. Hrsg. von Franz Mehring, 1. Bd., Stuttgart 1902, bes. S. 171 ff., 322 ff.; Gustav Mayer: Friedrich Engels, 1. Bd., Berlin 1920, S. 122–123; Auguste Cornu: Karl Marx und Friedrich Engels. Leben und Werk, 1. Bd., 1818–1844, Berlin 1954; E. A. Stepanowa: Friedrich Engels: Sein Leben und Werk, Dietz Verlag, Berlin 1958.

² Vgl. auch Josef Schleifstein: Franz Mehring. Sein marxistisches Schaffen 1891–1919. In: Schriftenreihe des Instituts für deutsche Geschichte an der Karl-Marx-Universität Leipzig. Hrsg. von Prof. Dr. Ernst Engelberg, Bd. 5, Berlin 1959, S. 45.

³ Vgl. Brief von Engels an Richard Fischer vom 15. April 1895, Fotokopie, Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin. Vgl. auch die Briefe von Engels an Fischer vom 5. und 18. April 1895. Die genannten Briefe finden sich in russischer Übersetzung in Karl Marx/Friedrich Engels: Sočinenija, Tom XXIX, Moskau 1946, S. 406–407, 408–410, 411.

Zwei Briefe Friedrich Engels' an Franz Mehring

satz „Bemerkungen über die neueste preußische Zensurinstruktion. Von einem Rheinländer“, den er auch in die geplante Sammlung aufnehmen wollte.⁴

Da Engels in London die „Rheinische Zeitung“ nicht zur Verfügung stand, benötigte er die Hilfe eines qualifizierten Genossen, der in Berlin, wo noch ein Exemplar der „Rheinischen Zeitung“ in der Kgl. Bibliothek existierte, die Durchsicht des Bandes vornahm. Dieser Helfer war Franz Mehring, der sich damals bereits in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands eine geachtete Stellung als Publizist und Historiker errungen hatte.⁵ Mehring arbeitete damals bereits seit einigen Jahren an seinem Geschichtswerk über die deutsche Sozialdemokratie, so daß er mit seinen eigenen Forschungsergebnissen Engels helfen, ihn in dem einen oder anderen Fall, wo den alten Engels die Erinnerung trog, auch berichtigen konnte.^{6a}

Aus diesen Wochen der gemeinsamen Vorbereitung einer Neuauflage von Marx' Frühschriften stammen die beiden hier wiedergegebenen Briefe. Engels' letzte Worte im Brief vom 9. Mai — „bis über ein Kleines“, wo ich mehr schreibe“ — blieben unerfüllt. Kurz darauf verschlechterte sich sein Gesundheitszustand rapide, und am 5. August 1895 nahm ihm der Tod die Feder aus der Hand. Aber Mehring fühlte sich in dieser Hinsicht als sein Testamentsvollstrecker: Wenige Jahre später, 1902, brachte er — gemäß den Ratschlägen von Engels — die Bände „Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx und Friedrich Engels“ heraus, die neben einer Fülle anderer wertvoller Materialien auch die Marxschen Artikel aus der „Rheinischen Zeitung“ und Ruges „Anekdota“ enthalten.

Dem nachfolgenden Abdruck der Briefe liegen die Fotokopien der Originale zugrunde, die vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU freundlicherweise dem Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED zur Verfügung gestellt wurden. Alle Abkürzungen wurden beibehalten, die Orthographie und Interpunktion wurde modernisiert. Alle Anmerkungen wurden von uns eingefügt.

(Ende April 1895)

London

41, Regent's Park Road, N. W.

Geehrter Herr Mehring!

Mit vieler Freude und mit Dank nehme ich Ihr Anerbieten an, mir bei Aufstöberung alter Arbeiten von Marx für eine Neuherausgabe behilflich zu sein. Die nächste Schwierigkeit machte die Rh. Ztg. von 1842, die ich in der Berliner Bibliothek zwar vermutete, aber über deren wirkliches Vorhandensein ich trotz mehrfacher Anfragen nichts Sicheres erfuhr. Jetzt ist dieser Punkt erledigt, und wir können anfangen.

Bis Oktbr. 42 war M.⁶ in Bonn; als ich Ende Sept. oder Anfang Okt. auf der Rückreise von Berlin durchkam, war auf der Redaktion, soviel

⁴ Vgl. Brief von Engels an Fischer vom 18. April 1895, Fotokopie.

⁵ Vgl. Franz Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, 5. Aufl., 1. Bd., Stuttgart 1913, S. 382.

^{6a} Vgl. ebenda.

⁶ Gemeint ist Karl Marx.

ich mich erinnere, nur M. Heß⁷ und Dr. Rave⁸, ein ehemaliger Redakteur der Elberf. Ztg. (die damals, glaub' ich, anders hieß); Rutenberg⁹ war, glaub' ich, schon ausgewiesen; doch bin ich darüber nicht sicher. Als ich gegen Ende Novbr. auf der Durchreise nach England wieder vorsprach, traf ich Marx dort, und hatten wir bei der Gelegenheit unser erstes sehr kühles Zusammentreffen; Marx war inzwischen gegen die Bauers¹⁰ aufgetreten, d. h. hatte sich dagegen erklärt, daß die Rh. Z. vorwiegend ein Vehikel für *theologische* Propaganda und Atheismus anstatt für politische Diskussion und Aktion werde und ebenso gegen den Edgar Bauerschen, auf bloßer Lust am „am weitesten gehn“ beruhenden Phrasen-Kommunismus, der dann auch bald bei Edgar durch andre extrem klingende Phrasen ersetzt wurde; da ich mit den Bauers korrespondierte, galt ich für ihren Alliierten, während M. mir verdächtig war von jenen.

Nach allen meinen Erinnerungen trat M. am 1. Jan. 43 von der Redaktion en chef zurück — wenigstens offiziell.¹¹ Das hindert aber nicht, daß er bis in den Februar hinein unter der Hand an der Zeitung mitgearbeitet haben mag. Ebenso glaube ich sicher zu sein, daß der Ukas, wonach die Zeitung am 31. März 43 einzugehn habe, spätestens am 31. Dez. ihr zugestellt worden ist; dann fingen Verhandlungen an, die negatives Resultat lieferten; daher Veröffentlichung des Ukases erst 28. Jan. und ebenso die eingeführte Oberzensur, die schon länger tatsächlich bestanden hatte; eine Zeitlang sogar dreifache Zensur: 1) der gewöhnliche Zensor, 2) der von Berlin hergesandte Assessor von Saint-Paul, 3) der Regierungspräsident. Saint-Paul war noch mit beim Leichenschmaus der Zeitung. Die Schwenkung am 17./18. Febr. würde so ziemlich mit Marx' Abreise von Köln zusammenfallen.

Wenn Sie durch Vergleichung dieser Daten mit der Zeitung selbst noch einiges Nähere feststellen resp. berichtigen können, so wäre das für Ihre wie meine Arbeit sehr erwünscht.

⁷ Moses Heß (1812—1875), deutscher Publizist, Mitbegründer und Mitarbeiter der „Rheinischen Zeitung“, Mitte der vierziger Jahre einer der Hauptvertreter des „wahren“ Sozialismus, später Lassalleaner.

⁸ Rave, 1839—1841 Redakteur der „Rheinischen Allgemeinen Zeitung“, dann Mitarbeiter der „Rheinischen Zeitung“.

⁹ Rutenberg, Gymnasiallehrer, Junghegelianer, Februar-Oktober 1842 Chefredakteur der „Rheinischen Zeitung“, später Redakteur des „Königlich-Preussischen Staatsanzeigers“.

¹⁰ Bruno und Edgar Bauer (1809—1882, 1820—1886), Junghegelianer, vorübergehend mit Marx und Engels befreundet, wurden von ihnen in der „Heiligen Familie“ 1845 scharf kritisiert.

¹¹ Tatsächlich schied Marx erst am 17. März 1843 aus der Redaktion aus, nachdem im preussischen Ministerrat bereits am 21. Januar 1843 die Unterdrückung der „Rheinischen Zeitung“ beschlossen worden war. Am 28. Januar veröffentlichte die „Rheinische Zeitung“ die auf den 31. März 1843 datierte Verbotsverfügung.

Mit den Moselartikeln wird es sich wohl so verhalten, wie Sie sagen.¹² Marx war damals an Köln gefesselt und konnte persönlich unmöglich Material der Art sammeln.

Der Artikel, von dem ich Fischer¹³ sprach, ist in der Tat der in Ruges Anekdoten über eine Zensur-Instruktion.

Eine der besten Arbeiten in der Rh. Z. ist noch im Feuilleton eine lange Kritik der Geschichte der Franz. Revolution von Leo.¹⁴ Sie ist von Marx' Freund C. F. Köppen¹⁵ (der auch über den alten Fritz und nordische Mythologie geschrieben) und gibt (zum erstenmal in irgendeiner Sprache) die richtige Erklärung der Schreckenszeit.

Daß Sie die Zeit von 48 sehr gründlich studiert haben, haben mir einige Zitate und Rückblicke in ihren Art. der N. Z.¹⁶ schon bewiesen. Ich bin froh, daß die Bearbeitung dieser Zeit sowie der späteren für Deutschland Ihnen zugefallen ist.

Möglicherweise findet sich auch in der Zeit vor Okt. 42 in der Beilage hier und da noch etwas von Marx, kleineren Mitteilungen aus Bonn im Hauptblatt nachzuspüren verlohnt sich wohl nicht der Mühe.

Zur Vernichtung der Freien Volksbühne mein herzlichstes Beileid! Der Umsturz von oben durfte an diesem Institut unmöglich vorübergehn!¹⁷

Nochmals besten Dank!

Mit aufrichtiger Hochachtung

Ihr F. Engels.

London, 9. Mai 95

41, Regent's Park Road. N. W.

Sehr geehrter Herr Mehring!

Meinen allerbesten Dank für Ihren langen, inhaltreichen Brief nebst Beilagen. Ich beantworte ihn ausführlich, sobald mein Schädel es erlaubt, der leider seit 8 Tagen von einer rheumatischen Kopfschwarte wie von einem eisernen Reifen umzogen und eingepreßt wird. Im Lauf

¹² Gemeint ist die von Marx verfaßte Artikelreihe „Rechtfertigung des ††-Korrespondenten von der Mosel“, die vom 15. bis 20. Januar 1843 in der „Rheinischen Zeitung“ erschien. Vgl. Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Band 1, Dietz Verlag, Berlin 1956, S. 172–199. Vgl. ferner Franz Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, 5. Aufl., 1. Band, S. 152–153.

¹³ Richard Fischer (1855–1926), deutscher Sozialdemokrat, Redakteur des „Vorwärts“, Leiter der „Vorwärts“-Druckerei, später Zentrist und Sozialchauvinist.

¹⁴ Heinrich Leo (1799–1879), konservativer Historiker, Althegeleaner.

¹⁵ Karl Friedrich Köppen (1808–1863), deutscher Gelehrter und Publizist, Junghegelianer, Mitarbeiter der „Rheinischen Zeitung“, veröffentlichte 1840 die Schrift „Friedrich der Große und seine Widersacher“, worin er die fortschrittlichen Ideen der Zeit gegen die Reaktion verteidigte.

¹⁶ Gemeint ist die von Karl Kautsky herausgegebene sozialdemokratische Wochenschrift „Die Neue Zeit“, an der Mehring ab Juni 1891 ständig mitarbeitete.

¹⁷ Im April 1895 verfügte die preußische Polizei über die damals von Mehring geleitete „Freie Volksbühne“ die Zensur. Aus Protest gegen diese gesetzwidrige Maßnahme stellte die „Freie Volksbühne“ – vorübergehend – ihre Tätigkeit ein.

nächster Woche denk' ich darüber wie über die damit verknüpfte Schlaflosigkeit hinwegzukommen. Inzwischen bin ich mit Ihrem Vorschlag einverstanden: vollständig aus der Rh. Z. nur die beiden großen Artikel und den über Kommunismus¹⁸ (sowie den Art. aus den Anekdoten) zu geben. Von den übrigen wären nur die von Ihnen gütigst zu bezeichnenden prägnantesten Stellen zu kopieren (nebst Angabe des Zusammenhangs). Was die Moselartikel angeht, so wäre mir für meine Einleitung eine kurze Übersicht des Verlaufs der Debatte und des Inhalts erwünscht.

Wollen Sie die Güte haben, hierüber sich mit Fischer ins Vernehmen zu setzen?

Nochmals besten Dank und bis „über ein Kleines“, wo ich mehr schreibe, aufrichtigst der Ihre
F. Engels.

¹⁸ Gemeint ist der von Marx in der „Rheinischen Zeitung“ vom 16. Oktober 1842 veröffentlichte Artikel „Der Kommunismus und die Augsburger „Allgemeine Zeitung“. Vgl. Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 1, S. 105–108.

FREDI SUMPF / ECKHARD TRÜMLER

Dokumente des proletarischen Internationalismus zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik war ein historischer Sieg der friedliebenden und demokratischen Kräfte unseres Volkes unter Führung der einheitlich handelnden Arbeiterklasse und ihrer Partei — der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands — über die Kräfte der in- und ausländischen Reaktion.

Die Kommunistische Partei Deutschlands hatte bereits in ihrem historischen Aufruf vom 11. Juni 1945 festgestellt: „Das Hitlerregime hat sich als Verderber für Deutschland erwiesen; denn durch seine Politik der Aggression und der Gewalt, des Raubes und des Krieges, der Völkervernichtung hat Hitler unser eigenes Volk ins Unglück gestürzt und es vor der gesamten gesitteten Menschheit mit schwerer Schuld und Verantwortung beladen.“¹ Und die Partei forderte: „*Friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben mit den anderen Völkern.* Entschiedener Bruch mit der Politik der Aggression und der Gewalt gegenüber anderen Völkern, der Politik der Eroberung und des Raubes.“²

Eine bedeutende Hilfe bei der Verwirklichung dieser Politik stellte das Potsdamer Abkommen dar. Es sollte garantieren, daß durch die

¹ Walter Ulbricht: Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. I/1, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 371.

² Ebenda, S. 377.

Beseitigung der Grundlagen des deutschen Imperialismus und Militarismus die anderen Länder von der Gefahr eines erneuten deutschen Überfalls befreit und damit die Voraussetzungen für das friedliche Zusammenleben des deutschen Volkes mit den Völkern Europas geschaffen werden. Darin besteht seine internationale Bedeutung.

Während im Osten Deutschlands die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens konsequent verwirklicht wurden und die Völker mit Vertrauen die demokratische Entwicklung in der damaligen sowjetischen Besatzungszone verfolgten, konnte der deutsche Imperialismus in Westdeutschland unter dem Protektorat der Imperialisten der USA, Englands und Frankreichs wiedererstehen und seine Spaltungspolitik im September 1949 mit der Bildung des westdeutschen Separatstaates vollenden. Dieser offene Bruch des Potsdamer Abkommens, der in der Folgezeit zu einer wachsenden Bedrohung der Sicherheit in Europa führte und gegenwärtig die größte Gefahr für den Frieden in ganz Europa bildet, verpflichtete die im Osten Deutschlands wirkenden demokratischen Kräfte, der Mißachtung und Gefährdung der Interessen der Nation und des Friedens entgegenzutreten. Es kam darauf an, alles zu tun, um den Weg der umfassenden Demokratisierung und des gesellschaftlichen Fortschritts — auch im Interesse der friedliebenden Kräfte des Auslands — zu sichern und weiterzubeschreiten.

Mit der Gründung der DDR wurde dem deutschen Imperialismus eine entscheidende Niederlage beigebracht. Die Entwicklung dieses ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates in der Geschichte Deutschlands ist Ausdruck der Gesetzmäßigkeit des Untergangs des kapitalistischen Systems und des Sieges des Sozialismus. Die Ziele, für die die besten demokratischen Kräfte Deutschlands im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben einsetzten, wurden und werden in der DDR verwirklicht. Deshalb war ihre Gründung nicht einfach die notwendige Antwort auf die Errichtung des imperialistischen Westzonenstaates, sondern die einzig mögliche Schlußfolgerung aus den Lehren unserer Geschichte und der Tatsache, daß der Hauptinhalt unserer Epoche der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ist.

Die fortschrittlichen Kräfte des Auslandes erkannten, daß die Existenz der DDR, deren Führer die besten Vertreter der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung sind und unter deren Banner sich alle wahrhaft demokratisch gesinnten Deutschen vereinigen, einen großen Beitrag zur Festigung des Friedens und der europäischen Sicherheit darstellt. Sie wußten, daß durch den entschlossenen Kampf der Bevölkerung der DDR und darüber hinaus des ganzen deutschen Volkes der westdeutsche Revanchismus und Militarismus daran gehindert werden kann, seine aggressiven Pläne zu verwirklichen.

Bereits einige Tage vor der Gründung der DDR hatte der Parteivorstand der SED am 4. Oktober 1949 in seinem Beschluß „Die Nationale Front des demokratischen Deutschland und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ dargelegt, daß die fortschrittlichen Kräfte Deutschlands in ihrem Kampf für die Einheit des Landes und für einen gerech-

ten Frieden die Unterstützung der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder sowie der friedliebenden Völker der ganzen Welt finden werden. Er erklärte, daß der Kampf des deutschen Volkes ein Glied des allgemeinen Kampfes der Völker der ganzen Welt gegen imperialistische Versklavung und gegen die Vorbereitung eines neuen Krieges ist. Wörtlich hieß es: „Gestützt auf die Hilfe der freiheit- und friedliebenden Kräfte der ganzen Welt, wird die Nationale Front des demokratischen Deutschland die Verwirklichung ihrer Ziele erreichen. Dazu muß jedoch der alte Weg der imperialistischen Entwicklung Deutschlands verlassen und ein neuer Weg der friedlichen demokratischen Entwicklung beschritten werden, der jegliche Zweifel zerstreut und die Atmosphäre des Mißtrauens der Nachbarvölker zur deutschen Nation beseitigt, ein Weg zur Entwicklung eines friedliebenden demokratischen Staates, der in Eintracht mit seinen Nachbarn lebt. Dadurch wird der Boden für gegenseitiges Vertrauen und friedliche Zusammenarbeit zwischen den Völkern vorbereitet.“³

Diese Konzeption lag auch der am 12. Oktober 1949 von Ministerpräsident Otto Grotewohl verlesenen Regierungserklärung zugrunde, in der festgestellt wurde: „Die Freundschaft mit der Sowjetunion, den Volksdemokratien und allen anderen friedliebenden Völkern ist daher die Grundlage der Außenpolitik der Regierung.“⁴

Die Ausrufung der DDR und die Bildung ihrer ersten Regierung fanden im Ausland, vor allem in der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern, aber auch unter den demokratischen Kräften der westlichen Länder freudige Zustimmung.

Während die imperialistische Bourgeoisie und ihre Lackaien in Westdeutschland, in Westeuropa und in den USA auf die Gründung der DDR mit einer Steigerung ihres Hetz- und Verleumdungsfeldzuges reagierten, erkannten die fortschrittlichen Kräfte des Auslandes sofort die große Bedeutung, die die neue Republik im Kampf um den Frieden und um den Sieg des gesellschaftlichen Fortschritts in Deutschland besaß.

Von außerordentlicher und richtungweisender Bedeutung war das Telegramm des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, J. W. Stalin, vom 13. Oktober 1949 an Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl. Nachdrücklich wies Stalin auf die Verantwortung hin, die das deutsche Volk für die Erhaltung des Friedens in Europa trägt. Aus den Erfahrungen des zweiten Weltkrieges zog er die wichtige Lehre, daß, wenn die Völker Deutschlands und der Sowjetunion ihre Kräfte vereinen, der Frieden in Europa für gesichert gehalten werden kann. Diese Worte haben zehn Jahre später nichts von ihrer Gültigkeit verloren. Ihre Bedeutung ist angesichts der Versuche der aggressiven Kreise des deutschen Imperialismus, Westdeutschland beschleunigt zu einer mit Atomwaffen ausgerüsteten Angriffsbasis gegen das sozialistische Lager und alle friedliebenden Völker zu machen, noch gewachsen. Deshalb heißt

³ Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 351.

⁴ Neues Deutschland (B) vom 13. Oktober 1949.

es auch im Kommuniqué über den Freundschaftsbesuch einer Partei- und Regierungsdelegation der DDR vom 8. bis 20. Juni 1959 in der Sowjetunion, daß die zwischen unseren beiden Ländern bestehenden „herzlichen, brüderlichen Freundschaftsbande ... in hohem Maße zur Erhaltung und Festigung des Friedens in Europa beitragen“⁵.

In seinem Telegramm gab Stalin auch der Gewißheit Ausdruck, daß das deutsche Volk große Sympathie und aktive Unterstützung bei allen Völkern der Welt finden wird, wenn es den Weg des Friedens und der Demokratie beschreitet. Diese Feststellung hat sich hundertfach bestätigt. Schon unmittelbar nach der Konstituierung der Republik brachte die fortschrittliche ausländische Presse die großen Hoffnungen, die die demokratische Weltöffentlichkeit in das neue Deutschland setzte, zum Ausdruck. Die demokratischen Kräfte des Auslands, insbesondere die kommunistischen und Arbeiterparteien, die Gewerkschaften und die antifaschistischen Widerstandskämpfer, brachten dem deutschen Volk großes Vertrauen entgegen. Sie glaubten zuversichtlich an den Sieg des gesellschaftlichen Fortschritts in Deutschland.

Auf die Neugestaltung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland eingehend, schrieb die „Prawda“: „An die Stelle der Konflikte, Reibungen und Zusammenstöße treten und traten bereits neue Beziehungen zwischen Deutschland und den demokratischen Nachbarstaaten, in erster Linie zwischen der UdSSR und Deutschland. Diese Beziehungen beruhen auf der gegenseitigen Achtung der nationalen Souveränität und der Interessen jedes Partners, schließen eine Diktatpolitik aus und werden besiegelt durch den gemeinsamen Kampf für den Frieden, für die Sicherheit der Völker und für die Verhinderung eines Krieges.“⁶

Es gab viele Äußerungen des Vertrauens und der Bereitschaft, die deutsche Arbeiterklasse und die mit ihr verbündeten demokratischen Schichten in ihrem gerechten nationalen Kampf zu unterstützen. Übereinstimmend wurde hervorgehoben, daß die Bildung der DDR zur Sicherung des Friedens beiträgt. So beurteilte z. B. Mao Tse-tung in seinem Glückwunschtelegramm die Gründung der DDR als entscheidende Niederlage der verbrecherischen Politik der Imperialisten. Der Vorsitzende der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei, Boleslaw Bierut, hob hervor, daß die Gründung der DDR nicht nur den Forderungen des deutschen Volkes, sondern auch den nationalen Interessen der europäischen Völker, insbesondere der Nachbarn Deutschlands, und damit der Sicherung des Friedens entspricht.

Auch in dem Telegramm des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei an das Zentralsekretariat der SED wurde die große internationale Bedeutung der Gründung der DDR gewürdigt: „Die Deutsche Demokratische Republik, die sich auf die demokratischen und friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes stützt, ist ein neuer bedeutender Faktor des internationalen Kampfes für den Frieden,

⁵ Neues Deutschland (B) vom 21. Juni 1959.

⁶ Zitiert nach Tägliche Rundschau vom 20. Oktober 1949.

gegen die Kräfte des Imperialismus ... Für die Tschechoslowakische Republik und das tschechoslowakische Volk bedeutet dieses Ereignis einen bedeutsamen Schritt zur Festigung ihrer Sicherheit und ihrer Friedensbestrebungen.“⁷

Die bedeutsame Stellungnahme des Politischen Büros der Kommunistischen Partei Frankreichs begrüßte ebenfalls die Errichtung der Deutschen Demokratischen Republik und sicherte ihr jegliche Unterstützung des französischen Volkes zu. Die Erfahrung der zurückliegenden zehn Jahre beweist die Richtigkeit der von den französischen Kommunisten gegebenen Weisung, die DDR mit allen Kräften zu unterstützen. Denn je stärker die Position der DDR als der Verkörperung des demokratischen und sozialistischen Deutschlands ist, um so schwieriger wird die Lage für den deutschen Imperialismus und Militarismus. Damit wächst die Möglichkeit, den von den deutschen Militaristen und Revanchisten geplanten Krieg für immer zu verhindern. Deshalb kommt gegenwärtig dem gemeinsamen Auftreten der deutschen und französischen Arbeiterklasse sowie aller anderen national gesinnten Kräfte unserer beiden Völker gegen die Achse Bonn–Paris große Bedeutung zu.

Die vom Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, im November 1952 gegebene Versicherung: „Die Deutsche Demokratische Republik ihrerseits wird nie und nimmer dulden, daß von deutscher Seite jemals wieder ein Krieg gegen das französische Volk geführt wird“⁸, und vor allem die gesamte Entwicklung der DDR bestätigen die Richtigkeit der Feststellung des Direktionsbüros der Union der französischen Frauen, das „in diesem historischen Ereignis (d. h. der Gründung der DDR. — F. S. / E. T.) die Garantie des Friedens, der Völkerverständigung und die Anwendung der Potsdamer Beschlüsse“⁹ sah.

Auch die englische Wochenschrift „World News and Views“ forderte, die demokratischen Kräfte in Deutschland wirksam zu unterstützen. In einem Artikel vom 22. Oktober 1949 hieß es: „Die Proklamation der Deutschen Demokratischen Republik in Berlin und die Bildung einer provisorischen deutschen Regierung sind Ereignisse von äußerster Wichtigkeit nicht nur für das deutsche Volk in seinem Kampfe für ein einheitliches, unabhängiges, wirklich demokratisches und friedliebendes Deutschland, sondern auch für die fortschrittlichen Kräfte der ganzen Welt ... Es wird die Pflicht jedes friedliebenden Mannes und jeder friedliebenden Frau in England sein, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um der neuen deutschen Demokratie bei der Erreichung ihrer Ziele zu helfen, ein einiges, unabhängiges, wirklich demokratisches und friedliebendes Deutschland zu schaffen, das seinen Platz unter den anderen friedliebenden Völkern einnimmt und für immer das Gespenst einer deutschen Aggression verbannt.“¹⁰

⁷ Abschrift, Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin, Archiv (abgekürzt IML-Archiv).

⁸ Wilhelm Pieck: Reden und Aufsätze, Band III, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 512.

⁹ Tägliche Rundschau vom 14. Oktober 1949.

¹⁰ Zitiert nach SED-Pressedienst vom 5. November 1949, Stimmen des Auslandes, S. 1.

Diese historische Aufgabe, die die DDR im Kampf um Frieden und Sicherheit in Europa zu erfüllen hat, kam auch in den meisten der im Anhang abgedruckten Stellungnahmen zum Ausdruck.

Die „Unita“, das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Italiens, betonte, „daß zum erstenmal in der Geschichte eine deutsche Republik entstanden ist, deren Struktur und Lebensführung eine Sicherheitsgarantie für Europa sind“¹¹.

Diese Garantie erblickte die demokratische Öffentlichkeit des Auslandes vor allem darin, daß die Arbeiterklasse als fortschrittlichster Teil des deutschen Volkes die Hegemonie in der neuen Republik ausübt. So begrüßte z. B. die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei besonders „die Wahl des alten und bewährten Kämpfers der Arbeiterklasse, Genossen Wilhelm Pieck, zum Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik“¹².

Genosse Suslow schätzte in seinem Referat über „Verteidigung des Friedens und Kampf gegen die Kriegstreiber“ in der Beratung des Informationsbüros der kommunistischen Parteien in der zweiten Novemberrhälfte 1949 die Gründung der DDR als einen „der größten Erfolge des Lagers des Friedens und der Demokratie und eine neue Niederlage des imperialistischen Lagers“ ein. „In diesem historischen Akt kommt der Aufstieg und Zusammenschluß der demokratischen Kräfte des deutschen Volkes zum Ausdruck, die für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland kämpfen, die aus den beiden Weltkriegen richtige Konsequenzen ziehen und nicht mehr gewillt sind, von Anwärtern auf die Weltherrschaft als Landsknechte mißbraucht zu werden.“¹³

In der „Humanité“ vom 29. Oktober 1949 würdigte André Leroy, selbst ehemaliger Häftling im KZ-Buchenwald, den gemeinsamen Kampf der deutschen und französischen Antifaschisten: „Die ehemaligen Deportierten erinnern sich . . . an die Solidarität, die sie mit ihren Leidens- und Kampfgefährten, den deutschen Antifaschisten, verband“, und „an die letzten Worte ihres Kameraden Timbaud, der vor seiner Hinrichtung . . . die Worte ausrief: ‚Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands!‘“¹⁴ Leroy hob hervor, daß an der Spitze der DDR konsequente Antifaschisten stehen, die gegen den wiedererstandenen deutschen Imperialismus kämpfen und mit denen sich die ehemaligen französischen Deportierten aufs engste solidarisch fühlen.

Deshalb sei die Gründung der DDR, wie die „Prawda“ feststellte, „von großer internationaler Bedeutung, denn sie ist ein schwerer Schlag gegen die verbrecherischen Absichten der Kriegsbrandstifter, die von

¹¹ Zitiert nach Tägliche Rundschau vom 18. Oktober 1949.

¹² Abschrift, IML-Archiv.

¹³ Verteidigung des Friedens und Kampf gegen die Kriegstreiber. Reden und Beschlüsse auf der Beratung des Informationsbüros der kommunistischen Parteien im November 1949 in Ungarn. Stellungnahme des Politbüros der SED zu den Beschlüssen, Berlin o. J., S. 17.

¹⁴ Nach SED-Pressedienst vom 7. November 1949, Stimmen des Auslandes, S. 1.

einer Wiederherstellung des deutschen Herdes der Aggression träumen, und sie stärkt die Front der Anhänger des Friedens und der Demokratie“¹⁵. Mit der DDR sei zum erstenmal in der Geschichte Deutschlands ein Staat geschaffen worden, der bei den europäischen Völkern nicht das Gefühl der Unsicherheit und der Angst vor einem Überfall hervorruft, sondern im Gegenteil ein unüberwindliches Hindernis für die Verwirklichung der Kriegspläne der in der Bundesrepublik herrschenden deutschen Imperialisten und Militaristen sei, die als einzige in Europa offen gegenüber anderen Ländern territoriale Forderungen erheben.

Zehn Jahre später können wir mit Stolz und Freude feststellen, daß die DDR die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt hat. Im Osten Deutschlands wurden die Bedingungen dafür geschaffen, daß sich die Herrschaft der Mörder von Maidanek und Auschwitz, von Lidiče und Oradour nie wiederholen und der Kampf gegen den Chauvinismus und Revanchismus der westdeutschen Imperialisten noch erfolgreicher geführt werden kann. Die DDR erwies sich immer mehr als ein treuer und zuverlässiger Bestandteil des von der Sowjetunion geführten sozialistischen Lagers, als ein fest verbundenes Mitglied der Familie der volksdemokratischen Staaten, die erfolgreich den Sozialismus aufbauen. Das war möglich, weil die Sowjetunion, die volksdemokratischen Staaten und die kommunistischen und Arbeiterparteien in den kapitalistischen Ländern dem deutschen Volk große Unterstützung in seinem nationalen Kampf und beim Aufbau des Sozialismus leisteten.

Daraus ergibt sich für uns die Verpflichtung, alle Kräfte anzuspannen, um im Wettstreit zwischen den Kräften des Friedens und des Krieges den Sieg davonzutragen. Unsere Aufgabe besteht darin, durch die erfolgreiche sozialistische Umwälzung in unserer Republik als einem hochindustrialisierten Land der Arbeiterklasse der westeuropäischen Länder die allseitige Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus zu beweisen. Auf der Grundlage der Prinzipien des sozialistischen Internationalismus helfen wir unseren Brudervölkern bei ihrem Aufbau. Auf diese Weise tragen wir wesentlich dazu bei, die Kräfte des Friedens und des Sozialismus zu stärken und den deutschen Militarismus, die Hauptgefahr für den Frieden in Europa, zu bändigen.

Glückwunschsbotschaft des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, J. W. Stalin, vom 13. Oktober 1949 an den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, und an den Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl

An den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Wilhelm Pieck

An den Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Otto Grotewohl

Gestatten Sie mir, Sie und in Ihrer Person das deutsche Volk anlässlich der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik und Ihrer Wahl zum Prä-

¹⁵ Nach Tägliche Rundschau vom 12. Oktober 1949.

sidenten und zum Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik zu beglückwünschen.

Die Gründung der Deutschen Demokratischen friedliebenden Republik ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Existenz eines friedliebenden, demokratischen Deutschland neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, dem Blutvergießen in Europa ein Ende macht und die Knechtung der europäischen Länder durch die Weltimperialisten unmöglich macht.

Die Erfahrung des letzten Krieges hat gezeigt, daß das deutsche und das sowjetische Volk in diesem Kriege die größten Opfer gebracht haben, daß diese beiden Völker die größten Potenzen in Europa zur Vollbringung großer Aktionen von Weltbedeutung besitzen. Wenn diese beiden Völker die Entschlossenheit an den Tag legen werden, für den Frieden mit der gleichen Anspannung ihrer Kräfte zu kämpfen, mit der sie den Krieg führten, so kann man den Frieden in Europa für gesichert halten.

Wenn Sie so den Grundstein für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland legen, vollbringen Sie gleichzeitig ein großes Werk für ganz Europa, indem Sie ihm einen festen Frieden gewährleisten.

Sie brauchen nicht daran zu zweifeln, daß Sie, wenn Sie diesen Weg einschlagen und den Frieden festigen, eine große Sympathie und aktive Unterstützung aller Völker der Welt finden werden, darunter auch des amerikanischen, englischen, französischen, polnischen, tschechoslowakischen, italienischen Volkes, schon gar nicht zu reden vom friedliebenden Sowjetvolk.

Ich wünsche Ihnen Erfolg auf diesem neuen glorreichen Wege.

Es lebe und gedeihe das einheitliche, unabhängige, demokratische, friedliebende Deutschland!

13. Oktober 1949

J. Stalin

Neues Deutschland (B) vom 14. Oktober 1949.

Telegramm des Vorsitzenden des Rates der Zentralen Volksregierung der Volksrepublik China, Mao Tse-tung, vom 16. Oktober 1949 an den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, und den Ministerpräsidenten, Otto Grotewohl

Im Namen der Zentralregierung der Volksrepublik China und des chinesischen Volkes begrüße ich auf das wärmste die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik und beglückwünsche Sie, Herr Wilhelm Pieck, und Sie, Herr Otto Grotewohl, zu Ihrer Wahl zum Präsidenten und Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik bedeutet eine grundlegende Änderung in der deutschen Geschichte. An Stelle der Monopolkapitalisten und Großgrundbesitzer, der einstigen Beherrscher Deutschlands, ist das Volk der Herr Deutschlands geworden. Mit der Schaffung der Deutschen Demokratischen Republik ist Deutschland, das zwei Weltkriege verursachte und das Zentrum des Militarismus und Faschismus war, in die Reihen der volksdemokratischen Länder getreten. Das bedeutet eine entscheidende Niederlage der verbrecherischen Politik der imperialistischen Front unter Führung der reaktionären USA-Regierung, die nach dem zweiten Weltkrieg Deutschland spalten und es zu einem reaktionären Staat und zu einer Kriegsbasis machen wollte. Das ist ein großer Sieg des Weltlagers des Friedens und der Demokratie unter Führung der Sowjetunion.

Das deutsche und das chinesische Volk stehen beide im großen Kampf gegen den Imperialismus in vorderster Front, und wir sind außerordentlich erfreut über die Proklamation der Deutschen Demokratischen Republik. Die besten Wünsche für die Wiederherstellung der Einheit und die täglich zunehmende Stärkung Deutschlands unter Führung der Volkskräfte. Die besten Wünsche für die immer enger werdende Freundschaft zwischen dem deutschen und dem chinesischen Volk.

Mao Tse-tung

Archiv des Präsidenten
der Deutschen Demokratischen Republik.

Telegramm des Vorsitzenden der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei, Boleslaw Bierut, vom 15. Oktober 1949 an die Vorsitzenden der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl

Aus Anlaß der Bildung der Deutschen Demokratischen Republik und der Wahl des Genossen Pieck zum Präsidenten und des Genossen Grotewohl zum Ministerpräsidenten der Regierung dieser Republik entbieten wir Ihnen im Namen der Massen der polnischen Werktätigen unsere herzlichsten Glückwünsche und wünschen Ihnen fruchtbare Arbeit zum Wohle des deutschen Volkes und für die Festigung des Friedens.

Die Bildung der Deutschen Demokratischen Republik, die dank der Zerschlagung des Faschismus durch die von Generalissimus Stalin geführte Sowjetunion und dank der Erhebung der demokratischen Kräfte der deutschen Nation ermöglicht wurde, stellt ein bedeutsames Ereignis in der Geschichte Europas dar. Durch sie wurde der aggressiven Politik der anglo-amerikanischen Imperialisten, die die Einheit Deutschlands spalten und alles daransetzen, in Westdeutschland eine gegen die friedliebenden Nationen gerichtete Militärbasis zu schaffen, ein empfindlicher Schlag versetzt.

Die polnischen Arbeiter denken daran, daß die deutschen Antifaschisten mit dem heldenhaften Führer des deutschen Proletariats, Ernst Thälmann, an der Spitze die ersten Opfer der Nazikerker¹⁶ und Konzentrationslager waren. Die Deutsche Demokratische Republik ist die Erfüllung des Trachtens der besten Söhne des deutschen Volkes, die niemals an dem Sieg der Ideale der Demokratie und des Fortschritts über die Nazibarbarei gezweifelt haben.

Die polnische Nation begrüßt die Errichtung der Deutschen Demokratischen Republik, die ein für allemal mit der verhängnisvollen und schändlichen Tradition des „Dranges nach Osten“ gebrochen hat und die die Oder und Neiße als Grenze des Friedens betrachtet. Gutnachbarliche Beziehungen zwischen Polen und Deutschland sind ein unerläßlicher Beitrag zur Sache des Weltfriedens. Sie sind einer der Faktoren, an denen die Ränke der Kriegsprovokateure, die zum Zwecke einer neuen Aggression den Revisionismus und Chauvinismus entfachen, zerbrechen werden.

Wir glauben, daß das neue Deutschland, das demokratische und friedliebende Deutschland, ein wichtiger Bestandteil des Weltfriedenslagers sein wird, an dessen Spitze die unüberwindliche Sowjetunion steht. In Ihrem Kampfe gegen die Kräfte der Reaktion und der imperialistischen Kriegsbrandstifter, im Kampf für ein geeintes, unabhängiges, friedliches und demo-

¹⁶ In Tägliche Rundschau vom 16. Oktober 1949: Nazihenker.

kratisches Deutschland werden Sie die Unterstützung und die Solidarität der polnischen werktätigen Klasse und des polnischen Volkes finden.

Neues Deutschland (B) vom 16. Oktober 1949.

Grußbotschaft des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei vom 13. Oktober 1949 an das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Anläßlich der Bildung der Deutschen Demokratischen Republik und der Ernennung der provisorischen Regierung, mit Genossen Grotewohl an der Spitze, senden wir Ihnen im Namen der Kommunistischen Partei der ČSR die herzlichsten Grüße. Insbesondere begrüßen wir die Wahl des alten und bewährten Kämpfers der Arbeiterklasse, Genossen Wilhelm Pieck, zum Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik. Die Deutsche Demokratische Republik, die sich auf die demokratischen und friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes stützt, ist ein neuer bedeutender Faktor des internationalen Kampfes für den Frieden, gegen die Kräfte des Imperialismus.

Das tschechoslowakische Volk, das in der Vergangenheit als nächster Nachbar Deutschlands wiederholt das Opfer der imperialistischen Aggression seiner regierenden Klassen wurde, ist sich bewußt, daß die Bildung der Deutschen Demokratischen Republik ein historischer Meilenstein auf dem Wege zum Sieg der Volksmassen Deutschlands ist. Es ist dies ein Schlag gegen die kriegslüsternen Kräfte, die durch die Bildung des westdeutschen Staates und der Bonner Marionettenregierung versuchen, die Entwicklung eines einheitlichen demokratischen Deutschlands aufzuhalten. Die Bildung der Deutschen Demokratischen Republik, gestützt auf die friedliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, ist der Weg zur Sicherstellung der friedlichen Entwicklung eines einheitlichen und friedliebenden Deutschlands. Für die Tschechoslowakische Republik und das tschechoslowakische Volk bedeutet dieses Ereignis einen bedeutsamen Schritt zur Festigung ihrer Sicherheit und ihrer Friedensbestrebungen.

13. Oktober 1949

Zentralkomitee
der Kommunistischen Partei
der Tschechoslowakei

Abschrift, IML-Archiv.

Telegramm des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Bulgariens vom 15. Oktober 1949 an den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Genossen Wilhelm Pieck

Teurer Genosse Pieck!

Anläßlich der Verkündung der Deutschen Demokratischen Republik und Ihrer Wahl zum Präsidenten der Republik sendet Ihnen, dem erprobten Kämpfer für Demokratie und Sozialismus, das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Bulgariens die herzlichsten Grüße.

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik ist ein weiterer großer Sieg der demokratischen Welt über die imperialistischen Kriegsbrandstifter, die mit aller Kraft die Demokratisierung des deutschen Volkes zu verhindern und es zugunsten ihrer aggressiven Ziele auszunutzen versuchen. Sie ist eine erneute Bestätigung für die aufrichtige und konsequente Politik der

Sowjetunion für die Festigung des Friedens, der Demokratie und die Anerkennung der nationalen Unabhängigkeit der Völker. Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik wird dem deutschen Volk in seinem Kampf für die Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit helfen, die von den anglo-amerikanischen Imperialisten und ihren Helfershelfern, den rechtssozialistischen Führern, zerstört worden ist. Sie wird zu einem gerechten Friedensvertrag, zur Wiederherstellung der Souveränität der deutschen Nation und ihrem endgültigen Beitritt zum Lager des Friedens und der Demokratie beitragen.

Wir sind überzeugt, daß die demokratischen Kräfte des deutschen Volkes nicht zulassen werden, daß die Imperialisten ihre räuberischen Pläne für die Wiedergeburt der Reaktion, des Faschismus und Militarismus in Deutschland, für die Wiederherstellung der Herrschaft der vom anglo-amerikanischen Kapital abhängigen deutschen Monopole verwirklichen. Die demokratischen Kräfte des deutschen Volkes werden nicht zulassen, daß das Land Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns in eine Kolonie verwandelt wird.

In seinem Kampfe um das freie, uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht, für die Errichtung eines einheitlichen, friedlichen und demokratischen Deutschlands wird das deutsche Volk von allen fortschrittlichen Menschen in der Welt, von allen Ländern des demokratischen Lagers mit der Sowjetunion an der Spitze, unterstützt.

Es lebe die Deutsche Demokratische Republik und ihr Präsident, Genosse Wilhelm Pieck!

Es lebe die Front des Friedens und der Demokratie mit der großen Sowjetunion an der Spitze!

Es lebe der Führer und Lehrer der Völker, der große Stalin!

Zentralkomitee
der Kommunistischen Partei Bulgariens

Archiv des Präsidenten
der Deutschen Demokratischen Republik.

Telegramm des Vorsitzenden des Präsidiums der Großen Nationalversammlung der Rumänischen Volksrepublik, C. I. Parhon, vom 13. Oktober 1949 an den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck

Anläßlich Ihrer Wahl zum Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik sende ich Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche.

Das rumänische Volk verfolgt mit Vertrauen den Kampf der demokratischen Kräfte in Ihrem Lande, der unter der Führung der Arbeiterklasse gegen den Faschismus und Militarismus ausgefochten wird.

Es wünscht dem deutschen Volk Erfolg und hegt den aufrichtigen Wunsch, daß das demokratische Deutschland zu einer mächtigen Bastion im Friedenslager wird, welches unter der Führung der Sowjetunion entschlossen gegen die Anstifter eines neuen Krieges kämpft.

C. I. Parhon
Vorsitzender des Präsidiums
der Großen Nationalversammlung
der Rumänischen Volksrepublik

Archiv des Präsidenten
der Deutschen Demokratischen Republik.

Telegramm des Ministerpräsidenten der Ungarischen Volksrepublik, István Dobi vom 15. Oktober 1949 an den Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Otto Grotewohl

Gestatten Sie, Herr Ministerpräsident, daß ich Ihnen aus Anlaß der Schaffung der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik im Namen der Ungarischen Regierung und des ungarischen Volkes die alleraufrichtigsten Glückwünsche übermittele. Ich bin davon überzeugt, daß die unter Ihrer Führung stehende Regierung aus den Trümmern der fürchterlichen faschistischen Vernichtung ein einheitliches, demokratisches, unabhängiges Deutschland aufbauen wird, das ein standhaftes Mitglied des von der Sowjetunion geführten Friedenslagers sein wird. Das ungarische Volk, das gleichfalls aus eigener Erfahrung die Verheerungen des Faschismus und des Krieges kennt, wünscht aufrichtig, daß das neugeborene demokratische Deutschland in den Reihen der freiheitliebenden Völker der Welt gegen die imperialistischen Kräfte, die einen neuen Weltkrieg vorbereiten, und für die Sicherung einer friedlichen Entwicklung der Völker kämpfen wird.

István Dobi

Ministerpräsident

der Ungarischen Volksrepublik

Abschrift, IML-Archiv.

Stellungnahme des Politischen Büros der Kommunistischen Partei Frankreichs vom 20. Oktober 1949 zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

Nach der Konstituierung der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt das Politische Büro die Errichtung der Deutschen Demokratischen Republik als den höchsten Ausdruck der demokratischen und friedliebenden Kräfte Deutschlands, deren Unterstützung gegen jedes Wiederaufleben des Nazismus und Militarismus im Interesse des französischen Volkes liegt.

Die Errichtung der Deutschen Demokratischen Republik in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone, in der die Potsdamer Beschlüsse über die Entnazifizierung und Entmilitarisierung getreu durchgeführt worden sind, unterstreicht den ganzen Unterschied zwischen der Politik der Sowjetunion und der Politik der Westmächte in Deutschland.

Während Adenauer in der Rolle eines amerikanischen Gauleiters Westdeutschland zu einem Stützpunkt der Aggression im Hinblick eines neuen Krieges zu machen bestrebt ist, eröffnet die Errichtung der Deutschen Demokratischen Republik den Deutschen nicht etwa den Weg zu neuen Massakern, sondern die Perspektive einer friedlichen Zusammenarbeit mit den anderen Völkern.

Während die Adenauer und Schumacher unter Ermutigung durch die anglo-amerikanischen Imperialisten und die Pariser Regierung, die auf die den Opfern der Hitleraggression zustehende Wiedergutmachung verzichtet haben, unter den Deutschen den Geist der Revanche züchten, anerkennen die Führer der Deutschen Demokratischen Republik den historischen Fehler und die Verantwortung des deutschen Volkes. Sie anerkennen loyal die Verpflichtungen und Zahlungen der Reparationen, die in den Beschlüssen vorgesehen sind.

Im Bewußtsein einer Politik, die mit der Verteidigung unserer Sicherheit und der Wahrung der Rechte Frankreichs auf Wiedergutmachung überein-

stimmt, erblickt das Politische Büro in der Bildung der Deutschen Demokratischen Republik ein Unterpfand des Friedens in Europa und in der Welt. Es erblickt in diesem Ereignis einen schweren Schlag gegen den Kriegsplan der Imperialisten und die Pläne, die auf der Anerkennung des Chauvinismus, des Militarismus und des Hitlerismus in Deutschland beruhen, wie es die Lage in den westlichen Zonen beweist.

Die feste und weise Politik der UdSSR, die wieder einmal der Sache des Friedens einen Dienst erwiesen hat, gibt dem deutschen Volk die Möglichkeit, in wirksamer Weise seinen Willen zu bekräftigen, sich nicht zum Werkzeug der amerikanischen und englischen Kriegstreiber machen zu lassen.

Das Politische Büro begrüßt in der historischen Botschaft des Genossen Stalin an den Präsidenten Wilhelm Pieck und an den Ministerpräsidenten Otto Grotewohl eine erneute Bestätigung der Friedenspolitik der Sowjetunion, die bereits mitten im Kriege von Generalissimus Stalin bejaht und in den Beschlüssen von Potsdam auf der Grundlage der politischen und wirtschaftlichen Demokratisierung Deutschlands bekräftigt wurde.

Das französische Volk ist der Meinung, daß die Errichtung der Deutschen Demokratischen Republik den nationalen Interessen Frankreichs entspricht. Denn „die Existenz eines friedliebenden demokratischen Deutschlands neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion schließt die Möglichkeit neuer Kriege in Europa aus, macht dem Blutvergießen in Europa ein Ende und macht die Knechtung der europäischen Länder durch die Weltimperialisten unmöglich“ (Stalin).

Das Politische Büro ist der Meinung, daß es die Pflicht aller französischen Patrioten und Demokraten ist, die demokratischen und friedliebenden Kräfte zu unterstützen, die für die Festigung der neuen Deutschen Demokratischen Republik und für die Einbeziehung Gesamtdeutschlands in die Weltfront des Friedens, die von der großen und mächtigen Sowjetunion geführt wird, kämpfen.

Das Politische Büro
der Kommunistischen Partei Frankreichs

Neues Deutschland (B) vom 23. Oktober 1949.

Grußbotschaft des Föderationskomitees des Unterelsaß der Kommunistischen Partei Frankreichs vom 31. Oktober 1949 an den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Wilhelm Pieck

Das Föderationskomitee des Unter-Elsaß der Kommunistischen Partei Frankreichs, tagend in Strasbourg am 30. Oktober 1949, begrüßt die Deutsche Demokratische Republik unter der Führung von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, erproben und der Sache der Arbeiterklasse ergebenden Kämpfen.

Die werktätige Bevölkerung des Elsaß und insbesondere Strassburgs, Wiege der Marseillaise und Stadt Goethes, sieht im Entstehen der deutschen demokratischen und friedliebenden Republik eine wertvolle Garantie zur Erhaltung des Friedens und zur Verständigung unter den Völkern.

Die deutsche Arbeiterklasse, welche dank der Unterstützung der Sowjetunion den Weg des Friedens mit den Völkern der Volksdemokratien und allen fortschrittlichen Kräften der übrigen Länder beschritten hat, wird auf diesem Wege stets die Sympathie der elsässischen Bevölkerung finden.

Abschrift, IML-Archiv.

Proletarischer Internationalismus zur Gründung der DDR

*Brief des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der Kommunistischen Partei
Britanniens, Harry Pollitt, vom 12. Oktober 1949 an den Präsidenten der
Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck*

Teurer Genosse Pieck!

Ich schreibe Ihnen im Auftrage des Exekutivkomitees der Kommunistischen Partei, um Ihnen unsere herzlichsten brüderlichen Grüße und Glückwünsche zu Ihrer Wahl als erster Präsident der Deutschen Demokratischen Republik zu übermitteln.

Die Bildung der provisorischen deutschen Regierung ist ein historischer Schritt auf dem Wege zur Schaffung eines neuen, friedlichen, demokratischen Deutschlands, und wir sind gewiß, daß sie ihre Verpflichtungen dem deutschen werktätigen Volk gegenüber erfüllen und damit einen außerordentlichen Beitrag zu einem dauerhaften Frieden in der Welt leisten wird.

Unsere Partei in Britannien kämpft gegen die Politik der britischen und amerikanischen Imperialisten, die Deutschlands Spaltung aufrechterhalten wollen.

Sie beabsichtigen, Westdeutschland zu einer Kolonie des amerikanischen Imperialismus und zu einer Basis für den aggressiven Krieg gegen die Sowjetunion und die Arbeiter der Welt auszubauen.

Die Interessen des deutschen Volkes erfordern ebenso wie die des britischen Volkes, daß diesen Bemühungen der Imperialisten Einhalt geboten und ein geeintes demokratisches Deutschland geschaffen wird.

Der Beschluß der sowjetischen Regierung, der provisorischen deutschen Regierung die Zivilverwaltung zu übergeben, stellt einen starken Schlag gegen die verbrecherischen Pläne der Kriegstreiber dar.

Er ist ein neuer Beweis dafür, daß die große sozialistische Sowjetunion der Verteidiger des Friedens, der Verfechter der Potsdamer Beschlüsse ist und daß sie die berechtigten Forderungen des deutschen Volkes nach einem geeinten demokratischen Deutschland unterstützt.

Wir versichern, daß wir unsere Bemühungen fortsetzen werden, um die Bande der Freundschaft zwischen der englischen und deutschen Arbeiterklasse und unseren Kampf gegen die Imperialisten, die die Zukunft unserer beiden Länder bedrohen, zu verstärken. Wir vertrauen darauf, daß das deutsche Volk unter Ihrer Führung einer Zukunft des Friedens, der Demokratie und des Wohlstands entgegengeht.

Es lebe Wilhelm Pieck, der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik!

Es lebe die Deutsche Demokratische Republik!

Es lebe die Freundschaft zwischen der deutschen und englischen Arbeiterschaft!

Es lebe die große Sowjetunion, Verteidiger des Friedens und der Demokratie!

Mit brüderlichen Grüßen

Harry Pollitt
Generalsekretär

Abschrift, IML-Archiv.

Grußtelegramm der Partei der Arbeit der Schweiz vom 15. Oktober 1949 an das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Die Partei der Arbeit der Schweiz sendet Ihnen, besonders den Genossen Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, brüderliche Grüße und Glückwünsche zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Die Gründung, Festigung und Weiterentwicklung der Deutschen Demokratischen Republik bedeutet einen großen Schritt vorwärts zur Sicherung des Friedens in Europa und eine Garantie gegen einen neudeutschen Militarismus im Dienste der Imperialisten und der Weltreaktion. Die Partei der Arbeit der Schweiz wird alles tun, um im Schweizer Volke die Gefühle der Freundschaft gegenüber einem wirklich demokratischen, fortschrittlichen und für den Völkerfrieden einstehenden Deutschland zu wecken und zu festigen.

Partei der Arbeit der Schweiz

15. Oktober 1949

Abschrift, IML-Archiv.

Telegramm des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Finnlands vom 14. Oktober 1949 an den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck

Die Kommunistische Partei Finnlands sendet Ihnen und der Sozialistischen Einheitspartei anlässlich der Bildung der Deutschen Demokratischen Republik, die einen neuen entscheidenden Schritt auf dem Wege der Entwicklung Deutschlands zu einer Festung des Friedens und der Demokratie bedeutet, ihre brüderlichen Grüße.

Wir wünschen der neuen Republik und Ihnen als ihrem Präsidenten Glück und Erfolg im Kampfe für die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands, für die glückliche Zukunft des deutschen Volkes.

Politbüro des Zentralkomitees
der Kommunistischen Partei Finnlands

Ville Pessi	Aimo Alltonen
Generalsekretär	Vorsitzender

Archiv des Präsidenten
der Deutschen Demokratischen Republik.

Grußschreiben des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Griechenlands vom 16. Oktober 1949 an die Genossen Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl

Liebe Genossen!

Die Kämpfer des demokratischen Griechenlands haben mit großer Freude von der Proklamation der Deutschen Demokratischen Republik und von der Bildung ihrer provisorischen Regierung erfahren. Dieses Ereignis wird zur demokratischen Einigung und zum Wiederaufblühen Deutschlands führen und die internationale demokratische Front, mit der Sowjetunion an der Spitze, festigen. Es flößt unseren Kämpfern den festen Glauben ein, daß trotz der Schwierigkeiten das griechische Volk sich endlich von dem Joch des Imperialismus und Monarchofaschismus freimachen wird.

Wir senden Ihnen unsere besten Grüße und Wünsche.

Abschrift, IML-Archiv.

Grußtelegramm des Ersten Vorsitzenden des Zentralrates der polnischen Gewerkschaften, Alexander Zawadski, vom 16. Oktober 1949 an den Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes

Der Zentralrat der Gewerkschaftsverbände Polens grüßt mit Begeisterung im Namen der in den Gewerkschaftsverbänden organisierten Arbeiterklasse und schaffenden Intelligenz Polens die Bildung der Deutschen Demokratischen Republik und übersendet dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund und über ihn der ganzen deutschen Arbeiterklasse aufrichtige Glückwünsche und proletarischen Gruß. Die Entstehung des deutschen demokratischen Staates und seine Zusammenarbeit mit dem Lager des Friedens und der Demokratie auf der ganzen Welt, mit der großen Sowjetunion an der Spitze, stellt einen gewichtigen Beitrag zum Werk der Erhaltung des Friedens in Europa dar und durchkreuzt die räuberischen Pläne der Imperialisten in der ganzen Welt. Die gemeinsame Friedensdemonstration der Arbeiterklasse Polens und Deutschlands am 2. Oktober an unserer Grenze an der Oder und Neiße war der Ausdruck der Zusammenarbeit zwischen den polnischen und deutschen Gewerkschaften im Kampf um Frieden und Fortschritt. Die Erklärung des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, und des Ministerpräsidenten, Otto Grotewohl, daß das deutsche Volk die Grenze an der Oder-Neiße als Friedensgrenze in Europa betrachtet, stärkt den Glauben der polnischen Nation an die Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen Polen und der Deutschen Demokratischen Republik. Wir versichern Euch, Genossen, daß Euer Kampf um ein friedliches und demokratisches Deutschland, um die Wiederherstellung seiner durch die imperialistische Politik der anglo-amerikanischen Kriegstreiber bedrohten Einheit stets auf die Sympathien und die Unterstützung der werktätigen Massen Polens rechnen kann. Wir geben unserer Überzeugung Ausdruck, daß die Zusammenarbeit zwischen unseren und Euren Gewerkschaften sich immer mehr entwickeln wird zum Wohle unserer Völker und im Interesse aller friedliebenden Völker der Welt.

Tribüne vom 17. Oktober 1949.

Grußbotschaft der Revolutionären Gewerkschaftsbewegung der Tschechoslowakei an den Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes

Werte Kollegen,

die Werktätigen der Tschechoslowakei, organisiert in der Revolutionären Gewerkschaftsbewegung, begrüßen mit Freuden die Bildung der demokratischen Regierung Deutschlands als wirkliche Regierung des deutschen Volkes. Die Erklärung Wilhelm Piecks — des erprobten Kämpfers der deutschen Arbeiterklasse, der zum Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik gewählt wurde —, daß das Programm der Deutschen Demokratischen Republik die Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, den Volksdemokratien und allen friedliebenden Kräften der Welt ist, ist uns Garantie für die demokratische Entwicklung Ostdeutschlands zugunsten des deutschen Volkes, des Fortschritts und des Friedens auf der ganzen Welt.

Das tschechoslowakische Volk erkennt die große Bedeutung der Worte des Genossen Pieck, daß er die Oder-Neiße-Grenze als die Grenze des Friedens betrachtet, und ist überzeugt, daß das neue, demokratische Deutschland nichts anderes will als die engste, freundschaftliche wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit mit unserer Republik. *Zum erstenmal in unserer Geschichte haben wir an unserer nördlichen Grenze einen deutschen Staat, dessen*

Interessen nicht im Widerspruch zu den Lebensinteressen unseres Volkes stehen.

Das tschechoslowakische werktätige Volk sieht in Westdeutschland eine große Gefahr entstehen und ist überzeugt, daß die Bildung der Deutschen Demokratischen Republik unter der Führung erprobter Kämpfer für die Rechte der Werktätigen, in Übereinstimmung mit den Potsdamer Beschlüssen, der richtige Weg zur Einigung Deutschlands ist und daß ein einiges, demokratisches Deutschland die beste Gewähr für den Weltfrieden und Fortschritt sein wird.

Mit gewerkschaftlichem Gruß

Vizepräsident

gez.: *Vaclav Cipro*

FDGB-Pressedienst vom 28. Oktober 1949,

Internationale Gewerkschaftsnachrichten, Blatt 3/4.

Geschäftsführender 2. Sekretär

gez.: *Josef Kolsky*

Grußtelegramm des Allgemeinen Französischen Gewerkschaftsbundes (CGT) an den Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes

Anläßlich der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik sendet der Allgemeine Gewerkschaftsbund Frankreichs den deutschen Arbeitern und demokratischen Organisationen im Namen der französischen Arbeiter seinen Glückwunsch und aufrichtigste Wünsche.

Laßt uns alle zusammen an der Festigung der Friedenskräfte wirken, um den sozialen Fortschritt und eine bessere Zukunft für die Arbeiter der ganzen Welt zu sichern.

Frachon Le Leap

Generalsekretäre der CGT

FDGB-Pressedienst vom 17. Oktober 1949,

Glückwünsche der Brudergewerkschaften, Blatt 2.

Schreiben des französischen Metallarbeiterverbandes an den Zentralvorstand der IG Metall

Liebe Kollegen,

im Namen seiner 700 000 Mitglieder beglückwünscht unser Verband das deutsche Volk und besonders die Metallarbeiter zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik.

Dieses wichtige Ereignis verstärkt die Friedenskräfte der Welt. Wir sind überzeugt, daß die deutsche Arbeiterklasse und insbesondere die Metallarbeiter an der Spitze der demokratischen Kräfte in Deutschland stehen.

Mit unseren besten Wünschen für einen vollen Erfolg empfangt, liebe Kollegen, unsere brüderlichen gewerkschaftlichen Grüße.

Für den Verband der Metallarbeiter
Frankreichs und der Kolonien

Der Generalsekretär

gez.: *A. Croizat*

FDGB-Pressedienst vom 15. November 1949,

Internationale Gewerkschaftsnachrichten, Blatt 1.

Aus der Grußbotschaft der Delegiertenkonferenz des Metallarbeiterverbandes des Seine-Departements an den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund

Die deutsche Arbeiterklasse schreitet damit auf dem Wege weiter, der ihr von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Ernst Thälmann und

Proletarischer Internationalismus zur Gründung der DDR

allen Kämpfern gegen den Faschismus vorgezeichnet wurde. Die Pariser Metallarbeiter betrachten die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik als einen sicheren Faktor für den Frieden. Getreu dem Geist ihres Kollegen Timbaud, der bis zu seinem letzten Atemzuge nicht das Vertrauen zur deutschen Arbeiterklasse verlor, sind sie entschlossen, ein brüderliches Band zu knüpfen mit allen deutschen Demokraten, die für die Einheit Deutschlands, gegen Faschismus und Krieg kämpfen.

FDGB-Pressedienst vom 18. November 1949,
Internationale Gewerkschaftsnachrichten, Blatt 1.

Grußadresse der Allgemeinen Arbeitergewerkschaft der chemischen und ähnlicher Industrien des Pariser Gebietes vom 12. Oktober 1949 an den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck

Herr Präsident!

Die Allgemeine Arbeitergewerkschaft der chemischen Industrien des Pariser Gebietes begrüßt mit Freude die Geburt der Deutschen Demokratischen Republik.

Wir sind überzeugt, daß die Ausrufung der demokratischen Republik unter den Arbeitern ganz Deutschlands einen großen Widerhall gefunden hat und in machtvoller Weise zur Entwicklung der Einheit des deutschen Volkes im Kampfe für Demokratie und Freiheit beitragen wird.

Die Ausrufung der demokratischen Republik wird in beträchtlichem Maße die Kräfte der Kämpfer für den Frieden in der Welt verstärken, die mit der Unterstützung der UdSSR und ihrem Führer Stalin die Kriegshetzer zurückdrängen werden.

Wir haben niemals das deutsche Volk mit den Hitleristen verwechselt, und wir wünschen Ihnen die Verwirklichung des friedliebenden Deutschlands, das Ernst Thälmann wollte.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, mit unseren Wünschen für die Verwirklichung einer einheitlichen deutschen demokratischen Republik den Ausdruck unserer vollkommenen Hochachtung.

Für die Gewerkschaft

Der Generalsekretär

gez.: A. Ernoult

SED-Pressedienst vom 24. Oktober 1949, Nachrichten, S. 1-2.

Glückwunschtelegramm des Büros des Weltkomitees der Kämpfer für den Frieden an das Deutsche Komitee der Kämpfer für den Frieden anlässlich der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

Das Büro des Weltkomitees der Kämpfer für den Frieden richtet seinen Gruß an das Deutsche Komitee der Kämpfer für den Frieden anlässlich der Errichtung der Deutschen Demokratischen Republik. Es sieht in der demokratischen Einheit des deutschen Volkes ein wesentliches Unterpfand für einen dauerhaften Frieden in Europa und wünscht Ihrem Komitee vollen Erfolg in dem Kampf, den es führt, um Ihr Volk in der Aktion mit allen Friedenskämpfern der Welt zu vereinigen.

Tägliche Rundschau vom 21. Oktober 1949.

Grußschreiben des Spanisch-Republikanischen Friedenskomitees in Berlin von Mitte Oktober 1949 an den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Wilhelm Pieck

Hochverehrter Herr Präsident!

Eine Gruppe von gegen Franco gerichteten spanischen Emigranten, die heute im Schoße des deutschen Volkes Schutz und Zuflucht gefunden haben, beehrt sich, sich an Sie, Exzellenz, zu wenden, um der neuerstandenen Deutschen Demokratischen Republik ihren ergebenen Gruß zu entbieten.

Und wir wünschen von Herzen, daß dieses arbeitsame und gebildete Volk erfolgreich in die internationale Familie der freien und demokratischen Völker aufsteige.

Wir, die wir das wirkliche Volk, das uns aufgenommen hat und mit dem wir schon seit langem nun sein Schicksal teilen, genau kennen, sind davon felsenfest überzeugt, daß mit Hilfe der Volksdemokratien und unserer gemeinsamen und machtvollen Freundin, der Sowjetunion, an der Spitze, die neue Deutsche Demokratische Republik den ehrlich verdienten Triumph erringen wird.

Den Triumph nämlich, das hohe, von allen Völkern ersehnte Ziel eines dauerhaften Friedens zu erreichen und die gemeinsamen Wünsche und Bestrebungen der Kultur damit zu krönen.

Salut! Salut! Salut!

der jungen Deutschen Demokratischen Republik!

Spanisch-Republikanisches Komitee
für den Frieden

Archiv des Präsidenten
der Deutschen Demokratischen Republik.

Glückwunschschreiben der Vereinigung demokratischer Deutscher in Uruguay vom 15. Oktober 1949 an den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Wilhelm Pieck

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Vereinigung demokratischer Deutscher in Uruguay gestattet sich, Ihnen zur Wahl zum Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik ihre herzlichsten Glückwünsche zu übermitteln.

Ihre langjährigen politischen Erfahrungen und Ihr unermüdlicher Kampf für den Fortschritt sind eine Bürgschaft für die Sicherung des Friedens und des wirtschaftlichen Aufbaues.

Möge es Ihrem Willen und Kräften gelingen, die baldige Einigung Deutschlands und die Zusammenarbeit mit den Völkern Europas zu erreichen.

Die bisherigen Ergebnisse des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus in dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik mögen das deutsche Volk ermutigen, in diesem Sinne weiterzuarbeiten.

Mit besten Wünschen für Ihr Wohlergehen

Vereinigung demokratischer Deutscher
in Uruguay

Sekretär:
Ernst Koch

Präsident:
Otto Heumann

Archiv des Präsidenten
der Deutschen Demokratischen Republik.

ODA SCHULZE

Es geht um Abraum!

Dokumente des Kampfes einer Betriebsparteiorganisation
der SED um die Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe

Bei der Veröffentlichung von Dokumenten aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung haben wir uns daran gewöhnt, für den Historiker besonders interessante, seltene oder unbekannte Dokumente zu erwarten, die bisher schwer zugänglich waren bzw. neu aufgefunden wurden. Es sind dies fast ausschließlich Dokumente älteren Datums, d. h. aus der Zeit des Kampfes der Arbeiterklasse und ihrer Partei gegen Imperialismus, Militarismus, Faschismus und Krieg, allenfalls aus den ersten Jahren nach 1945.

In der Deutschen Demokratischen Republik, dem ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat in Deutschland, haben sich der Inhalt und auch die Formen des Kampfes der Arbeiterklasse grundlegend geändert. Militarismus und Imperialismus sind in diesem Teil Deutschlands endgültig vernichtet. Die Arbeiterklasse und alle Werktätigen haben unter der Führung der SED begonnen, den Sozialismus aufzubauen. Die Volksmassen wurden zu bewußten Gestaltern ihrer Zukunft, sie vollbringen gemeinsam mit der Partei der Arbeiterklasse und unter ihrer Führung gewaltige Leistungen. Jede Tat, die der ökonomischen und politischen Stärkung der DDR dient, ist ein Schlag gegen die Militaristen und Kriegstreiber in Westdeutschland. Diesen engen Zusammenhang, der zwischen dem Aufbau des Sozialismus in der DDR und der Sicherung des Friedens und der demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands besteht, erkennen immer mehr Arbeiter und Werktätige unserer Republik. Das zeigen unzählige Beispiele vom erfolgreichen Kampf der Arbeiterklasse der DDR um die Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe.

Wir veröffentlichen im Anhang einige Dokumente, die diesen Kampf anschaulich und lebendig widerspiegeln. Diese Dokumente besitzen eine große Aussagekraft und sind für alle an der Ausarbeitung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Beteiligten von Bedeutung. Sie stellen darüber hinaus eine wichtige Quelle für die Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung dar.

Zum besseren Verständnis sollen den Dokumenten einige Bemerkungen über ihre Vorgeschichte und ihre Auswirkungen vorangestellt werden.

Bei der Erfüllung des Kohle- und Energieprogramms sowie des Chemieprogramms der DDR kommt der Braunkohlenindustrie eine entscheidende Bedeutung zu. Deshalb führen die Arbeiter in diesen Be-

trieben einen energischen Kampf um die Erfüllung und Übererfüllung des Planes. Die hier veröffentlichten Dokumente sind nur eine kleine Auswahl aus einer ganzen Serie, die von der Parteiorganisation des Braunkohlenwerkes (BKW) Sedlitz, Kreis Senftenberg, herausgegeben wurden. Bis Anfang Februar 1959 geschah das durch die im Nordfeld eingesetzte Parteibrigade der Zentralen Parteileitung. Dann übernahm die Agit.-Prop.-Kommission der Betriebsparteiorganisation die Herausgabe der Flugblätter.

Das BKW Sedlitz gehörte früher zur Grube Ilse und damit zum Flick-Konzern. 1945 waren die vom Konzern eingesetzten Direktoren geflüchtet, ein Teil der verbliebenen Angestellten versuchte, die Inbetriebnahme des Werkes zu verhindern. Gegen diesen Widerstand brachten die Arbeiter die Produktion wieder in Gang.¹ 1946 ging der Betrieb offiziell in die Hände des Volkes über. Unter schwierigsten Verhältnissen wurde gearbeitet, aber es ging vorwärts.

Mehrere Jahre lang gelang es den Arbeitern nicht, ihren Plan zu erfüllen. Eine entscheidende Ursache dafür war, daß die Parteiorganisation ihren Aufgaben ungenügend gerecht wurde. Konzernhörige Angestellte konnten weiterhin einen schädlichen Einfluß ausüben. Mit Hilfe der Kreisleitung der Partei gelang es jedoch, einen Umschwung herbeizuführen. Der Betrieb konnte im Jahr 1957 erstmalig seinen Plan wieder erfüllen.

Die Genossen der BPO glaubten, damit eine Wende erreicht zu haben, aber Selbstzufriedenheit ist ein schlechter Ratgeber. 1958 rechnete der Betrieb wieder mit einem Planrückstand von etwa 800 000 m³ Abraum ab. Die Parteiorganisation des Betriebes begann mit der IV. Ökonomischen Konferenz des BKW im Dezember 1958 der ideologischen Erziehungsarbeit unter den Arbeitern größere Aufmerksamkeit zu schenken. Am 1. Januar 1959 erfüllten die Arbeiter gemeinsam mit den Funktionären der Partei, der Werkleitung und der Massenorganisationen ihren Tagesplan — doch danach ging die Planerfüllung im Nordfeld des Werkes wieder empfindlich zurück. Am 13. Januar 1959 hatte dieser Betriebsteil bereits einen Planrückstand von 10 000 m³ Abraum.

Jetzt gab es Großalarm in der Zentralen Parteileitung; sie faßte den Beschluß: eine Brigade der Partei wird zur Sicherung der täglichen Planerfüllung im Nordfeld eingesetzt.

Diese Brigade sah ihre Aufgabe nicht allein darin, an bestimmten Schwerpunkten durch ihren körperlichen Einsatz einen Durchbruch zu erzielen, sondern sie bemühte sich vor allem durch eine zielstrebige Aufklärungs- und Erziehungsarbeit, durch die Mobilisierung der Parteigruppen die Planerfüllung zu sichern.

Der Beschluß des Büros der Bezirksleitung Cottbus, jede Woche einen Tag der Parteigruppe durchzuführen, wurde in die Tat umgesetzt und

¹ Vgl. Entschließung der Delegiertenkonferenz des FDGB, Bezirk Senftenberg, vom 16. September 1945. In: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, Mai 1945 bis April 1946, Dietz Verlag, Berlin 1959, Dok. Nr. 62.

zuerst in den Parteigruppen Klarheit über die ökonomische Hauptaufgabe geschaffen. Die gesamte Parteiorganisation kämpfte nun geschlossen für die Überwindung liberalistischer Tendenzen, des Schlendrians, schlechter Arbeitsorganisation, unqualifizierter Leitungsmethoden und mangelhafter Arbeitsmoral.

Das Ergebnis dieser gemeinsamen und zielstrebigten Erziehungsarbeit war zunächst die immer deutlicher werdende Isolierung der negativen Elemente und die Übererfüllung des Monatsarbeitsauftrages² mit 20 Prozent im Monat Januar.

Als eine äußerst wirksame Unterstützung des Kampfes der Parteiorganisation erwiesen sich die anfangs täglich erscheinenden Flugblätter der Parteibrigade. Der Entwurf der Flugblätter wurde stets von den Brigademitgliedern mit den jeweiligen Parteigruppen beraten, in deren Arbeitsbereich Mängel kritisiert werden sollten. Ziel war, durch eine konkrete und harte Kritik, die eindeutig die Fehler und deren Urheber ohne Ansehen der Person und der Funktion beim Namen nennt, eine Veränderung der Lage herbeizuführen.

Anfangs erkannten noch nicht alle Kollegen und Genossen den Wert der Flugblätter als Mittel zur Überwindung von Schwächen in der Arbeitsorganisation, der Arbeitsmoral usw. Allmählich aber begannen sie zu begreifen, welch enger Zusammenhang zwischen dem eigenen Verhalten und der schlechten Planerfüllung bestand. Die erzieherische Kraft des Kollektivs machte sich bemerkbar, der Wettbewerb zwischen den einzelnen Brigaden erhielt einen neuen Inhalt, immer mehr Brigaden beschritten den Weg zur sozialistischen Gemeinschaftsarbeit.

Mitte Februar standen neben dem Kampf gegen schlechte Arbeitsmoral die Unzulänglichkeiten in der Arbeitsorganisation im Mittelpunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit. Die Reparatur des Baggers 581 spielte dabei eine große Rolle. Als Stimmen laut wurden, daß die Reparatur in zwölf Tagen nicht möglich sei, schaltete sich die Partei ein, half, und es wurde geschafft. Das Vertrauen der Arbeiter zur Partei wurde sichtlich gefestigt und gestärkt.

Die Arbeiter begannen, nicht mehr nur auf die eigene Planerfüllung zu achten, sondern auch auf die des Nebenmannes, der Reparaturbrigaden; sie fingen an, sich für die Erfüllung des Gesamtplanes mitverantwortlich zu fühlen.

Die starke Konzentration auf die Erfüllung des Abraumphanes, der für die Erfüllung des Kohleplanes in den Wintermonaten besonders wichtig ist, hinderte die Genossen aber nicht daran, auch auf die Verbesserung der Qualität in der Rohkohleförderung zu achten und dabei auf den engen Zusammenhang zwischen der Produktion des BKW und der Erfüllung des Chemieprogramms der DDR hinzuweisen.

Am 17. Februar 1959 hatte das Nordfeld schon einen Planvorsprung von 7 Tagen erkämpft und Ende März waren es 14 Tage!

² Der Monatsarbeitsauftrag ist eine Form des Leistungsprinzips, die im Tagebau angewandt wird und bei der das Plansoll des Monats entsprechend den geologischen und Witterungsbedingungen festgelegt wird.

Um diese Erfolge zu sichern, stellte die Partei zunächst die Aufgabe, in Zukunft in jedem Monat einen Tag Planvorsprung herauszuarbeiten. Die Reaktion der Arbeiter, die in einem der Flugblätter zum Ausdruck kam, war durchaus richtig: „In 3 Monaten haben wir 14 Tage geschafft, da werden wir doch in 6 Monaten 6 Tage schaffen!“

Dieses Ziel wurde jedoch weit überboten.

Nach weiteren drei Monaten konnten die Kumpel melden: 34 Tage Planvorsprung im 1. Halbjahr 1959!

Das „Sedlitzer Tempo“ ist heute in der ganzen DDR zu einem Begriff geworden. Die Arbeiter des BKW Sedlitz haben ihren Betrieb, der vor kurzem noch zu den schlechtesten in der DDR zählte, an die Spitze gebracht. Sie konnten ihre Verpflichtung — 20 Tage Planvorsprung als Geschenk zum 10. Jahrestag der DDR — auf 33 Tage, ja sogar auf 37 Tage erhöhen.

Die Losung der Betriebsparteiorganisation: *„Einst wurden wir BKW Schrott genannt — heute ist unser Sedlitzer Tempo bekannt!“*³ wird die Sedlitzer Kumpel, die am 1. Juni 1959 an der Spitze aller BKW der DDR standen und eine neue Wettbewerbsbewegung in der Braunkohlenindustrie entfachten, zu neuen Erfolgen führen.

Sie verdanken ihre Erfolge der beharrlichen Arbeit der Betriebsparteiorganisation, die sich als wahrer Führer und Organisator des Kampfes um die Planerfüllung erwiesen hat. Die Flugblattaktion war nur ein, wenn auch wichtiges Hilfsmittel bei der Erziehung der Menschen und der Erfüllung und Übererfüllung des Planes. Die hier wiedergegebenen Flugblätter gestatten einen guten Einblick in den Kampf der Partei in einem Betrieb der Deutschen Demokratischen Republik um die Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe.

³ Lausitzer Rundschau (Cottbus) vom 9. Juni 1959.



Es geht um Abraum

11. Ausgabe Nordfeld, den 29.1.1959 HLF Qualitäts

SIC IST ET

1. VZ Tag Planver sprung

ERLEBNIS DES NORDFELDES

Durch die großen Leistungen fast aller Kollegen gelang es uns, bis zum 29.1.1959 um 57.700 m³ über den Plan zu fördern. Das bedeutet, das wir bis zum heutigen Tag 1. VZ Tag Planver sprung erreicht haben. Aber immer noch gibt es einige Kollegen, die durch ihre schlechte Arbeitsmoral das geordnete Produktionschauf hemmen.

Falschenbericht:

Der Kollege Führer Adolf Scholz hat am 29.1.1959 erst um 22.45 Uhr in betrunkenem Zustand zur Nachtschicht.

Nach dem undisziplinierten Verhalten des Kollegen Scholz konnte die Kipparbeiten nicht richtig durchgeführt werden.

Auf diesen Handlungsweise verlor er den Respekt der Bergschicht "Vorwiegend".

Der Schichtmeister Kollege Günter Schwanke hat aus den Kritiken an der Bergschicht die richtigen Schlussfolgerungen gezogen. Er schickte den Kollegen Scholz nach Hause, gab ihm eine Fehlschicht und entzog ihm die Monatsvergütung.

Der Kollege Kollege Urbanek schickte

am 29.1.1959 um 11.15 Uhr (11. Schicht)

den Kollegen von Gruppe 6 zurück.

Grund: der Kollege war eine Scheinwerferbirne kaputt. Der Leuchte sollte eine Schicht verpasst und einen Elektriker holen.

Auf der Meinung, daß der Zugführer

mit der Schichtgruppe 6 selbst in der Lage

sein zu eine glatte auszuweichen.

Dadurch wurde ein Zug weniger in dieser

Schicht gegeben.

Kollegen des Nordfeldes

Es ist eine die Arbeitsproduktivität gestiegen!

Die Arbeitsmoral schädigt das Kollektiv!

Die Arbeitsmoral ist eine eigene Aufgabe!

Kriegs- und Friedens
im Nordfeld

Es geht um Abraum und Kohle

19. Ausgabe

Berndorf, den 7.2.1959

BKZ Gedichte

Warum erfüllte die Grube
ihren Plan nicht?

Wegen der guten Planübererfüllung im Abraum hat die Grube auch in der Anschleiförderung ihren Plan erfüllt und übererfüllt.

Auf Grund der Situation, daß der Bagger Kol in Planreparatur genommen werden mußte, schufte die Verteilung an, daß im Glückfeld 10 von T sowie in Berndorf 6 von T gehobene Kohle zu fördern sind.

Genosse Burigk und Genosse Kusatz:
Ihr habt die Pflicht, die Arbeit danach zu organisieren.

Genosse Burigk!

Mit Suchen von Mischuldigungen kann der Sozialismus nicht aufgebaut werden!

Stütze dich auf die Kraft der Arbeiterklasse, verteidige den Plan mit der Technologie!

Genosse Kusatz!

Du wirst ein guter Zahakämpfer im Sport.

Kämpfe auch in, so wie du jetzt nur um Arbeitskräfte kämpfst, um die Planübererfüllung.



Genosse Burigk, Genosse Kusatz!

Nicht jenseits, sondern handeln
beist die Lösung!

Wegscheider der Partei
in Berndorf

**Baustelle
581**

Es geht um Abraum

22. Ausgabe

Berndorf, den 12.2.1959

BSW Sedlitz

Der Termin wird gehalten!

In den späten Abendstunden des 10. Februar fand im Parteikabinett eine außerordentliche Sitzung zwischen Partei, BGL, Werkleitung und den Verantwortlichen der Abteilung Hauptmechanik und der M.-Werkstatt statt.
Es ging um die Einhaltung des Termins von 12 Tagen bei der Reparatur des Baggers 581.

Einige Funktionäre, an der Spitze die Abt. Hauptmechanik mit ihrem Abteilungsleiter, rechneten so, dass der Termin nicht eingehalten werden kann.

Partei, Gewerkschaft und Werkleitung wendeten aber eine andere Rechnungsmethode an; sie rechneten mit der Kraft der Arbeiterklassen.

Auf Euch, Kollegen Handwerker, kommt es an!

Der Plan im Abraum muss erfüllt und übererfüllt werden, deshalb muss der Termin der Baggerreparatur unbedingt gehalten werden.

Kollegen, arbeitet gewissenhaft, gründlich, leistet gute Qualitätsarbeit, duldet keinen Schländrian!



Ziel ist, das Gerät bis zum 20.2. fertigzustellen und am 21.2. in Betrieb zu nehmen.

Agit.-Prop.-Kommission
der Partei

**Arbeitsstelle
581**

**8
TAGE**

Es geht um Abbruch!

24. Ausgabe

Bordfeld, den 13.2.1957 Hfz. Sedlitz

ABBRUCH AN DIE KOLLEGEN DER MECHANISCHEN BERUFSTATT

Acht Tage stehen uns noch bis zur Fertigstellung der Reparatur des Motors 581 zur Verfügung. Die Reparaturbrigaden an diesem Gerät haben in den ersten Tagen große Leistungen vollbracht. Die geplanten Abschaltreparaturen wurden eingehalten und zum Teil vorfristig erfüllt.

Kollegen der Hoch.-werkstatt!

Es wird es liegen, ob die Reparatur am Motor 581 vorfristig beendet wird. Es kommt jetzt darauf an, daß die Unterwagen, das Flanier- und Mischflak usw. rechtzeitig zur Baustelle kommen. Stoppwerke, Schalter in Produktionsanlagen, an Arbeitsplätzen die Durchführung der Reparaturen in der Werkstatt, wie der Termin unterboten werden kann.

Kollegen!

Um mit unterstützen ihr den schweren Kampf der Kampfs in Abbruch.



Kollegen der Werkstatt! Verantwortet eure Verpflichtung, die anfallenden Reparaturen termingerecht auszuführen.

Agit.-Prop.-Kommission
der Partei

Es geht um Koble

SONDERAUSGABE FÜR
DEN GRUBENARBEITER

LAUSITZER RUNDschau

BNV Sedlitz, den 16.2.1959

BERLINER STREIT 18. 2. 1959 AUS

Beim 1. (Schichtverschiebung) des
Brikettfabrik "Clara Zetkin" in
den 25. Jahrestag wird auf der
diesjährigen Leipziger Frühjahrsmesse
erstmals mit einer neuent-
wickelten hervorragenden Brikett-
sorte vertreten sein. Im vergan-
genen Sonntag wurden in dieser
Fabrik die ersten Kugeln der
neuen Schichtsteine gepreßt.
Der Direktor des BN Sedlitz schen-
ken durch ein bisher unerreichtes
Schichtungsverhältnis der Koh-
lenkohle - etwa 20% Unfall-
abtrag (1) und ein Brikett-Kohle-
die Grundlage für die Produktion
der besten Briketts ein Brikett der
bisher produzierten Briketts einen
Brikett von 2000 kg, weisen
die neuen Briketts von "Clara Zet-
kin" einen Heizwert von 2000 kcal
auf.
Für die Anerkennung werden die
Briketts des BN Sedlitz ihre be-
sondere Qualität von dieser Sorte erhal-
ten.



KARL L. D. GRUBENARBEITER

Ihr habt im Monat Januar und Anfang Februar große Leistungen in der
Kohlenförderung vollbracht.
Die zum 15. Februar wurden 107,9 % erreicht.
Es kommt aber auch darauf an, daß neben der guten Produktionsleistung
eine einwandfreie Qualität in der Kohlenförderung zu leisten ist.
Vorgesetzter, Gewerkschaftler, Schichtensmeister von Kuppels (das
Grubenbetriebs)

Die Kritik in der Lausitzer Rundschau vom 14.2.59 beruht zu recht.
Denn nicht nur das BN Wittenberg, sondern auch das BN Grubenbach
wurden mit einer schlechten Qualität an Kohlen geliefert.

Durch diese verantwortungslosen Arbeiten habt ihr der Volkswirtschaft
einen großen Schaden zugefügt. Für den Schaden in den Brikettfabriken
"Clara Zetkin" und "Sonne" trägt ihr die volle Schuld.
Wir fordern von der Verwaltung, daß die Schuldfrage geklärt und die
Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.
Kampagne des Grubenbetriebs
durch das (Zweigprogramm) - Zu Kohlen und Schmelze -
Es ist schätzbar, daß in der Grube die Verbesserung.

Agil, Gruppe-Korrespondenz
des Lagers

Es geht um Abraum

30. Ausgabe Nordfeld/Südfeld, den 3.4.1959 NKS Sedlitz

**Wir halten unser
Sedlitzer Tempo ein!**

Über 70 Tage Planver sprung wurden bisher erreicht!
Das ist eine große und gute Leistung!
Jetzt geht es um die Erfüllung und Übererfüllung des Monatsarbeits-
auftrages April!
Unser Ziel:

**Im Monat April 1 Tag
Planver sprung**

Dieses Ziel ist zu schaffen!

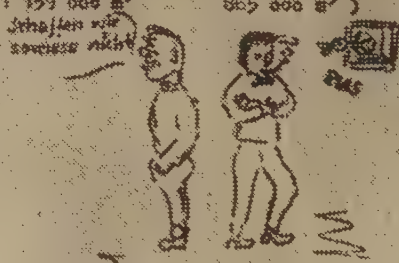
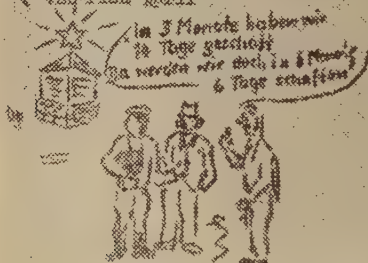
Dabei müssen wir das Geuer weiterhin fest in unserer Hand halten.
Was müssen wir tun?

1. Mit Schwung und Elan an diese Aufgabe herangehen
2. Alle Passivisten und Kesselscher aus dem Feld jagen
3. Beseitigung aller unnötigen Störungen
4. Die Vorschläge und Hinweise der Kampels beachten
5. Mit allen Mängeln kritisch auseinandersetzen
6. So weiter fahren wie im März

Die Tatsachen:

Gefahren im März
Monatsarbeitsauftr. April
(VBB-Plan April)

	Nordfeld	Südfeld
1	209 400 m	1 707 600 m
2	170 000 m	830 000 m
3	159 000 m	869 000 m



Unsere Lösung: "Kampf um die Erfüllung und Übererfüllung des Planes
im Monat April! Kampf gegen den Passivismus und
Sollandrian!"

Mit der Erfüllung und Übererfüllung unseres Planes schlagen wir
die Passivisten.

Agit.-Prop.-Kommission
der Partei

Es geht in Nordfeld

Sonderausgabe

882 Nordfeld, den 18.6.1959. BSW Sedlitz

GLIEDERUNGSSCHABLONEN DER BEZIRKSLEITUNG DER BSW
FÜR DEN 1. KAMPF

BSW - SEDLITZ - BESTES ARBEITERSCHICK DER REPUBLIK
IN DER PLANBEREITUNG

Südfeld vor Nordfeld!

1000 Kampfer aus Sedlitz!

Ihr habt seit Beginn des 7-Jahresplanes hervorragende Leistungen vollbracht und bis heute in der Arbeitsbewegung einen Planvorsprung von fast einem Monat herausgehoben.

Den bisherigen Höhepunkt in eurer Arbeit konstatiert ihr am Sonntag, den 14. Juni 1959 mit einer fantastischen Leistung von 111.400 M³ erreichte.

Mit solchen Ergebnissen steht ihr an der Spitze des Kampfes um die höchste Minderleistung in der Produktion, und seit gleichzeitig Vorbild gegenüber allen Bergarbeitern unseres Bezirks.

Wir wissen, dass sich jeder Mann für die Erreichung solcher großartigen Ziele einsetzt und damit hilft, den Aufbau des Sozialismus in der DDR zu vollenden.

Das Büro der Bezirksleitung spricht euch für die beispielhafte Leistung Dank und Anerkennung aus.

Es ist davon überzeugt, dass jeder Kampf bei der Lösung der kommenden Aufgaben nicht nachlassen wird.

Mit besten Wünschen leistet ihr einen guten Beitrag für den Frieden.

Büro der Bezirksleitung Grotthaus
gez.: Bohm

Bis heute erreichten wir folgende Vervollständigung unseres 7-Jahres-Planes:

Südfeld	910.600 M ³	= 124,0 %
Nordfeld	4054.800 M ³	= 119,0 %
Gesamt	1971.400 M ³	= 119,5 %

Dan sind noch ca. 27 Tage
Planversprung.

Damit erfüllen wir unsere Verpflichtung zum Tag des deutschen Bergmanns.

Kampf, auch unsere herzlichsten Glückwünsche, kämpft um die 2 Millionen-Tonne.

Das Südfeld wird auch im Juni Millionär.

Agit.-Prop.-Kommission

Appell Thälmanns an alle Kommunisten

Der vorliegende „Appell Thälmanns an alle Kommunisten“ wurde im Zusammenhang mit Forschungen über den antifaschistischen Widerstandskampf der KPD in einer Akte des Reichsministeriums des Innern vom März 1933 aufgefunden.¹ Bekanntlich wurde durch den barbarischen faschistischen Terror, durch das Verbot aller kommunistischen Zeitungen und Druckschriften sowie durch die Verfolgung aller Mitglieder und Funktionäre der Kampf der Kommunistischen Partei Deutschlands äußerst erschwert. Neue Formen und Methoden mußten gefunden werden, um unter den Bedingungen der tiefsten Illegalität die Partei zu leiten und eine wirksame antifaschistische Massenpropaganda zu entfalten.

Der Appell des Genossen Ernst Thälmann wurde erst nach seiner Verhaftung am 3. März 1933 in den Parteiorganisationen in Umlauf gebracht. Neben anderen Materialien fiel auch dieses Dokument den faschistischen Spürhunden in die Hände. Es wurde mit Datum vom 20. März 1933 vom Sächsischen Ministerium des Innern abschriftlich an die Nachrichtensammelstelle im Reichsministerium des Innern, Berlin, übersandt.

Heute, nach einem Vierteljahrhundert heroischen Kampfes und Sieges der revolutionären deutschen Arbeiterklasse, ist dieser Appell des Genossen Ernst Thälmann ein Hohelied des selbstlosen Kampfes deutscher Kommunisten für eine friedliche Zukunft unserer Nation, deren beste und konsequenteste Vertreter sie seit jeher waren.

Nicht die „Ausrottung und Vernichtung des Marxismus“, wie das sich die Faschisten und Militaristen erträumten, erreichten sie, sondern Ernst Thälmanns Worte „wir werden und müssen die Sieger sein in der Zukunft“ bestimmen heute das Handeln der deutschen Arbeiterklasse im Kampf gegen Militaristen und Revanchisten, die vom westdeutschen Boden aus die imperialistische Raubpolitik fortzusetzen suchen.

Ernst Thälmanns Appell an alle Kommunisten, vorgelebt von ihm selbst, bis zu seiner Ermordung durch die Faschisten am 18. August 1944, war für die deutschen Kommunisten Mahnung und Ansporn zu unerschütterlicher Standhaftigkeit im Kampf gegen die Verderber der Nation und zu brüderlicher Freundschaft mit der sozialistischen Sowjetunion. Der Kampf Ernst Thälmanns und Hunderttausender antifaschistischer Widerstandskämpfer hat dem Sieg des Sozialismus in Deutschland den Weg gebahnt — trotz alledem!

¹ Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin, Archiv.

Appell Thälmanns an alle Kommunisten

Kommunistische Männer und Frauen, Jungkommunisten!

Täglich fordert der antifaschistische Freiheitskampf des deutschen Proletariats die unerhörtesten Opfer. Die Front des faschistischen Terrors hat sich, gestützt vom Monopolkapital und den Großagrariern, gegen das Proletariat und alle Antifaschisten zum Generalangriff in Marsch gesetzt. Die Aufrichtung der offenen faschistischen Diktatur durch die Einsetzung der Hitler-Papen-Hugenberg-Regierung, der Regierung des Bürgerkrieges gegen die werktätigen Massen, der Regierung der Versklavung der Arbeiterklasse, der Regierung der Vorbereitung des Revanchekrieges des deutschen Imperialismus gegen Polen und Frankreich und der Provokationen gegen die Sowjetunion, bedeutet eine Kriegserklärung an alle Werktätigen! Der Klassenkampf erfährt täglich und erneut seine Zuspitzung. Der Faschismus hat sich die Ausrottung und Vernichtung des Marxismus zum Ziel gesetzt. Das bedeutet die Zermalmung und Niederschmetterung von 13 Millionen deutschen Arbeitern und Werktätigen, die sich zum Marxismus bekennen. Auf den Trümmern zerschmetterter Tarifverträge, einer in Fetzen gerissenen Sozialpolitik, auf den Trümmern der restlos zerschlagenen letzten demokratischen Rechte will die offene faschistische Diktatur ihre großagrarische und monopolkapitalistische Politik des Hungers und des Krieges durchführen. Eine ungeheure verantwortungsvolle Aufgabe steht heute vor der Kommunistischen Partei, vor jedem einzelnen ihrer tapferen Kampfgenossen. Jeder Kommunist muß sich heute seiner Pflicht und großen Verantwortung gegenüber seiner Klasse bewußt sein. In vertrauensvoller, bolschewistischer Verbundenheit unserer Parteimitgliedschaft zu ihrem Zentralkomitee, im Bewußtsein bolschewistischer Verantwortung vor den Massen der Arbeiter, der armen Bauern und der unterdrückten Jugend, fordert die Partei von jedem Kommunisten, seine ganze Kraft und Energie, ja, sein Leben in den Dienst unseres sozialistischen Freiheitskampfes, in den Dienst der Antifaschistischen Aktion zu stellen.

Kommunisten, die ihr in glühender Liebe mit eurer Partei verbunden seid, die ihr die schwersten Opfer für unsere Bewegung brachtet: zieht eine stahlharte Mauer der antifaschistischen Verteidigung um unsere vom Verbot bedrohte Partei! Jeder ein Werber, Wecker und Organisator der antifaschistischen Einheitsfront, jeder ein Werber und Trommler, jeder ein feuriger, opferbereiter Kämpfer für unsere Partei, jeder ein unermüdlicher Helfer, Agitator und Organisator für den antifaschistischen Massenselbstschutz! Jeder ein Führer der Ausgebeuteten und Unterdrückten im Kampfe für die Öffnung der Kohlenhalden und Lebensmittelspeicher, im Kampfe gegen die neuen Lohnabbauangriffe der Bourgeoisie.

Kommunisten, zeigt es euren sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Klassenbrüdern! Der Weg der von der Sozialdemokratie verratenen November-Erhebung 1918 führte durch die Politik der Ebert, Hermann Müller, Noske und Severing zur offenen faschistischen Diktatur!

Der Weg des russischen Oktober aber vom Jahre 1917 führte zur Enteignung der Fabrikherren, der Großgrundbesitzer, der Großfürsten und zaristischen Schmarotzer!

In der Sowjetunion gibt es keine braunen Bataillone, keine Unterdrückung der proletarischen Rechte, keine Lohnsenkung! In der Sowjetunion hat der Arbeiter die Macht in Händen im Bunde mit den werktätigen Bauern. In der Sowjetunion bilden die Werktätigen aus Stadt und Land in der Roten

Armee die wehrhafte Verteidigung ihres Vaterlandes. In Deutschland führte sozialdemokratische Kapitulations- und Tolerierungspolitik zur Diktatur der Hitler-Papen-Hugenberg, zur Entfaltung des kapitalistischen Wahnsinns, zur Millionen-Erwerbslosigkeit, während in der Sowjetunion unter dem Banner des Marxismus eine neue, sozialistische Wirtschaft, eine neue, sozialistische Kultur emporblühen und die Erwerbslosigkeit der Vergangenheit angehört.

Kommunisten! Jungkommunisten!

Unsere millionenstarke, stahlharte, vorwärtsstürmende Freiheitsarmee, die auf einem Sechstel des Erdballs bereits die stolze Fahne des Sozialismus aufpflanzte, unser kühnes vorwärtsstürmendes Massenheer der Freiheit ist auch in Deutschland nicht zu besiegen, nicht niederzuschmettern, nicht zu verbieten. Wir kämpfen in der Vergangenheit, wir stürmen mutig vorwärts in der Gegenwart, und wir werden und müssen die Sieger sein in der Zukunft. Kommunisten, Jungkommunisten! Der Klassenfeind holt aus zum Generalschlag gegen uns! Jetzt heißt es, nicht abwarten, nicht selbstzufrieden seiner Entwicklung zusehen, sondern als entschiedene und aktive Vorposten der antifaschistischen Kämpferscharen noch mutiger, noch entschlossener, noch opferbereiter für die Freiheit, für den Sozialismus gestritten! Verteidigt an der Spitze der Massen jeden Rest sozialer Errungenschaften, jeden noch so kümmerlichen Rest demokratischer Freiheit, zerbrecht die von den SPD- und ADGB-Führern aufgeworfenen Hürden und Hindernisse der antifaschistischen Einheit, zerbrecht den Einfluß der Spalter und Saboteure, die die Verbrüderung der sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen und christlichen Klassengenossen mit ihren kommunistischen Brüdern zu hintertreiben und zu verraten suchen! Faßt die Hände unserer Reichsbanner- und SPD-Kameraden, bildet mit euren und ihren Leibern einen stahlharten Schutzwall und eine Angriffsarmee gegen den Faschismus, für den sozialistischen Freiheitskampf!

Jeder Kommunist tue seine Pflicht, jeder Kommunist auf Kampfesposten, jeder Kommunist ein anfeuerndes Beispiel des antifaschistischen Einheitskampfes, jeder Kommunist ein auf Leben und Tod mit seiner Partei und seiner Führung verbundener Soldat des Kampfes für Deutschlands soziale und nationale Befreiung! Jeder Kommunist ein disziplinierter Kämpfer für die Arbeiter-und-Bauern-Republik, für den siegreichen Sozialismus!

Rot Front!

Euer Ernst Thälmann

EDITH ZORN

Die Kommunistische Partei Frankreichs — Initiator der Résistance

Zu kürzlich aufgefundenen Gestapo-Dokumenten

Fast die gesamte sozialdemokratische, bürgerliche und gaulleistisch-reaktionäre Geschichtsschreibung über den zweiten Weltkrieg und die französische Résistance ist eifrig und ängstlich bestrebt, Entstehung,

Entwicklung und Wirksamkeit der Widerstandsbewegung in Frankreich als Werk de Gaulles und einiger seiner Anhänger aus Kreisen der Armee und des Großbürgertums zu verherrlichen, den französischen Kommunisten aber zu unterstellen, sie hätten erst nach dem faschistischen Überfall auf die Sowjetunion begonnen, die Hitlerokkupanten zu bekämpfen. Abgesehen davon, daß hiermit ungewollt der KPF bescheinigt wird, daß sie, getreu dem proletarischen Internationalismus, ihre Anstrengungen im antifaschistischen Widerstandskampf ab Juni 1941 noch vervielfachte, sind Verlogenheit und Zweck derartiger Geschichtsfälschungen nur allzu durchsichtig. Geht es doch letzten Endes darum, die heuchlerischen antisowjetischen Verleumdungen, die im September 1939 als Vorwand zum widerrechtlichen Verbot und zur Verfolgung der KPF dienten, zu rechtfertigen und als Rezept für die Machthaber von 1959 anzupreisen. Damals wie heute ist die Kommunistische Partei Frankreichs als Sachwalterin und Vorkämpferin für die nationale Unabhängigkeit und die demokratischen Freiheiten des Volkes der herrschenden Finanzoligarchie, die längst zum Verräter der Nation wurde, im Wege.

Seit Beginn der Hitlerdiktatur in Deutschland war die KPF die führende und starke Kraft im Lande, die zur Aktionseinheit der Arbeiterklasse aufrief, zur Schöpferin der Volksfront wurde und all ihre Kräfte einsetzte, um den drohenden imperialistischen Krieg verhindern und den Faschismus beseitigen zu helfen. Dieses Ziel vertrat sie ebenso konsequent zur Zeit des Münchener Abkommens und, bereits in die Illegalität gedrängt, eindeutig wie nachdrücklich auch während des ‚drôle de guerre‘, des seltsamen Krieges von September 1939 bis Mai 1940.

Als mit der Kapitulation und dem Diktat von Compiègne im Juni 1940 diese Etappe der Vorbereitung und Auslösung des zweiten Weltkrieges abgeschlossen und veränderte Kampfbedingungen entstanden waren, war die Kommunistische Partei Frankreichs die einzige Organisation, die auf französischem Boden zum patriotischen Widerstand gegen die faschistischen Okkupanten aufrief und diesen unter großen Opfern entschlossen und wirkungsvoll organisierte und leitete. Fernand Grenier, Mitglied des Zentralkomitees der KPF, der, wie viele hunderte andere Parteimitglieder und -funktionäre bereits im Oktober 1940 in Paris verhaftet wurde, gehörte zu den zahllosen Organisatoren der französischen Widerstandsbewegung. In seinen Erinnerungen hebt er hervor, daß im Sommer 1940 in dem großen Pariser Vorort Saint-Denis, wo er illegal wirkte, „kein Genosse mit ihm über den Appell vom 18. Juni und de Gaulle selbst gesprochen hatte. Es ist also eine enorme Irreführung, heute zu behaupten, daß sich auf seinen Appell hin die Résistance organisiert habe. Daß er am 18. Juni die französischen Matrosen und Soldaten, die sich in England befanden, aufrief, sich ihm anzuschließen, um den Kampf fortzusetzen, ist eine unbestreitbare Tatsache ... Aber in diesen Augusttagen 1940 waren, jedenfalls in Saint-Denis, die Kommunisten die einzigen ..., die illegale, gegen die Okku-

panten gerichtete Flugblätter und Zeitungen redigierten und verteilten. Es war sehr viel Zuversicht erforderlich, um den Kampf fortzusetzen. Unsere Genossen — von denen einhundertundfünfzigtausend erschossen wurden oder in der Deportation starben — haben diesen Mut und diesen Weitblick bewiesen.“¹

Selbst der als Antikommunist bekannte französische Historiker Raymond Aron kommt bei einer Darstellung der innenpolitischen Situation Frankreichs nach dem Waffenstillstand vom Juni 1940 in einem in London verfaßten Aufsatz zu der Feststellung, daß alle ehemaligen Parteien aufgehört hatten zu existieren. Er hebt zugleich hervor, daß eine Partei jedoch aktiv war, die Kommunistische Partei, die für die illegale Aktion organisiert war und von Beginn an im patriotischen Kampf gegen die deutschen Okkupanten stand.²

Überzeugende und erschütternde Beweise für die heroische patriotische Aktivität der Führung der KPF und aber Tausender ihrer Mitglieder und Funktionäre, und zwar von der ersten Stunde der Okkupation an, finden sich in den von verschiedenen Dienststellen des faschistischen „Reichssicherheitshauptamtes“ angelegten Akten; jedes derartige entlarvende Zeugnis und Eingeständnis, das erhalten blieb, widerlegt eindeutig jene bürgerlichen Geschichtsfälscher, die aus Furcht vor den werktätigen Massen, vor dem eigenen Volk, die Historiographie zur Konkubine der Reaktion herabwürdigten.

Angesichts der heutigen Situation in Frankreich, da die sogenannte „Regierung der Prinzen“ von de Gaulles Gnaden sich, nicht zuletzt unter Anfandung und Ausnutzung des Antikommunismus der herrschenden Klasse, an die Macht geschoben hat, ist es höchst aufschlußreich und dürfte besonders für die französische Bevölkerung von Interesse sein, zu erfahren, wie die SS-Banditen, die sich ab Juni 1940 in Paris breitmachten, ihren Gegner einschätzten. Ihre Terrormaßnahmen richteten sich von Anfang an und in brutalster Weise gegen die damals einzige, im ganzen Land organisiert handelnde Kraft der Résistance, gegen die französischen Kommunisten.

Sofort nach der Besetzung von Zweidritteln Frankreichs befaßten sich die Himmlerschen Dienststellen in Frankreich fast ausschließlich mit der Verfolgung derjenigen, die von den Hitlerbanditen als unbeugsame Gegner erkannt wurden, mit der Verfolgung der Mitglieder der KPF.

Das wird erneut unwiderlegbar durch das nachstehende, höchst entlarvende Dokument bestätigt.

¹ Fernand Grenier: C'était ainsi... (Souvenirs), Paris 1959, S. 22/23. (Übersetzungen aus dem Französischen von mir. — E. Z.) Diese Feststellung Greniers ist unbedingt für die gesamte besetzte Zone Frankreichs zu verallgemeinern. Der bekannte Aufruf des ZK der KPF vom 10. Juli 1940 war für die Herausbildung der Résistance richtungsweisend.

² Raymond Aron: De l'Armistice à l'Insurrection Nationale, 4. Aufl., Gallimard, Paris 1945, S. 41. Aron benutzt allerdings diese unbestreitbare Tatsache nur, um sie sonderbarerweise als ein Verdienst des Generals de Gaulle hinzustellen, wofür er natürlich den Beweis schuldig bleiben muß.

Der in Frankreich berüchtigte SS-Sturmabführer Boemelburg gab als Leiter des Einsatzkommandos Paris des „Reichssicherheitshauptamtes“ am 30. September 1940 das Fernschreiben Nr. 2737 auf, das im RSHA Berlin unter Nr. 1153/40 eingetragen und sofort dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD, also vermutlich Heydrich, vorgelegt wurde. Der Text lautet:

„Betr.: Kommunismus

Um der weiteren Zunahme der kommunistischen Propaganda in Paris ein Ende zu bereiten, will die Pariser Polizei vorbeugende Maßnahmen durchführen, die darin bestehen, alle bekannten aktiven kommunistischen Führer und Funktionäre in Paris, von denen anzunehmen ist, daß sie mittelbar oder unmittelbar an der Herstellung und Verbreitung der Flugschriften beteiligt sind oder sich noch betätigen könnten, festzunehmen und sie in einem Lager unterzubringen.

Die Angelegenheit wurde mit Botschafter Abetz besprochen, der sein Einverständnis erklärt hat, wenn die Festnahmen, Lagerunterbringung, Bewachung, Verpflegung usw. eine eigene Angelegenheit der französischen Behörden bleibt. Das Pariser Polizeipräsidium ist noch nach der Suche eines geeigneten Lagers in seinem Bereich. Sobald dieses gefunden ist, will es mit der Durchführung der Maßnahmen beginnen. Ich bringe dies zur Kenntnis und bitte um Mitteilung, falls von dort aus Bedenken dagegen erhoben werden.

gez.: Boemelburg, Stubaf.³

Als dringende Sofortvorlage ging daraufhin am 3. Oktober 1940 folgender Erlaß an das Einsatzkommando Paris zu Händen von SS-Sturmabführer Boemelburg:

„Nach Rücksprache mit dem Chef hat SS-Oberführer Müller keine Bedenken gegen die von der Pariser Polizei durchzuführenden Maßnahmen. Es muß jedoch sichergestellt sein, daß die dortige Stelle

1. die eigenen V-Männer abschirmt,
2. die Listen der Festgenommenen erhält und
3. das Material zur Einsicht bekommt; letzteres muß jedoch unauffällig geschehen.

Über den Erfolg ist zu berichten.

RSHA. —IV/A/1 — B. Nr. 9228/40

I. A. gez. Vogt, Krim. Dir.⁴

Soweit dieser Erlaß des Amtes IV/A/1.⁵

Was beweisen diese Dokumente?

Erstens wird eingestanden, daß schon in den ersten Monaten nach der Okkupation eine ständige Zunahme der politischen Aktivität der

³ Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin, Archiv (abgekürzt IML-Archiv), Akte 40/1 E.

⁴ Ebenda. — Faksimiles der beiden Dokumente vgl. im vorliegenden Heft S. 800–802.

⁵ Das Amt IV des Reichssicherheitshauptamtes gehörte zu den sieben Ämtern dieser im November 1939 geschaffenen Zusammenfassung der Sicherheitspolizei (SD) unter Heydrich; die Hauptämter der SS waren insgesamt Himmler als Leiter des Innenministeriums und Chef der deutschen Polizei unterstellt. Das Amt IV war die als Gestapo bekannte Sicherheitspolizei. Vgl.: Der Nürnberger Prozeß, Bd. 1, Berlin 1957, S. 214/215.

Kommunistischen Partei Frankreichs festgestellt werden mußte, daß also die illegale Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit der KPF bereits damals wirksam und erfolgreich war.

Zweitens beweisen die Dokumente, daß Besatzungsbehörden und französische Polizeistellen gemeinsam dazu übergingen, alle als Kommunisten bekannten oder verdächtigten Franzosen zu verfolgen, selbst diejenigen, denen keinerlei illegale Aktivität nachgewiesen werden konnte, die sich aber „noch betätigen könnten“! Das war der Startschuß zu Massenverhaftungen.

Drittens zeigen sie, daß die Nazidienststellen diesen Terror verlangten, dirigierten und kontrollierten, daß sie aber damals als ausführende Organe die Institutionen der Pétain-Regierung, der Pariser Stadtverwaltung und ihrer Polizei benutzten. Damit wird zugleich entlarvt, daß von einer auch noch so begrenzten Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Vichy-Regimes in keiner Weise die Rede sein konnte. Die Vichy-Regierung war ein Instrument der Naziokkupanten.

Die Dokumente bestätigen viertens, daß die Nazidienststellen in Paris über sogenannte V-Männer verfügten, d. h. Agenten, die vor dem Krieg als „Fünfte Kolonne“ ihre Spitzel- und Wühltätigkeit vor allem gegen die KPF, die CGT⁶ und die patriotische Volksfrontbewegung gerichtet hatten. Gehätschelt durch die französische Finanzoligarchie, die „200 Familien“, ihre Regierung, durch Generalität und hohen Klerus, trieb diese „Fünfte Kolonne“ das Spiel der Imperialisten, die durch ihre Innen- und Außenpolitik immer mehr den Hitlerfaschismus begünstigten und schließlich das Land an diesen auslieferten.

Fünftens wird eindeutig dokumentiert, daß die faschistischen V-Männer — offenbar nicht erst nach der Okkupation — durch ihre Spitzelberichte der Gestapo Namen und Adressen Tausender aufrechter französischer Patrioten, in erster Linie Kommunisten, in die Hände spielten, die zwar vielfach durch die französische Polizei festgenommen wurden, über die aber die Gestapostellen — „jedoch unauffällig“ — orientiert wurden. Letztere konnten danach ihre Opfer für Foltern, Deportationen, Geiselmord und Hinrichtungen auswählen.

Schließlich enthüllen die hier wiedergegebenen Dokumente, daß der offiziell als Hitler-„Botschafter“ bei der Pétain-Regierung bestellte Otto Abetz⁷ inoffiziell der höchste Vorgesetzte des Einsatzkommandos Paris des RSHA und deren oberster „V-Mann“ war. Er wurde konsultiert, und

⁶ Confédération Générale du Travail, die vor dem zweiten Weltkrieg über 5 Millionen Mitglieder zählende Einheitsgewerkschaft.

⁷ Abetz war 1949 vom Pariser Militärtribunal zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. In der Urteilsbegründung wurde seine Beteiligung an Morden, Plünderungen und an der Deportation von 120 000 jüdischen Menschen und 1,5 Millionen Arbeitern aus Frankreich hervorgehoben. Bereits 1954 wurde er durch einen „Gnadenakt“ des damaligen französischen Staatspräsidenten aus der Haft entlassen. (Vgl. Die Welt, Hamburg, vom 6. Mai 1958) Seither betätigte er sich im Eldorado der Nazidiplomaten, in der Bundesrepublik, als Publizist. Ein tödlicher Autounfall im Mai 1958 setzte der erneut aussichtsreichen Karriere dieses Kriegsverbrechers ein Ende.

man gehorchte ihm, wenn es darum ging, Jagd auf französische Patrioten zu machen.

Der Erlaß des Amtes IV/A/1 des RSHA vom 3. Oktober 1940 wurde zur Grundlage brutaler und umfassender Verfolgungsaktionen gegen die Besten unter den französischen Patrioten, gegen die Kommunisten. Am 16. November 1940 ging vom RSHA in Berlin eine Mahnung an Boemelburg nach Paris, gez. Stubaf. Vogt, worin umgehende Berichtserstattung gefordert wurde. Am gleichen Tage und dann fortlaufend meldeten Boemelburg und andere listenweise die Verhaftungen von 451 namentlich aufgeführten französischen Kommunisten des Pariser Gebietes zwischen dem 5. Oktober 1940 und dem 20. Januar 1941. Unter diesen Verhafteten befanden sich die Genossen Fernand Grenier, Léon Mauvais, Eugène Hénaff, Pierre Rigaud, Charles Michels, Jean Duclos, Jean-Pierre Timbaud. Von den genannten und den vielen anderen auf den Listen aufgeführten französischen Kommunisten wurden zahlreiche Patrioten durch die Hitlerfaschisten ermordet.⁸

Am 24. Februar 1941 ging ein von SS-Oberststurmführer Knochen⁹ unterzeichneter Bericht von Paris ab, in dem bereits 1647 bis zum 10. Februar 1941 verhaftete Kommunisten gemeldet wurden.¹⁰

Diese Zahlen beziehen sich allein auf die Durchführung des oben angeführten Erlasses und betreffen ausschließlich das Pariser Gebiet!

Und da wagt es ein de Gaulle, in seinen „Kriegsmemoiren“ zu behaupten, „Ende 1941 traten auch die Kommunisten in Aktion. Bis dahin hatten ihre Führer gegenüber den Okkupanten eine konziliante Haltung eingenommen...“¹¹

Wie stets ist die reaktionäre, volksfeindliche Klassenposition de Gaulles, nicht aber die historische Wahrheit das Motiv für derartige diffamierende Geschichtsfälschungen. Ohne Zweifel war de Gaulle die Erklärung des Polizeipräfekten von Paris, Langeron, bekannt, die in der

⁸ Im Juni 1941 konnten Fernand Grenier, Léon Mauvais, Eugène Hénaff und Henri Reynaud, leitende Funktionäre der KPF, aus der Haft entkommen und ihren patriotischen Kampf weiterführen. 27 ihrer besten Kameraden aus dem gleichen Lager wurden am 22. Oktober 1941 von den Hitlerfaschisten als „Geiseln“ bestimmt und in Châteaubriant ermordet, darunter Charles Michels und Jean-Pierre Timbaud, der den Henkern entgegenrief: „Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands!“ Pierre Rigaud war Sekretär von Maurice Thorez gewesen. Er wurde im Dezember 1941 erschossen.

⁹ Im Oktober 1954 fielte das Pariser Militärgericht nach reichlich langwierigen Verhandlungsprozeduren schließlich – entsprechend den Entscheidungen des Nürnberger Internationalen Gerichtshofes – die Todesstrafe gegen den ehemaligen „höheren SS- und Polizeiführer“ SS-Gruppenführer Karl Albrecht Oberg und seine engsten Mitarbeiter in Frankreich, SS-Standartenführer Dr. Helmut Knochen, die – wie ihr Kumpan Boemelburg u. a. – für die Verhaftung von Hunderttausenden und die Ermordung Zehntausender Franzosen verantwortlich waren. Die beiden SS-Massenmörder Oberg und Knochen wurden am 22. 4. 1958 vom damaligen französischen Staatspräsidenten Coty – Adenauer und Speidel zu Gefallen – begnadigt!

¹⁰ IML-Archiv, Akte 41/6a.

¹¹ Zitiert nach: Roger Garaudy: Les „Mémoires de Guerre“ du Général de Gaulle. In: Cahiers du Communisme, 1955, Nr. 2, S. 224.

nazifreundlichen Pariser Tageszeitung „Le Matin“ am 14. November 1940 veröffentlicht wurde. Diese bezieht sich auch auf die Durchführung des oben zitierten RSHA-Erlasses vom 3. Oktober 1940. Langeron rühmte sich damals, daß seine Polizei mit den faschistischen Besatzungsbehörden in der Bekämpfung der kommunistischen Propaganda „loyal“ zusammenarbeitete und „daß sie innerhalb weniger Wochen 871 Rädelsführer verhaftet hätte“¹².

Sehen wir uns nun noch den Verteiler an, nach dem die Geheimberichte des „Beauftragten des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD für Belgien und Frankreich, Dienststelle Paris“, außer „an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD, SS-Gruppenführer Heydrich“, zugestellt wurden. — Da finden wir obenan den „Militärbefehlshaber in Frankreich, Herrn General von Stülpnagel“, den „Militärbefehlshaber in Frankreich, Kommandostab, z. Hd. Herrn Oberst Speidel“, und die „Deutsche Botschaft, Herrn Botschafter Abetz“. — So beispielsweise im erwähnten Bericht vom 24. Februar 1941.¹³

Der RSHA-Erlaß zur hemmungslosen und wahllosen Verhaftung aber Tausender französischer Kommunisten war Ende September 1940 nach Besprechungen und Festlegungen zwischen dem Nazibotschafter Abetz und den Gestapo-Stellen in Paris von diesen herbeigeführt worden. Über die faschistische Botschaft wurden die zuständigen Stellen des Vichy-Regimes eingeschaltet und als ausführende Organe benutzt. Hitlers Botschafter war also bei der Entstehung und der Durchführung des Erlasses vom 3. Oktober 1940 unmittelbar beteiligt. So waren die Nazidiplomaten ebenso verantwortlich für die Massenverfolgung französischer Patrioten wie die SS-Verbrecher Boemelburg, Oberg, Knochen und die Militärbehörden unter Stülpnagel und Speidel.

Diese Vertreter des nazistischen Mordapparates in Frankreich wurden zu Henkern aber Tausender französischer Patrioten und in erster Linie kommunistischer Volkshelden.

Die Kommunistische Partei Frankreichs wurde voller Bewunderung und Dankbarkeit von den werktätigen Massen Frankreichs „Partei der Füsillierten“ (le Parti des Fusillés) genannt, als nach der Befreiung des Landes das ganze Ausmaß des Heroismus ihrer Kader und ihrer Opfer bekannt wurden.

Das große Verdienst der KPF während des zweiten Weltkrieges bestand gerade darin, daß es dank des unbeugsamen patriotischen Kampfes ihrer Mitglieder möglich wurde, Widerstandskämpfer der verschiedensten Schichten und politischen Richtungen zu einen, die sich um die Arbeiterklasse scharten. Im Aufruf des Politbüros der KPF vom 3. August 1959, anläßlich des 15. Jahrestages der Befreiung, wird diese Tatsache mit den Worten unterstrichen: „Vier Jahre hindurch führte die Kommunistische Partei Frankreichs, fest mit dem Volke verbunden, einen unablässigen Kampf, um die Okkupanten zu verjagen und mit dem verwerflichen Vichy-Regime Schluß zu machen, um die Freiheit

¹² Vgl. ebenda.

¹³ IML-Archiv, Akte 41/6a. — Faksimile vgl. im vorliegenden Heft S. 803.

und die nationale Unabhängigkeit zurückzuerobern. Der Sieg vom August 1944 wurde um den Preis eines hartnäckigen und blutigen Widerstands errungen, der in Frankreich von den Patrioten aller Richtungen geführt wurde; und er wurde dank der Opfer und der Siege der Sowjetunion und der gesamten Antihitlerkoalition erkämpft.“¹⁴

Die hier veröffentlichten Gestapo-Dokumente bezeugen nicht nur erneut die führende Rolle der Kommunistischen Partei Frankreichs, die sofort nach der Hitlerschen Okkupation den patriotischen Volkswiderstand in Frankreich entfachte, kühn leitete und wirksam entwickelte. Diese Dokumente sind zugleich auch von großer aktueller Bedeutung; ist doch die heutige NATO-Strategie und -Politik nichts anderes als ein erneuter Pakt zum „Kreuzzug gegen den Kommunismus“, in dem die sogenannte „Achse Bonn-Paris“ die Allianz der aggressivsten Kreise des deutschen und des französischen Imperialismus darstellt. Da arbeiten sie wieder Hand in Hand — und noch schmutziger und besudelter sind die Mörderhände derjenigen, die sich anschicken, das weiterzuführen, was 1940/41 die Mordgesellen des „Dritten Reiches“ im Bunde mit den Pétain, Laval, Chiappe und Pucheu begannen.

Aber die Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik und breite Kreise, mit der Arbeiterklasse an der Spitze, in Westdeutschland lassen sich heute ebensowenig wie die französischen Volksmassen von diesen Militaristen chauvinistisch verhetzen und in einen neuen Krieg treiben. Sie haben aus der Geschichte gelernt und stehen im Geiste des proletarischen Internationalismus und der Völkerfreundschaft zusammen gegen die Adenauer und de Gaulle, gegen die Atomstrategen „vom Rhein bis in die Sahara“, gegen die Achse Bonn-Paris. In diesem Geiste zu handeln, ruft auch das Politbüro der KPF zum 15. Jahrestag der Befreiung auf, indem es erklärt: „Vorherrschendes Anliegen der Kommunisten wird die Einigung aller Kräfte, die heute für die Wiederherstellung der Freiheit und der nationalen Unabhängigkeit, gegen die Wiedergeburt des deutschen Militarismus, für internationale Entspannung und Frieden eintreten, und ihre Sammlung an der Seite der ehemaligen Widerstandskämpfer sein.“¹⁵

Unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Parteien, der KPF, der SED und der KPD, werden die werktätigen Massen beider Länder die Atompolitiker, Militaristen und ihre ideologischen Schrittmacher daran hindern, unsere Völker in neue Gemetzel zu stürzen. Die Wahrheit über die Naziverbrechen der Vergangenheit, über ihre Hintermänner und ihre Vollstrecker wird die friedliebenden Völker in der Erfüllung ihrer patriotischen Friedensmission bestärken.

¹⁴ L'Humanité vom 4. August 1959.

¹⁵ Ebenda.

Reichsfürsicherheitshauptamt

Vordrucken - Übermittlung

Auftraggeber Zeit Tag Monat Jahr -STR- 1. 10. 1934		Empfänger Name des Empfängers 1. 10. 1934		Empfänger Name des Empfängers 1. 10. 1934	
N.-D. Nr. 193746		Telegramm — Fernheft — Fernschreiben Fernheft		1. 10. 1934	

+ E. K. PARIS, FG. NR. 2737 30.9.40 2015-
 AN RSHA ROM + Z. HD. V. 12. OBERE. MUELLER.
 IN BERLIN.

ETR.: KOMMUNISMUS.-----

UM DEN WEITEREN ZUNAHME DER KOMMUNISTISCHEN
 PROPAGANDA IN PARIS EIN ENDE ZU BEREITEN, WILL DIE
 PARISER POLIZEI VORBEUGENDE MASSNAHMEN DURCHFUEHREN,
 DIE DARIN BESTEHEN, ALLE BEKANNTEN AKTIVEN
 KOMMUNISTISCHEN FUEHRER UND FUNKTIONAERE IN PARIS,
 VON DENEN ANZUNEHMEN IST, DASS SIE MITTELBAR ODER
 UNMITTELBAR AN DER HERSTELLUNG UND VERBREITUNG DER
 FLUGSCHRIFTEN BETEILIGT SIND, ODER SICH NOCH
 BETAETIGEN KOENNTEN, FESTZUNEHMEN UND SIE IN EINEM
 LAGER UNTERZUBRINGEN.--- DIE ANGELEGENHEIT WURDE MIT
 BOTSCHAFTER A B E T Z BESPROCHEN, DER SEIN
 ENVERSTAENDNIS ERKLAERT HAT, WENN DIE
 FESTNAHMEN, LAGERUNTERBRINGUNG, BEWACHUNG,
 VERPFLEGUNG USW. EINE EIGENE ANGELEGENHEIT DEN
 FRANZOESISCHEN BEHOERDEN BLEIBT. DAS PARISER
 POLIZEIPRAESIDIUM IST NOCH NACH DER SUCHE EINES
 GEEIGNETEN LAGERS IN SEINEM BEREICH. SOBALD DIESES
 GEFUNDEN IST, WILL ES MIT DER DURCHFUEHRUNG DER
 MASSNAHMEN BEGINNEN.--- ICH BRINGE DIES ZUR KENNNTNIS
 MIT DER BITTE UM EINE MITTEILUNG, FALLS VON DORT AUS

BEDENKEN DAGEGEN ERHOVEN WORDEN.

E. K. PARIS, BOEN 4 - D. NR. 1153/40 GEZ.

BOEHELDURG, STUBAF. +

IV

I. *Procederen metten enige gelykenisse*

II. Uff der dyngeryge 2 19

procedere

Uff myn luyde dyngeryge luyde, dyne
de luyde Paris

y de luyde / Minne luyde

y de luyde in / luyde luyde

y de luyde / luyde luyde

*Uff luyde luyde
luyde luyde*

*luyde
to 9 40*

EA 11: To in Paris van luyde
luyde; EA 2 4

Reichssicherheitshauptamt
IV A 1 - B.Nr.

Berlin, den 3. Oktober 1940.

1.) Wv. bei IV A 1 - eintragen.

2.) PS.

Erinsand! Sofort vorlesen!

H. H. (Haupt) Reichsamt
Verwaltungsbereich
Abteilung

An das

Einestakommando

s. Hd. von H-Stabaf. B. S. l. b. u. g.

NO 195101

Verdacht auf	Fl. H.
P. A. 1	EXD
am	10.10.40

Betrifft: Kommunismus.

Vorgang: Dort. PS. vom 30.9.40. IV - B.Nr. 1153/40.

Nach Rücksprache mit dem Chef hat H-Oberführer Müller keine Bedenken gegen die von der Pariser Polizei durchzuführenden Maßnahmen. Es muß jedoch sichergestellt sein, daß die dortige Stelle

- 1.) die eigenen V-Männer absichert,
- 2.) die Listen der Festgenommenen erhält und
- 3.) das Material zur Einsicht bekommt; letzteres muß jedoch unauffällig geschehen.

Über den Erfolg ist zu berichten.

RSHA.- IV A 1 - B.Nr. 92 28/40

I.A. gen. V o g t, Krim.Dir.

- 3.) Wv. bei IV A 1 a - nach Eingang eines Berichtes, spätestens zum 1.11.40.

IV A 1 a

W. H. H.

10 7/11

11.

an.

IVA 1 - B.Nr. 92 28/40

IV A

0006

Der Beauftragte des Chefs der
Sicherheitspolizei und des SD
für Belgien und Frankreich
Dienststelle Paris

Paris, den 24. Februar 1941.

G. I. B. 2. 1. 2. 1.

An
den Chef der Sicherheitspolizei und des SD
H-Gruppenführer H e y d r i c h,

B e r l i n .

Der SA u. der SD in Berlin
am 26. FEB 1941
G

Betrifft: Lagebericht.

Verteilter:

- 1.) Militärbefehlshaber in Frankreich,
Herrn General v. Stulpnagel.
- 2.) Militärbefehlshaber Frankreich,
Kammandostab,
s.Hd. Herrn Oberst Dr. Speidel;
- 3.) Deutsche Botschaft,
Herrn Botschafter Abetz,
- 4.) Auslandsorganisation der NSDAP, Frankreich,
Landesgruppenleiter Pg. Zeisig,
- 5.) General der Luftwaffe Paris,
Herrn General Hanseke,
- 6.) Der Beauftragte des Chefs der Sicherheitspolizei
und des SD für Belgien und Frankreich,
H-Brigadeführer Dr. Thomas,
- 7.) An das RSHA Berlin,
Äster II, III, IV, V und VI.
- 8.) Der Beauftragte des Chefs der Sicherheitspolizei
und des SD für Belgien und Frankreich,
Dienststelle Brüssel,
- 9.) Außenstellen der Dienststelle Paris,
Bordeaux,
Dijon,
Lyon,
- 10.) Abteilungen in Hause.

HEINZ VOSSKE

Über die Teilnahme deutscher Arbeiter und Soldaten an der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und am Bürgerkrieg in Sowjetrußland 1918 bis 1920¹

Die Geschichte des proletarischen Internationalismus ist reich an Beispielen hervorragender internationaler Solidarität der Arbeiter aller Länder. Ein besonders wichtiges Kapitel in dieser Geschichte ist die Unterstützung Sowjetrußlands in der Periode der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, der ausländischen militärischen Intervention und des Bürgerkrieges. Die Solidarität mit der jungen Sowjetmacht, dem ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat der Geschichte, trat in den verschiedensten Formen in Erscheinung. Eine wichtige Form war die direkte und unmittelbare Teilnahme von Tausenden ehemaliger Kriegsgefangener aus den verschiedensten Ländern Europas an den Kämpfen der Arbeiter und Bauern Sowjetrußlands gegen die weißgardistischen Konterrevolutionäre und die imperialistischen Interventionstruppen.

Unter diesen ehemaligen Kriegsgefangenen befanden sich auch viele deutsche Arbeiter und Bauern. Es gibt nur noch wenige Unterlagen, die uns über den Umfang und die Wirksamkeit der Teilnahme deutscher Internationalisten an diesen welthistorischen Kämpfen Auskunft geben können.² Die Erinnerungen der noch lebenden Teilnehmer und die sich in ihrem Besitz befindlichen Dokumente aus jener Zeit bilden daher oft die einzige Quelle für Forschungsarbeiten zu diesem wichtigen Thema.

In der Deutschen Demokratischen Republik leben nach bisherigen Feststellungen noch über einhundertfünfzig solcher Genossen, die damals an der Seite ihrer russischen Klassenbrüder gekämpft haben. Der größte Teil dieser Genossen wurde im März 1959 auf Initiative des Zentralkomitees der SED in Brandenburg (Havel) zusammengefaßt. Hier schrieben die Parteiveteranen ihre Erinnerungen nieder, trugen die noch in ihrem Besitz befindlichen dokumentarischen Materialien zusammen und bereiteten sich auf die vom Zentralkomitee der Partei ermöglichte Reise in die Sowjetunion vor, um dort mit ehemaligen

¹ Vorliegender Beitrag stützt sich auf die im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED gesammelten Erinnerungen und Dokumente der aktiven Teilnehmer.

² Zur Teilnahme ehemaliger deutscher Soldaten an diesen Kämpfen vgl. I. M. Kulinitich/M. M. Koschik: Die revolutionäre Tätigkeit der deutschen kommunistischen Gruppe „Spartakus“ in der Ukraine im Jahre 1919. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1959, Heft 3, S. 577–593.

sowjetischen Kampfgefährten zusammenzutreffen und die Stätten gemeinsamen Wirkens noch einmal zu besichtigen.³

Obwohl die bisherige Auswertung der auf diese Art gesammelten Erinnerungen und dokumentarischen Materialien sowie des bereits vorhandenen Archivmaterials noch keine umfassende Einschätzung der Teilnahme deutscher Genossen an den Kämpfen während der Oktoberrevolution und des Bürgerkrieges zuläßt, können wir schon jetzt mit Stolz sagen, daß auch Tausende deutscher Kommunisten, Arbeiter und Bauern als Kämpfer in der Roten Garde oder später in der Roten Armee ihren Teil dazu beitrugen, daß sich die junge Sowjetmacht unter Führung Lenins und der bolschewistischen Partei inmitten einer Welt von Feinden behaupten und siegreich als erstes Land den Sozialismus aufbauen konnte.

Von diesen deutschen Internationalisten gehörten viele bereits vor dem ersten Weltkrieg der Sozialdemokratischen Partei oder der Gewerkschaft an. Viele von ihnen hatten trotz der demagogischen Phrasen der militaristischen und reformistischen „Vaterlandsverteidiger“ den imperialistischen Charakter des Krieges erkannt und als Linke in der Sozialdemokratie oder unter deren Einfluß stehend gegen den Krieg gekämpft. Nicht wenige von diesen klassenbewußten Arbeitern entzogen sich dem Krieg, den sie nicht als den ihren anerkannten, indem sie überliefen und sich in Kriegsgefangenschaft begaben.

Mit großem Interesse verfolgten die Kriegsgefangenen in Rußland die revolutionären Ereignisse, die sich seit Anfang 1917 immer deutlicher abzeichneten. Im Mittelpunkt ihrer Auseinandersetzungen in dieser Zeit stand die Frage, ob die russische Revolution den Frieden und damit die Rückkehr in die Heimat bringen würde. Doch die Februarrevolution erfüllte diese Hoffnungen nicht. Die zur Macht gekommene imperialistische Kerenski-Regierung setzte gegen den Willen des Volkes den räuberischen Krieg fort und rief ebenso wie die deutsche Regierung zum „Durchhalten“ und zur „Vaterlandsverteidigung bis zum Endsieg“ auf.

Erst die Große Sozialistische Oktoberrevolution brachte einen grundlegenden Wandel nicht nur für das russische Volk, sondern auch für die in allen Teilen Rußlands in Lagern zusammengefaßten Kriegsgefangenen der verschiedensten Länder. Eines der ersten Dekrete der jungen Sowjetmacht erklärte sie für freie Bürger und ermöglichte ihnen dadurch nicht nur die Rückkehr in die Heimat, sondern auch das Recht zur politischen Betätigung.

Noch unter der Kerenski-Regierung waren nicht wenige von den deutschen Kriegsgefangenen aus den Lagern entflohen und lebten in der Illegalität. Dabei kamen sie oft mit Bolschewiki zusammen, die sie über die Lage und das Kräfteverhältnis im Lande aufklärten und schon vor

³ Ein Bericht über diese Reise, herausgegeben von der Zentralen Veteranenkommission beim ZK der SED, erschien vor kurzem im Dietz Verlag unter dem Titel: Wiedersehen nach 40 Jahren. Deutsche Teilnehmer der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und des Bürgerkrieges besuchten die Sowjetunion.

der Oktoberrevolution für den Kampf um die Errichtung der Sowjetmacht gewannen. Ein typisches Beispiel dafür ist der Weg des Genossen Franz Klinger aus dem Bezirk Rostock. Er traf in Petrograd mit dem Bolschewik Pawel Orlow zusammen und wohnte mit ihm in einer Schute am Hafen. Der russische Genosse Orlow nahm ihn mit zu den Versammlungen der Partei. Kurze Zeit später schuf Genosse Orlow im Auftrage der Partei eine revolutionäre Militärgruppe, in die sich der Genosse Franz Klinger einreihete und mit der er auch am Sturm auf das Winterpalais teilnahm. Während des Bürgerkrieges kämpfte Genosse Klinger in der Division des volkstümlichen Heerführers Tschapajew gegen die Weißgardisten. Für seine Verdienste um die Verteidigung der Sowjetmacht wurde Genosse Klinger mit dem Rotbannerorden ausgezeichnet.

Zur Zeit der Oktoberrevolution waren deutsche Kriegsgefangene in Lagern oder als Arbeiter vor allem in den Gebieten Petrograd, Moskau, in der Ukraine, im Wolga-Don-Gebiet, im Ural, in Sibirien und in den mittelasiatischen Gebieten, der heutigen Usbekischen und der Kasachischen Sozialistischen Sowjetrepublik, untergebracht. Fast in allen diesen Gebieten waren viele von ihnen, vor allem die organisierten Arbeiter, am Sturz der alten bürgerlich-feudalen Ordnung und der Errichtung der Sowjetmacht beteiligt.

So berichtet zum Beispiel der Genosse Ferdinand Effenberger aus dem Bezirk Potsdam, der schon seit der Jahrhundertwende der Arbeiterpartei angehört, über die Errichtung eines revolutionären Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, an der deutsche Kriegsgefangene beteiligt waren. In seinen Erinnerungen schreibt dieser Genosse, daß „sie in der Erkenntnis, daß die russische Revolution den Grundstein für die Weltrevolution legte und sie die internationale Pflicht hatten, ihren Teil dazu beizutragen, einen Tag nach Bekanntwerden des Sturzes der Kerenski-Regierung eine Versammlung im Lager durchführten mit dem Ziel, auf freiwilliger Basis 500 Kriegsgefangene als bewaffnete Einheit für die Sicherung der Revolution aufzustellen“.

In kurzer Zeit hatten sich 800 in die Listen eingetragen. Aus diesen Freiwilligen wurden fünf militärische Abteilungen zusammengestellt, die kurz darauf zur Niederschlagung weißgardistischer Aufstände im Gebiet von Tomsk und Omsk eingesetzt wurden. Genosse Effenberger arbeitete im Lager Omsk mit vielen anderen kriegsgefangenen Kommunisten eng zusammen und gehörte auch dem Lagerexekutivkomitee an. In dieser Eigenschaft hatte er dort auch enge Beziehungen zu dem Genossen Ferenc Münnich, dem heutigen Ministerpräsidenten der Ungarischen Volkrepublik.

In Omsk gaben die deutschen Genossen nach der Oktoberrevolution auch eine Zeitung heraus. Sie trug den Namen „Wahrheit“ und wurde unter den Tausenden deutschen Kriegsgefangenen verbreitet. In ihren Spalten rief die Zeitung zur Solidarität mit der Sowjetmacht auf und informierte die ehemaligen Kriegsgefangenen über alle wichtigen revolutionären Ereignisse.

Ähnliche Publikationsorgane wurden von den deutschen Genossen auch in anderen Teilen Sowjetrußlands herausgegeben, so zum Beispiel in Kiew die Zeitung „Völkerfreiheit“ und in Charkow die Zeitung „Die Weltkommune“.

In Moskau bildete sich unmittelbar nach der Oktoberrevolution ein Kriegsgefangenenkomitee der „Internationalisten“ heraus, da in den umliegenden Lagern und auf den Arbeitsstellen überall Gruppen entstanden waren, die nach dem Beispiel der russischen Klassenbrüder sofort bereit waren, im Sinne des proletarischen Internationalismus zu wirken und die Revolution zu verteidigen. Die Organisatoren dieses Komitees waren deutsche, österreichische, ungarische und tschechische Kriegsgefangene, die schon vorher aktiv in der Arbeiterbewegung tätig gewesen waren.

Im April 1918 wurde von den in den verschiedensten Gebieten Sowjetrußlands entstandenen revolutionären Organisationen der Kriegsgefangenen der Allrussische Kongreß der Kriegsgefangenen einberufen, auf dem weit über 500 000 ehemalige Kriegsgefangene durch 250 Delegierte vertreten waren. Das von diesem Kongreß angenommene Aktionsprogramm stellte unter anderem die Aufgabe, die proletarische Revolution in Sowjetrußland zu unterstützen und revolutionäre Agitations- und Propagandaarbeit unter den Kriegsgefangenen zu leisten. Darüber hinaus sollte auch unter den deutschen und österreichischen Besatzungstruppen revolutionäre Aufklärungsarbeit geleistet werden.

Damit die revolutionäre Arbeit unter den Kriegsgefangenen systematisch und zielstrebig erfolgen konnte, bildeten die bewußten Kräfte aus den Reihen der deutschen und anderen ehemaligen Kriegsgefangenen im Mai 1918 eine Föderation der ausländischen internationalistischen Gruppen. Diese Föderation schloß sich der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) an und bestand bis zum Jahre 1920.

Die deutsche Sektion innerhalb der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) vereinigte in ihren Reihen viele hervorragende Klassenkämpfer. So gehörten zum Beispiel von den 105 in Brandenburg (Havel) zusammengekommenen Parteiveteranen 16 der deutschen Sektion der KPR (B) an. Sie traten überall als die Organisatoren der revolutionären Arbeit auf und stellten sich an die Spitze der Freiwilligen, die in die Rote Armee eintraten und mit der Waffe in der Hand an der Zerschlagung der weißgardistischen Truppen teilnahmen.

Ein hervorragendes Beispiel internationaler Solidarität und kommunistischer Klarheit gab in dieser Zeit zum Beispiel der Genosse Rudolf Rothkegel aus dem Bezirk Cottbus. Seit 1910 Mitglied der SPD, setzte er sich vorbildlich für die Sache des russischen Volkes, die zugleich die ureigenste Sache des deutschen Volkes war, ein. Ende Januar 1918 wurde er als Internationalist aus dem Kriegsgefangenenlager nach Moskau gerufen, wo er den Auftrag erhielt, in die Kriegsgefangenenlager von Rasan, Pensa, Koslow, Tambow u. a. zu reisen, um die deutschen Kameraden für den Eintritt in die Rote Garde, aus der sich kurze Zeit später die Rote Armee formierte, zu gewinnen. Unter dem Einfluß

seiner Tätigkeit und anderer deutscher Kommunisten meldeten sich viele ehemalige Kriegsgefangene freiwillig zur Roten Garde.

Als die deutschen Imperialisten im Zusammenhang mit dem Abbruch der Brester Friedensverhandlungen im Februar 1918 in verbrecherischer Weise zur Offensive übergingen, riefen die deutschen und die anderen Internationalisten aus den Reihen der ehemaligen Kriegsgefangenen zur Bildung von internationalen Truppenverbänden auf, die gemeinsam mit den russischen Arbeitern und Bauern gegen die angreifenden imperialistischen deutschen Räuber kämpfen sollten. Schon vorher hatten sich verschiedene Gruppen deutscher Kriegsgefangener gebildet, die in vielen Briefen an die von der „Deutschen Gruppe der Russischen Kommunistischen Partei“ herausgegebene Zeitung „Die Weltrevolution“ beantragt hatten, internationale Divisionen zu schaffen, um den Annexionsgelüsten des deutschen Imperialismus und Militarismus die gebührende Abfuhr zu erteilen.

Im Zusammenhang mit der Schaffung der Roten Armee und der Zurückschlagung des Angriffs des deutschen Imperialismus bei Narwa und Pskow nahm der Eintritt ehemaliger deutscher Kriegsgefangener in die Rote Armee stark zu. Hauptursache dieses Aufschwungs war vor allem die propagandistische und agitatorische Arbeit der Bolschewiki und der deutschen Kommunisten. In der Zeitung „Die Weltrevolution“ wurde den ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen die Wahrheit über die Bolschewiki, die Sowjetmacht und die sozialistische Revolution gesagt. Die Zeitung berichtete aber nicht nur über die Lage in Sowjetrußland, sondern schrieb auch über die Lage und die sich immer offensichtlicher abzeichnenden Zersetzungserscheinungen in der deutschen Armee. Die deutschen Überläufer, die in dieser Zeit besonders zahlreich waren, berichteten den schon früher in Gefangenschaft geratenen Kameraden von der katastrophalen Lage an der Front, von dem Elend in der Heimat und auch von der immer mehr anschwellenden revolutionären Bewegung in Deutschland.

Unter dem Eindruck all dieser Ereignisse entschlossen sich weitere ehemalige Kriegsgefangene, in die Rote Armee einzutreten. Das waren jetzt schon nicht mehr nur ehemals politisch oder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, sondern auch viele, die vorher weder der SPD noch der Gewerkschaft oder anderen Organisationen der Arbeiterklasse angehört hatten. Über die klassenmäßige Verbundenheit mit den kämpfenden russischen Arbeitern sagt zum Beispiel der Bergarbeiter Stanislaus Pluskota aus dem Kreis Hettstedt, der bereits 1915 in Gefangenschaft kam, in seinen Erinnerungen: „Nach der Befreiung aus der Kriegsgefangenschaft in Perm 1917 im November durch die Rote Garde wurde uns freigestellt, entweder nach Deutschland zurückzufahren oder uns der Roten Garde zur Befreiung des Proletariats zur Verfügung zu stellen. Ich tat, was ich als klassenbewußter Arbeiter tun mußte, und meldete mich Anfang Februar 1918 zur Roten Garde, die später zur Roten Armee wurde.“

Genosse Fritz Schröfel aus Delitzsch, der vor seinem Eintritt in die Rote Armee ebenfalls keiner politischen Organisation angehörte und in Taschkent war, schreibt in seinen Erinnerungen: „Vor mir hatten sich schon viele Kameraden der Roten Armee angeschlossen. Als von seiten der Führung der Roten Armee auch an uns der Aufruf erging, zur Roten Armee überzutreten, um die Arbeiterinteressen zu vertreten, trat auch ich dieser Armee bei.“ Er wurde in der Folge ein guter Internationalist und kämpfte mit vielen seiner Kameraden bis Anfang 1921 in den Gebieten von Taschkent, Samarkand, Buchara, Alma-Ata, und Kisyl-Arwat.

Genosse Hans Zembrowske aus Berlin, der auch schon 1915 in Gefangenschaft gekommen war und 1916 vom zaristischen Kriegsgericht wegen „Meuterei, Gehorsamsverweigerung und Flugblattverteilung“ zu zwei Jahren Festung verurteilt worden war, wurde in Taschkent von den Bolschewiki aus der Festung befreit und schloß sich sofort der Roten Garde an. Ein anderer Berliner Genosse, Josef Gutsche, bis vor kurzem Generalmajor in unserer Nationalen Volksarmee, war nach der Februarrevolution 1917 aus dem Lager entwichen und schlug sich auf abenteuerlichen Wegen bis nach Rostow am Don durch. Hier kam er mit der bolschewistischen Parteiorganisation in Berührung und wurde schon kurze Zeit darauf als Mitglied aufgenommen. Im Oktober 1917 beteiligte er sich aktiv an der Errichtung der Sowjetmacht in Rostow und reihte sich im Zusammenhang mit dem Angriff des reaktionären Kosakengenerals Kaledin in die Rote Armee ein. Gestützt auf einen Stamm von 45 ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen bildete sich eine Kompanie der Internationalisten heraus, deren Führer Genosse Gutsche wurde und die an den Kämpfen im Gebiet von Rostow, in der Ukraine und im Kubangebiet teilnahm.

Genosse Franz Herrmann aus dem Bezirk Rostock wurde unter dem Einfluß der Bolschewiki ebenfalls Mitglied der Roten Armee, und zwar in Minsk. Hier trat er dem III. Internationalen Moskauer Regiment bei und kämpfte zusammen mit vielen anderen deutschen, österreichischen und ungarischen Kameraden gegen die Weißgardisten, insbesondere gegen die Petljura-Banden. Ähnliche internationale Truppenteile ehemaliger deutscher, österreichischer, ungarischer, tschechischer und rumänischer Kriegsgefangener wurden auch in Kiew, Jekaterinoslaw, Poltawa und anderen Gebieten geschaffen.

Diese Beispiele internationaler Klassensolidarität deutscher Kriegsgefangener, vor allem der Kommunisten, könnten beliebig aus den vorliegenden Unterlagen, die im Archiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED aufbewahrt werden, erweitert werden.

Als auch in Deutschland die Revolution ausbrach, der Kaiser gestürzt und die Republik ausgerufen wurde, folgten viele deutsche Kriegsgefangene dem Rat Lenins, nach Deutschland zurückzukehren, um dort am Kampf zur Beseitigung des Imperialismus und Militarismus teilzunehmen. Aber viele von ihnen blieben in der Roten Armee und kämpften bis zur siegreichen Vernichtung der Weißgardisten. Aus den Erinnerungen dieser Genossen geht hervor, daß es sogar nicht wenige unter ihnen

gab, die nach der Niederschlagung der Revolution in Deutschland nach Sowjetrußland zurückgingen, um dort an der Seite der russischen Klassenbrüder weiterzukämpfen.

Ein Beispiel dafür ist der Lebensweg des Genossen Paul Krüger aus dem Bezirk Erfurt. Nach der Niederschlagung der Halleschen Arbeiter durch die Maercker-Truppen im März 1919 wurde er mit drei anderen Genossen verhaftet. Da er schon vorher wegen seiner politischen Einstellung und seines Kampfes gegen den Krieg zu einer längeren Zuchthausstrafe verurteilt worden war und jetzt mit einem Todesurteil rechnen mußte, verhalfen ihm seine drei Kameraden zur Flucht. In der Nähe von Straßburg in Ostpreußen ging er über die polnische Grenze. Hierbei wurde er wiederum, diesmal von den polnischen Reaktionären, verhaftet und in verschiedene Gefängnisse gesperrt. Nach mehrmaligen Fluchtversuchen gelang ihm endlich die Flucht. Über Rumänien kam er 1920 im September nach der Krim, wo der konterrevolutionäre General Wrangel sein Schreckensregiment errichtet hatte. Auf abenteuerlichem Wege kam er zur 2. Reiterarmee Budjonns, in der er dann an den Kämpfen bis zur restlosen Zerschlagung der Wrangel-Armee teilnahm. 1927 schied er wegen Invalidität als Kommandeur einer ingenieurtechnischen Truppe aus der Roten Armee aus.

Unter den in die Rote Armee und in die internationalen Einheiten eingetretenen ehemaligen Kriegsgefangenen wurde von den Kommunisten eine gute politische Arbeit geleistet. Es wurden marxistische Zirkel geschaffen und politische Schulungen durchgeführt. Viele der ehemaligen Kriegsgefangenen kamen dadurch erstmalig mit der Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus in nähere Berührung. Das half ihnen, sich besser in den komplizierten Verhältnissen des Bürgerkrieges zurechtzufinden und als bewußte Revolutionäre für die Sowjetmacht zu kämpfen. Ein Teil von ihnen wurde trotz der schweren Lage der Sowjetmacht auf politische Schulen delegiert, um danach als Politarbeiter in die Armee zurückzukehren. Einige von ihnen kehrten auch nach Deutschland zurück, um dort in den Reihen der Kommunistischen Partei politisch weiterzuwirken. Aus den Erinnerungen des Genossen Franz Klinger geht zum Beispiel hervor, daß er nach der Einnahme von Bucharä am 1. Oktober 1920 zur Parteischule nach Taschkent delegiert worden war. Nach Beendigung der Schule am 1. April 1921 wurde er von der Partei nach Moskau geschickt. Von hier ging er dann auf Beschluß der deutschen Sektion der Kommunistischen Internationale nach Deutschland zurück.

Genosse Ferdinand Effenberger, der in Omsk war, ging Ende 1918 auf Beschluß der Partei nach Moskau, wo er zusammen mit zwanzig weiteren deutschen Genossen in die Ukraine geschickt wurde, um politische Aufklärungsarbeit unter den deutschen Besatzungstruppen und ehemaligen Kriegsgefangenen zu leisten. Lenin hat dieser politischen Aufklärungsarbeit unter den Kriegsgefangenen durch die deutschen und anderen ausländischen Kommunisten große Bedeutung beigemessen. In seinem Referat auf dem VIII. Parteitag der KPR (B) schätzte er sie wie folgt

ein: „Unter den in Rußland befindlichen Ausländern wurde Propaganda und Agitation getrieben, und eine ganze Reihe von ausländischen Gruppen wurden gebildet. Dutzende von Mitgliedern dieser Gruppen wurden im Sinne einer richtungsweisenden Orientierung völlig in die wichtigsten Pläne und die allgemeinen Aufgaben der Politik eingeweiht. Hunderttausende Kriegsgefangener aus den Armeen, die die Imperialisten ausschließlich für ihre Zwecke gebildet hatten, haben nach ihrer Rückkehr nach Ungarn, Deutschland und Österreich dazu beigetragen, daß der bolschewistische Bazillus diese Länder völlig durchdrungen hat. Und wenn dort Gruppen oder Parteien vorherrschen, die mit uns solidarisch sind, so ist das jener nach außen hin unsichtbaren ... Arbeit der ausländischen Gruppen in Rußland zu verdanken, die eines der wichtigsten Kapitel in der Tätigkeit der Kommunistischen Partei Rußlands als einer der Zellen der Kommunistischen Weltpartei bildete.“⁴

Die Teilnahme ehemaliger deutscher Kriegsgefangener an den bewaffneten Kämpfen zur Niederschlagung der Weißgardisten und Vertreibung der ausländischen Interventionstruppen, die teilweise selbst aus Solidarität mit Sowjetrußland nicht mehr kämpfen wollten, kann auf der Grundlage des bisher vorliegenden Materials nur annähernd eingeschätzt werden. Von den 105 in Brandenburg (Havel) zusammengekommenen Parteiveteranen waren bis auf einige, die in roten Milizeinheiten tätig gewesen waren, alle Angehörige der Roten Armee. Über ein Viertel von ihnen wurde in den Kämpfen verwundet, einige sogar, wie der Genosse Julius Schmied aus dem Bezirk Leipzig, der besonders im Uralgebiet gegen die Koltschaktruppen gekämpft hat, mehrere Male. Sechs von diesen Genossen wurden für hervorragende Verdienste im Kampf gegen die Weißgardisten von der Sowjetmacht mit Auszeichnungen geehrt. Einige gehörten örtlichen Sowjets an, und ein Fünftel bekleidete militärische Ränge in der Roten Armee. Unsere Genossen kämpften Seite an Seite mit den russischen Klassenbrüdern an fast allen wichtigen Frontabschnitten des Bürgerkrieges sowohl in den gebildeten internationalen Regimentern und Bataillonen als auch in den fast ausschließlich aus russischen Arbeitern und Bauern zusammengesetzten Truppeneinheiten. Unter dem Kommando solcher hervorragender Bolschewiki und Heerführer wie der Genossen Woroschilow, Frunse und Tschapajew kämpften unsere Genossen gegen Koltschak, Denikin, Wrangel, Judenitsch und andere Weißgardisten. Ein Teil von ihnen kämpfte in Taschkent, Samarkand, Bucharas und Alma-Ata und war an der Gefangennahme des Emirs von Bucharas beteiligt. Einige dieser Genossen, wie Genosse Hermann Schröder aus dem Bezirk Erfurt, waren später zur Bekämpfung von Banden und zur Sicherung der sowjetischen Grenze in den Gebieten eingesetzt, die an China und Afghanistan grenzen. Bei einem im Mai dieses Jahres in Moskau stattgefundenen Treffen deutscher und sowjetischer Teilnehmer der Oktoberrevolution und des Bürgerkrieges erinnerte zum Beispiel der sowjetische Genosse Gubelmann, ehemaliger Kriegskommissar an der Front

⁴ W. I. Lenin: Werke, Bd. 29, 4. Ausg., S. 140–141 (russ.).

im Fernen Osten, an ein gemeinsames Erlebnis mit einer Gruppe von 65 ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen, die gemeinsam mit den sowjetischen Genossen kämpften und eine Batterie bis zum äußersten gegen die Weißgardisten verteidigten.⁵

Der bereits genannte Genosse Hermann Schröder, der als Schwadronsführer in der Einheit des heutigen Marshalls der Sowjetunion, S. K. Timoschenko, kämpfte und bereits im Januar 1918 der Kommunistischen Partei beigetreten war, war mit vielen anderen deutschen Kriegsgefangenen an den Kämpfen im Raum von Taschkent, Bucharä, Orenburg und Merw hervorragend beteiligt. Genosse Fritz Gniffke aus Wernigerode, der ebenfalls der Kommunistischen Partei angehörte, wurde Mitglied des ersten Turkestanischen Regiments der Roten Armee, das vom Genossen Popow geführt wurde. In der 1. Kompanie, die nur aus ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen bestand, nahm er als Politarbeiter an den Kämpfen bei Taschkent, Bucharä, Krasnowodsk, Kisyl-Arwat und an der Niederschlagung der Wrangel-Armee auf der Krim teil. Genosse Josef Schindler aus dem Kreis Halberstadt schloß sich nach der Oktoberrevolution mit anderen deutschen Kriegsgefangenen in Wladiwostok einer Partisanenabteilung unter dem Kommando des Bolschewiks Tirischenkow an. Nach Kämpfen gegen die japanischen Interventionstruppen schlug sich diese Abteilung bis nach Omsk durch und reihte sich dort in das 7. Rotarmistenregiment ein, mit dem er dann an den Kämpfen im Gebiet von Tomsk, gegen Judenitsch bei Petrograd und an der Niederschlagung eines konterrevolutionären Aufstandes bei Moskau teilnahm.

Die hier genannten und viele andere Beispiele zeugen von der internationalistischen Haltung vieler ehemaliger deutscher Kriegsgefangener, an der Spitze die Kommunisten, die in den schwierigsten Kämpfen vorbildlich vorangingen. Diese enge Waffenbrüderschaft, für die auch viele deutsche Arbeiter und Bauern in einer für die Sowjetmacht schweren Zeit ihr Leben gaben, gehört mit zu den besten Traditionen internationaler Klassensolidarität, die in der Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands und in unserer Sozialistischen Einheitspartei ihre Fortsetzung gefunden hat.

Die Feinde der Arbeiterklasse in Deutschland bekämpften diese internationale Klassensolidarität der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei mit allen Mitteln. Seit dem ersten Tage des Bestehens der Sowjetmacht führten sie gegen den ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat der Welt eine schändliche Hetze. Von den herrschenden Imperialisten und Militaristen und ihren rechten sozialdemokratischen Helfershelfern wurde der Antikommunismus, der dem deutschen Volk stets Unglück gebracht hat, zur Staatspolitik erhoben. Deutschland sollte nach den Worten des amerikanischen Generals Bliss zur „Spitze gegen den Bolschewismus“ werden. Es war deshalb auch nicht verwunderlich, daß die sozialdemokratische Regierung Bauer den zurückkehrenden deutschen Rotarmisten, die in Sowjetrußland die Interessen des internatio-

⁵ Vgl. Neues Deutschland (B) vom 3. Mai 1959.

nenalen Proletariats verteidigt hatten, einen „würdigen“ Empfang bereitete.

Nachdem die diplomatischen Vertreter der Weimarer Republik sowohl in Moskau als auch in Taschkent und anderen Gebieten Sowjetrußlands versucht hatten, durch Versprechungen, Drohungen und Geldangebote deutsche Kriegsgefangene vom Eintritt in die Rote Armee abzuhalten, sich andererseits aber nicht scheuten, eigene militaristische Offiziere zu den Weißen zu schicken, wurden die Internationalisten bei ihrer Rückkehr strengen Verhören unterzogen, ins Gefängnis oder Zuchthaus gesperrt, registriert und erhielten teilweise keine Arbeit.

Genosse Rudolf Rothkegel, der im November 1918 in Moskau zum Vorsitzenden des Zentralrates Deutscher Revolutionärer Arbeiter und Soldaten gewählt worden war, wurde zum Beispiel vom Oktober 1919 bis März 1920 von den deutschen Militaristen ins Zuchthaus gesperrt. Genosse Ferdinand Effenberger mußte elf Monate in Untersuchungshaft sitzen. Genosse Hans Zebrowske wurde mit drei weiteren Kameraden nach seiner Rückkehr im Oktober 1920 in Hamburg inhaftiert, längeren Verhören unterzogen und erst nach heftigem Protest wieder entlassen.

Doch all diese Drohungen und Schikanen der Imperialisten und Militaristen konnten diese Genossen nicht davon abhalten, auch in Deutschland für die Sache des Sozialismus zu wirken. Sie hatten sich unter der Sowjetmacht zu einer klaren marxistisch-leninistischen Weltanschauung durchgerungen und waren auch in Deutschland hervorragende Streiter für die Sache der Arbeiterklasse, die auch von 1933 bis 1945 unerschrocken gegen den barbarischen Hitlerfaschismus kämpften.

Nach der Rückkehr aus Sowjetrußland, die meistens 1920 oder 1921 erfolgte, schlossen sich viele sofort der Kommunistischen Partei an, gründeten Ortsgruppen der KPD, falls solche in ihren Heimatorten noch nicht bestanden, verbreiteten die Wahrheit über die Sowjetmacht unter der Bevölkerung und trugen so mit dazu bei, daß der Sozialismus auch in Deutschland immer festere Wurzeln schlug. Sie wurden zu einer festen Stütze der jungen Kommunistischen Partei Deutschlands, die als einzige politische Partei konsequent gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus kämpfte und unser Volk unablässig lehrte, daß die Solidarität und Freundschaft mit der Sowjetunion eine Lebensfrage des deutschen Volkes ist.

Aus der Arbeit der Kommissionen für die Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung

Die einheitlich handelnde deutsche Arbeiterklasse kann den Militarismus besiegen

Zur Vorbereitung des 40. Jahrestages der Niederschlagung des Kapp-Putsches

In wenigen Monaten jährt sich zum 40. Male ein bedeutender Sieg der deutschen Arbeiterklasse über den deutschen Militarismus. Die in machtvoller Aktionseinheit handelnde Arbeiterklasse machte im März 1920 den Versuch der reaktionärsten Kreise des Militarismus, des Junkertums und des Monopolkapitals zunichte, die im November 1918 erkämpften Errungenschaften zu beseitigen, die Arbeiterklasse restlos niederzuschlagen und eine offene Militärdiktatur als Vorstufe für die Wiederherstellung der Monarchie und zur Vorbereitung eines neuen Krieges zu errichten. Die Lehren aus der Niederschlagung des Kapp-Putsches sind gerade heute von brennender Aktualität.

Der deutsche Militarismus und Imperialismus, die unser Volk bereits zweimal in die nationale Katastrophe getrieben haben, sind in Westdeutschland erneut an der Macht. Zum dritten Mal wollen sie, gestützt auf den USA-Imperialismus, einen neuen Weltkrieg, einen Atomkrieg gegen das sozialistische Lager anzetteln, um ihre revanchistischen und aggressiven Ziele verwirklichen zu können. Im Zeichen des wildesten Antikommunismus und Revanchismus entstanden und entstehen unzählige militaristische Organisationen. In schnellem Tempo wird die westdeutsche Armee aufgestellt und mit Atom- und Raketenwaffen ausgerüstet. Alte eingefleischte Militaristen und Faschisten, geübt im Massenmord, sind von den deutschen Imperialisten wieder in Rang und Würden eingesetzt worden und stehen an der Spitze dieser Bürgerkriegs- und Aggressionsarmee. Mit dem Abbau der Volksrechte und der Errichtung einer militaristisch-klerikalen Diktatur unter Anwendung faschistischer Methoden sollen die patriotischen Kräfte, die gegen diese verbrecherische Politik ankämpfen, niedergeschlagen, das Volk niedergehalten und für die imperialistischen Wahnsinnspläne reif gemacht werden. Aufgabe aller patriotisch gesinnten Deutschen muß es sein, unter Führung der Arbeiterklasse den Todfeinden unseres Volkes in den Arm zu fallen, den deutschen Militarismus zu bändigen und seine verbrecherischen Pläne zu vereiteln. Die Auswertung der Erfahrungen und Lehren des Kampfes gegen den Kapp-Putsch, der größten Einheitsaktion der deutschen Arbeiterklasse in den Jahren der Weimarer Republik, ist deshalb von großer aktueller Bedeutung.

Es gilt diese Lehren für unseren gegenwärtigen Kampf gegen den deutschen Militarismus nutzbar zu machen. Die Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung können hierzu einen wertvollen Beitrag leisten. Der Artikel soll vor allem den örtlichen Kommissionen Anregungen bei der Vorbereitung des 40. Jahrestages der Niederschlagung des Kapp-Putsches geben und ihnen helfen, die lokalgeschicht-

lichen Ereignisse im richtigen Zusammenhang mit den Vorgängen in ganz Deutschland darzulegen. Die vorliegende Arbeit, in der wir nur einige Hauptfragen behandeln können, stellt sich nicht das Ziel, eine allseitige Darstellung des Kapp-Putsches und seiner Niederschlagung zu geben. Dazu bedarf es noch umfangreicher Forschungen und Einzeluntersuchungen. Die Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung können dabei eine große Hilfe leisten.

I. Die Hintergründe des Kapp-Putsches

Die Novemberrevolution 1918 hatte die nationale Grundaufgabe des deutschen Volkes nicht gelöst. Imperialismus, Militarismus und Junkertum wurden wohl durch die Niederlage im ersten Weltkrieg und durch die Revolution geschwächt, aber nicht beseitigt. Das Bündnis, das die rechten Führer der Sozialdemokratie im November 1918 auf der Grundlage des Antikommunismus mit den extrem imperialistischen und militaristischen Kräften eingingen, rettete diese vor ihrem Sturz und ermöglichte ihnen, ihre Macht rasch wieder zu festigen und auszubauen.

Die Politik der Zugeständnisse, die die Ententebourgeoisie, besonders die der USA, gegenüber dem deutschen Imperialismus und Militarismus betrieb, trug wesentlich zu deren Wiedererstarken bei. Die imperialistischen Siegermächte verfolgten dabei das Ziel, die politische und militärische Macht des deutschen Imperialismus zu erhalten und Deutschland in die imperialistische Kampffront gegen Sowjetrußland einzubeziehen.

Die unter der Leitung Noskes aufgebaute Reichswehr und die Freikorps wurden zu Tummelplätzen für Monarchisten und Konterrevolutionäre. Unter der Führung alter kaiserlicher Generale und Offiziere wurden diese Söldnerbanden auf den Kampf gegen die revolutionären Arbeiter, gegen die KPD und gegen Sowjetrußland ausgerichtet. Als Ende 1919 die deutschen Truppen aus dem Baltikum zurückgezogen werden mußten, wurden sie nicht aufgelöst, sondern auf den Junkergütern in Mecklenburg und Pommern stationiert. Die Junker legten dort, geduldet von der Regierung, ganze Waffenarsenale an. Die ostelbischen Güter entwickelten sich so zur Brutstätte der monarchistisch-militärischen Konterrevolution und des übelsten Landsknechts- und Banditenunwesens. Es bestätigte sich die wiederholte Warnung der KPD, daß die Kriegstruppen gegen Sowjetrußland zu Bürgerkriegsformationen gegen die demokratischen und sozialen Errungenschaften des eigenen Volkes werden.

Die Politik der Ebert-Noske zur Niederschlagung und Niederhaltung des revolutionären Proletariats förderte das Erstarken all dieser Kräfte, die sich jetzt auch gegen die bürgerlich-demokratische Republik richteten und deren Beseitigung vorbereiteten.

Im August 1919 gründeten sie die „Nationale Vereinigung“ als politisches, militärisches und organisatorisches Zentrum für eine konterrevolutionäre Verschwörung. In ihr sammelten sich solche Reaktionäre wie der ostpreussische Generallandschaftsdirektor Kapp — im Weltkrieg Mitbegründer der Deutschen Vaterlandspartei und rücksichtsloser Annexionspolitiker —, wie der ehemalige, durch seinen Kampf gegen die revolutionären Arbeiter berüchtigte Polizeipräsident von Berlin, Jagow, und solche eingefleischten Militaristen wie die kaiserlichen Generale Lüttwitz und Ludendorff, wie die Oberst Bauer, Hauptmann Pabst u. a. m.

Um welche Ziele es ihnen ging, geht u. a. aus einem Brief Lüttwitz' vom 1. September 1919 an Noske hervor, in dem es heißt: „Nur Zwang wird das

Volk zur Arbeit bringen. Daraus ergeben sich folgende Notwendigkeiten: 1. Vernünftiger Abbau der Arbeitslosenunterstützung . . . 2. Unbedingtes Verbot politischer und wirtschaftlicher Streiks . . . Diese Schädlinge (gemeint sind die revolutionären Kräfte, — St. W.) müssen rücksichtslos vernichtet werden. Kampf bis aufs Messer gilt es diesen staatsfeindlichen Elementen gegenüber. Rigorose Unterdrückung ihrer Presse und ihrer führenden Persönlichkeiten ist das einzig wirksame Mittel.“¹

Die „Nationale Vereinigung“ stützte sich auf die Parteien des Großgrundbesitzes und des Monopolkapitals, die Deutschnationalen (DNVP) — deren Parteivorstand Kapp selbst angehörte — und auf die Deutsche Volkspartei (DVP), die vor allem durch ihre nationalistische Propaganda die Vorbereitung des Kapp-Putsches unterstützten.

Zur gleichen Zeit, als in Deutschland die Konterrevolution ihre Putschvorbereitungen betrieb, organisierte das englische, französische und amerikanische Monopolkapital zusammen mit den polnischen Pans den dritten Ententefeldzug gegen Sowjetrußland. Maßgebliche Kreise der Kapp-Verschwörer standen seit langem in engen Beziehungen zu den Ententeimperialisten und drückten ihre Bereitschaft aus, sich am Kampf gegen den „Bolschewismus“ zu beteiligen. Kurze Zeit vor dem Putsch verhandelten Lüttwitz und der Schwerindustrielle Rechberg mit dem Chef der britischen Militärmission in Berlin, General Malcolm, über eine Verzögerung der deutschen Abrüstung wegen der „drohenden bolschewistischen Gefahr“. Lüttwitz erklärte schließlich nach dem Einmarsch der Putschisten in Berlin, daß der „Kampf gegen den Bolschewismus ein Hauptgrund der ganzen Bewegung sei“. So beschwor der Kapp-Putsch erneut die Gefahr der Beteiligung deutscher Truppen am imperialistischen Interventionskrieg gegen Sowjetrußland herauf.

Aber nicht nur die Kräfte der Konterrevolution wuchsen und sammelten sich, sondern auch die der Arbeiterklasse. Im deutschen Proletariat ging ein beträchtlicher Entwicklungsprozeß vor sich. Großen Einfluß hierauf übte der heldenhafte Kampf Sowjetrußlands sowie das Wirken der Kommunistischen Internationale aus. Viele Arbeiter erkannten den verhängnisvollen Weg der SPD-Politik, der zur Aufrechterhaltung und Festigung der Macht der Militaristen und Monopolisten und zur wiederholten blutigen Niederschlagung der Arbeiterklasse geführt hatte. Sie trennten sich von der SPD und schlossen sich der KPD oder der USPD an. In der USPD selbst wuchs und festigte sich der linke Flügel. Auf dem Leipziger USPD-Parteitag im Dezember 1919 trat dieser zum erstenmal mit einer eigenen Plattform auf und forderte den Anschluß an die Kommunistische Internationale.

Die zunehmende Verelendung der Werktätigen, die verstärkten Angriffe der Monopolisten und Junker auf die politischen und sozialen Rechte der Arbeiter, Streikverbote usw. führten zu einer weiteren Verschärfung der Klassengegensätze, was sich in der zunehmenden Zahl von Streiks, Demonstrationen und Hungerunruhen zeigte. Als am 13. Januar 1920 die Berliner Arbeiter vor dem Reichstag gegen die Annahme des reaktionären Betriebsrätegesetzes demonstrierten, wurden sie von der unter dem Befehl des Generals Lüttwitz stehenden Sicherheitswehr brutal zusammengeschossen. Belagerungszustand, Verbot der „Roten Fahne“ und anderer kommunistischer und unabhängiger Zeitungen folgten. Im Januar/Februar kam es zu großen Streikkämpfen im Ruhrgebiet und in Schlesien. Diese für die Mono-

¹ Walther Freiherr von Lüttwitz: Im Kampf gegen die Novemberrevolution, Berlin 1934, S. 91/92.

polisten und Junker gefährliche revolutionäre Bewegung brutaler und gründlicher zu unterdrücken, als es die bürgerlich-sozialdemokratische Koalitionsregierung zu tun bereit war, sollte durch die Militärdiktatur geschehen.

II. Der Kapp-Putsch

Den unmittelbaren Anlaß für die Auslösung des Kapp-Putsches gab die im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages am 18. Februar 1920 geforderte Herabsetzung der Reichswehr bis zum 10. April 1920 auf 200 000 und bis 10. Juli 1920 auf 100 000 Mann. Die Regierung mußte entgegen ihrem Willen mit der Reduzierung der Truppen beginnen. Am 29. Februar wurde die Auflösung der Marinebrigade Ehrhardt in Döberitz verfügt. Lüttwitz, dem diese Brigade, die die Kerntruppe der Putschisten bilden sollte, unterstand, erklärte aber, daß er ihre Zerschlagung nicht zulassen würde. Am 10. März forderte er ultimativ von Ebert und Noske: „Sofortige Reichstagswahlen, Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk, Umbildung des Kabinetts durch Besetzung bestimmter Ministerien mit ‚Fachministern‘, keine weitere Verminderung der Reichswehr, keine Abgabe oder Verminderung von Kriegsmaterial, sondern seine Bereitstellung für einen neuen Krieg.“² Diese Forderungen zielten darauf ab, den Monopolherren, Junkern und Militaristen auf legalem Wege die ganze Macht in die Hände zu spielen. Sie offenbarten, wie „unter der Maske der formalen Demokratie die Kräfte der Reaktion und des Militarismus das deutsche Volk ins Unglück stürzen“³. Aber die Regierung unternahm keine ernsthaften Schritte gegen die Putschisten, die jetzt beschlossen, sofort loszuschlagen. Noske erklärte noch am 12. März um 23.00 Uhr seinem Parteifreund Kuttner: „... an das Gerede aufgeregter Leute von einer bevorstehenden militärischen Katastrophe glaube er nicht ... in Döberitz sei es ganz ruhig, und im übrigen habe er hier alle Vorkehrungen getroffen.“⁴

Wenige Stunden später floh die Regierung, von den Reichswehrgeneralen schmählich im Stich gelassen, feige nach Dresden. Die Kapp-Söldner besetzten widerstandslos das Regierungsviertel.

Kapp ernannte sich zum Reichskanzler und Lüttwitz zum Reichswehrminister, erklärte die alte Regierung für abgesetzt und die Nationalversammlung sowie die Preußische Landesversammlung für aufgelöst. In einem Aufruf „An das deutsche Volk!“ drohten die Putschisten: „Die Regierung wird ... Streiks und Sabotage rücksichtslos unterdrücken ... wir werden jede Auflehnung gegen die neue Ordnung mit schonungsloser Entschlossenheit niederschlagen.“⁵ Nach einer Verordnung vom 15. März waren Streikende und Streikposten mit dem Tode zu bestrafen.

Hinter dem Kapp-Putsch standen vor allem die ostelbischen Junker, die von der Rückkehr zu ihrer alten Machtstellung träumten, sowie die reaktionärsten Kreise des Monopolkapitals. Sie stützten sich auf einen großen Teil der Reichswehr- und Freikorpsoffiziere. Der Putsch war vor allem ein

² Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, 36. Jahrgang, 1920, Erster Teil, S. 45.

³ Brief des ZK der SED an den Parteivorstand der SPD und alle sozialdemokratischen Organisationen und Mitglieder. In: Neues Deutschland (B) vom 5. April 1959.

⁴ Vorwärts vom 3. April 1920.

⁵ Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin, Archiv (abgekürzt IML-Archiv), DF VI/13.

mit Waffengewalt unternommener Versuch dieser Kräfte, die in der Novemberrevolution erkämpften demokratischen Rechte und sozialen Errungenschaften der Werktätigen zu beseitigen, die Arbeiterklasse völlig niederzuschlagen und eine offene Militärdiktatur als Vorstufe zur Wiederherstellung der stockreaktionären und aggressiven Hohenzollern-Monarchie zu errichten. Er stand vollkommen im Zeichen des Antibolschewismus und Revanchismus. Die beabsichtigte Vereitelung der Heeresverminderung sollte nicht nur den notorischen Landsknechten die Futterkrippen retten, sondern das politische Kräfteverhältnis zugunsten der monarchistischen Reaktion verändern und die internationale Stellung des deutschen Imperialismus festigen. Die antibolschewistische Grundeinstellung der Kappisten und ihrer bewaffneten Banden gab dem Putsch in außenpolitischer Hinsicht von vornherein eine ausgeprägte antisowjetische Spitze.

III. Die Niederschlagung des Kapp-Putsches durch die Aktionseinheit der Arbeiterklasse

1. Die politische Linie der KPD im Kampf gegen den Kapp-Putsch und die militärische Konterrevolution

Seit langem hatte die KPD die Arbeiterklasse vor dem drohenden Militärputsch gewarnt. So forderte sie Ende 1919 in einem Flugblatt Wachsamkeit gegenüber „den Kräften der militärischen Konterrevolution, die sich jetzt drohend erhebt“ und die sich „gegen die bürgerliche Republik, gegen die Scheidemannpartei und gegen die Arbeiterklasse“⁶ wendet. In der nach monatelanger Unterdrückung am 12. Dezember 1919 erstmalig wieder erschienenen „Roten Fahne“ rief die Zentrale den Berliner Arbeitern zu, daß „...die monarchistische Konterrevolution vor den Toren“ stehe. Und in einem Aufruf der Zentrale vom 10. März 1920 „An unsere Organisationen!“ hieß es, „daß die revolutionäre Arbeiterklasse sich auf überraschende Aktionen der militärischen Gegenrevolution gefaßt machen“⁷ müsse. Nicht die SPD und die bürgerlichen Regierungsparteien, sondern die KPD war es, die konsequent für den Schutz der bürgerlich-demokratischen Republik gegen die militärische Reaktion eintrat, das Treiben der Putschisten entlarvte und so die Errungenschaften des Volkes, nicht aber die bürgerliche Politik der von der SPD geführten Koalitionsregierung verteidigte.

Die Kappisten rechneten damit, daß die Arbeiterklasse ihnen bei der Errichtung der offenen Militärdiktatur kaum Widerstand entgegensetzen würde, weil sie nicht bereit sei, das verhaßte Ebert–Noske–Regime zu verteidigen. Das revolutionäre Proletariat nahm jedoch sofort den Kampf gegen die Putschisten auf, nicht zur Verteidigung der Ebert–Noske, sondern zur Niederwerfung jeglicher militärischer Konterrevolution.

Vor der KPD stand die Aufgabe, den Arbeitern für den Kampf gegen die Putschisten eine klare revolutionäre Orientierung zu geben. Der Arbeiterklasse mußte die Aufgabe gestellt werden, über die Niederwerfung des Kapp-Putsches hinauszugehen, alle konterrevolutionären Kräfte restlos niederzuschlagen und sich weitestgehende demokratische Freiheiten zu erkämpfen, um die Restaurierung der Kräfte der Konterrevolution ein für allemal zu verhindern.

⁶ Ebenda.

⁷ Die Rote Fahne vom 12. März 1920.

Überall stellten sich die Mitglieder der KPD sofort in die vordersten Reihen der sich schnell entwickelnden einheitlichen Streikfront, riefen zum einheitlichen Generalstreik und zur Bewaffnung der Arbeiter auf und gaben so aus eigener Initiative die richtigen Losungen für den Abwehrkampf.

So forderte z. B. die KPD, Bezirk Rheinland-Westfalen, in einem Flugblatt vom 13. März die Arbeiterräte auf, sofort mit der Bewaffnung des Proletariats und der Entwaffnung der Bourgeoisie zu beginnen und einen konsequenten Kampf zur Niederschlagung der Konterrevolution zu führen.

Gestützt auf die Kampfbereitschaft der gesamten Arbeiterklasse, verkündete die Zentrale der KPD in ihrem Flugblatt vom 14. März als Kampfziele: „Sofortiger Rücktritt der Regierung Kapp—Lüttwitz! Entwaffnung und Auflösung der Reichswehr, der Sicherheitspolizei, der Einwohnerwehren, der Zeitfreiwilligen! Sofortige Beschlagnahme aller Waffen der Bourgeoisie. Bildung einer revolutionären zuverlässigen Arbeiterwehr unter Kontrolle der Arbeiterräte. Freilassung aller politischen Gefangenen.“⁸

Noch klarer heißt es in den Losungen der KPD vom 15. März: „Die Kommunisten sind gegen die Regierung Kapp—Lüttwitz, gegen die Regierung Ebert—Noske—Bauer, gegen die Wiederaufrichtung einer Regierung mit bürgerlichem Unterbau, mit Parlament und Staatsbürokratie, gegen die Neuwahl der Nationalversammlung.“ Gefordert wird: „Sofortiger Zusammentritt in allen Betrieben zur Neuwahl von Arbeiterräten. Sofortiger Zusammentritt der Räte zu Vollversammlungen, die die Leitung des Kampfes zu übernehmen und die über die nächsten Maßnahmen zu beschließen haben.“⁹

Die KPD gab somit als einzige Partei der kämpfenden Arbeiterklasse eine klare revolutionäre Orientierung, die geeignet war, die Arbeiter aller politischen Richtungen im Kampf um die elementarsten und dringendsten Forderungen zu vereinigen und die rechten Führer, die die Aktionen bremsen, zu isolieren.

Vielorts gelang es den Kommunisten, den Abwehrkampf über den Generalstreik hinaus zur bewaffneten Niederschlagung der Putschisten weiterzuführen. Gleichzeitig berücksichtigten sie das Entwicklungstempo der Bewegung in ganz Deutschland und verhinderten, daß Teile des revolutionären Proletariats lokal zu weit über den allgemeinen Rahmen des Kampfes hinausgingen. Rechtzeitig erkannte auch die KPD den Kulminationspunkt der revolutionären Bewegung und berücksichtigte das in ihrer politischen Zielsetzung. Das zeigte die gewachsene Kraft und Festigkeit der KPD, die trotz monatelanger Illegalität und Verfolgung, trotz großer innerparteilicher Schwierigkeiten — Abspaltung der anarchistischen und syndikalistischen Elemente — ehrenvoll die Kraftprobe des Kapp-Putsches bestand. Daran änderten auch nichts die anfangs vorhandene Unentslossenheit eines Teils der Zentrale der KPD, die durch die Aktivität und Entschlußfähigkeit der örtlichen Parteiorganisationen und der einfachen Mitglieder sofort wettgemacht wurde, sowie einige Losungen, die nicht ganz dem vorhandenen Kräfteverhältnis der Klassen entsprachen.

Der geschlossene Kampf der Arbeiterklasse gegen den Kapp-Putsch eröffnete die Möglichkeit einer breiten und schnellen Revolutionierung und Linksentwicklung der Arbeitermassen, besonders der einfachen SPD-Mitglieder. Die rechten SPD-, USPD- und Gewerkschaftsführer verhinderten jedoch, daß sich das Klassenbewußtsein der Arbeiter im Kampf gegen die Kapp—Lüttwitz soweit entwickelte, wie es der Kampf um die proletarische

⁸ IML-Archiv, DF VI/13.

⁹ Ebenda.

Diktatur erfordert hätte. Die KPD erkannte das und orientierte die Arbeiterklasse nach der Niederschlagung des Kapp-Putsches auf die Sicherung ihres Sieges über die Putschisten und auf die konsequente Niederwerfung der militärischen Konterrevolution. Dazu mußte vor allem die Wiederherstellung der alten bürgerlich-sozialdemokratischen Regierungskoalition verhindert werden. Entsprechend dem Willen der Mehrheit der Arbeiterklasse erstrebte die KPD die Bildung einer Regierung aus Vertretern der SPD und USPD unter Ausschluß der bürgerlichen Parteien. In einer Erklärung der Zentrale der KPD vom 21. März wurde dazu festgelegt: „3. Das gegenwärtige Stadium des Kampfes, wo dem Proletariat noch keine ausreichende militärische Macht zur Verfügung steht, wo die mehrheitssozialistische Partei noch einen starken geistigen Einfluß auf Beamte, Angestellte und bestimmte Arbeiterschichten hat, wo die USPD die städtische Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit hinter sich hat, ist ein Zeichen dafür, daß die objektiven Grundlagen für die proletarische Diktatur im gegenwärtigen Moment nicht gegeben sind.

4. Für die weitere Eroberung der proletarischen Massen für den Kommunismus ist ein Zustand, wo die politische Freiheit unbegrenzt ausgenützt werden, wo die bürgerliche Demokratie nicht als Diktatur des Kapitals auftreten könnte, von der größten Wichtigkeit für die Entwicklung in der Richtung zur proletarischen Diktatur.

5. Die KPD sieht in der Bildung einer sozialistischen Regierung unter Ausschluß von bürgerlich-kapitalistischen Parteien einen erwünschten Zustand für die Selbstbetätigung der proletarischen Massen und ihr Heranreifen für die Ausübung der proletarischen Diktatur. Sie wird gegenüber der Regierung eine loyale Opposition treiben, solange diese Regierung die Garantien für die politische Betätigung der Arbeiterschaft gewährt, solange sie die bürgerliche Konterrevolution mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft und die soziale und organisatorische Kräftigung der Arbeiterschaft nicht hemmen wird.“¹⁰

Lenin schätzte diese Stellungnahme positiv ein: „Diese Erklärung ist sowohl ihrer grundlegenden Voraussetzung nach als auch in ihrer praktischen Schlußfolgerung vollkommen richtig. Die grundlegende Voraussetzung besteht darin, daß ‚die objektiven Grundlagen‘ für die Diktatur des Proletariats im gegebenen Augenblick nicht vorhanden sind, weil die Unabhängigen ‚die städtische Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit‘ hinter sich haben. Schlußfolgerung: Gegenüber einer ‚sozialistischen Regierung unter Ausschluß von bürgerlich-kapitalistischen Parteien‘ wird eine ‚loyale Opposition‘ versprochen (das heißt, es wird auf die Vorbereitung zum ‚gewaltsamen Umsturz‘ verzichtet).

Zweifellos ist diese Taktik im Grunde genommen richtig...“¹¹

Lenin kritisierte jedoch, daß eine Regierung aus SPD- und USPD-Vertretern als „sozialistisch“ bezeichnet und erklärt wird, daß es eine bürgerliche Demokratie geben könne, die nicht Diktatur des Kapitals sei.

2. Die Haltung der rechten SPD-Führer und der Koalitionsregierung

Während die KPD der Arbeiterklasse im Kampf gegen Kapp und die militärische Konterrevolution den Weg zur wirksamen Sicherung ihrer demokratischen Rechte wies, beschränkten sich die SPD- und Gewerkschaftsführer, gefolgt von den rechten USPD-Führern, auf die Verteidigung der

¹⁰ Die Rote Fahne vom 26. März 1920.

¹¹ W. I. Lenin: Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung, Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 583.

bürgerlichen Republik und ihrer Regierungspositionen. Vor ihrer Flucht aus Berlin unterschrieben Ebert und die sozialdemokratischen Minister noch schnell einen Aufruf zum Generalstreik. Sie, die bisher mit allen Mitteln, mit Verboten, Polizei, Reichswehr und Terror aller Art versucht hatten, den Arbeitern das Streikrecht zu rauben, riefen jetzt aus Angst um ihre Ministerposten und, um ihren Einfluß auf die Arbeitermassen nicht vollkommen zu verlieren, die Arbeiter zum Generalstreik auf. Die reformistischen Gewerkschaftsführer, die stets den politischen Generalstreik als „Generalunsinn“ diffamiert hatten, jetzt aber ebenfalls zu einer Stellungnahme gezwungen waren, wußten für ihren Streikappell keine andere Begründung als: „Die deutsche Republik ist in Gefahr... der gesamte Arbeitsschutz ist bedroht.“¹² All das hinderte die rechten SPD-Führer aber nicht, sofort den Verrat an den konsequenten Verteidigern der Demokratie, den heldenmütig gegen die militärische Konterrevolution kämpfenden Arbeitern, vorzubereiten. Während die in Stuttgart sitzenden SPD-Minister nach außen Unversöhnlichkeit gegenüber den Kappisten markierten, verhandelte Vizekanzler Schiffer in Berlin mit ihnen und versprach Amnestie und Neuwahlen. Auch die preußischen Minister Südekum, Dominicus und Oeser verhandelten mit den Putschisten. Aus Dresden fuhr General Maercker mit Zustimmung Eberts und Noskes als Unterhändler nach Berlin und von dort am 15. März mit den Bedingungen der Kapp-Regierung nach Stuttgart. So bahnte sich bereits hinter dem Rücken der kämpfenden Arbeiterklasse die Zusammenarbeit zwischen den Putschisten und den rechten SPD-Führern zur späteren Niederschlagung der revolutionären Arbeiter an. Die alte Regierung und die SPD-Führer waren nicht bereit, einen entschlossenen Kampf gegen die Kappisten und die meuternden Militäreinheiten zu führen; denn ihre größte Sorge galt dem Schutz der Reichswehr, der Erhaltung des Militarismus, dieses Instrumentes der Aggression gegen die Sowjetmacht.

3. Durch Massenstreiks und bewaffneten Widerstand besiegte die Arbeiterklasse die Kapp-Putschisten

In der Abwehr des Kapp-Putsches schlossen sich die Arbeiter aller politischen Richtungen, Kommunisten, Sozialdemokraten, Unabhängige, Parteilose und Christen, zusammen. Bereits am 13. März traten sie in vielen Orten in den Generalstreik, der am Montag, dem 15. März, das ganze Reich erfaßte. Mit nie gekannter Wucht und Entschlossenheit wurde der Generalstreik durchgeführt. Die gesamte Industrie, selbst Elektrizitäts- und Wasserwerke, der gesamte Verkehr und das Nachrichtenwesen wurden stillgelegt. Zahlreiche Angestellte und Beamte schlossen sich der Abwehrfront gegen die Kapp-Putschisten an. Erstmals wurden auch große Teile der Landarbeiter, vor allem in solchen rückständigen Teilen Deutschlands wie Mecklenburg und Pommern, in die Kampffront des Proletariats einbezogen. Die Kapp-Putschisten wurden dadurch von Anfang an isoliert und in eine ausweglose Situation gebracht. Obwohl sie von den Reichswehreinheiten und Freikorps direkt oder indirekt unterstützt wurden, obwohl die DNVP und die DVP in ihren ersten Aufrufen ihre Sympathie mit den Putschisten zum Ausdruck brachten – auf Grund der geschlossenen Abwehrfront sich jedoch bald von ihnen distanzieren mußten –, blieben sie gegenüber der einheitlichen Streikfront der Arbeiterklasse machtlos. Es gelang ihnen nicht einmal, ihre Regierung voll zu besetzen, für die sie u. a. die Sozialdemokraten Südekum und

¹² IML-Archiv, DF IV/13 c.

Severing — der durch seine Politik der brutalen Unterdrückung der Ruhrarbeiter das Vertrauen der Putschisten hatte und deshalb ihr Reichswirtschaftsminister werden sollte — zu gewinnen suchten.

Gegen den Willen ihrer rechten Führer wandten sich viele SPD- und USPD-Organisationen in gemeinsamen Aufrufen mit der KPD an die Arbeiter, z. B. in Mitteldeutschland, Chemnitz und im Ruhrgebiet, bildeten gemeinsame Vollzugsräte, Aktionsausschüsse und Streikleitungen, die den Abwehrkampf leiteten und zum Teil eigene Mitteilungsblätter herausgaben. So wurden z. B. in Chemnitz in den Vollzugsrat 10 Kommunisten, 9 Sozialdemokraten, 1 Unabhängiger und 1 Demokrat gewählt. Der Vollzugsrat bildete u. a. eine Streikleitung, eine militärische Leitung, Kommissionen für Lebensmittel- und Polizeikontrolle und beauftragte den Genossen Fritz Heckert, die Zusammenarbeit mit den Aktionsausschüssen und Arbeiterräten Sachsens und des Reiches herzustellen.

Die Arbeiterklasse beschränkte sich jedoch nicht auf den Generalstreik, sondern nahm den bewaffneten Kampf gegen die Kapp-Banden auf. Das war von großer Bedeutung, denn allein die Zerschlagung, Entwaffnung und Auflösung der konterrevolutionären bewaffneten Kräfte konnte die Reaktion zum Rückzug zwingen und die Voraussetzungen künftiger gegen das Proletariat gerichteter Bürgerkriegsaktionen beseitigen. Überall begannen sich die Arbeiter zu bewaffnen, indem sie die geheimen Waffenlager der Konterrevolution aushoben — z. B. auf den ostelbischen Gütern — und reaktionäre Einheiten entwaffneten. Sie führten in vielen Gegenden erbitterte Kämpfe gegen die Kapp-Einheiten und brachten ihnen eine Reihe empfindlicher Niederlagen bei.

Den Landarbeitern Mecklenburgs gelang es, „zirka 10—12 000 Mann unter Waffen zu bringen“¹³. Sie hatten erkannt, daß sie die Waffen auf den Gütern in ihre Hand bringen mußten, wenn sie sich nicht wehrlos der Konterrevolution ausliefern wollten. Sie lieferten gemeinsam mit den Industriearbeitern den Putschisten in Mecklenburg und Pommern, u. a. in Rostock, Greifswald, Teterow und Grevesmühlen, eine Reihe bewaffneter Kämpfe. Die großartigen Aktionen der Landarbeiter lähmten die Putschisten an ihrer Basis, verhinderten hier die Konzentration ihrer Kräfte und deren Eingreifen in anderen Teilen Deutschlands und waren ein wichtiger Beitrag zur Niederschlagung des Kapp-Putsches. Sie zeigten das seit 1918 sprunghaft gewachsene Klassenbewußtsein der Landarbeiter und sind mit ein Ergebnis der von der KPD auf dem Lande geleisteten Arbeit.

Den Höhepunkt erreichte der bewaffnete Kampf der Arbeiterklasse im Ruhrgebiet. Dem Aufruf der Arbeiterparteien folgend, waren die Arbeiter in den Generalstreik getreten und hatten Aktionsausschüsse und Vollzugsräte gebildet. Die KPD stellte sich sofort an die Spitze des Abwehrkampfes. Die Arbeiter bewaffneten sich und stellten Arbeiterbataillone auf. Im Kampf gegen die konterrevolutionären Freikorps Lichtschlag, Schulz und Lützow, gegen Reichswehrereinheiten, Bürgerwehren und Polizei schufen sie die Rote Ruhrarmee, die in wenigen Tagen das ganze Ruhrgebiet von konterrevolutionären Truppen befreite, ihnen dabei vernichtende Niederlagen beibrachte und reguläre Fronten aufbaute. Die Rote Ruhrarmee erreichte eine Stärke von etwa 100 000 Mann und war den konterrevolutionären Truppen moralisch weit überlegen. In ihr kämpften Kommunisten, Sozialdemokraten, Unabhängige, parteilose und christliche, deutsche und polnische Arbeiter und

¹³ Bericht über den 4. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) am 14. und 15. April 1920, S. 86.

russische Kriegsgefangene Schulter an Schulter gegen den gemeinsamen Feind.

4. Die Abwürgung des Generalstreiks und die Zerschlagung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse durch die rechten SPD-, Gewerkschafts- und USPD-Führer

Am 17. März mußte die Kapp-Regierung angesichts des machtvollen Generalstreiks der einheitlich handelnden Arbeiterklasse und des entschlossenen bewaffneten Widerstandes, der die Gefahr einer Vernichtung der Reichswehr heraufbeschwor, zurücktreten. Der Kapp-Putsch endete mit dem schmachvollen Fiasko der Putschisten.

Mit dem bloßen Rücktritt der Kapp-Lüttwitz konnte sich die Arbeiterklasse nicht zufrieden geben. Es kam darauf an, den Sieg über die Putschisten durch die restlose Zerschlagung des Militarismus und durch die Erweiterung der politischen Rechte der Arbeiter zu sichern. Die Zentrale der KPD rief den Arbeitern zu: „Der Streik muß weitergehen, bis die Offiziersclique bedingungslos kapituliert hat und bis den Arbeitern und Angestellten Waffen in die Hand gegeben sind, damit jede Erneuerung eines solchen Anschlages ein für allemal unmöglich gemacht wird, damit eure Bedrückung durch sie aufhört. Wird der Streik vorher abgebrochen durch irgendein Kompromiß, so bedeutet das Sieg der Offiziere, Verewigung eures Elends. Übt Solidarität bis zum Ende. Harrt aus im Streik, bis diese beiden Grundbedingungen gegen die Wiederkehr der Offiziersherrschaft sichergestellt sind.“¹⁴

Die rechten SPD- und Gewerkschaftsführer begannen sofort nach dem Rücktritt der Kapp-Regierung die einheitliche Streikfront der Arbeiterklasse zu zerschlagen, den Generalstreik abzuwürgen und die Arbeiterklasse um die Früchte ihres Sieges über die Kapp-Putschisten zu betrügen. Ebert und Bauer forderten „Jeder Mann an die Arbeit!“ und in einem Aufruf der SPD-Fraktion der Nationalversammlung vom 18. März hieß es: „Der Generalstreik trifft bei längerer Dauer nicht nur die Hochverräter, sondern unsere eigene Front. Wir brauchen Kohlen und Brot zur Fortführung des Kampfes gegen die alten Mächte, deshalb Abbruch des Volksstreiks, dafür aber stets Alarmbereitschaft.“¹⁵

In verschiedenen Orten wurden von den rechten SPD-Funktionären diese Parolen aufgenommen, der Abbruch des Generalstreiks bereits am 18. und 19. März durchgesetzt, z. B. in Braunschweig, Magdeburg, Dessau, Nürnberg und Kassel, und damit die ersten Breschen in die einheitliche Streikfront geschlagen. Aber die Masse der Arbeiter war nicht bereit, ohne weitere Ergebnisse den Kampf gegen die Konterrevolution einzustellen. Demagogisch gab sich der Vorstand des ADGB unter Legien als Sprecher des revolutionären Proletariats aus und trat mit einem 9 Punkte umfassenden scheinradikalen Programm auf, das als Grundlage für Verhandlungen über den Abbruch des Generalstreiks mit der Regierung diente. Am 20. März forderte der ADGB in einer Kundgebung den Abbruch des Generalstreiks. Die KPD rief zur Fortsetzung des Streikes auf. Auch die USPD weigerte sich noch, den Aufruf zum Streikabbruch zu unterzeichnen und so streikte noch ein großer Teil der Arbeiterklasse weiter. Erst nach einem erneuten Aufruf vom 23. März, den auch das ZK der USPD unterzeichnet hatte, gelang es den Rechten, den Generalstreik überall abzuwürgen.

¹⁴ IML-Archiv, DF VI/13.

¹⁵ Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution, Berlin 1929, S. 471.

Die Ebert-Noske verbündeten sich mit den gestern noch gegen sie put schenden Reichswehrgeneralen unter der Losung des Kampfes gegen Bolschewismus und Spartakismus zum Feldzug gegen das revolutionäre Proletariat. Obwohl die Regierung nach dem Neunpunktprogramm der Gewerkschaften zur Entwaffnung und Bestrafung aller Putschisten verpflichtet war, unternahm sie nichts. Im Gegenteil: Der Brigade Ehrhardt zahlte sie z. B. den Sold und die ihr von den Kapp-Lüttwitz versprochenen hohen Zu lagen für die Teilnahme am Putsch weiter. Seeckt, der sich am 13. März geweigert hatte, gegen die Putschisten vorzugehen, wurde Chef der Heeresleitung. Die Reichsregierung und die preußische Regierung versuchten, das ramponierte Ansehen der Reichswehr wieder aufzuputzen und den Arbeitern einzureden, daß die Reichswehr die Demokratie „gegen links und rechts“ schütze. Noske und der bisherige preußische Innenminister Heine, die sogar bei den eigenen Mitgliedern zu sehr kompromittiert waren, wurden als Sündenböcke geopfert. Wie die Regierung bereit war, mit der Reichswehrsoldateska die Arbeiterklasse niederzuschlagen, zeigen die „Richtlinien für das weitere Vorgehen“ des Militärbefehlshabers der Kreishauptmannschaft Leipzig, Senfft von Pilsach, in denen es heißt: „Die militärischen Operationen nehmen ihren Fortgang; wo die Truppe Widerstand des Janhagels findet, wird er mit rücksichtsloser Energie und unter Anwendung der schärfsten Kampfmittel gebrochen werden.“¹⁶

Es begann ein grausamer Unterdrückungsfeldzug der Reichswehr, der Freikorps und der Zeitfreiwilligen gegen das revolutionäre Proletariat. In Mitteldeutschland, Thüringen und Mecklenburg, im Erzgebirge, bei Berlin und in anderen Orten kam es erneut zu erbitterten Kämpfen. Zahlreiche Arbeiter wurden von der entfesselten Soldateska meuchlings ermordet. In den Kämpfen zeigte sich, daß die Arbeiter, wo sie sich einheitlich und geschlossen dem Angriff der Konterrevolution entgegenstellten, nicht niedergeschlagen werden konnten. So behaupteten sich die Arbeiter Halles, unterstützt von den Arbeitern der umliegenden Orte, in tagelangen Kämpfen gegen die konterrevolutionäre Soldateska und erkämpften sich u. a. die Freilassung der Verhafteten und die Zurückziehung der Reichswehr in ihre Kasernen.

Um die einheitliche Kampffront der Roten Ruhrarmee zu spalten, hatte Severing am 23. März Vertreter der Vollzugsausschüsse und der Stadtverwaltungen der wichtigsten Städte des Industriegebietes, die Regierungspräsidenten und Vertreter von einzelnen Parteien nach Bielefeld zu Verhandlungen eingeladen. Die Konferenz beschloß ein Waffenstillstandsabkommen, das es der Reichswehr ermöglichte, ihre Kräfte ungestört für den Überfall auf das Ruhrgebiet zu formieren, während es andererseits die Rote Ruhrarmee zur Aufgabe ihrer starken Vorposten und zur teilweisen Zurücknahme ihrer Fronten bewog.

Am 24. März beschloß die Konferenz das Bielefelder Abkommen, das die Arbeiter mit schönen Versprechungen beruhigen sollte, wobei jedoch Reichswehr und Regierung keinerlei reale Garantien für die Einhaltung ihrer Verpflichtungen gaben. Severing selbst sagte über die Auswirkung des Bielefelder Abkommens: „Die Folgen der Bielefelder Konferenz zeigten sich bald in der erfreulichsten Art. Die Gewerkschaftler, die Anhänger der Demokraten, des Zentrums und der Mehrheitssozialisten rückten sehr schnell von der Arbeiter-Armee ab . . .“¹⁷

¹⁶ IML-Archiv, DF VI/13a.

¹⁷ Carl Severing: 1919/1920 im Wetter- und Watterwinkel, Bielefeld 1927, S. 181.

Während alle Parteien mit der Unterzeichnung des Bielefelder Abkommens der Roten Ruhrarmee in den Rücken fielen, schickte die Zentrale der KPD Wilhelm Pieck in das Ruhrgebiet. Auf seinen Vorschlag wurde für die oberste Leitung des Kampfes ein Zentralrat gebildet. Als sich zeigte, daß die geschlossene Kampffront im Ruhrgebiet nicht zu halten war und auch alle Voraussetzungen für einen wirklich siegreichen Kampf gegen die Regierungstruppen fehlten, orientierte er den Zentralrat darauf, „den Kampf geschlossen abubrechen, um aus dem Bielefelder Abkommen das herauszuholen, was in Anbetracht der Situation im Reiche einen wirklichen politischen Erfolg bedeutet hätte: so die Bildung bewaffneter Ortswehren aus den Reihen der organisierten Arbeiter und Angestellten und die Verwahrung der Waffen durch die Gemeindebehörden, die in Anbetracht der Ortswehren keine hinterhältige Politik gegen die Arbeiter hätten treiben können.“¹⁸

Der Zentralrat unterbreitete der Regierung ein Waffenstillstandsangebot. Als Antwort stellte die Regierung ein — später von General Watter noch verschärftes — unerfüllbares Ultimatum und ließ wortbrüchig die Reichswehr in das Ruhrgebiet einmarschieren. Sie bewies damit, daß es ihr nicht um die Herstellung friedlicher Verhältnisse, sondern nur um die blutige Abrechnung mit den Ruhrarbeitern ging. Dafür nahm sie sogar die Besetzung deutscher Städte durch französische Truppen, die als Antwort auf den Einmarsch der Reichswehr in die neutrale Zone erfolgte, in Kauf. Mordend und plündernd besetzte die konterrevolutionäre Soldateska das Ruhrgebiet und rächte sich für die erlittenen schmachvollen Niederlagen. Die KPD unterstützte entschlossen das bedrängte Ruhrproletariat und rief zum Generalstreik gegen den Einmarsch der Reichswehr in das Ruhrgebiet auf. Es gelang ihr jedoch nicht, ihn gegen den Willen der SPD und USPD durchzusetzen. Nur im Ruhrgebiet erreichte der Generalstreik Ende März/Anfang April erneut einen Höhepunkt. Isoliert, von den SPD- und USPD-Führern im Stich gelassen, wurde das Ruhrproletariat blutig niedergeschlagen. Der Zentralrat widerlegte die Lügen der Regierung, die den Feldzug gegen die Ruhrarbeiter als Polizeiaktion ausgab, und entlarvte den weißen Terror der Reichswehr. In einer Mitteilung vom 6. April schrieb er: „Es häufen sich ... die zuverlässigen Berichte über Standgerichte, Hausdurchsuchungen, Erschießungen und Massenmorde in vielen Orten, in welchen die Regierungstruppen eingezogen sind ... Frauen und Kinder wurden gewaltsam gezwungen, den Aufenthalt ihrer Männer und Väter anzugeben ...“¹⁹

Der Kampf der Arbeiterklasse um die vollständige Bändigung und Zerschlagung des Militarismus war nicht erfolgreich. Tausende Arbeiter wurden ermordet, Tausende eingekerkert, während die Kapp-Putschisten so gut wie straffrei ausgingen. Die bisherigen Regierungsparteien (SPD, DDP und Zentrum) bildeten ein neues Kabinett und setzten, gestützt auf die konterrevolutionäre Militärmaschine, ihre alte Politik der Unterdrückung des Proletariats und aller Werktätigen im Interesse der Monopolisten fort.

IV. Bedeutung und Lehren des Kampfes der Arbeiterklasse gegen den Kapp-Putsch

Die Niederschlagung des Kapp-Putsches war ein großer Sieg der deutschen Arbeiterklasse. Millionen hatten gestreikt, Hunderttausende mit der Waffe in der Hand für die Verteidigung der Demokratie, für die Sicherung der

¹⁸ Die Kommunistische Internationale, 2. Jahrgang, Nr. 15, S. 523.

¹⁹ Die Rote Fahne vom 10. April 1920.

politischen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse, für die Vernichtung der Todfeinde der deutschen Nation, der Militaristen, Junker und Monopolherren, gekämpft. Sie hatten die Errichtung einer offenen Militärdiktatur verhindert und der imperialistischen Reaktion eine schwere Niederlage bereitet.

Die Niederschlagung des Kapp-Putsches wurde durch die im Kampf gegen die Putschisten hergestellte machtvolle Aktionseinheit der Arbeiterklasse möglich und zeigte den Arbeitern, daß sie nur geeint den Feind besiegen können, getrennt aber immer unterliegen müssen. Die Herstellung der Aktionseinheit ermöglichte es der Arbeiterklasse, andere werktätige Schichten in den Kampf gegen Militarismus und Konterrevolution einzubeziehen und eine breite Volksbewegung gegen den Kapp-Putsch zu entfachen.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Kapp-Lüttwitz hatte aber auch gezeigt, daß es nicht genügt, Militarismus und Konterrevolution zurückzuschlagen, sondern daß sie sich auch reale Garantien gegen deren Wiederkehr erkämpfen muß, daß sie dazu aber eine starke revolutionäre Kampfpartei als Führerin braucht, die alle Versuche, die Arbeiterklasse um die Früchte ihres Sieges zu prellen, zunichte machen kann. Die KPD stand überall an der Spitze des Kampfes gegen den Kapp-Putsch und die militärische Konterrevolution. Sie war die einzige Partei, die die demokratischen Errungenschaften der Werktätigen konsequent gegen jeglichen Angriff verteidigte, den Arbeitern eine klare politische Zielsetzung im Kampf gegen die militärische Konterrevolution gab und bewies, daß sie die einzige revolutionäre Partei der Arbeiterklasse war. Sie war aber insgesamt noch zu schwach, um auch überall die Führung des Kampfes zu übernehmen und den verhängnisvollen Einfluß der rechten SPD-, USPD- und Gewerkschaftsführer auf die Arbeiterklasse zu überwinden.

Der Kapp-Putsch hatte gezeigt, daß die sozialdemokratische Koalitions-politik den Interessen der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte widersprach und zur Festigung und Stärkung der Kräfte der Konterrevolution geführt hatte. Er zeigte, daß die wirkliche Macht auch nach der Novemberrevolution in den Händen der Monopolisten, Junker und Militaristen lag, deren reaktionärste Kreise ihre Lakaien einfach beiseite schoben, als sie glaubten, ihre offene Diktatur errichten zu können. Rücksichtslos setzten sie sich über die nationalen Interessen des deutschen Volkes hinweg, um ihre Profit- und Revancheinteressen durchzusetzen. Sie bewiesen dadurch erneut, daß sie die Todfeinde der deutschen Nation sind. Es ist notwendig, daß heute alle sozialdemokratischen Arbeiter in Westdeutschland die Lehren aus der Vergangenheit ziehen und erkennen, daß das Paktieren ihrer rechten Führer mit den Monopolisten und Militaristen, mit den Adenauer und Strauß zur Niederlage der Arbeiter führen muß, und daß es ihre wichtigste Aufgabe ist, einen selbständigen, konsequenten und revolutionären Kampf gegen ihre Todfeinde zu führen.

Die Erfahrungen aus dem Kampf gegen den Kapp-Putsch beschleunigten den Revolutionierungsprozeß in der Arbeiterklasse. Immer mehr Arbeiter erkannten den verhängnisvollen Weg der SPD-Politik, trennten sich von ihr und schlossen sich vorerst der USPD an, deren linker Flügel wuchs und sich festigte. Das zeigten die Wahlen zum Reichstag am 6. Juni 1920, bei denen die SPD, im Vergleich zu den Wahlen zur Nationalversammlung 1919, über 5 Millionen Stimmen verlor und die USPD 2,7 Millionen Stimmen gewann. Auch die KPD ging gestärkt und gefestigt aus dem Kampf hervor. Ihre Autorität und ihr Ansehen waren beträchtlich gewachsen. Schnell überwand

sie die Folgen der Abspaltung der Syndikalistinnen und festigte ihre Reihen. Viele neue Ortsgruppen entstanden und zahlreiche Arbeiter traten in ihre Reihen ein. Der Revolutionierungsprozeß führte schließlich im Dezember 1920 zur Vereinigung des linken Flügels der USPD mit der KPD zur VKPD.

Im März 1920 siegte die Arbeiterklasse über die Kapp-Lüttwitz, weil sie, über den Willen der opportunistischen Parteiführer hinweg, die Aktionseinheit herstellte und einheitlich, geschlossen und konsequent den Kampf gegen Militarismus und Konterrevolution führte. Im März 1920 wurde sie aber auch um die Früchte ihres Sieges betrogen, weil es ihr nicht gelang, die Aktionseinheit zu wahren, sondern die rechten SPD- und Gewerkschaftsführer die Aktionseinheit zerschlugen, den Generalstreik abwürgen und dadurch die Arbeiterklasse wehrlos machen konnten. Heute bildet die DDR, in der die Arbeiterklasse im festen Bündnis mit den werktätigen Bauern und Mittelschichten die Militaristen und Imperialisten endgültig besiegt hat, ein festes Bollwerk und ist das Beispiel für den Kampf gegen Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland. Ihre Existenz wird helfen, die Lehren des Kapp-Putsches in ganz Deutschland zu verwirklichen, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und aller Werktätigen herzustellen und einen konsequenten Kampf zur Beseitigung des Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland zu führen.

Stefan Weber

Ein wertvolles Dokument zur Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterjugendbewegung

Aufzeichnungen eines Teilnehmers der Jenaer Osterkonferenz 1916

Am 24. März 1959 erhielt unser Museum, das Museum für Geschichte der Dresdener Arbeiterbewegung, vom Vorsitzenden der Stadtbezirkskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung Dresden-Süd eine Anzahl gesammelter Zeitungen, Extrablätter und anderer Materialien aus den Jahren des ersten Weltkrieges, unter denen sich ein unscheinbarer, eng mit Bleistift beschriebener doppelter Briefbogen befand. Die „Notizen von irgendeiner Konferenz, mit denen ihr kaum etwas anfangen könnt“, erwiesen sich bei näherer Betrachtung und nach Feststellung des Namens der Vorbesitzerin, der Genossin Martha Fiedler, als handschriftliche Aufzeichnungen eines Dresdener Teilnehmers an der Jenaer Jugendkonferenz Ostern 1916, des Genossen Hermann Fiedler aus Dresden-Gittersee.¹

Hermann Fiedler gehörte in den Jahren des ersten Weltkrieges in Dresden zu jenem Kreis begeisterter junger Mitkämpfer der revolutionären Linken (Spartakusgruppe und Anhänger der Bremer Linksradi-kalen), die an der Spitze der Opposition gegen die Burgfriedenspolitik

¹ Vgl. Gruppenbild von Teilnehmern der Jenaer Osterkonferenz 1916. In: Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1929, S. 131.

standen und besonders nach der Jenaer Konferenz die Dresdener Arbeiterjugend in zahlreichen mutigen Aktionen gegen den imperialistischen Krieg führten. Einige von ihnen standen im Frühjahr 1918 als Hauptangeklagte im „Hochverratsprozeß“ vor den Schranken des Reichsgerichts in Leipzig. Treu ihrer Klasse und dem proletarischen Internationalismus – wie ihr Vorbild Karl Liebknecht – empfangen sie das brutale Urteil der Klassenjustiz: fast 30 Jahre Zuchthaus- und Gefängnisstrafen! Der im vorliegenden Dokument als Vorsitzender der Jenaer Konferenz erwähnte Genosse Erich Lewinsohn wurde dabei zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt.

Aus den Aufzeichnungen ist in groben Zügen der Tagungsablauf der Jenaer Konferenz² ersichtlich. Mit der schweren, ungelenkten Handschrift eines jungen Arbeiters hielt Genosse Fiedler alle ihm wichtig erscheinenden Probleme in Stichworten oder kurzen Sätzen fest: das Referat Rühles³, die Berichte und Diskussionen der Delegierten aus allen Teilen Deutschlands, die richtungweisenden Ausführungen des Hauptreferenten Karl Liebknecht, den Inhalt der Resolutionen usw. Der Wert dieser Aufzeichnungen liegt hierbei vor allem in der Vermittlung eines Bildes von der tatsächlichen Breite der oppositionellen Bewegung der revolutionären Arbeiterjugend Deutschlands, die von den „Geschichtsschreibern“ aus den Kreisen der opportunistischen Führer der sozialdemokratischen Arbeiterjugendorganisationen so beharrlich geleugnet wird.⁴

Tatsächlich gab die Jenaer Osterkonferenz 1916 der deutschen Arbeiterjugend das revolutionäre Programm. Sie vollzog den Bruch mit der opportunistischen, rechten Führung der SPD und der Zentralstelle für die arbeitende Jugend, grenzte sich schroff von den Zentrlisten ab, vereinigte die Opposition der Arbeiterjugend in allen Teilen Deutschlands zu einem Strom der revolutionären Aktion gegen den imperialistischen Krieg und erfüllte sie mit dem Geist des unerbittlichen Klassenkampfes und des proletarischen Internationalismus.

Angesichts dessen sind die nachstehenden schlichten Aufzeichnungen eines jungen Arbeiters von dokumentarischem Wert.

Rolf Otte

Vors. Seibel, Lewinsohn. Schriftf.
Abstimmungsrecht.

23. 4. 16

I.

Riese:⁵ Prolet. Bew. Aktion der Arb. zur Befreiung aus Knechtschaft durch Klassenkampf. Ziel: Zertrümmerung des Kapitalismus. (Kriegskredite. Burg-

² Vgl. hierzu auch: Fritz Globig: . . . aber verbunden sind wir mächtig. Aus der Geschichte der Arbeiterjugendbewegung, Berlin 1958, S. 161 ff. – W. Eildermann: Die proletarische Jugendbewegung während des ersten Weltkrieges und der Novemberrevolution. In: Einheit, 1958, Heft 11, S. 1659–1669.

³ Die spätere schädliche Rolle Rühles kann hier nicht dargelegt werden.

⁴ Vgl. z. B. Karl Korn: Die Arbeiterjugendbewegung. Einführung in ihre Geschichte, Berlin 1922, S. 333 ff.

⁵ Das Wort „Riese“ wurde nachträglich in dicker Schrift über das bei näherer Betrachtung noch schwach erkennbare „Rühle“ geschrieben, um den Namen des bekannten Reichstagsabgeordneten unkenntlich zu machen.

Zur Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung

frieden. Partei.) Führer sind das, was Partei ist. Ablehnung der nat. Verteidigung. Rettung des Sozialismus = Aufgabe der Partei und Jugend.

Aufklärungsarbeit, kein Bildungs dilettantismus. Wissenschaftliche Erkenntnis auf sozialistischer Grundlage. Wissenschaft Instrument zum Klassenkampf.

(Keine Fanatiker der Organisation.) (Keine Disziplin-Gesinnungstreue. Trennung von Bürokratie.) *Zusammenschluß*, Organisation ist trotzdem notwendig. Schutz der Jug. vor Nacharbeit, langer Tagesarbeit und *Militarisierung* (siehe Thesen). Die Militarist. ist Beraubung Freiheit der Jugendlichen.

Jugend muß politisch arbeiten. Jugend muß zeigen, daß sie gewillt ist, ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen. Aktionen, nicht warten, bis Fraktion spricht. Innerer Zusammenschluß. Internationale. Die Pflichten der Int. gegenüber gehen vor allen anderen.⁶ Der jetzige Weltkrieg der Anfang einer neuen Ära. Eine Ära der imperialistischen Kriege. Auf der Aktionsfähigkeit der Jugend ruhen die überzeugten Hoffnungen der ganzen Welt. Wir wollen durch unser Vorbild der ganzen Jugend zeigen, daß die Jugend die Aufgabe hat, die ganze Welt zu erobern.

II.

Berlin: Lose Opposition. Dann Gründung eines Jugendbildungsvereins Gr. B.⁷ Beschlossen, ein Mitteilungsblatt herauszugeben. Eintritt 10. 10—20⁸, sonst alles durch Sammlungen bestreiten. Loslösung v. Zentrale.

Bremen: Selbständigkeit, von Mitteilung.

Dresden. Nicht Vertreter des J. B. V.⁹, sondern der soz. Jugend. Unterdrückung der Selbständigkeit.

Duisburg. Organisation sehr unbedeutend. Durch Überanstrengung sind die Gen. müde. Hoffnung, die Jugend für unsere Sache zu gewinnen. Jugendausschuß radical. Merkel-Solingen.

Elberfeld. Guter Stand der Bewegung. Jugendausschuß sehr radical. Enz = Parteisekretär.

Niederrhein-Westfalen. Die Bewegung sehr gefallen. Die Gruppen, in denen Erwachsene leiten, stürzte die Jugend in sich zusammen und geriet in bürgerliches Fahrwasser. Wo die Jugendlichen selbständig arbeiten müssen, herrscht noch der gute Geist. Der Jugendsekretär tritt für die Jugendwehr ein. Die Commission fordert von den Genossen, die Frage der Jugendwehr in der Jugend nicht zu erörtern. Erziehung der J. zur Selbständigkeit.

Frankfurt. Jugendleiter von Parteivorstand gestürzt. Freidenker abgeschlossen.

Gera-Reuß. Sehr abhängig von Gewerkschaft und Partei.

Gotha

Hamburg: Auflösung der Jugend. Gründung einer neuen Jugendfeier. Ham-

* Dieser Satz stützt sich offensichtlich auf Punkt 4 der am 1. Januar 1916 auf der Reichskonferenz der Linken beschlossenen Leitsätze, der lautete: „Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale geht allen anderen Organisationspflichten voran. Nationale Sektionen, die ihren Beschlüssen zuwiderhandeln, stellen sich außerhalb der Internationale.“ Vgl. Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 282.

⁷ Gr. B. = Groß-Berlin.

⁸ Pfennige (Mitgliedsbeiträge).

⁹ Jugendbildungsverein der Dresdener Arbeiterschaft, gegründet am 24. Mai 1908.

burger Echo nimmt keine Anzeigen auf, Gewerkschaftshaus gibt keine Räume für die freie Jugend.

Jena. Festsetzung der Programme selbständig. Beiträge bis 18¹⁰ — 10 Pfg., über 18 — 50 Pfg. Partei keine genügenden Beihilfen.

Bez. Thüringen: Tritt für Selbständigkeit ein.

Kiel hat geschrieben, daß sie glauben, wegen der Geldabhängigkeit nicht mit uns arbeiten zu können.

Leipzig: Neue Organisation. Der Jugendausschuß legt den Hauptwert auf Einbringung von Geld, verweigert Jugendlichen die Mitarbeit in der Partei und in der Jugend.

Wegen „Internationale“.

Auch existiert dort 18jährigen-Bewegung.

Meißen.

Pirna. Sehr erfreulichen Bericht. Die ganze Partei und Gewerkschaften sind überzeugt, daß politische und Tagesfragen für Jugendliche vorteilhaft sind.

Neukölln: Spitzelfrage, bezahlte.

Remscheid: Ganz unserer Meinung.

Selb gab Bericht, daß dort die Jugendlichen sich voll beteiligen an Aktionen.

Stuttgart. Schon alles dagewesen. Öffentlich wirken.

Genossen über 18 haben nur passives *Wahlrecht*, d. h. sie dürfen nur in Posten gewählt werden, aber sie dürfen nicht wählen und abstimmen und dadurch die Jugend majorisieren. Verhängung von Rede- und Schweigeverbot, Verhängung von Strafen, Notierung von Genossen durch Kriminalbeamte. Spitzelwerbung.

1. Verbindung zwischen den oppositionellen Parteien.

2. Schaffung eines Zentralblattes,

Agitation durch Flugblätter.

Weimar.

Übersicht über den Stand der Bewegung. 14—21¹¹.

*Karl L.*¹²

Selbständigkeit gegen Bevorm. durch Erw.

Dto. gegen Mehrheitsinstanzen.

Los von Jugendausschüssen.

Zulassung von älteren Mitgliedern in Org.

Jugendbewegung ein Glied der prolet. Arbeiterbew.

Politischer Charakter der J.

Württemberg.

Selbständige, politische.

Die Aufgabe der neuen Zentrale eingestellt.

Zeitungsfrage.

Boykott der Arb. Jug.¹³

Schaffung eines neuen Organs.

Den Ausbau der Zentrale überlassen.

¹⁰ D. h. bis 18 Jahre.

¹¹ Gemeint sind die 14—21jährigen.

¹² Karl Liebknecht.

¹³ Arbeiter-Jugend. Organ für die geistigen und wirtschaftlichen Interessen der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen — Monatsschrift der sozialdemokratischen Jugendbewegung; vertrat während des ersten Weltkrieges sozialchauvinistische Anschauungen.

Resolution:¹⁴

- I. Verschärfung der wirtsch. Mißstände, Militarisierung, Beschränkung versch. Freiheiten, Freizügigkeit, Sparzwang usw.
- II. Erziehung der Arb.-Jug. und prolet. Massen zu pol. Aktionen.
- III. Antimilitarismus, Ausnutzung der durch den Krieg hervorgerufenen Verhältnisse zur Untergrabung des Kapitalismus.
- IV. Scharfe Abgrenzung gegen Opportunismus. *Erst* Klarheit, dann Mehrheit.
- V. Weg mit der Phrase der Landesverteidigung.
- VI. Systematische Untergrabung des (Kapitalismus) = Klassenstaates. Ablehnung von Mitteln für den Krieg. Zerstörungen des Burgfriedens, Offensive gegen die Politik des 4. August. Brandmarkung der Volksverräter der Mehrheit.
- VII. Fehde den Instanzen der Mehrheit, Absprechung der Rechte der Vertretung der Jugend.
- VIII. Entziehung der Mittel. Pflicht der Mitglieder, dafür zu sorgen, daß Ortsgruppen ihr Geld nicht an Zentrale abliefern.
Einstimmige Annahme.

Schaffung eines Organs,

Schaffung einer Zentrale, welche für

Einstimmige Annahme.

Einsetzung eines Jugendsekretärs — Münzenberg.

Herausgabe eines Organs — Jugend-Internationale.

Skandinavische Soz. Jug. ebenso wie unsere aufgebaut.

Erkennung¹⁵ zur Zusammengehörigkeit der Internationale.

Bekennnis zur Intern. = Bekämpfung des Krieges, Förder. des Friedens.

Dämpfung der Phrasen der Unfehlbarkeit.

Erreichung des Soz. durch Schulung und Aktivierung der Massen in den einzelnen Ländern. Einhaltung der Beschlüsse der I. = Erkenntnis der Einigkeit der einzelnen Nationen. Nicht die Instanzen, sondern die Massen können bestimmen. Antimilitaristische Propaganda nicht nur nach dem Kriege, sondern gerade jetzt während des Krieges betreiben.

I. besteht aus den Jugendlichen, Hochhaltung des Antimilitarismus.

Maifeier. Trotz Aufbringen, dem Kapitalismus den Fehdehandschuh zuzuworfen, dadurch, daß man demonstriert = zeigen, daß die Arbeiterschaft die Internationale hochhält.

Gegen Krieg. — Antrag wegen Maifeier.

¹⁴ Vgl. den vollständigen Abdruck dieser Resolution in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 362–365.

¹⁵ Vermutlich: Bekenntnis.

Über die Tätigkeit des Instituts für Parteigeschichte beim Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei

Das Institut für Parteigeschichte entstand auf Grund eines im Januar 1957 vom Sekretariat des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei gefaßten Beschlusses. Es setzte auf höherem Niveau und in größerem Umfang die Tätigkeit der vorher beim ZK bestehenden Abteilung für Parteigeschichte fort, die dem Institut alle ihre Materialien und Arbeitsergebnisse übergab. Auch die meisten Mitarbeiter der ehemaligen Abteilung für Parteigeschichte wurden vom Institut übernommen.

Das Institut gehört zum Apparat des Zentralkomitees und hat die Aufgabe, die Geschichte der revolutionären polnischen Arbeiterbewegung und ihrer Partei in engem Zusammenhang sowohl mit der allgemeinen Geschichte Polens als auch mit der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung zu erforschen und darzustellen. Dem Institut obliegt auch die Sammlung, Bearbeitung und Veröffentlichung von Quellenmaterial zur Geschichte der Partei und der Arbeiterbewegung sowie die Registrierung all der Materialien, die sich in anderen Archiven und Sammlungen Polens oder auch im Ausland befinden.

Gleichzeitig dient die Arbeit des Instituts dazu, die Tätigkeit der Partei auf ideologisch-politischem Gebiet zu unterstützen, das ideologische Niveau der Parteimitglieder zu heben, sie gegen revisionistische und dogmatische Erscheinungen zu wappnen und in den Volksmassen die Kenntnis unserer fortschrittlichen und revolutionären Traditionen zu verbreiten.

Um diese Aufgabe zu erfüllen, arbeitet das Institut eng mit anderen wissenschaftlichen Instituten zusammen, die sich mit der neuesten Geschichte Polens und der polnischen Arbeiterbewegung beschäftigen, sowie mit den entsprechenden Abteilungen des Zentralkomitees der PVAP, vor allem mit der Propagandaabteilung, mit der Parteipresse, mit der Hochschule für Gesellschaftswissenschaften beim ZK, aber auch mit den bei den Bezirksleitungen der PVAP tätigen Kommissionen zur Erforschung der Parteigeschichte. Das Institut hält mit den Bruderinstituten für Marxismus-Leninismus und den Instituten für Parteigeschichte in den anderen sozialistischen Ländern ständigen Kontakt.

Um die Schwerpunkte der Institutsarbeit festzulegen und die politischen und wissenschaftlichen Arbeitsergebnisse zu beurteilen, wurde vom Sekretariat des Zentralkomitees der PVAP der Wissenschaftliche Rat einberufen, der sich aus hervorragenden Spezialisten der Geschichte der Neuzeit und der polnischen Arbeiterbewegung, aus Mitarbeitern des Instituts sowie verdienten Funktionären der Arbeiterbewegung zusammensetzt.

Auf der von 1946 bis 1956 bestehenden Abteilung für Parteigeschichte ruhten sowohl verantwortungsvolle politisch-propagandistische Aufgaben,

wie die Popularisierung der revolutionären Traditionen unserer Partei, als auch organisatorische und kadermäßige Aufgaben, wie die Verbindung zu Tausenden Veteranen der revolutionären Bewegung und ihre Betreuung. Der damals fühlbare Mangel an erfahrenen, hochqualifizierten wissenschaftlichen Kadern sowie das verhältnismäßig spärliche Quellenmaterial, über das wir verfügten, erlaubten es nicht, umfangreiche wissenschaftliche Forschungsarbeiten aufzunehmen. Trotzdem hat schon in dieser Zeit die Abteilung für Parteigeschichte eine ganze Reihe von Material- und Dokumentensammlungen herausgegeben. Es erschienen u. a. „Beschlüsse und Resolutionen der Kommunistischen Partei Polens“ (3 Bände), „Die Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens (SDKPuL) in der Revolution von 1905“, „Die Revolution von 1905 bis 1907 in den polnischen Gebieten“. Ferner wurden mehrere populärwissenschaftliche Arbeiten veröffentlicht, von denen wir die Titel „Aus der Geschichte der Revolution von 1905–1907 in Polen“, „Lenin in Polen“ und „Mitkämpfer der KPP“ nennen. Die Abteilung gab auch Auswahlbände der Schriften von J. Marchlewski, F. Dzierzynski, R. Luxemburg, A. Lampe, J. Brun, J. Jaszunski, W. Kolski sowie eine Reihe von Biographien heraus, die bei der Popularisierung der proletarischen Kampftraditionen eine große Rolle gespielt haben. Auch die von der Abteilung für Parteigeschichte aufgebauten Ausstellungen und Museen der Arbeiterbewegung oder die von ihr publizierten Bilderalben unterstützen erfolgreich die Propaganda der Partei.

Mit der Gründung des Instituts für Parteigeschichte begannen gründlichere, kollektiv oder individuell vorbereitete Studien über die Parteigeschichte. Dank umfangreicher, vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU übergebener Materialsammlungen stand nunmehr für die Forschungsarbeiten eine bessere Quellengrundlage zur Verfügung. Die vorbereiteten Untersuchungen beschäftigen sich außer mit der Geschichte der SDKPuL und der bisher vernachlässigten Analyse der Entwicklung der Linken in der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS-Lewica) auch mit der Geschichte der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS). Besonderer Wert wird darauf gelegt, die Geschichte der Arbeiterbewegung in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen darzustellen. Mit ebenso großer Aufmerksamkeit wird die Geschichte der Polnischen Arbeiterpartei (PPR) während der Naziokkupation und die Entwicklung der Partei in Volkspolen behandelt.

Das Institut für Parteigeschichte besteht jetzt aus zwei Hauptabteilungen, der wissenschaftlichen Abteilung und der Archivabteilung.

Die wissenschaftliche Abteilung setzt sich aus mehreren Forschungskollektiven zusammen, die jeweils die Aufgabe haben, bestimmte Probleme der Parteigeschichte in den verschiedenen Perioden zu behandeln. Zur Zeit bestehen folgende Forschungskollektive: eine Gruppe für die SDKPuL, eine Gruppe für die Linken in der PPS (PPS-Lewica), vier Gruppen für die KPP (1918 bis 1923, 1924 bis 1928, 1929 bis 1933, 1934 bis 1939), eine Gruppe für die PAP (PPR) während der Okkupation und eine Gruppe für die PVAP in Volkspolen. Neben diesen ständig bestehenden Kollektiven werden auch zeitweise spezielle Gruppen gebildet, die für die wissenschaftlichen redaktionellen Arbeiten bei der Herausgabe von Quellenmaterialien sowie Dokumenten und Schriften von Teilnehmern der revolutionären Bewegung verantwortlich sind.

In der ersten Zeit seiner Tätigkeit wurde dem Institut — neben der Erledigung von Forschungsaufträgen — vor allem die Aufgabe gestellt, in möglichst großem Umfange zu publizieren. Es kam darauf an, diese Materialien den

Historikern, dem Parteiaktiv und einem weiten Leserkreis zugänglich zu machen. Bis jetzt hat das Institut ungefähr fünfzehn Bände herausgegeben oder zum Druck vorbereitet, u. a. folgende Titel: „PPS-Lewica. Materialien und Dokumente 1906 bis 1914“, „SDKPuL. Materialien und Dokumente 1893 bis 1904“, „Die Entwicklung der Programmgrundlagen der PPR“, „Materialien und Dokumente des ZK der PPR 1944 bis 1945“, „Ausgewählte Schriften von Rosa Luxemburg (2 Bände), „Ausgewählte Schriften von A. Warski (2 Bände), „Ausgewählte Schriften von J. Ring. Auch in Zukunft wird die Herausgabe von Quellenmaterial weitergeführt. Unser Plan sieht die Vorbereitung weiterer Bände von Dokumenten und Materialien zur Geschichte der SDKPuL sowie der PPS-Lewica vor, ferner von Materialien und Dokumenten über die kommunistische Parlamentsfraktion im polnischen Sejm der Vorkriegszeit, über die Arbeiterdelegiertenräte und andere Themen.

Die editorischen Vorarbeiten für die Quellenpublikationen sollten gleichzeitig die Ausarbeitung eines Lehrbuches der Parteigeschichte vorbereiten. Die Arbeit am Lehrbuch der Parteigeschichte wurde in zwei Etappen eingeteilt. Zunächst wird ein Abriß der Parteigeschichte, und zwar gegliedert nach den verschiedenen Perioden, vorbereitet. Bisher erschien ein Band, der „Abriß der Geschichte der polnischen Arbeiterbewegung in den Jahren 1918–1939, I. Teil“, bearbeitet von J. Kowalski. Gegenwärtig wird von J. Kowalski der II. Teil vorbereitet. Kurz vor der Fertigstellung befinden sich Arbeiten über die Geschichte der polnischen Arbeiterbewegung in den Jahren 1939–1944 sowie in den Jahren 1944–1948. Gegen Ende des Jahres wird der Abriß für die Zeit von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis zum Jahre 1918, an dem T. Daniszewski arbeitet, vorliegen.

Gleichzeitig hat das Institut begonnen, ein vierbändiges Lehrbuch der Parteigeschichte vorzubereiten, wofür längere Zeit vorgesehen ist. Bis jetzt wurden der Entwurf einer Disposition des ganzen Lehrbuches erarbeitet sowie Vorarbeiten zur Sammlung von Beiträgen, Materialien, Berichten usw. unternommen. Auf der Grundlage dieser Materialien werden die Thesen des Lehrbuches und später die einzelnen Bände ausgearbeitet. Die Arbeit an diesem Lehrbuch betrachtet das Institut als seine wichtigste Aufgabe.

In letzter Zeit hat das Institut die Ausarbeitung von Monographien über den Kampf der polnischen Arbeiterklasse beschleunigt. Das hängt eng mit der zunehmenden wissenschaftlichen Qualifikation der Mitarbeiter des Instituts zusammen; die Monographien sind nämlich meistens gleichzeitig die Doktordissertationen unserer Mitarbeiter. Als Beispiel können wir folgende Themen anführen: „Die SDKPuL in den Jahren 1907 bis 1910“, „Die KPP und die Agrar- und Bauernfrage“, „Die organisatorische Entwicklung der KPP in den Jahren 1918 bis 1925“, „Die Streikkämpfe der Textilarbeiter im Bezirk Lodz in den Jahren 1929 bis 1933“, „Die Gründung und die Anfänge der PAP (PPR)“, „Die PAP (PPR) im Kampf um die Verwirklichung der Bodenreform“, „Die organisatorische Entwicklung der PAP (PPR) in den Jahren 1944 bis 1945“.

Seit Anfang 1953 erscheint eine vom Institut herausgegebene historische Dreimonatsschrift unter dem Titel „Z Pola Walki“ (Auf dem Kampffelde). Bisher sind fünf Hefte erschienen. Die Zeitschrift hat beim Parteiaktiv und unter den Historikern großen Anklang gefunden. Aufsätze, Berichte, Erinnerungen, die in der Zeitschrift erschienen und zum großen Teil von Mitarbeitern des Instituts verfaßt oder bearbeitet worden sind, enthalten viel neues Material und zeigen oft bestimmte Probleme aus der Geschichte der Arbeiterbewegung in einem neuen Licht.

Seit zwei Jahren wird auch daran gearbeitet, die Geschichte der örtlichen Parteiorganisationen und die revolutionären Traditionen der örtlichen Arbeiterbewegung zu erforschen. Dieser Tätigkeit widmen sich die Kommissionen für Parteigeschichte bei den Bezirksleitungen der PVAP unter Mitwirkung von Historikern und alten Parteiaktivisten. Das Institut für Parteigeschichte hat die Aufgabe, die Kommissionen in ideologischer und wissenschaftlicher Hinsicht zu beraten und zu unterstützen. Bisher veröffentlichten die Kommissionen schon eine ganze Reihe oft wertvoller populärwissenschaftlicher Publikationen, die den Kampf der Partei in den verschiedenen Gebieten Polens schildern.

Die wissenschaftlichen Mitarbeiter des Instituts für Parteigeschichte stützen sich bei ihren Forschungen auf die Materialien vieler Archive, vor allem des Archivs des Instituts, das gleichzeitig das Zentralarchiv der Partei bildet. In der Obhut des Archivs befinden sich über 260 Dokumentensammlungen, von denen viele äußerst wertvolle und sehr seltene Quellen enthalten. Auf die Bearbeitung der uns von der Sowjetunion neu übergebenen Archivalien, besonders solcher, die die SDKPuL und die KPP betreffen, wird größter Wert gelegt. Es ist vorgesehen, die Bearbeitung der Archivalien im Jahre 1960 abzuschließen.

Ergänzt wird unsere Archivaliensammlung durch einen umfangreichen Bücher- und Zeitschriftenbestand. Die Bibliothek des Instituts stellt zur Zeit in Polen die größte Sammlung von Büchern und Zeitschriften aus dem Bereich der Geschichte der polnischen und internationalen Arbeiterbewegung dar.

Eine sehr wichtige Quelle für die Geschichte der Arbeiterbewegung — in vielen Fällen sogar die einzige angesichts des Mangels an Dokumenten — sind Erinnerungen, Berichte und Biographien von Mitkämpfern der Partei und der polnischen Arbeiterbewegung. Mit der Sammlung derartiger Materialien befaßt sich die Abteilung für Erinnerungen und Berichte. Bis jetzt verfügt das Institut über mehr als 8000 Aktenmappen mit Erinnerungen, Berichten und biographischen Materialien von Genossen der polnischen Arbeiterbewegung.

Die Tätigkeit des Instituts ist eng mit der allgemeinpolitischen Arbeit unserer Partei verknüpft. Besonders wirken die Mitarbeiter des Instituts an der würdigen Gestaltung und Auswertung von Gedenktagen wichtiger Ereignisse in der Geschichte der polnischen und der internationalen Arbeiterbewegung mit, wie z. B. des Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution oder wichtiger Gedenktage von Kämpfen der revolutionären Arbeiter und Bauern. Aufgabe des Instituts ist in solchen Fällen, entsprechende Materialien und Aufsätze vorzubereiten oder bei der Organisation von Beratungen, Zusammenkünften, wissenschaftlichen Konferenzen usw. zu helfen. Das Institut wirkt auch in der allgemeinpolitischen Arbeit mit, indem es am Kampf gegen den Revisionismus und Dogmatismus, besonders auf dem Gebiet der Geschichte, aktiv teilnimmt. In wissenschaftlichen und Zeitungsaufsätzen, in Diskussionsbeiträgen auf Konferenzen und Beratungen von Historikern setzen sich die Mitarbeiter des Instituts mit Versuchen auseinander, die Geschichte der Arbeiterbewegung in reformistischem Geiste zu entstellen, die Politik der rechtssozialistischen Führer zu rechtfertigen oder die Rolle der Partei in der Geschichte unseres Volkes zu verschleiern und zu entstellen.

Mit Hilfe seiner derzeitigen wissenschaftlichen Kader ist das Institut nicht imstande, allen Aufgaben, die mit der Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung verbunden sind, gerecht zu werden. Die unzureichende An-

zahl wissenschaftlicher Kader hat es uns bisher nicht erlaubt, über die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung Studien vorzubereiten. In Übereinstimmung mit dem Beschluß der vorjährigen Konferenz der Institute und Kommissionen für Parteigeschichte wird unser Institut nunmehr daran gehen, vorbereitende und systematisierende Arbeiten über Probleme der internationalen Arbeiterbewegung durchzuführen. Bedeutendere Ergebnisse auf diesem Gebiet werden jedoch erst in einiger Zeit möglich sein. Auch Arbeiten über die Geschichte der revolutionären Jugendbewegung befinden sich in Vorbereitung.

Die Arbeit des Instituts ist, auch wenn man alle bestehenden Schwierigkeiten berücksichtigt, noch nicht zufriedenstellend. Wir trachten danach, unsere Arbeitsergebnisse zu verbessern, indem wir vor allem das politische Niveau und die wissenschaftliche Qualifikation der Mitarbeiter des Instituts heben. Dadurch werden wir sowohl eine bessere Qualität der wissenschaftlichen Studien und Veröffentlichungen des Instituts als auch eine größere Aktivität unserer Mitarbeiter in der propagandistischen Tätigkeit unserer Partei erreichen.

T. Ladyka

Fünf Jahre Museum für Geschichte der Leipziger Arbeiterbewegung

Am 15. Februar 1959 waren fünf Jahre seit dem Tage der Gründung des Museums für Geschichte der Leipziger Arbeiterbewegung vergangen. Wenn man bei einem fünfjährigen Bestehen auch noch nicht von einem Jubiläum in althergebrachtem Sinne sprechen kann, so ist dieser Jahrestag doch dazu angetan, einmal etwas über die bisherige Arbeit dieses Museums, das weit über Leipzig hinaus bekannt geworden ist, zu berichten.

Die Gründung des Museums wurde von Leipziger Arbeitern angeregt. Eine Wählerversammlung des Kirow-Werkes, eines Leipziger Großbetriebes, gab 1953 Paul Fröhlich, dem jetzigen Ersten Sekretär der Bezirksleitung Leipzig der SED, den Wählerauftrag, sich für den Aufbau eines Museums für die Geschichte der Leipziger Arbeiterbewegung einzusetzen. Der Auftrag entsprach der Bedeutung Leipzigs in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, er würdigte die Verdienste vieler revolutionärer Führer der Arbeiterbewegung, die in Leipzig wirkten oder aus der Leipziger Arbeiterbewegung hervorgingen. Die Stadtverordnetenversammlung und der Rat der Stadt stimmten dem Vorschlag zu. Der Verfasser dieser Zeilen wurde mit dem Aufbau des Museums betraut.

Die Vorarbeiten bis zur Eröffnung des ersten Abschnittes des Museums dauerten fast zwei Jahre. In dieser Vorbereitungszeit wurden zunächst einmal die Voraussetzungen für den Aufbau des Museums geschaffen. Dazu gehörten die Instandsetzung eines völlig ausgebombten Flügels im Gebäude des früheren Reichsgerichts, des jetzigen Georgi-Dimitroff-Museums, zum anderen die Gewinnung eines größeren Kreises freiwilliger Mitarbeiter und der Beginn der Sammlung von Ausstellungsstücken.

Das Museum erfreute sich von Beginn an der größten Unterstützung der Leipziger Werktätigen. So gingen im Verlaufe der ersten zwei Jahre Geld-

Fünf Jahre Museum der Leipziger Arbeiterbewegung

und Sachspenden von den Belegschaften Leipziger Betriebe, von Massenorganisationen und Einzelpersonen im Gesamtbetrag von rund 10 000 DM ein. Besonders aktiv waren unsere Arbeiter- und Parteiveteranen, die den größten Teil der Sammlung, die heute schon an die zehntausend Bilder und Dokumente und rund 5800 Titel Literatur umfaßt, zusammengetragen oder gespendet haben. Wir können mit Freude feststellen, daß dieser Sammeleifer noch immer anhält, ja, daß er sich noch verstärkte, seit bei der Stadtleitung und bei den Stadtbezirksleitungen der SED die Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung gebildet wurden, deren Arbeit sich im Museum konzentriert. Diese Tätigkeit kommt nicht nur den Ausstellungen des Museums zugute, sondern alles Material, das sich im Museum befindet, steht zugleich der gesamten Öffentlichkeit zur Benutzung und Auswertung zur Verfügung. Das Museum ist die zentrale Sammelstelle allen Materials zur Geschichte der Leipziger Arbeiterbewegung geworden, seine Schätze sind Eigentum des Volkes.

Die Vorarbeiten für den Aufbau der Ausstellung lagen anfangs in den Händen von freiwilligen Helfern. In mehrere Arbeitskreise aufgeteilt, befaßten sie sich mit der Erforschung bestimmter Abschnitte oder Themen der örtlichen Arbeiterbewegung und verarbeiteten das Ergebnis ihres Studiums in Drehbüchern, die die Grundlage für die Gestaltung der ersten größeren Abteilung des Museums — 1914 bis 1933 — bildeten. Während sich ein Teil von Arbeiter- und Parteiveteranen zunächst nur mit dem Sammeln von Materialien befaßte, werteten die Mitglieder der Arbeitskreise diese Materialien aus und ergänzten sie aus anderen Quellen. Gewonnen wurden hierfür Studenten der historischen Institute Leipzigs, die diese Arbeit mit ihrem Praktikum verbanden, Kollegen anderer Museen, aber auch Parteiveteranen, die über entsprechende Erfahrungen verfügten.

Das Museum war erst acht Monate alt, als es das erstmal mit einer Ernst-Thälmann-Gedächtnisausstellung an die Öffentlichkeit trat, die damals — noch mangels eigener Räume — im Haus der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft mit großem Erfolg gezeigt und von über 7000 Personen besucht wurde.

Es war von vornherein das Bestreben des Museumskollektivs, nicht nur eine ständige Schau zu zeigen, die von Jahr zu Jahr vergrößert wurde, sondern auch Sonderausstellungen hervorzutreten. So wurden an eigenen Ausstellungen im Verlaufe der letzten drei Jahre gezeigt: eine Ausstellung der Werke des ermordeten Leipziger Künstlers und antifaschistischen Widerstandskämpfers Alfred Frank; eine Ausstellung unter dem Titel „Für Spaniens Freiheit“ (1936 bis 1939); eine Clara-Zetkin-Ausstellung; eine kleinere Ausstellung zur Geschichte des 1. Mai und eine Ausstellung über Walter Ulbricht aus Anlaß seines 65. Geburtstages. Die Walter-Ulbricht-Ausstellung zeigten wir auch als Wanderausstellung auf den Pressefesten des „Neuen Deutschland“ in Berlin und der „Leipziger Volkszeitung“ in Leipzig.

An weiteren Ausstellungen erhielten wir eine Wanderausstellung des Ministeriums für Kultur über Heinrich Zille, eine Ausstellung des Staatlichen Jüdischen Museums in Prag „Zeichnungen aus dem KZ Theresienstadt“ und zwei Ausstellungen internationaler Kinderzeichnungen.

Zur Ausstellungstätigkeit ist noch zu erwähnen, daß wir drei Sonderausstellungen in Betrieben und Klubhäusern gezeigt haben und daß einige größere Ausstellungen, die die Bezirks- und Stadtleitung der Partei zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution 1918 und der Gründung der KPD und

zu dem Thema „Die Fratze des Militarismus“ geschaffen haben, von uns mit Bild- und Dokumentenmaterial unterstützt worden sind. Das Museum half auch beim Aufbau von Ausstellungen in Betrieben, in den Stadtbezirken, bei der Volkspolizei und in den Klubhäusern von demokratischen Massenorganisationen. Die Ausstellung über den spanischen Freiheitskampf ging durch alle Einheiten der Nationalen Volksarmee des Bezirks Leipzig.

Besondere Schätze des Museums sind u. a. eine 1884 in Leipzig erschienene Erstausgabe des „Kapitals“ von Karl Marx in polnischer Sprache, eine nur noch in einem Exemplar vorhandene Ausgabe der Leninschen Schrift „Zur Lage der Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei Rußlands“, 1912 in Leipzig gedruckt, eine komplette Sammlung der „Leipziger Arbeiterzeitung“ von 1848, der erste Jahrgang der Zeitung „Die Verbrüderung“ (1848/49), die seltene Schrift von E. A. Roßmäßler „Ein Wort an die deutschen Arbeiter“ aus dem Jahre 1863, etwa 400 verschiedene Nummern des illegalen „Sozialdemokrat“ aus den Jahren des Sozialistengesetzes und viele andere seltene Schriften. Wir besitzen auch den „Verbrechertisch“, den August Bebel in seinen Erinnerungen „Aus meinem Leben“ beschreibt.¹ Das älteste Foto, das das Museum erwarb, ist eine Aufnahme des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins aus dem Jahre 1863.

Im vergangenen Jahr hatten das Museum und die ihm angeschlossenen Gedenkstätten die Gesamtbesucherzahl von 100 000 erreicht. Die Besucherzahlen der außerhalb des Museums gezeigten Ausstellungen sind darin nicht mit inbegriffen.

Dem Museum wurden im Verlaufe seines Bestehens die Verwaltung und wissenschaftliche Betreuung des Geburtshauses Karl Liebknechts, eingerichtet als Memorialmuseum, sowie der Iskra- und Lenin-Gedenkstätten übertragen. Beim Aufbau und der Erweiterung dieser Gedenkstätten wurden die örtlichen Forschungsergebnisse weitgehend ausgewertet. Die wissenschaftliche Konzeption für die Errichtung der Iskra- und Lenin-Gedenkstätten erarbeitete das Museum für Deutsche Geschichte zusammen mit den wissenschaftlichen Instituten der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Das Museum für Geschichte der Leipziger Arbeiterbewegung ist heute zu einem Anziehungspunkt für Arbeiter, Studenten, Dozenten, Journalisten, Schriftsteller und andere Interessenten geworden. In hohem Maße werden besonders die Fachbibliothek und die Abteilung Sammlung in Anspruch genommen. Die wissenschaftliche Beratungsstelle der Deutschen Bücherei hat unsere Altbestände aus den Jahren vor 1913 erfaßt, um Quellenhinweise für gesuchte Titel geben zu können, die sie nicht selbst besitzt. Monatlich werden von uns gegenwärtig in mündlicher oder schriftlicher Form 100 bis 120 Auskünfte erteilt.

Eine gute Zusammenarbeit besteht auch mit anderen Museen und historischen Instituten der DDR, aber auch der UdSSR und der volksdemokratischen Länder. Wir geben Hinweise, wenn wir auf Materialien stoßen, die andere Museen interessieren könnten. Erhalten wir Unterlagen, die von allgemeinem oder von besonderem Interesse für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung sind, so informieren wir das Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, damit sie einem größeren Kreis zugänglich gemacht werden können.

Mit der Herausgabe einer Schriftenreihe hatten wir begonnen, doch konnten wir sie mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln nicht fortsetzen. Dafür halfen wir bei der Herausgabe von Schriften, Bibliographien usw., die

¹ Vgl. August Bebel: Aus meinem Leben, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 63.

von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, von Massenorganisationen, einzelnen Genossen und Mitgliedern des Deutschen Schriftstellerverbandes herausgegeben worden sind.

Auch auf dem Gebiet der Denkmalpflege halfen wir. Viele in letzter Zeit in Leipzig angebrachte Gedenktafeln zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung entstanden auf Anregung des Museums. Noch in diesem Jahr werden wir in Zusammenarbeit mit den Natur- und Heimatfreunden im Deutschen Kulturbund einen Katalog aller im Bezirk Leipzig festgestellten Erinnerungsstätten der Arbeiterbewegung herausgeben, der die Grundlage für weitere Forschungen sein soll.

Immer häufiger finden in unserem Museum Aussprachen mit Besuchergruppen statt. Die Ausstellungen geben gute Anknüpfungspunkte für Gespräche der verschiedensten Art. In letzter Zeit fanden im Museum Foren mit westdeutschen Besuchern statt, die sehr gut besucht waren. Parteiorganisationen und Gewerkschaften sind dazu übergegangen, die Ehrung von Partei- und Gewerkschaftsveteranen im Museum oder in den dem Museum angeschlossenen Gedenkstätten durchzuführen. Das Haus der Jungen Pioniere vollzog die Neuaufnahmen in den Pionierverband in den Gedenkstätten der Arbeiterbewegung. Das sind für alle Beteiligten unvergeßliche Stunden. Wir sind dabei, diese Art von Kontakten mit der Bevölkerung weiter auszubauen.

Fünf Jahre Museumsarbeit, fünf Jahre ergebnisreichen Schaffens bei der Erforschung und Darstellung der Geschichte der Leipziger Arbeiterbewegung halfen den guten Ruf des Museums herstellen und festigen. Auch eine so kleine Institution wie die unsere kann einen wichtigen Beitrag zur Bewußtseinsbildung der Menschen und beim Aufbau des Sozialismus leisten.

Karl Wiegel

Bericht über die Veröffentlichungen des Instituts für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED im Jahre 1959 und der Publikationsplan für 1960

Die Publikationstätigkeit des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED wird bestimmt durch die Beschlüsse der Partei und durch die Hinweise der Parteiführung. Mit seinen Veröffentlichungen stellt sich das Institut das Ziel, mit seinen Kräften zur Lösung des nationalen Grundproblems, zur Bändigung des deutschen Militarismus, beizutragen.

Eine wichtige Aufgabe des Instituts ist die Herausgabe der Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus. Mit der Herausgabe der Werke von Karl Marx, Friedrich Engels und W.I. Lenin leistet das Institut einen hervorragenden Beitrag, um die Arbeiten unserer Klassiker für den ideologisch-politischen Kampf der Partei nutzbar zu machen. 1959 erschienen bis jetzt Band 4 und Band 5 der Werke von Karl Marx und Friedrich Engels. Band 6 und der zweite Teil der „Theorien über den Mehrwert“ von Karl Marx werden zu Ehren des 10. Jahrestages der Gründung der DDR erscheinen, während Band 7 der Werke Ende des Jahres herausgebracht wird. 1960 werden die Bände 8, 9 und 10 in die Hände der Leser gelangen. Außerdem bringt das Institut 1960 zum 140. Geburtstag von Friedrich Engels den illustrierten Band „Erinnerungen an Karl Marx und Friedrich Engels“ heraus.

Von den Werken W. I. Lenins, denen die 4. russische Ausgabe zugrunde liegt, sind im Laufe dieses Jahres die Bände 12 und 31 erschienen. Band 28 kommt ebenfalls zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR und Band 24 im Dezember 1959 heraus. Weiter veröffentlichte das Institut 1959 die deutsche Ausgabe von Lenins „Marxismus und Staat“. 1960 werden die Bände 21, 22, 27 und 25 verlegt. Damit werden die Bände der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, die den Kampf der Bolschewiki unter Lenins Führung während des ersten Weltkrieges, der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und des unmittelbaren Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus beinhalten, also für uns von besonders großer Bedeutung sind.

Eine wichtige Aufgabe der marxistischen Historiker und speziell des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED ist die Ausarbeitung eines Lehrbuches der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Der Vorbereitung dieses großen Vorhabens dient unter anderem auch die Herausgabe der Reden und Aufsätze hervorragender Führer der deutschen Arbeiterbewegung und des Quellenwerkes „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“.

Der Forderung unserer Partei, die Geschichte der deutschen Linken vor und während des ersten Weltkrieges zu untersuchen, entspricht das Institut durch eine Reihe von Arbeiten. So erscheint in Kürze Band II der Gesammelten Reden und Schriften von Karl Liebknecht, der den Zeitraum von 1907 bis 1910 umfaßt, und ein Sammelband „Gegen den deutschen Militarismus“, der Artikel und Reden Rosa Luxemburgs enthält. 1960 wird Band III der Gesammelten Reden und Schriften von Karl Liebknecht herausgebracht, der vor allem den Kampf Karl Liebknechts und der Linken gegen das reaktionäre Preußentum und den volksfeindlichen Militarismus im Jahre 1910 zum Inhalt hat. Für 1960 ist die Herausgabe des Bandes 6 der Reihe I der „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ geplant, der die wichtige Periode von 1905 bis 1914 umfaßt. Weiterhin werden zur genannten Problematik im Rahmen der vom Institut herausgegebenen Schriftenreihe „Beiträge zur Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung“ zwei Arbeiten erscheinen; eine Monographie von Erika Stier: Der Kampf der SPD gegen die Intervention des deutschen Imperialismus in China (1900) und eine Broschüre mit dem Titel „Beiträge zur Geschichte der deutschen Linken“, die fünf Aufsätze von Mitarbeitern des Instituts enthält.

Im Mittelpunkt der Publikationstätigkeit des Instituts zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung steht der heldenhafte Kampf der Kommunistischen Partei Deutschlands gegen Imperialismus und Militarismus, gegen Faschismus und Krieg. Zu dieser Thematik werden eine Reihe von Dokumentenbänden, Reden und Aufsätze führender Genossen und Monographien erscheinen. So wird zu Ehren des 10. Jahrestages unserer Republik Band II der Gesammelten Reden und Schriften von Wilhelm Pieck herausgegeben, in dem der Kampf der KPD in den Jahren 1919 bis 1925 geschildert wird. Ende 1960 wird Band III folgen. Ebenfalls zu dieser Problematik werden zum 50. Jahrestag des Internationalen Frauentages, März 1960, Band II und III der Ausgewählten Reden und Schriften von Clara Zetkin, der standhaften Revolutionärin und Führerin der internationalen proletarischen Frauenbewegung, erscheinen. In diesen Tagen gelangt auch mit dem Buch Wolfgang Kießlings: Ernst Schneller — Lebensbild eines Revolutionärs, die erste der langerwarteten Biographien antifaschistischer Helden in die Hände der Leser. Die für 1960 vorgesehene Herausgabe der Ausgewählten Reden und Schriften Wilhelm Florins, die unter dem Titel „Im Kampf gegen Faschismus und Krieg“ stehen, werden

eine weitere Lücke in der Geschichte des antifaschistischen Kampfes der KPD schließen. Von den „Dokumenten und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ werden 1960 in der Reihe II (1914–1945) die Bände 4 (1919–1920), 5 (1921–1922), 12 (1933–1935) und 13 (1935–1939) erscheinen. Damit werden viele bisher unbekannte Materialien der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, die eine große Hilfe für Forschung, Lehre und Propaganda bedeuten und so einen wichtigen Beitrag zum aktuellen Kampf unserer Partei gegen Militarismus und Atomaufrüstung in Westdeutschland leisten.

Von nicht zu unterschätzendem Quellenwert sind die Sammelbände mit Erinnerungen von Veteranen der Partei und der Arbeiterbewegung, die das Institut für Marxismus-Leninismus zu wichtigen Anlässen herausgibt. So wird zum 40. Jahrestag der Niederschlagung des Kapp-Putsches 1960 ein Erinnerungsband mit Beiträgen von Teilnehmern an diesen Kämpfen herausgegeben. Weiterhin werden in der schon genannten Schriftenreihe des Instituts einige Teilprobleme des Kampfes der KPD, vor allem des Kampfes gegen Faschismus und Krieg behandelt. So erscheinen noch 1959: Ilse Krause: Die Schumann-Engert-Kresse-Gruppe; Ursula Puls: Die Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe und Karl-Heinz Biernat/Kurt Werner: Die Köpenicker Blutwoche. 1960 sind zu erwarten: Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen den Panzerkreuzerbau 1928; Wolfgang Art/Walter Wimmer: Die Antifaschistische Aktion; Dokumente und Materialien vom Friedenskampf der KPD im Rhein-Ruhrgebiet in den Jahren des zweiten Weltkrieges und Charlotte Bischoff: Die Widerstandsgruppe „Innere Front“.

Das Institut für Marxismus-Leninismus legt auch einige Arbeiten zur Zeitgeschichte, der wichtigsten Periode in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des deutschen Volkes, vor. Es erscheint 1960 von Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band V. In diesem Band werden wichtige Reden und Artikel des Ersten Sekretärs unserer Partei aus der Zeit vom IV. Parteitag der SED bis zur 3. Parteikonferenz der SED, 1956, enthalten sein. Band VI wird ebenfalls 1960 erscheinen und Materialien aus der Zeit bis zum V. Parteitag der SED, 1958, beinhalten. Zum 65. Geburtstag des Genossen Otto Grotewohl am 11. März 1959 wurden Band IV und V seiner Reden und Aufsätze, die unter dem Titel „Im Kampf um die eine deutsche demokratische Republik“ stehen, herausgegeben. Sie stellen eine Auswahl wichtiger Reden und Schriften des Ministerpräsidenten der DDR aus den Jahren 1954 bis 1958 dar. Ebenfalls liegt der Band „Die Einheit der Arbeiterklasse — Unterpfand ihres Sieges“ von Friedrich Ebert vor, der vom Institut zu seinem 65. Geburtstag am 12. September 1959 herausgegeben wurde.

Von großer aktueller Bedeutung ist auch das Erscheinen der „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Reihe III, Band 1 (Mai 1945 bis April 1946), zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR. Dieser Band behandelt die außerordentlich wichtigen Probleme der Aktions-einheit von KPD und SPD und des Zusammenschlusses der beiden Parteien zur SED auf dem Gebiet der heutigen DDR. Ebenfalls zu Ehren des 10. Jahrestages der Gründung der DDR erscheint der Erinnerungsband „Wir sind die Kraft“, der Erlebnisberichte von aktiven Genossen aus der Zeit von 1945 bis 1949 enthält.

Mit der Herausgabe von Schriften zur internationalen Arbeiterbewegung leistet das Institut einen wertvollen Beitrag zur Erziehung unserer Menschen zum proletarischen Internationalismus. Im Juni 1959 erschien unter dem Titel „Der I. und II. Kongreß der Kommunistischen Internationale“ ein Band

mit Dokumenten und Materialien der beiden Kongresse. Im Mittelpunkt dieses Bandes stehen die Reden W. I. Lenins auf dem I. und II. Weltkongreß. Zum 40. Jahrestag der Ungarischen Räterepublik, März 1959, brachte das Institut in Zusammenarbeit mit dem Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED eine Sammlung von Aufsätzen unter dem Titel „Die Ungarische Räterepublik im Jahre 1919 und ihr Widerhall in Deutschland“ heraus, in der besonders die internationale Bedeutung dieses historischen Ereignisses gewürdigt wird. Schließlich wird 1960 der Sammelband „Unter dem Banner des proletarischen Internationalismus“ mit Dokumenten der kommunistischen und Arbeiterparteien und Arbeiten führender Genossen zu diesem Thema herausgegeben.

Das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED trägt mit seinen Publikationen entscheidend dazu bei, die Erfahrungen und Lehren der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung für unseren Kampf gegen Militarismus und Atomkriegsgefahr, für die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands nutzbar zu machen. Es hilft mit seinen Veröffentlichungen, die antinationale, volksfeindliche Rolle des deutschen Imperialismus und Militarismus zu entlarven und würdigt den heroischen Kampf der Arbeiterklasse unter Führung ihrer revolutionären Partei für die Interessen der Nation, für Demokratie und Sozialismus.

Fritz Zimmermann

Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, Mai 1945–April 1946. Herausgegeben vom Institut für Marxismus–Leninismus beim ZK der SED, Dietz Verlag, Berlin 1959.

Zum 10. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik hat das Institut für Marxismus–Leninismus beim Zentralkomitee der SED einen wichtigen Dokumentenband vorbereitet. Es ist dies der 1. Band aus der Reihe III der Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, der die Zeit von Mai 1945 bis April 1946 zum Inhalt hat.

„Mit dem Jahre 1945 beginnt“, wie mit Recht im Vorwort unterstrichen wird, „eine neue Epoche der Geschichte des deutschen Volkes, eine Epoche, die zur bedeutendsten und erfolgreichsten in dem mehr als hundertjährigen Kampf der deutschen Arbeiterklasse für Demokratie und Sozialismus geworden ist.“ Der Band zeigt daher im Unterschied zu den bisher erschienenen Dokumentenbänden nicht nur den Kampf der Arbeiterklasse gegen die Herrschaft und Politik der imperialistischen Großbourgeoisie und ihrer Interessenvertreter, sondern schildert auch die Tätigkeit der Arbeiterklasse beim Aufbau eines neuen, demokratischen Lebens, der Lenkung der Wirtschaft und des Staates, in dessen Organen sie die führende Kraft ist. Eben deshalb sind die Dokumente der staatlichen Einrichtungen, der Landes- und Provinzialverwaltungen usw. in diesem Band nicht Dokumente des Klassenfeindes, sondern Dokumente der revolutionären Bewegung selbst.

Die Mehrzahl der Dokumente des Bandes ist bereits früher schon ein-

mal veröffentlicht worden. Dies mindert jedoch keineswegs den Wert des Bandes, da sie hier zum erstenmal in einem Band zusammengefaßt wurden und viele dieser Dokumente, die nur in der Presse der damaligen Zeit erschienen, heute nicht nur in Vergessenheit geraten, sondern auch schwer zu erhalten sind.

Die Dokumente sind Zeugnisse der größten revolutionären Umwälzung in der Geschichte Deutschlands, die ihren Ausgangspunkt im Zusammenbruch des deutschen Imperialismus und Militarismus und der Befreiung des deutschen Volkes vom faschistischen Joch durch die Sowjetarmee hatte. Den Ausweg aus der tiefen nationalen Katastrophe, in die die imperialistischen Herrscher das ganze deutsche Volk durch ihren verbrecherischen Krieg hineingestürzt hatten, wies im Juni 1945 das Zentralkomitee der KPD (Dok. Nr. 5). Die KPD war die legitime Sprecherin für die Interessen der ganzen Nation. Sie hatte als einzige organisierte politische Kraft in all den Jahren der faschistischen Diktatur einen opfervollen Kampf gegen die Verderber der Nation, die Monopolherren, Junker und ihre faschistischen Kreaturen, geführt und den Weg zum Zusammenschluß aller deutschen Patrioten und zum Aufbau einer antifaschistischen, demokratischen, parlamentarischen deutschen Republik gewiesen.

Es ist zu begrüßen, daß in den Band auch das Manifest des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ vom 13. Juli 1943 Aufnahme gefunden hat, in dem der Kampf der KPD zur Sammlung aller nationalbewußten, antifaschistischen und friedliebenden Kräfte unseres Volkes seinen Ausdruck gefunden hatte (Dok. Nr. 1). Der Aufruf vom 11. Juni 1945 war die konsequente Fortsetzung jener Politik, die in dem Manifest des Na-

tionalkomitees verankert und die bereits auf den Konferenzen von Brüssel (1935) und dann vor allem von Bern (1939) ausgearbeitet worden war. Diese Kontinuität in der Politik der KPD, die als strategische Orientierung den Kampf um eine antifaschistisch-demokratische revolutionäre Umwälzung gewiesen hatte, wäre noch deutlicher zum Ausdruck gekommen, wenn in den Band außer dem Manifest des Nationalkomitees auch die Entschließung von Bern und vor allem die Richtlinien des Politbüros der KPD für die Arbeit in Deutschland vom Februar 1945 Aufnahme gefunden hätten.

Aus dem Band ist deutlich ersichtlich, daß die revolutionäre Umwälzung im Osten Deutschlands von den breiten Massen des Volkes getragen war, die erstmalig in Deutschland erfolgreich als die bewußten Schöpfer der Geschichte auftraten. Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung konnte zugleich nur deshalb von Erfolg gekrönt sein, weil die deutsche Arbeiterklasse 1945 von einer marxistisch-leninistischen Partei geführt wurde, die, gestützt auf die Leninsche Theorie der Revolution im Zeitalter des Imperialismus, die Erfahrungen der deutschen und internationalen revolutionären Bewegung berücksichtigte und auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Analyse der konkreten Situation und des Kräfteverhältnisses der Klassen in Deutschland 1945 den Weg in die Zukunft weisen konnte. Die leitende und lenkende Rolle der KPD geht eindeutig aus den Dokumenten der Parteiführung — angefangen vom Aufruf des ZK vom 11. Juni 1945 bis zu den Beschlüssen der Parteikonferenz der KPD vom 2. bis 3. März 1946 (Dok. Nr. 205) — sowie den zahlreichen Dokumenten der Parteiorganisationen in den Ländern, Kreisen, Städten und Betrieben hervor. Der Band ist gleichzeitig eine Widerspiegelung der ständigen schöpferischen

Anwendung des Marxismus-Leninismus durch die KPD.

Die wichtigste Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf zur Entmachtung der Monopolherren und Junker, zur Beseitigung der Grundlagen des Imperialismus und Militarismus und zur nationalen Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat, der in Freundschaft zu allen Völkern lebt und einen geachteten Platz in der Welt einnimmt, war die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse. Dies lehrten die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung. Dies lehrte vor allem die deutsche Geschichte. Die deutsche Arbeiterklasse hatte ihre historische Mission nur deshalb 1918, 1923 und 1932 bis 1933 nicht erfüllen können, weil die von den Reformisten und Revisionisten in die Arbeiterbewegung hineingetragene Spaltung zur Schwächung der revolutionären Kräfte führte und es den Feinden des Volkes ermöglichte, ihre antinationale Politik der Unterdrückung des deutschen Volkes und der Vorbereitung und Entfesselung räuberischer Kriege fortzusetzen.

1945 war der Ruf nach Herstellung der Einheit der Arbeiterbewegung auf revolutionärer Grundlage so stark wie noch nie zuvor. Am 19. Juni 1945 wurde zwischen dem Zentralkomitee der KPD, an dessen Spitze Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht standen, und dem Zentralausschuß der SPD unter Führung von Otto Grotewohl ein Abkommen über die enge Aktionseinheit der beiden Parteien geschlossen (Dok. Nr. 11). Seine Grundlage waren der Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 (Dok. Nr. 5) und der Aufruf des Zentralausschusses der SPD vom 15. Juni 1945 (Dok. Nr. 8), in denen die Arbeiter und alle Werktätigen zum entschiedenen Kampf für eine antifaschistisch-demokratische Umwälzung aufgefordert worden waren.

Mit ihm wurde der Grundstein für die völlige Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse, für die Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die größte Errungenschaft der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung, gelegt.

Die zahlreichen Dokumente des Bandes beweisen in überzeugender Weise, daß dieses Abkommen den Hoffnungen der ganzen deutschen Arbeiterklasse voll und ganz entsprach. In den Ländern, Provinzen und Städten fanden sich die Funktionäre der KPD und SPD zusammen, um gemeinsame Maßnahmen zum Kampf für ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland zu beschließen (Dok. Nr. 13, 15, 24, 48). Dieser Drang nach Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse war in den Westzonen nicht geringer als im östlichen Teil Deutschlands. Trotz der großen Behinderungen, denen die Arbeit der Antifaschisten und vor allem die Tätigkeit der KPD in der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone ausgesetzt waren, trotz der Bemühungen der reformistischen Elemente, die mit Unterstützung der Besatzungsmächte von Anfang an alles unternahmen, um mit Hilfe der vergifteten Waffe des Antikommunismus und Antisowjetismus die Spaltung der Arbeiterklasse weiter aufrechtzuerhalten und noch mehr zu vertiefen, entstanden auch hier an vielen Orten Ausschüsse der Aktionseinheit. Davon zeugen das Aktionsprogramm der Kommunisten und Sozialdemokraten Hamburgs vom 24. Juli 1945 (Dok. Nr. 27), die Vereinbarung zwischen Vertretern der KPD und SPD in München vom 8. August 1945 (Dok. Nr. 35), Aufrufe und Vereinbarungen der Leitungen der KPD und SPD zur Herstellung der Aktionseinheit in Hanau (Dok. Nr. 67), Braunschweig (Dok. Nr. 71), Wiesbaden (Dok. Nr. 77), Konstanz (Dok. Nr. 165) und anderen Orten.

Die enge Aktionseinheit zwischen KPD und SPD war in Ostdeutschland die Grundlage für den erfolgreichen Kampf zur Entmachtung der Junker, zur Durchsetzung des Mitbestimmungsrechts der Betriebsräte als einer Form der Arbeiterkontrolle, zur Säuberung der Verwaltungsorgane von faschistischen und reaktionären Elementen, zur Durchführung der demokratischen Schulreform und zur Brechung der Sabotage reaktionärer Unternehmer beim wirtschaftlichen Wiederaufbau. Mit der Vereinbarung des Zentralkomitees der KPD und des Zentralausschusses der SPD vom 4. September 1945 über die Durchführung von gemeinsamen Funktionärversammlungen über die Notwendigkeit der Bodenreform wurde ein weiterer wichtiger Schritt getan (Dok. Nr. 56). Die Aktionseinheit bestand jetzt ihre Prüfung im konkreten revolutionären Kampf, der auf dem Dorfe zur bis dahin tiefsten sozialen Umwälzung in der deutschen Geschichte führte.

Die Entwicklung im Osten Deutschlands bestätigte die These des Marxismus-Leninismus, daß die Aktionseinheit der Arbeiterklasse das Bündnis mit den werktätigen Bauern, der Intelligenz und den sädlichen Mittelschichten fördert. Sie widerlegt, wie es mit Recht im Vorwort des Bandes heißt, die Behauptung rechter SPD-Führer, ein Zusammengehen mit der SED oder KPD würde das Kleinbürgertum, die Intelligenz und andere Schichten abstoßen.

Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse ermöglichte die Schaffung einer breiten antifaschistischen Volksfront, die ihren Ausdruck in der Schaffung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien im Juli 1945 fand (Dok. Nr. 21).

Außerordentlich große Bedeutung kam der Herstellung der revolutionären Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu. Der Band enthält viele Dokumente, die davon zeugen, wie

die einheitlichen freien Gewerkschaften sehr wesentlichen Anteil an der Säuberung der Betriebe von Naziaktivisten und Agenten der großen Konzerne, an der Errichtung einer Arbeiterkontrolle und der Heranführung der Arbeiterklasse an die Erkenntnis hatten, daß die Enteignung der Monopolkapitalisten und aller Kriegsschuldigen sowie die Überführung ihrer Betriebe in das Eigentum des Volkes eine nationale Notwendigkeit zur Sicherung des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts ist.

Die Schaffung der Aktionseinheit zwischen KPD und SPD ermöglichte die Gründung einheitlicher freier Gewerkschaften. Die Herstellung und Festigung der Gewerkschaftseinheit wiederum trug sehr wesentlich dazu bei, daß die Aktionseinheit zwischen KPD und SPD immer festere Formen annahm und dann im April mit der Gründung der SED die organisatorische Einheit der Arbeiterbewegung vollzogen werden konnte. Die Haltung der Gewerkschaften hatte eine große positive Bedeutung für die Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. So zeigte die klare Haltung der ersten Delegiertenkonferenz des FDGB für die sowjetische Besatzungszone im Februar 1946, auf der die Forderung erhoben wurde, daß die Vereinigung von KPD und SPD bis zum 1. Mai erfolgen solle, daß der Kampf um die Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands von der gesamten Arbeiterklasse und allen Werktätigen unterstützt wurde (Dok. Nr. 187).

Diesem Kampf um die Schaffung der SED sind die meisten Dokumente des Bandes gewidmet. Dies entspricht der großen nationalen und internationalen Bedeutung, die der Schaffung einer einheitlichen, revolutionären marxistischen Partei der deutschen Arbeiterklasse zukam.

Bereits im Herbst 1945 forderten die sozialdemokratischen und kom-

munistischen Mitglieder immer nachdrücklicher, von der Aktionseinheit zur Herstellung der organisatorischen Einheit durch die Gründung einer revolutionären Einheitspartei der deutschen Arbeiterklasse überzugehen. Eine große Bedeutung kam dem ideologischen Klärungsprozeß zu, der durch die Durchführung gemeinsamer Schulungsabende (Dok. Nr. 101), gemeinsame Veranstaltungen zu den Jahrestagen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und der deutschen Novemberrevolution u. a. gefördert wurde.

Am 20. und 21. Dezember 1945 fand auf Initiative der KPD eine gemeinsame Konferenz des Zentralkomitees der KPD und des Zentralausschusses der SPD mit Vertretern beider Parteien aus den Ländern und Provinzen statt, die den Beschluß faßte, die Verschmelzung der SPD und KPD auf der Grundlage eines konsequent marxistischen Programms vorzubereiten (Dok. Nr. 137). Die Beschlüsse dieser bedeutsamen Tagung fanden die einmütige Unterstützung der Mitglieder und Funktionäre beider Parteien. Die in dem Band veröffentlichten Dokumente beweisen sehr eindringlich, daß die Herstellung der Einheit der Arbeiterbewegung vor allem eine Sache der Arbeiter selbst war. In gemeinsamen Versammlungen begrüßten die kommunistischen und sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre von Senftenberg, Stralsund, Chemnitz und anderen Orten, die Arbeiter der BVG in Berlin, der Anilin- und Soda-Werke in Böhlen, die Zwickauer Bergarbeiter, die Bauern des Kreises Großenhain und viele andere die Beschlüsse der Parteiführungen der SPD und KPD und forderten, die Verschmelzung angesichts der reaktionären Umtriebe in Westdeutschland und der Manöver der reformistischen Spalter um Schumacher zu beschleunigen (Dok. Nr. 141, 142, 143, 147, 150, 153, 154, 157, 158,

159, 160, 163, 175). Am meisten vangeschritten war die Entwicklung in Sachsen, wo bereits im Herbst 1945 gemeinsame Kreiskonferenzen der SPD und KPD stattgefunden hatten (Dok. Nr. 90). Auch in der folgenden Zeit verblieben die Parteiorganisationen der KPD und SPD in Sachsen an der Spitze der Bewegung für die Herstellung der organisatorischen Einheit der Arbeiterbewegung (Dok. Nr. 110, 161, 162, 163, 173). In den anderen Teilen der sowjetischen Besatzungszone machte die Bewegung für die Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ebenfalls große Fortschritte. Am 5. Februar 1946 beschloß der Landesvorstand der SPD und die Bezirksleitung der KPD Thüringens, für den 7. April 1946 die Einberufung eines Landesparteitages, auf dem sich die Sozialistische Einheitspartei für Thüringen konstituieren sollte (Dok. Nr. 184). In Erfüllung der einmütigen Forderungen der Mitglieder und vieler parteiloser Werktätiger, die ebenfalls die große Bedeutung der Schaffung einer einheitlichen revolutionären Arbeiterpartei erkannt hatten, beschloßen die Parteiführungen der KPD und SPD am 26. Februar 1946, die Verschmelzung beider Parteien auf dem Vereinigungsparteitag am 21. und 22. April 1946 zu vollziehen. Auf der gleichen Beratung wurden auch die Entwürfe der Gründungsdokumente der SED, der „Grundsätze und Ziele“ und des Statuts, bestätigt (Dok. Nr. 201). Die Spalter hatten eine eindeutige Niederlage erlitten.

In Westdeutschland war der Drang nach der Herstellung der vollen politischen und organisatorischen Einheit der Arbeiterklasse nicht weniger gewaltig als in der sowjetischen Besatzungszone. Vertreter der Sozialdemokraten und der Kommunisten Hamburgs hatten bereits am 20. August 1945 zur engen Zusammenarbeit mit dem Ziel der Schaffung einer einheitlichen Arbeiterpartei aufgerufen

(Dok. Nr. 41). Unter dem Einfluß der Erfolge, die die geeinte Arbeiterbewegung im Osten Deutschlands bei der Durchführung der Bodenreform, beim Kampf um die Entmachtung der Monopolkapitalisten und beim Aufbau wahrhaft demokratischer Selbstverwaltungsorgane errungen hatte, forderten die Arbeiter der westdeutschen Großbetriebe, so der Atlas-Werke in Bremen, der Werft Blohm & Voß in Hamburg, der Norma-Werke und der Daimler-Benz-AG in Stuttgart, der Deutschen Werft in Hamburg und anderer westdeutscher Großbetriebe, die Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei in ganz Deutschland (Dok. Nr. 133, 192, 194, 195).

Der Dokumentenband zeigt die ganze Breite der Bewegung für die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und beweist, daß ihr Entstehen nicht nur historisch gesetzmäßig, sondern durch das bewußte Handeln von Hunderttausenden und die Unterstützung weiterer Millionen ermöglicht wurde. Zugleich zeigt er auch, wie der Wille zur Herstellung der Einheit in Westdeutschland nur infolge des Zusammengehens der reformistischen Spalter mit den Kräften der deutschen Reaktion und vor allem den imperialistischen Besatzungsmächten nicht von Erfolg gekrönt war.

„Daß es allen Widerständen zum Trotz gelang, in einem Drittel Deutschlands die Einheit der Arbeiterbewegung, die Erfüllung dieser alten Sehnsucht der deutschen Arbeiter zu verwirklichen, bedeutete den größten Sieg, den die deutsche Arbeiterbewegung bis dahin erringen konnte“, heißt es im Vorwort.

„Das war ein Sieg über das deutsche und internationale Monopolkapital, das sich durchaus bewußt war, welche gewaltige Stärkung der Kraft der Arbeiterklasse die Bildung einer geeinten marxistischen Massenpartei

in Deutschland, im Herzen Europas, bedeutete. Das war aber auch ein Sieg über Reformisten und Sektierer in den Reihen der Arbeiterbewegung, die bewußt oder unbewußt die Absichten der Monopolbourgeoisie förderten.

Man muß die ganzen Schwierigkeiten der ökonomischen und politischen Lage im besiegten und besetzten Deutschland, die offene und versteckte Wühlarbeit des Gegners, den Einfluß des Opportunismus auf die Arbeiterbewegung, die aus der drei Jahrzehnte währenden Spaltung herrührende Belastung der Arbeiterbewegung durch gegenseitiges Mißtrauen, durch Vorurteile usw. voll in Rechnung stellen, wenn man die historische Größe dieser Leistung erfassen will.“

Die Dokumente des Bandes sind erfüllt von dem Atem einer bewegten Zeit des revolutionären Handelns und des Umdenkens von Millionen Menschen, in der die ersten entscheidenden Schritte zur Beseitigung der Wurzeln des Imperialismus und Militarismus und zum Aufbau eines neuen Deutschlands des Friedens, des Wohlstands und des Glücks getan wurden. Mit dem revolutionären Kampf in den Jahren 1945/46, der Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurde der Grundstein für die großen Erfolge beim Aufbau des Sozialismus gelegt, die die Werktätigen jetzt zu Ehren des 10. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik vollbringen. Der Dokumentenband ist ein wichtiger Beitrag für die Verstärkung der zeitgeschichtlichen Forschung und Lehre an den Bildungsstätten unserer Partei und den Hoch-, Fach- und Oberschulen. Darüber hinaus wird er gleichermaßen bei allen, die diese Zeit bewußt miterlebten und mitgestalteten, und allen, für die sie nur Geschichte ist, großes Interesse hervorrufen.

Die tiefere Kenntnis des revolutionären Geschehens 1945/46 hat große Bedeutung für unseren heutigen Kampf um die Bändigung des deutschen Militarismus in Westdeutschland, für die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands und die friedliche Lösung der Westberlinfrage. Die Voraussetzungen für die Lösung dieser Aufgaben sind auch heute die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und der Zusammenschluß aller friedliebenden und patriotischen Kräfte unseres Volkes zum Kampf gegen die Todfeinde der Nation, die Deutschland erneut in den Abgrund des Krieges stürzen wollen.

Der Dokumentenband wird auch außerhalb Deutschlands großes Interesse erwecken. Er enthält ein wichtiges Kapitel der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung, da Deutschland das erste Land war, auf dessen Boden nach dem zweiten Weltkrieg die organisatorische Einheit der Arbeiterklasse auf revolutionärer Grundlage hergestellt wurde. Er zeigt, daß dies nur durch die entschiedene Auseinandersetzung mit dem Reformismus und Revisionismus möglich war und vermittelt zugleich wichtige Erfahrungen des revolutionären Kampfes in einem Land des entwickelten Imperialismus.

Der vorliegende Band enthält des weiteren einen umfangreichen wissenschaftlichen Apparat, der den wissenschaftlichen Gehalt der Dokumentation beachtlich hebt. Im Anhang befinden sich eine chronologische Übersicht über die Ereignisse vom Mai 1945 bis April 1946, ein Verzeichnis der im Band zitierten und erwähnten Zeitungen und Zeitschriften, ein Verzeichnis der geographischen Namen, ein Personenverzeichnis und ein Sachregister. Dort, wo es notwendig war, den Inhalt der Dokumente noch näher zu erläutern, arbeiten die Herausgeber mit Fußnoten.

Der vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED vorbereitete und mit einem in die Problematik der damaligen Zeit einführenden Vorwort versehene Dokumentenband zur Geschichte der

deutschen Arbeiterbewegung im ersten Nachkriegsjahr ist ein wertvolles Geschenk auf den Gabentisch unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht.

Stefan Doernberg

Wir sind die Kraft. Der Weg zur Deutschen Demokratischen Republik. Erinnerungen. Herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Dietz Verlag, Berlin 1959.

Es ist nun schon zu einer schönen Tradition geworden, daß das Institut für Marxismus-Leninismus zu wichtigen Gedenktagen des deutschen Volkes Sammelbände mit Erinnerungen von hervorragenden Kämpfern der deutschen Arbeiterbewegung herausgibt. Diese Erinnerungsbände haben nicht nur großen erzieherischen Wert, vor allem für unsere Jugend, sondern besitzen auch nicht zu unterschätzenden Quellenwert für den Historiker. So erschien 1957 zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution der Band „Unter der roten Fahne“, und zu Ehren des 40. Jahrestages der deutschen Novemberrevolution 1918 brachte das Institut den Band „Vorwärts und nicht vergessen!“ heraus, in dem aktive Teilnehmer von den Kämpfen der Novemberrevolution berichteten.

Jetzt, zum 10. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, liegt uns nun ein neuer Band mit Erlebnisberichten vor, der den symbolischen Titel „Wir sind die Kraft“ trägt.

Dem Band ist ein Vorwort von Werner Horn vorangestellt, das eine theoretische Verallgemeinerung der in den Erinnerungen behandelten Probleme gibt und dadurch dem Leser hilft, alle Einzelberichte im rich-

tigen Zusammenhang zu sehen. Es wäre wichtig, daß bei einer Neuaufnahme im Vorwort die Kontinuität des nationalen Kampfes der Arbeiterklasse unter Führung der KPD stärker beachtet wird. In diesem Zusammenhang müssen die für die Nachkriegsentwicklung Deutschlands so wichtigen Konferenzen der KPD von Brüssel und Bern unbedingt berücksichtigt werden.

25 Aktivisten der ersten Stunde, unter ihnen solche bekannten Partei- und Staatsfunktionäre wie Hermann Matern, Willi Stoph, Hilde Benjamin, Otto Buchwitz, Wilhelm Koenen, Karl Maron, schrieben ihre Erinnerungen an jene Jahre des Neubeginns nach der Zerschlagung des Faschismus durch die ruhmreiche Sowjetarmee und ihre Verbündeten nieder. Die Autoren, die alle an führender Stelle an den historischen Ereignissen jener Jahre — Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse, demokratische Bodenreform, Enteignung der Kriegsverbrecher und Monopolisten, demokratische Schulreform, Aufbau eines demokratischen Staatsapparates — beteiligt waren, schildern anschaulich und lebendig diese revolutionären Umwälzungen im Osten Deutschlands bis zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik.

Die 25 Beiträge, nach der ehemaligen Ländereinteilung gegliedert, geben einen ausgezeichneten Überblick, wie die Aktivisten der ersten Stunde, die Genossen unserer Partei, an die Lösung der vor dem deutschen Volk stehenden Aufgaben herangingen und die ungeheuren

Schwierigkeiten des Wiederaufbaus überwand. Besonders hervorheben wollen wir den Beitrag von Richard Gyptner, der die richtungsweisende, äußerst vielseitige Tätigkeit der „Gruppe Ulbricht“ in Berlin schildert und gleichzeitig unsere Kenntnisse über das Leben und den Kampf Walter Ulbrichts, des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der SED, in wertvoller Weise bereichert.¹

Überall waren es die Arbeiter, die sofort anpackten und dem deutschen Volk den Ausweg aus der nationalen Katastrophe, in die es die Imperialisten und Militaristen zum zweiten Mal gestürzt hatten, zeigten. Überzeugend wird nachgewiesen — einzelne Genossen, z. B. Hermann Matern und Karl Maron, beginnen ihre Schilderung mit dem antifaschistischen Widerstandskampf und betonen dadurch die Kontinuität des Kampfes der Arbeiterklasse gegen Militarismus und Imperialismus —, daß sich die Arbeiterklasse durch ihren jahrzehntelangen Kampf für die Interessen der Nation das historische Recht erworben hatte, als Führer der Nation aufzutreten. Und die Arbeiterklasse nahm dieses Recht wahr. Jeder Bericht dieses Bandes widerlegt und zerschlägt die imperialistische und reformistische Lüge, daß die Arbeiterklasse zur Leitung des Staates und der Wirtschaft nicht befähigt sei. Im Gegenteil, nur die Arbeiterklasse war in der Lage, die nationale Grundfrage — die Beseitigung des Imperialismus und Militarismus — im Osten Deutschlands zu lösen. Dabei schloß die Arbeiterklasse ein festes Bündnis mit den werktätigen Bauern und der Intelligenz und zog auch die anderen demokratisch gesinnten Schichten des Volkes zur Mitarbeit heran.

Es ist klar, daß diese großen Aufgaben nur von einer geeinten Arbeiterklasse unter Führung einer marxistisch-leninistischen Partei gelöst

werden konnten. Die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien, der KPD und SPD, zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und deren führende Rolle beim antifaschistisch-demokratischen Aufbau stehen deshalb auch im Mittelpunkt des Bandes. Die Überschrift des Beitrages von Hermann Matern, „Die Partei wies uns den Weg“, könnte auch allen anderen Berichten als Titel dienen.

Die Autoren schildern aus eigenem Erleben den Kampf der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter um die revolutionäre Einheit der Arbeiterbewegung. Dabei wird eine Fülle von bisher unbekanntem Material über die Vereinigung in den einzelnen Gebieten und Orten unserer Republik unterbreitet, das für die Geschichtsforschung, vor allem für die Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, von großem Wert ist.

Es wird deutlich, welch große Rolle das Aktionsprogramm der KPD vom 11. Juni 1945 für die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien gespielt hat. Dieses Programm, in dem die Leninsche Revolutionstheorie auf die konkreten Verhältnisse in Deutschland angewandt und zugleich die Beschlüsse der Partei von Brüssel und Bern weiterentwickelt wurden, war die Grundlage der Aktions-einheit von KPD und SPD. Bei der praktischen Verwirklichung dieses Programms kamen sich die Genossen beider Parteien näher, erkannten die Notwendigkeit gemeinsamen Vorgehens und überwand alle Hemmnisse und Widerstände, die sich der Vereinigung in den Weg stellten. Hierbei sind besonders die Berichte von Otto Buchwitz, dem damaligen Vorsitzenden der SPD des Landes Sachsen, Werner Eggerath, der in Thüringen führend an der Vereinigung beteiligt war, und Robert Sievert, der in Sachsen-Anhalt solche

¹ Vgl. im vorliegenden Heft S. 745—751.

Feinde der Einheit der Arbeiterbewegung wie Scharnowski entlarven half, zu erwähnen.

Die zweite große Lehre, die wie ein roter Faden alle Beiträge durchzieht, ist die Bedeutung der Freundschaft zur Sowjetunion. Das Wort unseres Präsidenten Wilhelm Pieck von der deutsch-sowjetischen Freundschaft als der Herzenssache aller Deutschen wird hier lebendige Wirklichkeit. Überall, ob bei der Versorgung der hungernden Bevölkerung der großen Städte, ob bei der Verhütung und Bekämpfung von Seuchen und Krankheiten, bei der Ingangsetzung der Betriebe, bei der Bekämpfung von Banden, beim Aufbau demokratischer Selbstverwaltungen oder bei der Entwicklung des kulturellen Lebens, standen die sowjetischen Freunde den deutschen Genossen mit Rat und Tat zur Seite. Zum erstenmal in der deutschen Geschichte war die Armee eines siegreichen Staates nicht als Feind, sondern als Befreier, Freund und Helfer in das besiegte Land gekommen. Die Sowjetarmee wirkte als Klassenverbündeter der deutschen Arbeiterklasse und als nationaler Verbündeter des deutschen Volkes.

Den Autoren des Sammelbandes ist es in hervorragender Weise gelungen, diese Wahrheit überzeugend darzustellen. Nicht nur in den großen Lebensfragen der deutschen Nation zeigte sich die selbstlose Hilfe und Unterstützung der Sowjetunion, sondern auch die persönlichen Beziehungen sowjetischer Offiziere und Soldaten zu deutschen Genossen waren vom Geist des proletarischen Internationalismus getragen. Humorvoll erzählt z. B. Willi Bick, damals Generalstaatsanwalt in Mecklenburg, wie ihm der Chef der dortigen Sowjetischen Militärverwaltung, Generalleutnant Trufanow, eine Lektion in „praktischer Jura“ erteilte und auf diese Weise half, den Feinden des demokratischen

Aufbaus in Mecklenburg schneller das schmutzige Handwerk zu legen. Ergreifend auch die Schilderung von Otto Straube, der im Zuchthaus Waldheim von der Sowjetarmee befreit wurde und mit einer Gruppe ehemaliger politischer Häftlinge mit Unterstützung sowjetischer Soldaten in seine Heimatstadt Leipzig zurückkehren konnte.

In krassem Gegensatz dazu stand die Besatzungspolitik der Westmächte. Als imperialistische Mächte waren sie nicht an einer demokratischen Entwicklung Deutschlands interessiert. Die Berichte von Robert Büchner, Ernst Lohagen und anderen, die in Gebieten arbeiteten, die zeitweilig von amerikanischen Truppen besetzt waren, geben ein packendes Bild von dem zähen Kampf, der in diesen Gebieten von der Arbeiterklasse unter Führung der Kommunisten gegen die undemokratische Politik der imperialistischen Besatzungsmacht geführt werden mußte, um eine neue, bessere Ordnung aufbauen zu können.

Ein anderes Problem, das im vorliegenden Band breiten Raum einnimmt, ist die Durchführung der demokratischen Bodenreform im Osten Deutschlands. Viele Autoren, z. B. Richard Gladewitz, Heinrich Hermann, Fritz Sattler, Erich Wiesner, schildern anschaulich und anhand umfangreichen statistischen Materials diese gewaltige revolutionäre Umwälzung auf dem Lande. Die Brutstätten des Militarismus wurden im Osten Deutschlands ausgeräuchert und das Land endlich seinen Bauern übergeben. Damit wurde die ökonomische Basis für das feste und dauerhafte Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft geschaffen. Die Berichte spiegeln die große Begeisterung und den Enthusiasmus der Dorfbevölkerung, aber auch die Schwierigkeiten wider, die es im harten Klassenkampf zu überwinden galt. Auch der Humor

kommt dabei nicht zu kurz. So beispielsweise, wenn Robert Siewert erzählt, wie ein resoluter kommunistischer Landrat die „Hochedle“ Elsa von Bonin, die sich weigerte, den Herrensitz zu verlassen, mitsamt ihrem Bett von handfesten Arbeitern hinaustragen und per Lastwagen in den ihr zugewiesenen Ort abtransportieren ließ.

Reichhaltiges Material bieten auch die Erlebnisberichte über die Enttönung der Kriegsverbrecher und Monopolisten, eine revolutionäre Maßnahme, mit deren Durchführung sich besonders Otto Buchwitz, Wilhelm Koenen und Willi Stoph in ihren Beiträgen beschäftigten. Gemäß dem Potsdamer Abkommen und dem Willen der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes, wurden auf dem Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik die Wurzeln des Faschismus und des Krieges ein für allemal ausgerottet. Die Autoren berichten von der großen Initiative der Arbeiter bei diesem Werk, die die Losung „Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein“ in die Tat umsetzen. Die Arbeiter selbst übernahmen die Leitung der Betriebe, in denen sie bisher nur für die Imperialisten schuften durften, und wie gut sie diese neue Tätigkeit meisterten, zeigt der steile wirtschaftliche Aufstieg unserer Republik und die grandiose Perspektive des Siebenjahrplanes.

Von großem Wert sind auch die Beiträge von Hilde Benjamin und Marie Torhorst über den Aufbau einer demokratischen Justiz und Schule. Sie zeigen, daß sich auch auf diesem Gebiet das Neue nur im Kampf gegen das Alte und Überholte durchsetzen konnte und welche große Unterstützung dabei die sowjetischen Genossen leisteten.

Nicht minder interessant und wertvoll sind die Berichte von Fritz Apelt und Richard Gyptner über die Schaffung freier einheitlicher Ge-

werkschaften und die große Rolle der Gewerkschaften beim Wiederaufbau der Volkswirtschaft.

Hervorzuheben ist auch der schon erwähnte Erlebnisbericht Hermann Materns, erweitert er doch unser Wissen über den illegalen Kampf Hermann Materns gegen den Faschismus.

Der Leser wird auch die vom Herausgeber beigelegten Kurzbiographien der Autoren begrüßen, die ihm einige Hinweise über Herkunft und weiteren Entwicklungsweg der Autoren geben.

Bei der hier nur angedeuteten Breite und Vielfalt der behandelten Probleme vermißt der Rezensent jedoch einen Bericht über die Gründung und Arbeit der Freien Deutschen Jugend und des Demokratischen Frauenbundes. Besonders die FDJ spielte beim Aufbau einer neuen Ordnung und bei der antifaschistisch-demokratischen Erziehung der jungen Generation eine bedeutende Rolle. Sie ist aus der Entwicklung unserer Republik nicht wegzudenken. Um so bedauerlicher die Lücke.

Ebenfalls fragt sich der Leser, warum in dem Band kein Bericht über die von Adolf Hennecke ausgelöste Aktivistenbewegung enthalten ist. Die Bemerkungen in den einzelnen Berichten zu dieser Frage können, so wertvoll sie sind, keinesfalls einen speziellen Beitrag ersetzen. Sollte es dem Herausgeber nicht möglich gewesen sein, einen Erlebnisbericht von Genossen Hennecke selbst oder von einem seiner ersten Nachfolger zu bekommen?

Diese kleinen Mängel, die sich bei einer hoffentlich bald notwendigen Neuauflage leicht beheben lassen, mindern natürlich den großen Wert des Bandes keineswegs. Autoren und Herausgeber haben mit dem Band „Wir sind die Kraft“ ein schönes Geschenk auf den Geburtstagstisch unserer Republik gelegt. Das Buch ge-

hört vor allem in die Hände unserer Jugend, die den schweren, aber erfolgreichen Kampf für den Aufbau einer demokratischen Ordnung noch nicht bewußt miterlebt hat und hier aus berufenem Munde davon erfährt. Es wird aber auch für den Zeithistoriker und die Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung ein unentbehrlicher Helfer bei der Erfüllung

ihrer verantwortlichen Aufgaben sein.

Es bleibt nur zu wünschen, daß die Ankündigung des Instituts für Marxismus-Leninismus, eine Fortsetzung dieses Bandes mit Erlebnisberichten vom sozialistischen Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik herauszugeben, so bald wie möglich verwirklicht wird.

Fritz Zimmermann

Werner Imig: Streik bei Mansfeld 1930. Der Streik der Mansfeld-Arbeiter im Jahre 1930 und seine Unterdrückung mit Hilfe des Staatsapparates der Weimarer Republik. In: Geschichte der Fabriken und Werke, Bd. V, Verlag Tribüne, Berlin 1958, 262 S.

Die bisher in der Schriftenreihe „Geschichte der Fabriken und Werke“ erschienenen Bände werden durch Werner Imigs Arbeit¹ wesentlich ergänzt.

Die Geschichte unserer großen volkseigenen Fabriken und Werke ist vor allem eine Geschichte des

¹ Dem vorliegenden Werk liegt die in der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“ 1956 vorgelegte Dissertation Werner Imigs unter dem Titel: Die Bereicherung des Mansfeld-Konzerns und die Unterdrückung seiner Arbeiter im Jahre 1930 mit Hilfe des Staatsapparates der Weimarer Republik, zugrunde.

Größere Auszüge der Dissertation sind bisher erschienen:

Werner Imig: Der Streik der Mansfelder Arbeiter im Jahre 1930. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“, 1955/56, Heft 2. — Werner Imig: Der Streik der Mansfelder Arbeiter im Jahre 1930. In: Schriftenreihe „Beiträge zur Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung“, Heft 19, Dietz Verlag, Berlin 1957.

revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung. Der Kampf der Arbeiterklasse unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Vorhut gegen Imperialismus und Militarismus, für die nationale und soziale Befreiung des Volkes hat seinen Ausgangspunkt und seine Basis in den entscheidenden Großbetrieben. Es kann deshalb nicht nur Aufgabe dieser Schriftenreihe sein, die ökonomische Entwicklungstendenz des Kapitalismus (insbesondere in seiner Niedergangsperiode) und die sich hieraus ergebenden Ausbeutungs- und Unterdrückungsmethoden am Beispiel einzelner Monopolunternehmen anschaulich zu zeigen. Die Klarheit über die ökonomischen Verhältnisse und das Wirken ökonomischer Gesetze sind natürlich grundsätzlich wichtig für das Verständnis der Klassenkämpfe. Dabei kommt es darauf an, den Klassenkampf als Entwicklungsgesetz in der Ausbeutergesellschaft darzustellen und in diesem Zusammenhang die Rolle der Arbeiterklasse in den entscheidenden Großbetrieben zu würdigen.

Eine solche Darstellung ist von großem Nutzen für die tagtägliche Agitation und Propaganda im Kampf gegen den wiedererstandenen Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland. Die Entlarvung der antinationalen und volksfeindlichen Politik der Monopolherren, der Jun-

ker und Militaristen in der Geschichte Deutschlands bedeutet die Entlarvung des Bonner Regimes, das die verderbliche Vergangenheit fortsetzt. Durch den historischen Vergleich wird die Gegenwart bewußter verstanden, nicht nur im Hinblick auf die schändliche Rolle des klerikal-militaristischen Westzonenstaates, sondern vor allem auch in bezug auf die großartigen Ergebnisse beim Aufbau einer neuen, einer sozialistischen Gesellschaftsordnung in der Deutschen Demokratischen Republik. „Um die Gegenwart richtig zu schätzen, muß man die Vergangenheit kennen“, sagte Maxim Gorki². Die Geschichte der Fabriken und Werke hat also für die Bewußtseinsbildung unserer Werktätigen, insbesondere aber unserer jungen Generation, die die „Schinderei der Vergangenheit“³ nicht kennengelernt hat, sehr große Bedeutung.

Von vornherein sei bemerkt: I.s Arbeit wird diesen Anforderungen voll gerecht. Hervorzuheben ist die Sorgfalt und Gründlichkeit bei der Erforschung einer der wichtigsten Aktionen der deutschen Arbeiterklasse während der Weltwirtschaftskrise. Der Vf. untersucht den heldenhaften Streik der Mansfeld-Kumpel im Juni/Juli 1930 im Zusammenhang mit der damaligen nationalen und internationalen Lage. Das ist unbedingt notwendig. Nur so kann dieser große Kampf in der vollentfalteten Weltwirtschaftskrise richtig verstanden werden. Dabei kommt es dem Vf. insbesondere darauf an, am Beispiel des Mansfelder Streiks die Rolle des bürgerlichen Staates als des Instru-

ments der Monopole zu charakterisieren. I. stützt sich hierbei auf umfangreiches Quellenmaterial (vgl. S. 6).

Der achtwöchige, einheitlich und entschlossen geführte Streik der Mansfeld-Kumpel gegen einen beabsichtigten 15prozentigen Lohnraub, gegen drohende Arbeitslosigkeit und die weitere Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse in den Schächten und Hütten gehört zu den ruhmreichsten Traditionen der Geschichte der Arbeiterbewegung des Mansfelder Landes. Er war der erste große Streik der deutschen Arbeiterklasse unter den schweren Bedingungen der Weltwirtschaftskrise, als es darauf ankam, den Großangriff des Monopolkapitals⁴ auf die elementarsten Lebensrechte und die demokratischen Er rungenschaften des werktätigen Volkes zurückzuschlagen.

Der im Frühjahr 1930 im Zusammenhang mit einer plötzlichen und starken Senkung des Kupferpreises auf dem Weltmarkt eingeleitete Angriff der Mansfeld-Aktionäre auf die Löhne der Kumpel hatte prinzipielle Bedeutung sowohl für das gesamte deutsche Monopolkapital als auch für die gesamte deutsche Arbeiterklasse. In Mansfeld sollte gewissermaßen für die Lohnabbauoffensive der deutschen Großbourgeoisie ein erstes Exempel statuiert werden, denn die generelle Senkung der Löhne aller Arbeiter und Angestellten war ein wesentlicher Teil der Maßnahmen der Imperialisten zur Abwälzung der Krisenlasten und der Lasten des Youngplanes auf das werktätige Volk. Deshalb kam der mit allem Nachdruck erfolgte Vorstoß des

² Dem Band I dieser Schriftenreihe werden zwei in der „Prawda“ vom 7. September 1931 und vom 28. November 1931 veröffentlichte Artikel Maxim Gorkis über die Notwendigkeit einer Geschichte der Fabriken und Werke vorangestellt, die den Zweck und die Aufgaben der gesamten Schriftenreihe charakterisieren sollen.

³ Ebenda, S. 10.

⁴ Der Vf. verweist in diesem Zusammenhang auf die Denkschrift des Präsidiums des Reichsverbandes der deutschen Industrie „Aufstieg oder Niedergang?“ vom Dezember 1929, in der die reaktionärsten Kräfte des deutschen Finanzkapitals das Programm ihrer Ausbeuteroffensive niederlegten (S. 21 ff.).

Mansfeld-Konzerns der gesamten deutschen Großbourgeoisie zustatten. Andererseits ergaben sich aus der Art und Weise, wie dieser Vorstoß der Imperialisten von der Mansfelder Arbeiterschaft abgewehrt wurde, wichtige Lehren für andere Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse.

Unter den Bedingungen der schweren Weltwirtschaftskrise und der immer stärkeren Polarisierung der Klassenkräfte mußten große Streikkämpfe zwangsläufig höhere Formen des proletarischen Klassenkampfes hervorbringen, als das beispielsweise während der relativen Stabilisierung des Kapitalismus der Fall war. Der wirtschaftliche Kampf verband sich unmittelbar mit dem politischen Kampf.

Die opportunistischen Gewerkschaftsführer waren unter den Bedingungen der Krise nicht bereit, den Kampf gegen die Ausbeuteroffensive zu organisieren. Demagogisch beriefen sie sich auf die Massenarbeitslosigkeit und die drohenden Massenentlassungen, um die Streikkämpfe der Arbeiter zu sabotieren. Es war also ganz offensichtlich, daß nur unter Führung der KPD und der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) die Ausbeuteroffensive gestoppt werden konnte. Hier verweist der Vf. auf die bedeutsamen Beschlüsse des 12. Parteitages der KPD über die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse durch die selbständige Vorbereitung und Führung der Streikkämpfe (S. 26).

Unter diesen Umständen mußten die großen und bedeutenden Streiks während der Weltwirtschaftskrise in erster Linie politische Streiks sein, die sich in dem Maße, wie sich die Klassengegensätze zuspitzten, immer bewußter gegen das kapitalistische System überhaupt richteten. Der Vf. betont, daß deshalb die Monopolherren außerordentlich empfindlich auf Streiks reagierten. „Schon bei den geringsten Anzeichen eines

Streiks oder selbst der Vorbereitung eines Streiks schalteten sie sofort den Staatsapparat in Form der Zwangsschlichtung und des blutigen Polizeiterrors ein“ (S. 27).

Man kann dem Vf. nicht zustimmen, wenn er die Gründe dafür, warum zuerst die Mansfeld-AG den großen Vorstoß im Interesse der gesamten Großbourgeoisie unternahm, darin sieht, daß die Monopolherren glaubten, dort „eine besonders leicht zu überwindende Arbeiterklasse zu haben“ (S. 5). Es leuchtet nicht ein, daß sie mit einer „ideologischen Verwirrung“ der Mansfelder Arbeiter, resultierend aus der „Niederlage im Jahre 1921“ (S. 43), gerechnet haben sollten. Natürlich bauten sie auf den „Einfluß der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer und auf den Einfluß der faschistischen Organisationen (insbesondere des ‚Stahlhelms‘. — G. J.) im Mansfelder Gebiet“ (S. 43). Ein solcher Einfluß war zweifellos nicht unbedeutend, aber durchaus keine Besonderheit des Mansfelder Landes.⁵ Die Imperialisten waren sich m. E. durchaus im klaren, daß der Bezirk Halle/Merseburg, einschließlich des Mansfelder Gebietes, seit langem zu den stärksten Zentren der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland gehörte und die KPD unter Thälmanns Führung im Vergleich zu 1921 einen großen Schritt auf dem Wege zu einer Partei von leninistischem Typus vorangekommen war. Das Streben, den Maximalprofit unbedingt zu sichern, der durch den im April erfolgten erheblichen Sturz der Kupfer- und Silberpreise

⁵ Wilhelm Koenen: Einige Lehren des Mansfeld-Streiks für die Partei. In: Die Internationale, 1930, Heft 15/16. W. Koenen betont, daß die politischen und organisatorischen Voraussetzungen im Mansfelder Gebiet für die Auslösung und Durchführung des Streiks unter Leitung der KPD und RGO keineswegs besser oder schlechter gewesen seien, als in anderen Revieren oder Organisationsteilen der Partei.

und durch die eingetretenen Absatzschwierigkeiten auch für die anderen Mansfeld-Produkte gefährdet schien, erklärt die hektische Eile der Mansfeld-Aktionäre, mit Hilfe des Staatsapparates ihr „Notprogramm“ durchzusetzen. Das „Notprogramm“ sah u. a. den 15prozentigen Lohnraub und einschneidende Rationalisierungsmaßnahmen vor (S. 83). Die Imperialisten glaubten, besonders auf die Mansfeld-Kumpel einen Druck ausüben zu können, da es in diesem Gebiet keine andere Arbeitsgelegenheit für die zahlreiche Industriearbeiterschaft gab (S. 43). Doch hatten die Konzernherren die Rechnung ohne die kampfbereiten Arbeiter gemacht.

Ausgehend von der internationalen und nationalen Lage bei Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, behandelt I. in den ersten Kapiteln der insgesamt zehn Kapitel umfassenden Arbeit die Rolle der „Mansfeld-AG für Bergbau und Hüttenbetrieb“ als einen wichtigen Faktor im System der mächtigen deutschen Finanzgruppen und untersucht die damalige wirtschaftliche, soziale und politische Lage im Mansfelder Land.

Aufschlußreich sind seine Hinweise, welche Finanzmächte den Mansfeld-Konzern beherrschten. Fast alle deutschen Großbanken gehörten zu den Hauptaktionären. Entscheidenden Einfluß auf den Konzern hatte der Kriegs- und Inflationsgewinnler Otto Wolff, einer der mächtigsten deutschen Finanzkapitalisten (S. 49).

Im Mansfelder Land selbst hatte der Konzern eine unumschränkte Machtstellung, die sich aus der absoluten ökonomischen Vorherrschaft ergab. Der Konzern beherrschte das gesamte gesellschaftliche Leben in diesem Gebiet.

In dem Kapitel über die Vorbereitung und Auslösung des Streiks zeigt der Vf., wie die Mansfelder Kom-

munisten und revolutionären Gewerkschaftler sich als die einzige Kraft erwiesen, die gewillt und in der Lage war, den Kampf gegen die mit Hilfe des Staatsapparates eingeleiteten Maßnahmen des Mansfeld-Konzerns zu organisieren. Obwohl in Mansfeld der politisch-organisatorische Aufbau der KPD auf der Basis der Betriebszellen noch nicht vollendet war und es noch an einem gut arbeitenden Vertrauensmännersystem in den Schächten und Hütten mangelte, geht aus der Darstellung I.s klar hervor: Der Streik hätte nicht ausgelöst werden können, die Mansfelder Arbeiter wären führungslos geblieben, wenn die Kommunisten und die revolutionären Gewerkschaftler sich nicht an die Spitze gestellt hätten. Die reformistischen Führer der Gewerkschaften versuchten dagegen, die Kampfbereitschaft der Arbeiter zu untergraben und taten alles, um die sich herausbildende Arbeiter-Einheitsfront zu spalten. Die kämpferische Entschlossenheit der KPD- und RGO-Mitglieder führte dazu, daß im Verlaufe der letzten Wochen vor Streikausbruch der Einfluß der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer immer mehr zurückging. Die Mansfeld-Kumpel zeigten keine Bereitschaft, auf ein Lohndiktat der Aktionäre einzugehen.

Bedeutende Hilfe, so betont der Vf., erhielten die Kumpel in ihrem Kampf gegen die Ausbeuter von den führenden Genossen der Bezirksleitung Halle/Merseburg der KPD und vom Bezirksausschuß Mitteldeutschland der RGO.⁶ Auch der Bezirksparteitag in Halle, Ende April

⁶ Hier sind vor allem zu nennen: Der Politleiter des Bezirks, Wilhelm Koenen; der Landtagsabgeordnete Otto Schlag und der Vorsitzende des Bezirkskomitees der RGO, Willi Dolger. Letztere wurden von den Faschisten ermordet (S. 102).

1930, orientierte alle Kräfte der Partei des Bezirks, alle revolutionären bzw. mit den Kommunisten sympathisierenden Massenorganisationen auf die Streikvorbereitung (S. 101 ff.). Ein solches einheitliches und geschlossenes Handeln aller aktiven Kräfte innerhalb und außerhalb der Mansfelder Betriebe war entscheidend für den kraftvollen Streikbeginn am Sonntag, dem 1. Juni 1930.

„In geduldiger Arbeit“ hatten es die Mitglieder der KPD und der RGO verstanden, „die Aktionseinheit der kommunistischen und sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen, der gewerkschaftlich organisierten und unorganisierten Arbeiter, der Erwerbslosen, der Arbeiterfrauen und der Jungarbeiter herzustellen“ (S. 131). Insbesondere die im Verlaufe des Streiks im Kampfe gegen die faschistischen Streikbrecher, die sogenannte Stahlhelm-Selbsthilfe, entstandenen Massenstreikposten, deren Kern die proletarischen Selbstschutzgruppen waren, drückten die feste Einheitsfront der Mansfelder Arbeiterschaft aus. Der regelmäßige und straff organisierte Massenstreikpostendienst förderte wesentlich die proletarische Disziplin und die Kampfbereitschaft. Diese „lebendige, kämpfende Einheitsfront“, wie Wilhelm Koenen schrieb (S. 258), war das bedeutsamste Ergebnis der Verwirklichung der Beschlüsse des Weddinger Parteitages der KPD in Mansfeld. Sie hatte große Auswirkungen auch auf andere, nichtproletarische Schichten der werktätigen Bevölkerung.

Die Versuche, die Streikfront besonders an solchen Stellen zu durchbrechen, wo die Arbeit entweder schnell und ohne technische Schwierigkeiten durchgeführt werden konnte bzw. wo die Ingangsetzung der Produktion besonders hohe Profite versprach, führten dazu, daß vor

allem die Krug-Hütte bei Eisleben⁷ und das Kupfer- und Messingwerk bei Hettstedt⁸ im Mittelpunkt harter Auseinandersetzungen der Massenstreikposten mit den faschistischen Streikbrechern, die mit Unterstützung starker Polizeiformationen anrückten, standen. Der Vf. würdigt die Tage vom 23. bis 25. Juni als Höhepunkt des heldenhaften Kampfes der Mansfelder Kumpel. Während dieser Tage konzentrierten die Konzernherren die gesamte Kraft der Streikbrecher und der Polizeieinheiten auf die Ingangsetzung des Kupfer- und Messingwerkes. Doch die oftmals mehr als tausend aktiven Streikposten⁹, unterstützt von breiten Bevölkerungsschichten (S. 176 ff.), schlugen diesen großangelegten Durchbruchversuch zurück. Höchst aktuelle Lehren ergeben sich aus der Art und Weise, wie die Mansfelder Kommunisten diesen hervorragenden Sieg zu nutzen verstanden. I. berichtet auf S. 178 ff. über den großen politischen Erfolg des „Tages der Partei“, der sofort nach den „drei roten Tagen von Hettstedt“ durchgeführt wurde. In allen größeren Ortschaften

⁷ Heute „Karl-Liebknecht-Hütte“ des Mansfeld-Hüttenkombinats „Wilhelm Pieck“. — Dem Vf. unterläuft auf S. 147 folgender Irrtum: Er spricht von der „Herstellung und Verladung der Schlackenpflastersteine in der Schamottefabrik der Krug-Hütte“. Die in großen Mengen anfallende Schlacke im ersten Verhüttungsprozeß des Kupferschiefers wird zu den bekannten würfelförmigen Pflastersteinen vergossen. Wenn also zu Beginn des Streiks die Krug-Hütte stillgelegt wurde, kann von „Herstellung“ keine Rede sein. Mit der Schamottefabrik hat das alles nichts zu tun. In Wirklichkeit ging es um den Abtransport der Schlackenpflastersteine. (Siehe auch Eisenhut/Kautzsch: Handbuch für den Kupferschieferbergbau, Leipzig 1954, S. 31.)

⁸ Heute VEB Walzwerk Hettstedt.

⁹ Offensichtlich handelt es sich auf S. 176 um einen Druckfehler. Statt 100 muß es 1000 heißen.

des Streikgebietes wurden in Versammlungen der Bevölkerung die Politik der Partei und ihre Rolle als Führerin in den Tageskämpfen der Arbeiterklasse erläutert. Die Mansfelder Kommunisten verstanden es vorbildlich, ihren kompromißlosen Kampf für die Tagesinteressen des werktätigen Volkes mit dem Kampf um eine bessere Gesellschaftsordnung zu verbinden. Diese gute Anwendung leninistischer Taktik zeigte, daß die Partei unter Thälmanns Führung auch im Mansfelder Industriegebiet einen großen Schritt vorangekommen war. Wichtige Lehren für die anderen großen Kämpfe während der Weltwirtschaftskrise (aber auch für unsere heutige Zeit) ergaben sich weiterhin aus den vom Vf. geschilderten Beweisen echter Solidarität der Werktätigen des In- und Auslandes mit den Mansfelder Arbeitern. Hier sei nur erwähnt die bedeutsame Rolle der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH) und der oppositionellen Konsumgenossenschaften Halle und Merseburg (S. 143 ff.)¹⁰. Sie haben die Einheitsfrontpolitik der KPD wesentlich unterstützt.

¹⁰ Der Vf. geht leider nur sehr kurz auf dieses wichtige Problem ein. Auf dem Verbandstag 1929 in Bad Lauterberg wurde die Konsumgenossenschaft Merseburg aus dem Verband der mitteleutschen Konsumvereine ausgeschlossen, weil sie die Ruhrbergarbeiter 1928 in ihrem Kampf unterstützt hatte. Auf dem Verbandstag Anfang Juni 1930 in Goslar stand der Ausschluß des Konsumvereins Halle wegen „Verletzung genossenschaftlicher Grundsätze“ auf der Tagesordnung. Wirkliche Ursache dieser Ausschlüsse war, daß den rechten Sozialdemokraten in den zentralen Leitungen die proletarische Genossenschaftspolitik in einigen Konsumvereinen nicht paßte. (Vgl. Klassenkampf, Organ des Bezirks Mitteldeutschland der KPD, vom 5. Juni 1930.)

Dem Vf. gelingt es, die wichtigste Lehre des Streiks klar herauszuarbeiten: „Es war ganz offensichtlich, daß der Versuch, den Streik abzuwürgen, nur erfolgversprechend sein konnte, wenn es den rechten SPD- und Gewerkschaftsführern gelang, die Aktionseinheit zu zerstören und die organisierten Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Gerade darauf war auch die Taktik der Konzernleitung und der rechten Gewerkschaftsführer gerichtet“ (S. 223).

Der Vf. bestätigt, daß der größte Teil der Gewerkschaftsmitglieder ehrlich und aufopferungsvoll in der gemeinsamen Streikfront gekämpft hat. Doch es gelang den Kommunisten und revolutionären Gewerkschaftlern nicht, den Einfluß der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer auf die Arbeiter völlig zu überwinden.

In den Schlußkapiteln zeigt I., wie der Mansfeld-Konzern auf ein definitives Übereinkommen mit den zuständigen staatlichen Stellen und der rechten Gewerkschaftsführung drängte, um den alten „Feldzugplan“ (S. 194 ff.), d. h. vor allem den 15prozentigen Lohnabbau und umfangreiche staatliche Subventionen, durchzusetzen. Hier macht er die Leser erneut mit dem Charakter der Brüningregierung als einem Instrument zur Verwirklichung der Ausbeuteroffensive der Imperialisten bekannt. Er verweist darauf, wie sich die Mansfeld-Aktionäre die Reichstagsauflösung vom 17. Juli 1930 zunutze machten, um die umfangreiche Subventionierung des Konzerns auf Kosten der werktätigen Steuerzahler durchzusetzen (S. 214). Aber auch die verräterische Rolle der rechten Gewerkschaftsführer wird charakterisiert. Diesen war klar geworden, daß angesichts der weiterhin gefestigten Streikfront und der Autorität der

Zentral-Streikleitung¹¹ der Streik ohne „Zugeständnisse“ nicht abgewürgt werden konnte. Es war ein großer, wenn auch mehr moralischer Sieg der Kumpel, wenn die Ausbeuter mit Hilfe des Staatsapparates und im Verein mit den rechten Gewerkschaftsführern es nach sechs Wochen Streikkampf nicht wagen konnten, die 15prozentige Senkung der Tariflöhne durchzusetzen. Man war gezwungen, sich auf einen „nur“ 9½prozentigen Lohnabbau zu einigen.

Es charakterisiert die Standhaftigkeit und den Opfermut der Kumpel, wenn es den rechten SPD- und Gewerkschaftsführern auch nach diesem schändlichen Übereinkommen trotz aller Kraftanstrengung und Demagogie (S. 227, 230) nicht gelang, die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen.

Erst als nach achtwöchigem heldenhaftem Kampf der Kumpel die rechten SPD- und Gewerkschaftsführer dazu übergingen, aus den Reihen der ihnen untergeordneten Funktionäre und aus Gruppen irregeführter SPD- und Gewerkschaftsmitglieder Streikbrecherkolonnen zu formieren, mußte der Streik abgebrochen werden. Zusammen mit den Streikbrechern vom Stahlhelm und unterstützt durch wüste Gummiknüppelattacken der Polizei konnten die Massenstreikposten zurückgedrängt werden. Unsicher gewordene Gewerkschafts-

mitglieder folgten schließlich dem schändlichen Beispiel der rechten Gewerkschaftsführer (S. 236).

Der Vf. würdigt das richtige Verhalten der Zentral-Streikleitung der Mansfelder Arbeiter, die den Beschluß faßte, den Streik unverzüglich abubrechen, nachdem es den verräterischen Führern gelungen war, die Einheitsfront zu sprengen (S. 236 ff.).

Die Frage, warum es den rechten Führern gelingen konnte, die im Kampf entstandene Aktionseinheit zu sprengen, beantwortet I. folgendermaßen: „Die Kampffront war noch nicht stark genug, um dem letzten entscheidenden Angriff aller gemeinsam vorgehenden reaktionären Kräfte standzuhalten. Doch offenbarte dieser Streik, welche gewaltige Kraft, welche schöpferische Initiative in der Arbeiterklasse steckt. Er zeigte, was die Arbeiter zu leisten vermögen, wenn sie ihren eigenen Kräften vertrauen und wenn sie sich die richtige Führung geben“ (S. 244).

Abgesehen von kleinen Fehleinschätzungen und Unrichtigkeiten¹²,

¹² Neben den bereits angeführten kritischen Bemerkungen seien noch genannt: Die auf S. 65 erwähnten „Schlafhäuser“ dienten damals nicht mehr nur ledigen Arbeitern, sondern fast ausschließlich großen Bergarbeiterfamilien als Wohnstätte. Ursprünglich waren sie Ende des 19. Jahrhunderts für die zahlreich wegen der anwachsenden Industrie ins Mansfelder Land gekommenen Arbeiter als Ledigenhäuser gebaut. Zu diesen Arbeitern gehörten viele polnische und italienische Landarbeiter, die sich in der Industrie ein besseres Leben erhofften.

Auf S. 132 und 177 erwähnt der Vf. einen an Hettstedt angrenzenden Wohnort. Statt Solmeck und Mollmeck muß es heißen: Molmeck. Heute ist dieser Ort in Hettstedt eingemeindet.

Die Bemerkung auf S. 151 ff., daß schon vor Beginn des Streiks der Mansfeld-Konzern Maßnahmen eingeleitet hatte, die das „Auszahlen von Arbeitslosenunterstützung an die Streikenden“ verhindern sollten, ist unverständlich.

¹¹ Es ist m. E. nicht richtig, von der „Zentral-Streikleitung der RGO“ im Gegensatz zur „Streikleitung der Gewerkschaft“ zu sprechen. Letztere ist erst nach Auslösung des Streiks durch die revolutionären Arbeiter von den rechten Gewerkschaftsführern zusammen geschoben worden. Entsprechend ihrer eigentlichen Funktion charakterisiert sie I. auf S. 134 richtig als Streikbruchleitung. Es hat im Mansfelder Streik nur eine führende Leitung gegeben, das war die „Zentral-Streikleitung der Mansfelder Arbeiter“. So lautete auch die offizielle (und politisch auch völlig richtige) Bezeichnung.

hat der Vf. mit seinem Werk einen wichtigen Beitrag zur Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung geleistet. Die Rolle der Arbeiterklasse im gegenwärtigen Ringen für ein demokratisches und friedliebendes Deutschland erfordert, daß die Lehren aus solchen großen

Kämpfen, wie sie der Vf. im vorliegenden Werk untersucht hat, gezogen werden. Dem aufmerksamen Leser werden nicht wenige Parallelen zu den jetzigen Verhältnissen in Westdeutschland auffallen.

Günter John

Einführung in die Heimatgeschichte. Hrsg. von Hubert Mohr und Dr. Erik Hühns, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1959, 385 S.

Heimatgeschichtsforscher in des Wortes engster und weitester Bedeutung haben seit Jahren auf eine konkrete Anleitung gewartet, die den Erfordernissen der Heimatgeschichtsschreibung unter den Bedingungen des sozialistischen Aufbaus gerecht wird. Besonders dringlich wurde eine solche Hilfe, die sich weder auf kleine Handreichungen noch auf Deklarationen beschränken konnte, seitdem im Beschluß des Politbüros des ZK der SED über „Die Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik“ vom Jahre 1955 auf die Bedeutung der Heimatgeschichte hingewiesen wurde. Wie bereits aus dem Vorwort ersichtlich, hat sich das von H. Mohr und E. Hühns herausgegebene Buch „Einführung in die Heimatgeschichte“ die Aufgabe gestellt, zur Verwirklichung dieses Teiles des Beschlusses beizutragen.

Was an diesem Buch zunächst besonders interessiert und was es beispielgebend wirken läßt, ist die Tatsache, daß versucht wurde, einen neuen Arbeitsstil zu entwickeln, der in der Geschichtswissenschaft bisher leider noch viel zuwenig angewandt wird, der aber zur Verbesserung der Qualität unserer Arbeit notwendig ist. Schon ein Blick auf das Autoren-

und Gutachterverzeichnis des Buches — es umfaßt über 50 Namen! — zeigt, daß hier das Ergebnis einer Gemeinschaftsarbeit vorliegt, die Anregung für die Ausarbeitung anderer Geschichtswerke sein kann. Bei der Entwicklung dieses Sammelbandes von seinen ersten Anfängen bis zur heute vorliegenden Form wurde ein Stück Pionierarbeit geleistet, die auf den jahrelangen Erfahrungen aufbauen konnte, die der Initiator dieses Werkes — der erstgenannte Herausgeber — bei der Ausarbeitung der Lehrbriefe für das Fernstudium der Geschichtslehrer sammeln konnte.

Besonders hervorzuheben ist, daß es den Herausgebern gelungen ist, Menschen verschiedenster Spezialisierung für die Lösung dieser Aufgabe zu interessieren und richtig anzuleiten. Von unseren Jüngsten, den Arbeitsgemeinschaften „Junger Historiker“, die hier zu Worte gekommen sind, bis zu den bewährten Arbeiterveteranen spannt sich der Bogen. Geschichtswissenschaftler verschiedenster Spezialgebiete, Archäologen, Ethnologen, Archivare und Museologen, Geschichtslehrer, Methodiker und andere Pädagogen, Mitarbeiter des Verbandes der Ernst-Thälmann-Pioniere, der Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung u. a. m. haben ihre Kenntnisse und Erfahrungen zur Verfügung gestellt, um die Heimatgeschichtsforscher in die mannigfachen Gebiete und Teilfragen dieser besonderen Disziplin der Geschichtswissenschaft einzufüh-

ren. Sie geben aus ihrem reichen Wissens- und Erfahrungsschatz den Lernenden und Forschenden das notwendige Rüstzeug, und zwar nicht nur das handwerkliche Können, ohne das die historische Forschung nicht gedeihen kann, sondern auch die theoretische Grundlage, ohne die jede Arbeit sinnlose Spielerei wäre. Sie alle haben im Rahmen des Ganzen ihren speziellen Beitrag geleistet und zum Gelingen eines Werkes beigetragen, das in der Tat eine bisher schmerzlich empfundene Lücke geschlossen hat. Hinter einem sehr anspruchsvollen Titel, der nur zum Teil der Bedeutung dieses Buches gerecht wird, verbirgt sich eine ganze Fülle von ausgezeichneten Anregungen und prinzipiellen Ausführungen, von theoretischen Erörterungen und praktischen Hinweisen.

Die Herausgeber waren offensichtlich bestrebt, sowohl die Eigenart der einzelnen Beiträge zu wahren als auch die Einheitlichkeit und Geschlossenheit des ganzen Werkes zu sichern — wahrlich keine leichte Aufgabe angesichts der Vielgestaltigkeit und Verschiedenartigkeit der einzelnen Beiträge und der Individualität der einzelnen Autoren. Mit Genugtuung kann man feststellen, daß der Sammelband bei aller Verschiedenheit des gebotenen Materials doch ein einheitliches Ganzes darstellt, daß er vieles bringt, um manchem etwas zu geben. Wer allerdings Erfahrungen auf dem Gebiet kollektiver Arbeit besitzt, wird bei genauester Prüfung einiger Partien des Buches unschwer feststellen können, daß das Bestreben der Herausgeber und die Eigenart der Autoren gelegentlich doch kollidieren. Wenn auch nicht gerade ein Bruch entsteht, so sind doch die „Nahtstellen“ hier und da noch sichtbar.

Ursprünglich war — wie aus dem Vorwort ersichtlich — geplant, die jetzt zu diesem Sammelband vereinigten Einzelbeiträge lediglich als

ein *Beiheft* zu den vom Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut entwickelten *Lehrbriefen für das Fernstudium der Geschichtslehrer* herauszugeben, als Anlage zu der mehr als 2000 Seiten umfassenden Gesamtdarstellung der deutschen Geschichte von den Anfängen bis 1945 auf der theoretischen und methodologischen Grundlage des dialektischen und historischen Materialismus. Den Herausgebern ist zu danken, daß nunmehr diese Arbeit auch breiten Kreisen zugänglich gemacht wurde.

Der Deutsche Verlag der Wissenschaften bemühte sich mit Erfolg um eine geschmackvolle, technisch gut gelöste und dezente Gestaltung dieses Werkes, die anerkennend hervorzuheben nicht vergessen werden soll.

Bei einer Einschätzung des vorliegenden Buches in bezug auf seine Anlage und die Proportionierung der einzelnen Beiträge sowie bei ihrer kritischen Wertung darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Manuskripte zu den einzelnen Beiträgen, die in ihrem politisch-ideologischen Niveau recht unterschiedlich sind, bereits Ende des Jahres 1956 abgeschlossen wurden. Nicht zuletzt erklärt sich aus *dieser* Tatsache manche Schwäche des Sammelbandes. Gerade in dem zurückliegenden Zeitraum von mehr als zwei Jahren wurde in zahlreichen Diskussionen zum sozialistischen Heimatbegriff und zu Fragen der Heimatgeschichte Stellung genommen.¹ Wenn wir selbstverständlich dem vorliegenden Werk auch nicht vorwerfen wollen, die Ergebnisse der notwendig gewordenen Diskussionen nicht antizipiert

¹ Vgl. Um die sozialistische Heimat. Protokoll einer Aussprache im Deutschen Kulturbund über den Heimatbegriff, Berlin 1958. Ferner die in den Zeitschriften „Natur und Heimat“ und „Aus der Arbeit der Natur- und Heimatfreunde“ geführte Diskussion über den Inhalt des sozialistischen Heimatbegriffes.

zu haben, so muß man doch feststellen, daß ein Widerspruch zwischen der in der Einleitung betonten Vorrangigkeit der Geschichte der neuesten Zeit und der Arbeiterbewegung und den in den folgenden Kapiteln enthaltenen Ausführungen besteht. Das zeigt sich zum Beispiel sehr deutlich in den Proportionen innerhalb der einzelnen Kapitel bzw. Abschnitte. Den Quellen, die zur Erforschung der Geschichte des Mittelalters und der Neuzeit dienen, ist bedeutend mehr Raum zur Verfügung gestellt als den Quellen, die für die Geschichte der neuesten Zeit und der Arbeiterbewegung in Frage kommen. Wir wollen nicht verkennen, daß zur Erschließung weiter zurückliegender Quellen besondere Hilfen gegeben werden müssen, können jedoch verlangen, daß die Quellen, die für die Erforschung der ruhmreichen Traditionen der deutschen Arbeiterklasse von Bedeutung sind, *ausführlicher* behandelt werden. Die betreffenden Abschnitte sollten eine konkrete und direkte Anleitung für die Mitglieder der Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung enthalten, gilt es doch gerade auch auf diesem Gebiet, namentlich in methodischen Fragen Hilfe zu geben.

Bei einer zweifellos nötigen Neuauflage müßte dieser Mangel entsprechend den in den einführenden Kapiteln aufgestellten Grundsätzen auf jeden Fall beseitigt werden.

Hier wird nämlich als wichtigster Grundsatz für die Heimatgeschichtsforschung und -schreibung hervorgehoben, daß der Heimatforscher „an alle Fragen vom Standpunkt der Arbeiterklasse“ (S. 14²) herangehen muß, und daß das Ziel aller Beschäftigung mit der Heimatgeschichte darin besteht, „durch sie die Liebe zu

unserem Vaterland, der Deutschen Demokratischen Republik, dem ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat in der deutschen Geschichte“, zu vertiefen. Es wird kein Zweifel darüber gelassen, daß mit der romantisierenden, rückwärtsgewandten, lokalpatriotischen, kirchturmshorizontbegrenzten, teuschümelnden Heimatgeschichtsschreibung ein für allemal Schluß gemacht werden muß. Das ist um so notwendiger, als die revanchelüsternen Militaristen und „Ostlandreiter“ in Westdeutschland gerade an diese Art heimatgeschichtlicher Betrachtungen anknüpfen, um unter Mißbrauch der natürlichen Heimatverbundenheit, unter Verfälschung des Heimatbegriffes und unter bewußter Entstellung der historischen Wahrheit einen dritten Weltkrieg ideologisch vorzubereiten.

Die Orientierung auf die Arbeiterklasse und ihre Geschichte bei der Ausarbeitung eines Geschichtsbildes ist bekanntlich kein Zufall und keine „Agitationsangelegenheit“, wie die menschenfeindlichen Imperialisten und ihre ideologischen Handlanger behaupten. Diese Orientierung ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit aus der Tatsache, daß im Zeitalter des Imperialismus und der proletarischen Revolution die führenden imperialistischen Kreise die Interessen der Nation verraten und die Arbeiterklasse die Führung im Kampf um die nationale und soziale Befreiung übernommen hat. Deshalb wird in dem vorliegenden Buch mit Recht die Forderung erhoben, daß „der Kampf der Volksmassen gegen Unterdrückung und Ausbeutung, insbesondere die Geschichte der Arbeiterbewegung, im Mittelpunkt der Heimatgeschichtsforschung stehen“ muß (S. 18). Es hieße aber auf halbem Wege stehenbleiben, wollte man die Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung — wie das bisher vielfach geschehen ist — auf solche Themen, Höhepunkte bzw. Perioden wie: Anfänge der Arbeiter-

² Alle Seitenangaben ohne nähere Bezeichnung beziehen sich auf: Einführung in die Heimatgeschichte. Hrsg. von Hubert Mohr und Dr. Erik Hühns.

bewegung, Kampf gegen das Sozialistengesetz, Kampf gegen den imperialistischen Krieg, Widerstandskampf gegen den Faschismus u. a. einengen. Zur Heimatgeschichtsschreibung gehört auch der Kampf der werktätigen Menschen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse *nach 1945 bis zum heutigen Tage*. Ja, hier muß der Ausgangspunkt für die Heimatgeschichtsschreibung gesehen werden, wie völlig richtig an mehreren Stellen des Buches betont wird.

Die Entwicklung in unserer Heimat nach der Befreiung vom Faschismus darzustellen und zu zeigen, zu welchen großen Erfolgen die Partei der Arbeiterklasse uns geführt hat, ist wiederum nur *ein Teil* der Heimatgeschichtsforschung, wenn auch ein sehr wichtiger. Will sie nicht ausschließlich retrospektiv sein, ein „Archivar der Vergangenheit“, der lediglich registriert, was sich in den letzten vierzehn Jahren auf dem Gebiet der DDR ereignete, dann muß sie in starkem Maße auch der Gegenwart und der Zukunft zugewandt sein. Sie muß z. B. erklären, warum es heute darauf ankommt, im Wettbewerb zwischen dem Sozialismus und Kapitalismus in Deutschland durch höchste Anspannung aller Kräfte einen maximalen Zeitgewinn bei der Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe zu erzielen und damit einen Beitrag zur Erhaltung des Friedens zu leisten. Eine wichtige Voraussetzung, diese gegenwärtige Hauptforderung in Ehren zu erfüllen, ist die Entwicklung eines Arbeitsstils, der unter der Losung „Arbeite mit — plane mit — regiere mit“ die schöpferische Aktivität der werktätigen Massen voll entfaltet. In diesem Sinne müßte etwa die Forderung konkretisiert werden, die auf S. 17 erhoben wird und der programmatische Bedeutung zukommt: „Der Erforscher der Heimatgeschichte geht von den gegenwärtigen Problemen und den gesellschaftlichen

Notwendigkeiten, die der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik erfordert, aus. Er gewinnt aus der Analyse der Gegenwart oftmals überraschende Anstöße, aktuelle Fragen und Probleme heimatgeschichtlich zu erforschen...“

Wie bereits angedeutet, ist der Rahmen der „Einführung in die Heimatgeschichte“ weit gespannt. Neben grundsätzlichen Ausführungen über Inhalt, Ziele und Aufgaben sowie über die Grundlagen der Heimatgeschichte und heimatgeschichtlichen Forschung (Kapitel 1—3) liegt der Hauptakzent auf den Kapiteln 4 und 5. Während das 4. Kapitel einen Überblick über die Fülle der heimatgeschichtlichen Literatur und die Prinzipien zu deren Beurteilung, Einschätzung und Verwendung bringt, beschäftigt sich das 5. Kapitel ausführlich mit den einzelnen Quellengruppen, den gegenständlichen, mündlichen, schriftlichen, volkskundlichen, siedlungskundlichen Quellen. Gerade diese beiden Kapitel vermitteln das elementare Rüstzeug für jeden Heimatforscher und solche, die es werden wollen. Die Ausführungen konzentrieren sich naturgemäß auf das Notwendigste, Wesentliche und Prinzipielle, um im übrigen auf die Möglichkeit der Vertiefung und Spezialisierung anhand von Spezialwerken hinzuweisen, die am Ende der einzelnen Abschnitte in Auswahl aufgeführt werden.

Wie notwendig diese Kapitel sind, kann nur der ermessen, der weiß, wie unkritisch noch vielfach mit der Primär- und Sekundärliteratur in der Heimatgeschichtsforschung umgegangen wird. Für viele Heimatfreunde, die keine spezielle Ausbildung in der Technik der Quellen-suche und -erschließung erhalten haben, stellen diese Ausführungen sozusagen das elementare Handwerkszeug für die historische Forschung dar. Da die einzelnen Beiträge zum größten Teil von praxis-

verbundenen Spezialisten verfaßt und von Methodikern und Pädagogen begutachtet und bearbeitet wurden — man sollte darauf auch bei anderen kollektiven Arbeiten nicht verzichten! — sind sie gerade für den Nicht-Fachhistoriker leicht verständlich.

Leider sind auch hier die Proportionen noch nicht überall richtig gewahrt; so werden zum Beispiel die technischen Denkmale, diese wichtige Quelle zur Erschließung der Geschichte der Produktivkräfte, auf nur sieben Seiten behandelt, während den „Kulturdenkmälern“ im herkömmlichen Sinne — die Definition dieses Begriffes wird auf S. 60 gegeben — insgesamt 20 Seiten gewidmet sind.

Das ist kein Zufall, sondern wiederum ein Ausdruck dafür, wie einzelne Beiträge dieses Sammelbandes doch am Altherkömmlichen festhalten. Warum wird zum Beispiel der Begriff „Kulturdenkmale“ nicht in seiner „umfassenden Bedeutung“ gebraucht, sondern im „engeren traditionellen Sinn“? Wir gehen sicher nicht fehl, wenn wir aus der Tatsache, daß „vornehmlich die Bau- und Kunstdenkmale sowie Sachgüter als Beispiele der gesellschaftlichen Entwicklung angeführt werden“ (S. 60), die Schlußfolgerung ziehen, daß hier noch ein Überrest jener scharfen, undialektischen, für die bürgerliche Geschichtsschreibung typischen Trennung zwischen materieller und geistiger Kultur zu finden ist. Erfreulicherweise wird aber bei der Aufzählung der Kulturdenkmale im Sinne der „Verordnung zur Erhaltung und Pflege des nationalen Kulturerbes“ diese Unterscheidung nicht gemacht; neben den großen Werken der Baukunst — den Burgen, Schlössern, Kirchen, städtischen Wehranlagen, Bürger- und Rathäusern — werden auch die Park- und Gartenanlagen, Friedhöfe und Ruinen, nationalen Gedenkstätten, die Werke der bildenden Kunst sowie

die „städtischen und dörflichen Siedlungsbilder in der Gesamtheit ihrer Anlage“ genannt. Wenn auch diese Aufzählung keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben will, so muß doch kritisch vermerkt werden, daß andere wichtige Zeugnisse der materiellen Kultur, wie zum Beispiel die Geräte des täglichen Bedarfs oder die Produktionsinstrumente, nicht genannt werden. Die Orientierung auf die Geschichte der Arbeiterbewegung ist hier insofern gegeben, als die Erforschung und Pflege der Denkmale der Arbeiterbewegung als „eine wichtige Aufgabe beim Aufbau des Sozialismus auf kulturellem Gebiet“ gefordert wird. Allerdings ist diese Formulierung wieder zu allgemein gehalten, und es fehlt die Konkretisierung dieser prinzipiell so richtigen Forderung durch anregende Beispiele.

Erfreulich ist, daß die Augenzeugenberichte, vor allem die Berichte der Arbeiterveteranen, einen breiten Raum einnehmen und mit zahlreichen Beispielen belegt sind. Bereits durch die Betonung dieser „lebenden Quellen“ der historischen Forschung zeigt sich das Bestreben der Herausgeber, das Augenmerk auf die Geschichte der Heimat in der neuen und neuesten Zeit zu lenken und die Heimatgeschichtsforschung aus ihrer Rückwärtsgewandtheit und Orientierung auf ein romantisiertes Mittelalter zu lösen.

Entsprechend dieser prinzipiell richtigen und wichtigen Forderung wird den Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung und den auf diesem Gebiet tätigen Institutionen besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Mit dem Problem der *Quellenererschließung* beschäftigen sich die Abschnitte über Urkunden und Akten, Memoiren und Biographien, Zeitungen, Zeitschriften, Flugblätter und Plakate sowie über die mündlichen Augenzeugenberichte. Leider beschränken sich die gebrachten Beispiele entgegen den prinzipiellen

Forderungen am Anfang des Buchs auch hier noch zu sehr auf die fernere Vergangenheit. So ist nicht einzusehen, warum als Beispiele nur Arbeiterbiographien aus dem 19. Jahrhundert gebracht werden (S. 130—138) und nicht die hervorragende Erinnerungsschrift von Otto Buchwitz. Als Beispiele für Flugblätter werden zwei aus dem Jahre 1848 im Bildanhang abgedruckt (Abb. 31 und 32). Dagegen fehlt jegliches Zeugnis des Kampfes der KPD für die nationale und soziale Befreiung aus der Zeit der Weimarer Republik und des antifaschistischen Widerstandskampfes.

Besondere Aufmerksamkeit verdient der Abschnitt über die mündlichen Augenzeugenberichte, nicht nur weil hier eine neue Form der bisherigen Forschung prinzipiell abgehandelt und mit zahlreichen Beispielen belegt wird, sondern auch deshalb, weil hier eine neue Form der Zusammenarbeit vorgeschlagen wird, indem die Herausgeber den Beitrag zur öffentlichen Diskussion stellen und die Leser, insbesondere die Arbeiterveteranen, auffordern, Stellung zu nehmen und den Beitrag zu ergänzen bzw. zu korrigieren. Im Rahmen dieser Besprechung sei nachdrücklich auf diese Form kollektiver Arbeit hingewiesen und die Aufforderung der Herausgeber unterstützt.

Das Bestreben, das Rückwärts-gewandte der Heimatgeschichtsforschung zu überwinden, wird auch in den folgenden Kapiteln deutlich. So behandelt z. B. das 6. Kapitel unter den Institutionen, die dem Heimatgeschichtsforscher bei seiner Arbeit helfen — neben Museen, Archiven usw. —, in speziellen Beiträgen die Betriebsarchive und die Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung. Der Leser findet in diesem Kapitel außerdem eine erstmalige Zusammenstellung sämtlicher Heimatmuseen und Heimatstuben, der

Landes- und Universitätsbibliotheken, der Landeshauptarchive sowie der wichtigsten Spezialinstitute, die für die heimatgeschichtliche Forschung von Bedeutung sind. In dieser umfassenden Aufzählung zeigt sich wiederum das Bemühen, die bisherige Einengung der heimatgeschichtlichen Forschung auf Einzelthemen zu überwinden und zu einer komplexen Forschung zu gelangen. Leider müssen wir auch in diesem Kapitel eine gewisse Disproportion feststellen, indem von den insgesamt 76 Seiten dieses Kapitels nur etwa 14 den Institutionen gewidmet sind, die sich speziell mit der Entwicklungsgeschichte der proletarischen Bewegung befassen.

Von den im 6. Kapitel aufgeführten Einrichtungen und Organisationen sind für die Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung vor allem die *Betriebsarchive* sowie die schon genannten *Kommissionen für die Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung* wichtig.

Besonders ausführlich und fundiert ist der Abschnitt über die Betriebsarchive, den E. Wächtler und H. Radandt schrieben. Er umfaßt erfreulicherweise ebensoviel Seiten wie der vorausgehende Abschnitt, der sich wohl etwas zu abstrakt mit den Archiven im allgemeinen beschäftigt. Die Autoren dieses Abschnittes weisen darauf hin, welche Schätze in unseren Betriebsarchiven liegen und von den Historikern noch gehoben werden müssen. Wir finden hier wertvolle Materialien für die Erforschung der Geschichte des jahrzehntelangen Kampfes der Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Unterdrückung, die von der vorwärtstreibenden, schöpferischen Kraft der Arbeiterklasse sowohl vor wie nach der Gründung des ersten Arbeiter- und Bauern-Staates in Deutschland beredt zeugen. Gleichzeitig werden derartige Materialien helfen, die volksfeindliche Rolle der heute noch

in Westdeutschland herrschenden Kreise des deutschen Monopolkapitals zu entlarven (vgl. S. 274). Die Literaturangaben am Schluß dieses Kapitels sind von besonderem Wert und sollten von jedem Leser des Buches zum vertiefenden Studium benutzt werden.

Der prinzipiellen Charakter tragende und gut fundierte Abschnitt „Die Kommissionen der SED zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung“ (S. 288—290) nennt u. a. die wichtigsten Aufgaben dieser Kollektive, zu deren Gründung die Partei der Arbeiterklasse schon in der Zeit der Vorbereitung des IV. Parteitages der SED die Bezirks- und Kreisleitungen aufgerufen hatte. In vier Punkten sind hier die Hauptaufgaben dieser Kommissionen festgehalten (vgl. S. 288).

Zur Zeit seiner Abfassung konnte sich dieser Beitrag noch nicht auf nennenswerte Publikationen stützen und mußte mehr programmatischen Charakter tragen. Inzwischen sind jedoch, vor allem anläßlich des 40. Jahrestages der Novemberrevolution und der Gründung der KPD, zahlreiche wertvolle Forschungsergebnisse dieser Kommissionen der Öffentlichkeit vorgelegt worden und haben bei der Propagierung der revolutionären örtlichen Traditionen beträchtliche Erfolge erzielt. Bei einer Neuauflage wäre zu empfehlen, diesen Abschnitt zu erweitern und dem einzigen Beispiel auf S. 289 weitere hinzuzufügen, um die Vielfalt der Tätigkeit der Kommissionen zu verdeutlichen.

Die Mehrzahl der Leser des Buches wird von der Existenz des „Komitees zur Erforschung der Geschichte der proletarischen Kinderbewegung in Deutschland“, dem der VIII. Abschnitt gewidmet ist, kaum Kenntnis haben, und doch gehört gerade dieses Arbeitsgebiet zu den schönsten und wichtigsten der Heimatforschung.

Die folgenden Kapitel 7—10 kommen schon rein quantitativ gegenüber den vorausgegangenen umfangreichen Hauptkapiteln nicht so recht zur Geltung. Es erhebt sich die Frage, ob man sie nicht besser unter einer gemeinsamen Überschrift zusammenfassen sollte, etwa: Besondere Aufgaben des Heimatgeschichtsforschers und Geschichtslehrers. Das würde meines Erachtens der Bedeutung der einzelnen Aufgabengebiete, die die Herausgeber wohl durch die Einteilung in gesonderte Kapitel deutlich sichtbar machen wollten, keinen Abbruch tun.

Von den spezifischen Aufgaben der Heimatgeschichtsforschung, die in den letzten vier Kapiteln behandelt werden, seien zwei hervorgehoben. Der Beitrag über die Führung von Ortschroniken bringt ausführliche Erläuterungen zu der Anordnung vom 16. März 1955 (abgedruckt im Anhang, S. 383—385). Wie notwendig eine detaillierte Anleitung für diese politisch so wichtige Aufgabe ist, zeigte sich u. a., als anläßlich der Vorbereitung auf den 10. Jahrestag der Gründung unserer Republik die Materialien zur Ortsgeschichte gesichtet wurden. Nicht immer wurde nämlich die genannte Anordnung richtig verstanden. Gerade auf diesem Gebiet muß noch viel Aufklärungsarbeit geleistet werden, wozu die Ausführungen auf den Seiten 295 bis 305 dieses Buches eine solide Grundlage geben. So weist z. B. dieser Beitrag darauf hin, welche Bedeutung der Materialsammlung bei der Abfassung der Ortsgeschichte, vor allem der Geschichte seit der Befreiung vom Faschismus, zukommt. Aber auch andere in diesem Abschnitt gebrachte konkrete Hinweise verdienen Beachtung und stellen eine große Hilfe dar.

Reiche Anregungen bietet das 8. Kapitel, das sich mit der Führung von Betriebschroniken beschäftigt, in denen sich vor allem der Kampf der Arbeiterklasse widerspiegeln

muß. Es ist nicht einzusehen, warum der Begriff „Chronik“ in diesem Beitrag „im Sinne einer ständig fortgeschriebenen Geschichte eines Betriebes von seiner Entstehung bis zum heutigen Tage“ (S. 306) interpretiert wird, während im vorangehenden Kapitel über die Ortschronik nachdrücklich betont wird, daß diese „keine Ortsgeschichte, sondern lediglich eine Materialsammlung“ (S. 298) sei. Die Materialsammlung stellt zweifellos die erste Aufgabe dar, die gelöst werden muß, während die Verarbeitung des Materials zu einer zusammenhängenden Darstellung den zweiten Schritt bildet, der nicht vor dem ersten getan werden kann. Damit soll jedoch auf keinen Fall gesagt sein, daß zu diesem zweiten Schritt nur „Berufshistoriker“ prädestiniert seien! Der die Geschichte seines Betriebes schreibende Arbeiter ist auch hier das Ziel, zu dessen Erreichung das Buch beitragen soll.

Zu dem Anhang, der außer wichtigen Verordnungen, Anordnungen, Anweisungen und Beschlüssen auch Abbildungen zu den einzelnen Kapiteln und Abschnitten bringt, sei kritisch vermerkt, daß die Orientierung auf die Geschichte der Arbeiterbewegung, und hier wiederum speziell auf die Geschichte der neuesten Zeit, höchst unbefriedigend ist. Die beiden Bilder über die Gedenk-

stätten der Arbeiterbewegung sind offensichtlich dekorativ vorangestellt worden; was jedoch folgt, demonstriert zum größten Teil Urgeschichte und Mittelalter.

Trotz der genannten Schwächen, in denen sich meines Erachtens größtenteils allgemeine, noch nicht völlig überwundene ideologische Schwächen der Heimatgeschichtsforschung widerspiegeln, kann festgestellt werden, daß es den Herausgebern, den Autoren und Gutachtern gelungen ist, mit ihrem Band den Heimatgeschichtsforschern ein dringend benötigtes Handbuch zu geben, das gleichzeitig die notwendige theoretische, politische und methodische Diskussion unter den Heimathistorikern anregen und befruchten wird. Es wäre zu wünschen, daß möglichst bald eine zweite Auflage des mit soviel Mühe und Akribie zusammengestellten Buches erscheint, in der die kritischen Hinweise der verschiedenen Rezensenten — deren Zahl erfreulicherweise recht groß ist — sowie die inzwischen gerade auf diesem Gebiet der Heimatgeschichtsforschung stürmisch verlaufene Entwicklung berücksichtigt werden. Wir wünschen der „Einführung in die Heimatgeschichte“ eine weite Verbreitung und im Interesse der Sache eine große und kritische Leserschaft.

R. F. Schmiedt

Gerhard Schilfert: *Deutschland von 1648 bis 1789* (Vom Westfälischen Frieden bis zum Ausbruch der Französischen Revolution). Lehrbuch der deutschen Geschichte (Beiträge). Herausgegeben von A. Meusel und R. F. Schmiedt, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1959, 197 S.

Angesichts der großen Bedeutung, die das Lehrbuch der deutschen Geschichte auch für die Historiker der

Geschichte der Arbeiterbewegung hat, veröffentlichen wir nachstehend eine Rezension des ersten veröffentlichten Beitrags, der die Periode von 1648 bis 1789 behandelt. Wir empfehlen das Buch allen Propagandisten auf historischem Gebiet zum ernsthaften Studium und verbinden damit die Hoffnung, daß die folgenden Bände, in denen auch die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung behandelt wird, in Kürze dem Leser vorliegen.

Die Redaktion

Auf seiner 7. Tagung am 20. Oktober 1951 faßte das Zentralkomitee der SED den Beschluß über die Ausarbeitung eines Lehrbuches der Geschichte des deutschen Volkes. Zu diesem Zweck konstituierte sich im Sommer 1952 ein Autorenkollektiv unter Leitung von Prof. Dr. Alfred Meusel. R. F. Schmiedt wurde als Wissenschaftlicher Sekretär des Autorenkollektivs berufen. Am 5. Juli 1955 wies das Politbüro des ZK der SED in seinem Beschluß über „Die Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der DDR“ erneut auf die Bedeutung des Lehrbuches hin. In dem Beschluß heißt es: „Die wichtigste und vorrangigste Forschungsaufgabe der marxistischen Historiker in der Deutschen Demokratischen Republik ist gegenwärtig die Fertigstellung des Lehrbuches der Geschichte des deutschen Volkes. Die Herausgabe des Lehrbuches wird die Ausbildung von Historikern auf eine höhere Stufe heben und bedeutend zur Stärkung des Patriotismus der Volksmassen und zur Zerschlagung der imperialistischen Verfälschung der Geschichte des deutschen Volkes beitragen.“¹

Nachdem vor einigen Jahren die Dispositionen zu den einzelnen Lehrbuchabschnitten in der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ veröffentlicht und zum Teil ausführlich diskutiert wurden, liegt nun der erste Beitrag vor. Es ist der von Prof. Dr. Gerhard Schilfert ausgearbeitete 4. Abschnitt des Gesamtwerkes, der die deutsche Geschichte vom Ausgang des Dreißigjährigen Krieges bis zum Vorabend der Französischen Revolution behandelt.

In dieser Zeit entstanden im Schoße des Feudalismus die Anfänge der kapitalistischen Produktionsweise, vor allem in Form des Manufakturkapitalismus. Die Nation bil-

¹ Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. V., Dietz Verlag, Berlin 1956, S. 355.

dete sich heraus. Andererseits war das die Epoche der endgültigen Festigung der territorialstaatlichen Zersplitterung Deutschlands und der Herausbildung des preußisch-österreichischen Dualismus. Es handelt sich also um eine geschichtliche Übergangsperiode, in der wesentliche Elemente entstanden, die auch in der folgenden Zeit, teilweise bis heute, der Entwicklung Deutschlands das Gepräge gaben.

Um nur ein Faktum herauszugreifen: die Geburtsstunde des preußischen Militarismus, der — wenn gleich nach Form und Inhalt modifiziert — noch heute als Todfeind die Existenz unserer Nation bedroht, fällt in die hier behandelte Geschichtsperiode. Schon aus diesem Grunde ist Sch.s Beitrag von großer Aktualität, hilft er uns doch, die nationale Lebensfrage des deutschen Volkes, die Bändigung des deutschen Militarismus, besser zu verstehen.

Gerade bei der Erforschung geschichtlicher Übergangsperioden, in denen Altes stirbt und Neues entsteht, treten die Fruchtbarkeit des historischen Materialismus einerseits und die Sterilität idealistischer Geschichtstheorien und -methoden andererseits besonders augenfällig zutage. Es ist daher kein Zufall, daß die Hinwendung marxistischer Historiker zu Fragen dieser Zeit bei Wortführern der westdeutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung einiges Unbehagen hervorgerufen und z. B. den historisierenden baltischen Baron Georg von Rauch veranlaßt hat, seine Kollegen vor unserem „Eindringen in bisher vernachlässigte Hohlräume“ zu warnen.² Wir können damit rechnen, daß das Erscheinen des vorliegenden Buches das Unbehagen der genannten Kreise nicht vermindern wird.

² Gibt es ein deutsches Geschichtsbild? Konferenz der Ranke-Gesellschaft, Vereinigung für Geschichte im öffentlichen Leben, Frankfurt a. M., Berlin, Bonn 1955, S. 117.

Sch.s Beitrag ist die erste zusammenfassende Darstellung dieses Zeitraumes der deutschen Geschichte, die den Bewegungen des Volkes den ihnen gebührenden Raum gewidmet hat. In den bürgerlichen Darstellungen gerade dieser Zeit wurden die Massenbewegungen ausnahmslos unterschlagen oder verniedlicht. Sch. zeigt, daß trotz der verheerenden Auswirkungen des Dreißigjährigen Krieges, trotz zahlloser weiterer Kriege auf deutschem Boden, trotz des landesfürstlichen Despotismus und des Fehlens einer revolutionären Bürgerklasse die Widerstandskraft der Volksmassen in Deutschland nicht gebrochen war. Ereignisse wie der bayrische Bauernaufstand von 1705/1706, an dem Bauernheere von mehreren tausend Mann beteiligt waren (S. 68)³, werden erstmals in ihrer Bedeutung hervorgehoben. Auch der Klassenkampf in den Städten, darunter die Bewegungen der Lohnarbeiter, werden vom Verfasser ausführlich dargestellt (S. 16 ff., S. 79 ff.). Dabei handelt es sich größtenteils um bisher unbekannte, aus umfangreichen archivalischen Forschungen ermittelte Tatsachen, wie etwa die Beispiele über die Auswirkungen der englischen Revolution auf Deutschland (S. 20). Der Autor zeigt auch die vorwärtstreibende Rolle der Volksmassen; so weist er nach, daß die unter Maria Theresia und Joseph II. in Deutschland durchgeführten Reformen nicht zuletzt ein Ergebnis des bäuerlichen Klassenkampfes waren (S. 158). Allerdings hätten Charakter und Bedeutung der Volksbewegung, insbesondere des bäuerlichen Klassenkampfes, noch gründlicher herausgearbeitet werden können, wie überhaupt die theoretische Verarbeitung des Stoffes — darauf hat schon Werner

Müller hingewiesen⁴ — nicht immer befriedigt. So vermißt man beispielsweise verallgemeinernde Ausführungen über die Entstehung der Lohnarbeiter in Deutschland.

Sehr ausführlich werden die kulturellen Leistungen des deutschen Volkes dargestellt und in ihrer Bedeutung gewürdigt. Allein die detaillierte Behandlung des Lebenswerkes von Immanuel Kant (Seite 121 ff.) zeugt davon, daß die Behauptung bourgeoiser Ideologen, die Kommunisten würden die größten Güter der Nation ignorieren, nichts ist als eine dummdreiste Verleumdung. Auch unbekannte und von der bürgerlichen Geschichtsschreibung totgeschwiegene progressive bürgerliche Denker werden wieder der Vergessenheit entrissen, so die frühen Aufklärer Knutsen und Tschirnhaus (S. 87) und die radikal-plebejischen Aufklärer F. L. Lau und J. K. Dippel (S. 91). Ist es nicht symptomatisch, daß demgegenüber selbst „der Gebhardt“, den man als das bürgerliche Gegenstück zu Sch.s Beitrag ansehen kann, nur wenige nichtssagende Bemerkungen über die kulturellen Leistungen des deutschen Volkes in dieser Epoche übrig hat?⁵ Nicht bei der Bourgeoisie, sondern bei der Arbeiterklasse, nicht bei der bürgerlichen Geschichtsschreibung Westdeutschlands, sondern bei der marxistischen Geschichtswissenschaft der DDR ist das Erbe auch der bürgerlichen deutschen Kultur in guten Händen.

Von hohem Niveau — auch in theoretischer Hinsicht — sind die Ausführungen Sch.s über das komplizierte Problem der Entstehung der deutschen Nation. Der Autor ar-

⁴ Vgl. Werner Müller: Die Grundfragen der Nation und das Lehrbuch der deutschen Geschichte. In: Neues Deutschland (B) vom 17. Juni 1959.

⁵ Vgl. Bruno Gebhardt: Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 2: Von der Reformation bis zum Ende des Absolutismus, hrsg. von Herbert Grundmann, 8. Aufl., Stuttgart 1956, S. 304 ff.

³ Alle Seitenangaben ohne nähere Bezeichnung beziehen sich auf Gerhard Schilfert: Deutschland von 1648 bis 1789.

beitet besonders die Bedeutung von Sprache und Kultur heraus und kommt dabei zu wichtigen Schlußfolgerungen, die uns bei der Klärung zweier Fragen weiterführen: Worin bestehen die Besonderheiten der deutschen Nationbildung? Wie ist es zu erklären, daß die kulturelle Blüte in eine Zeit des politischen Niedergangs fiel? Sch. schreibt: „Da . . . der Schwerpunkt der historischen Wirksamkeit der Aufklärer sowie ihrer Erfolge auf kulturellem Gebiet lag, vollzog sich die Konstituierung der deutschen Nation vorweg als Gemeinschaft der Sprache und der Kultur (während sie als Gemeinschaft des Territoriums und des Wirtschaftslebens erst später reale Gestalt annahm). Durch diese Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der einzelnen Elemente der Nationbildung sind nicht zuletzt auch die gewaltigen kulturellen Leistungen des deutschen Volkes, besonders seit dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts, zu erklären. Auf das Kulturschaffen konzentrierten sich die begabtesten Kräfte; denn dies war das erste und zunächst einzige Feld, auf dem sich die nationalen Energien entladen und entfalten konnten. Hier liegt auch einer der Gründe dafür, daß sich der kulturelle Aufstieg des deutschen Volkes in einer Zeit der politischen Fäulnis und des politischen Verfalls abspielen konnte“ (S. 128/129). Es ist bemerkenswert, daß in den entsprechenden Abschnitten von Gebhardts Handbuch keinerlei zusammenfassende Äußerungen über diese grundlegenden Fragen zu finden sind. Schon die Fragestellung setzt eben ein Herangehen im Sinne des historischen Materialismus voraus.

Noch unbefriedigend werden die Probleme entwickelt, die mit der Entstehung eines nationalen Marktes zusammenhängen. Offenbar fehlt es hier noch an Spezialforschungen, aber auch an der theoretischen Klä-

rung dieser komplizierten Probleme. Kann man nicht zumindest von einem „System lokaler Märkte“ als Vorstufe eines nationalen Marktes sprechen, wie das Lenin für Rußland zu einem späteren Zeitpunkt festgestellt hat?⁶ Überhaupt scheint der Gedankenreichtum der Leninschen Arbeiten „Was sind die ‚Volksfreunde‘ . . .“ und „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“ vom Autor noch ungenügend ausgeschöpft worden zu sein.

Besonders augenfällig wird der grundsätzliche Unterschied zwischen materialistischem und idealistischem Herangehen an die Geschichte bei der Behandlung des Absolutismus. Während die bürgerliche Geschichtsschreibung, um die Entstehung und das Wesen des Absolutismus zu erklären, zu leeren subjektivistischen Konstruktionen Zuflucht nehmen muß⁷, erklärt Sch. die Entstehung des Absolutismus wissenschaftlich, d. h. aus dem Kräfteverhältnis der Klassen, aus einer solchen Konstellation des Klassenkampfes, wo die Feudalklasse der bürgerlichen Opposition und des bauerlichen Klassenkampfes nicht anders Herr werden konnte als durch eine maximale Zentralisation des Staats. Auch methodisch ist die Darstellung des Absolutismus geglückt. Zuerst wird das neue Sta-

⁶ Vgl. W. I. Lenin: Was sind die „Volksfreunde“ und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?, Dietz Verlag, Berlin 1956, S. 130.

⁷ So schreibt G. Oestreich in Gebhardts Handbuch, Bd. 2, S. 351: „Nicht allein unmittelbare praktische Notwendigkeit hat den absolutistischen Staat heraufgeführt und in seinem Werden begleitet, sondern er scheint auch das Ergebnis einer zwingenden geistigen Lage zu sein, die durch die konfessionelle Zersplitterung der Völker und die dadurch bewirkte Auflösung des Staates verschärft wird.“ Bedauernswerter Leser, der nun mutmaßen darf, was unter der „unmittelbaren praktischen Notwendigkeit“ und der „zwingenden geistigen Lage“ alles verstanden werden kann!

dium der Entwicklung des Feudalstaats bei der Behandlung der bäuerlichen Verhältnisse nach dem Dreißigjährigen Krieg erwähnt (S. 13). Diese ersten Erkenntnisse werden ausgebaut bei der Untersuchung des neuen Verhältnisses zwischen Fürst und Adel (S. 21). Es folgt die zusammenfassende Behandlung der Besonderheiten des Feudalabsolutismus in Deutschland, verglichen mit dem „klassischen“ Beispiel Frankreichs (S. 34 ff.) und schließlich die Konkretisierung dieser Erkenntnisse am Beispiel Österreichs und Preußens.

Zu den besten Teilen des Werkes, besonders in theoretischer Hinsicht, gehören die Darlegungen über den aufgeklärten Absolutismus (S. 132 ff.). Die Fruchtbarkeit der historisch-materialistischen Methode — hier speziell bei der Untersuchung der Rolle gesellschaftlicher Ideen — wird auch in diesem Zusammenhang deutlich.

Allerdings krankt die Behandlung der Probleme des Absolutismus etwas daran, daß die Rückständigkeit der Verhältnisse in Deutschland fast ausschließlich auf die Schwäche des Bürgertums zurückgeführt wird. Daraus ergibt sich zuweilen ein Zug zur „Rechtfertigung“ ausgesprochen reaktionärer Seiten des Feudalabsolutismus.⁸

Überhaupt wäre gegen die Darstellung der Entwicklung des Bürgertums einiges einzuwenden. Das gehemmte, aber dennoch unaufhaltsame *Emporkriechen* des Bürger-

tums, das nach Engels⁹ den Hauptinhalt dieser Epoche bildet, kommt ungenügend zum Ausdruck, wie bereits W. Müller festgestellt hat. Nicht zuletzt ist dieser Mangel wohl darauf zurückzuführen, daß der Autor die Entwicklung in Deutschland nur mit der Entwicklung in den fortgeschrittenen Staaten Westeuropas vergleicht (bes. S. 182 ff.). Im Vergleich zu Ost- und Südosteuropa war jedoch die Entwicklung in Deutschland auf vielen Gebieten verhältnismäßig weit fortgeschritten. Dieser Gesichtspunkt ist vielleicht auch bei der Untersuchung der folgenden Perioden der deutschen Geschichte von Bedeutung.

Im Kern richtig sind auch die kritischen Hinweise W. Müllers zur Darstellung der preußischen Geschichte in der vorliegenden Arbeit. Mehring scheint in der Tat ungenügend ausgewertet worden zu sein. Von diesen Mängeln abgesehen, vermitteln jedoch auch diese Teile der Arbeit wertvolle Erkenntnisse. Ausgezeichnet ist es dem Verfasser gelungen, den reaktionären, volksfeindlichen Charakter des preußischen Militärdespotismus aufzudecken und hierbei besonders die Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens in Preußen deutlich zu machen (S. 92 ff.). Damit hilft Sch.s Buch unmittelbar im Kampf unseres Volkes gegen die um keinen Deut besseren Erben des preußisch-deutschen Militarismus im Bonner Staat.

Die Auseinandersetzung mit bürgerlichen Geschichtsfälschungen, sei es immanent oder mit namentlichen Angaben, bildet einen Grundzug der vorliegenden Arbeit. Nicht immer stehen jedoch die gegenwärtig charakteristischsten Legenden im Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Das „soziale Königtum“ der Hohenzollern (Schmoller) wird heute selbst

⁸ So S. 45: „Da das Bürgertum in Brandenburg... in seiner Entwicklung im Vergleich mit dem der meisten deutschen Territorien zurückgeblieben war, konnte es hier noch weniger als anderswo in Deutschland ein Gegengewicht gegen den Adel bilden... Deshalb mußte (Hervorhebung von mir. — H. H.) Kurfürst Friedrich Wilhelm bei seiner Einigung mit dem märkischen Landadel diesem in der Frage der Verfügung über die Bauern weiter entgegenkommen, als es in vielen deutschen Ländern geschah.“

⁹ Friedrich Engels: Notizen über Deutschland. In: Marx/Engels/Lenin/Stalin: Zur deutschen Geschichte, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 565.

in der westdeutschen Geschichtsliteratur nur noch selten strapaziert. Dieser allzu fadenscheinige Mythos scheint heute mehr und mehr der Legende vom „preußischen Wirtschaftswunder“ zu weichen, das angeblich ein Werk der Hohenzollern gewesen sein soll.¹⁰ Eine Auseinandersetzung mit dieser Konzeption, deren politische Zweckbestimmung im Interesse des westdeutschen Imperialismus wohl auf der Hand liegt, wäre außerordentlich nötig gewesen.

Etwas detaillierter und theoretisch vertieft hätte man sich den Abschnitt „Deutschland am Vorabend der bürgerlichen Revolution in Frankreich“ gewünscht (S. 179). Die Ansicht, daß man im 14. Jh. noch nicht von einer Krise des Feudalismus sprechen kann, scheint sich unter den marxistischen Historikern immer mehr durchzusetzen.¹¹ Aber wie verhält es sich mit dem Ende der Feudal-epoche? Ist es hier nicht berechtigt, von einer Krise des Feudalismus zu sprechen, und notwendig, diese Krise zu erforschen? Der Autor erwähnt jedoch nicht einmal den Terminus.

Zur Methodik im engeren Sinne wäre zu sagen, daß die Verbindung von historischer und systematischer Darstellungsweise besonders geglückt erscheint. Gut ist es dem Autor auch gelungen, Verallgemeinerungen an charakteristischen Bei-

spielen deutlich zu machen, wie etwa den Übergang von feudalen zu kapitalistischen Produktionsverhältnissen am Beispiel der Calwer Zeughandlungskompanie (S. 9 ff.). Vielleicht können bei einer Neuauf-
lage oder auch bei den weiteren Bänden des Lehrbuches noch folgende Hinweise Berücksichtigung finden: Mehr Absätze und Überschriften, verschiedene Satztypen und auch häufigere Zusammenfassungen würden die Lesbarkeit erleichtern. Um das Werk auch breiteren Leserkreisen besser zugänglich zu machen, wären Erläuterungen bei der Einführung neuer Begriffe (z. B. *jus foederis*, *frondieren*) und vor allem ein Namen- und Sachregister sehr von Nutzen. Zu prüfen wäre schließlich, ob bei wichtigen Fragen, über die es unter marxistischen Historikern noch Meinungsverschiedenheiten gibt (beispielsweise die Probleme der zweiten Leibeigenschaft und des Bauernlegens), die abweichenden Auffassungen nicht wenigstens unter den Anmerkungen erscheinen könnten.

Der vorliegende Band des Lehrbuches der Geschichte des deutschen Volkes ist ein wesentlicher Beitrag zur Ausarbeitung eines wissenschaftlichen Geschichtsbildes und zugleich ein Schlag gegen die imperialistische Verfälschung der deutschen Geschichte. Wir hoffen, daß auch die angekündigten nächsten Abschnitte — Karl-Heinz Otto: Die Epoche der Urgesellschaft auf dem Territorium des heutigen Deutschlands, Joachim Streisand: Deutschland von 1789 bis 1815, Ernst Engelberg: Deutschland von 1849 bis 1870/71 — bald erscheinen werden. Mit der Ausarbeitung des Lehrbuches der Geschichte des deutschen Volkes werden unsere Historiker ein weiteres Mal die Überlegenheit der marxistischen über die bürgerliche Geschichtsschreibung beweisen.

Heinz Heitzer

¹⁰ So schreibt W. Treue in Gebhardts Handbuch, Bd. 2, S. 424: „Deutschlands Wirtschaftsentwicklung im 18. Jh. ist gekennzeichnet durch Preußens Aufstieg zum stärksten Territorium. Auf die erste Gründerzeit im Zusammenhang mit der Hugenotteneinwanderung folgte nach 1713 die Umstellung vom Staat der Hofhaltung zu dem der Manufakturen... 1749 (begann) Friedrichs genauere Beschäftigung mit der Wirtschaft und deren persönliche Führung...“ Vgl. auch ebenda, S. 433 ff.

¹¹ Vgl. Ernst Werner: Formen der Feudalrente auf dem Balkan: Makedonische Agrargeschichte und die sogenannte Krise des Feudalismus. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1959, Heft 2, S. 338.

AUTOREN DIESES HEFTES

- Rolf Stöckigt*, wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Lehrstuhl Geschichte der Arbeiterbewegung am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Hans Busse*, Berlin-Treptow
- Richard Gyptner*, Botschafter, Bevollmächtigter der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik für die arabischen Staaten
- J. D. Stassowa*, Moskau
- Heinrich Gemkow*, stellvertretender Chefredakteur der „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Berlin
- Fredi Sumpf*, wissenschaftlicher Assistent am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Eckhard Trümpler*, wissenschaftlicher Assistent am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Oda Schulze*, wissenschaftliche Assistentin am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Karl-Heinz Hädicke*, wissenschaftlicher Oberassistent am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Gerhard Nitzsche*, wissenschaftlicher Oberassistent am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Edith Zorn*, freie Mitarbeiterin am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Heinz Voßke*, wissenschaftlicher Oberassistent am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Stefan Weber*, wissenschaftlicher Oberassistent am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Rolf Otte*, Leiter des Museums für Geschichte der Dresdner Arbeiterbewegung
- Teodor Ladyka*, Mitarbeiter des Instituts für Parteigeschichte beim Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Warschau
- Karl Wiegel*, Direktor des Museums für Geschichte der Leipziger Arbeiterbewegung
- Fritz Zimmermann*, Redakteur der „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Berlin
- Dr. Stefan Doernberg*, Dozent, stellvertretender Leiter des Lehrstuhls allgemeine Geschichte am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Günter John*, Wirtschaftler im VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“
- R. F. Schmiedt*, wissenschaftlicher Sekretär des Autorenkollektivs für das Lehrbuch der deutschen Geschichte, Berlin
- Dr. Heinz Heitzer*, mit der Wahrnehmung einer Dozentur beauftragt am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, Berlin

СО Д Е Р Ж А Н И Е

Тезисы Политбюро ЦК к 10. годовозлеии основания Германской Демократической Республики; *Рольф Штёкигт*, Соответствие мирной политики Германской Демократической Республики интересам западно-германского населения в борьбе с немецким милитаризмом; *Ганс Буссе*, Борьба Коммунистической партии Германии во главе демократических и патриотических сил в Западной Германии против учреждения западно-германского сепаратного государства (июнь 1948 г. до осень 1949 г.); *Роза Люксембург* в борьбе с немецко-прусским милитаризмом; Воспоминания; Документы и материалы: *Генрих Гемков*, Два письма Фридриха Энгельса к Францу Мерингу; *Фредри Зумпф* / *Экхард Трюмплер*, Документы пролетарского интернационализма по поводу основания Германской Демократической Республики; *Ода Шулце*, Дело в отвале!; *Карл-Гейнц Хэди́ке* / *Герхард Ницше*, Воззвание Эрнста Тельмана ко всем коммунистам; *Эдит Цорн*, КПФ — инициатор движения сопротивления к недавно найденным; Научные сообщения и заметки: Об участии немецких рабочих и солдат в Великой Октябрьской социалистической революции и в гражданской войне Советской России в 1918—1920 гг. (*Гейнц Фоске*); О работе комиссий по истории местного рабочего движения; Отчеты и замечания: О деятельности Института истории партии при Центральном Комитете Польской Объединенной Рабочей партии (*Теодор Ладыка*); Пять лет Музея истории лейпцигского рабочего движения (*Карл Вигель*); Отчет о публикациях Института марксизма-ленинизма при Центральном комитете СЕПГ в 1959 г. и план публикаций на 1960 год (*Фриц Циммерманн*); Критика и библиография.

CONTENTS

Theses of the Politbureau of the Central Committee on the Occasion of the 10th Anniversary of the German Democratic Republic; *Rolf Stöckigt*, The Concordance of the Peace Policy of the German Democratic Republic with the Interests of the Western German Population in the Struggle against German Militarism; *Hans Busse*, The Struggle of the Communist Party of Germany at the Head of the democratic and patriotic Forces in Western Germany against the Establishment of the Western German Separatist State (June 1948 to Autumn 1949); *Rosa Luxemburg* in the Fight against the Prussian-German Militarism; Recollections; Documents and Party of Germany at the Head of the democratic and patriotic Forces in Materials: *Heinrich Gemkow*, Two Letters of Friedrich Engels to Franz Mehring; *Fredi Sumpf*, *Eckhard Trümpler*, Documents of Proletarian Internationalism on the Foundation of the German Democratic Republic; *Oda Schulze*, We talk on Rubbish!; *Karl-Heinz Hädicke*/*Gerhard Nitzsche*, Thälmann's Appeal to all Communists; *Edith Zorn*, The Communist Party of France—Creator of the Résistance; Scientific Informations and Notes: *Heinz Voßke*, On the Participation of German Workers and Soldiers in the Great Socialist October Revolution and in the Civil War in Soviet Russia from 1918 to 1920; From the Work of the Committees for the

History of the Local Working-class Movement; Reports and Remarks; On the Activity of the Institute for Party History at the Central Committee of the Polish United Workers' Party (*Theodor Ladyka*); Five Years Museum for the History of the Leipzig Working Class Movement (*Karl Wiegel*); Report on the Publications of the Institute for Marxism-Leninism at the Central Committee of the Socialist Unity Party of German in 1959 and the Plan for Publications in 1960 (*Fritz Zimmermann*); Criticism and Bibliography.

C O N T E N U

Thèses du Bureau Politique du C. C. à l'occasion du Xe anniversaire de la fondation de la République Démocratique Allemande; *Rolf Stöckigt*, La concordance de la politique de paix de la République Démocratique Allemande avec les intérêts de la population de l'Allemagne occidentale dans la lutte contre le militarisme allemand; *Hans Busse*, La lutte du Parti Communiste Allemand à la tête des forces démocratiques et patriotes en Allemagne occidentale contre la condation de l'Etat séparatiste d'Allemagne occidentale (Juin 1949—automne 1949); Rosa Luxemburg dans la lutte contre le militarisme prusso-allemand; Souvenirs; Documents: *Heinrich Gemkow*, Deux lettres de Frédéric Engels à Franz Mehring; *Fredi Sumpf/Eckhard Trümpler*, Documents de l'internationalisme prolétarien sur la fondation de la République Démocratique Allemande; *Oda Schulze*, On parle des décombres!; *Karl-Heinz Hädicke/Gerhard Nitzsche*, L'Appel de Thälmann à tous les communistes; *Edith Zorn*, Le Parti Communiste Français—Créateurs de la Résistance. Au sujet de documents de la Gestapo récemment découverts; Communications et notes scientifiques: *Heinz Voßke*, De la participation d'ouvriers et soldats allemands à la Grande Révolution Socialiste d'Octobre et à la guerre civile en Russie soviétique 1918—1920; Travaux des Commissions d'étude de l'histoire du mouvement ouvrier local; Rapports et remarques: De l'activité de l'Institut de l'Histoire du Parti près du Comité Central du Parti Ouvrier Unifié Polonais (*Theodor Ladyka*); Cinq ans Musée de l'Histoire du Mouvement Ouvrier de Leipzig (*Carl Wiegel*); Rapport sur les publications de l'Institut de Marxism-Léninisme près du Comité Central du Parti Socialiste Unifié d'Allemagne en 1959 et le plan de publications pour 1960 (*Fritz Zimmermann*); Critique et bibliographie.

REDAKTIONSKOLLEGIUM

Ludwig Einicke (Chefredakteur), Ludwig Arnold, Horst Bartel, Herwig Förder, Fritz Knittel, Hellmuth Kolbe, Walter Nimtz, Erich Paterna, Raimund Wagner, Heinrich Gemkow (stellv. Chefredakteur)

Redaktionsschluß: 15. August 1959

Redaktion: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin N 54, Wilhelm-Pieck-Str. 1, Tel.: 20 05 81 — Verlag: Dietz Verlag GmbH., Berlin C 2, Wallstraße 76—79, Tel.: 27 63 61. Lizenznummer: 54 67 — Zuschriften, die den Inhalt betreffen, sind an die Redaktion, solche, die den Bezug angehen, an den Verlag zu richten — Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Der Preis beträgt für das Einzelheft 2 DM, das Jahresabonnement 8 DM — Bezugsmöglichkeiten: Für das Gebiet der DDR einschließlich des demokratischen Sektors von Groß-Berlin örtliche Buchhandlungen oder jedes Postamt. Für Westdeutschland, Westberlin sowie das gesamte Ausland Deutscher Buch-Export und -Import GmbH, Leipzig C 1, Leninstr. 16 — Druck: (140) Neues Deutschland, Berlin

OTTO GOTSCHKE

Auf Straßen, die wir selber bauten

Reportagen vom Werden unserer Republik

200 Seiten • Mit 11 Bildbeilagen • Ganzleinen 4,20 DM

Aufmerksam, mit der Gewissenhaftigkeit des echten Schriftstellers hat Otto Gotsche dem Werden unserer jungen Republik nachgespürt, dem schweren Neubeginn auf verlassenen Äckern, in zerstörten Fabrikhallen, vernachlässigten Schächten. In seinen lebensvollen, packend geschriebenen Reportagen und Skizzen führt er uns bis an die Brennpunkte unseres sozialistischen Aufbaus — die Warnowwerft in Rostock, das Eisenhüttenwerk Calbe, die Großkokerei Lauchhammer, die Rappbodetalsperre, das Großkraftwerk Lübbenau, das neue Dorf schließlich, dessen Antlitz sich von Grund auf wandelte.

Wir sind die Kraft

Der Weg zur Deutschen Demokratischen Republik • Erinnerungen

Etwa 550 Seiten • Mit 24 Bildern • Ganzleinen 8,20 DM

In lebendiger und anschaulicher Form schildern in diesem Sammelband 25 Aktivisten der ersten Stunde, unter ihnen viele bekannte Partei- und Staatsfunktionäre, ihre Erlebnisse im östlichen Teil Deutschlands nach der Niederschlagung des Hitlerfaschismus. Sie haben mitgewirkt bei der Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse, bei der demokratischen Bodenreform, der Enteignung der Kriegsverbrecher und Monopolisten, beim Aufbau des neuen Staatsapparates.

Unsere Bücher erhalten Sie in jeder Volksbuchhandlung, durch „Interbuch“, Zentrale Versandbuchhandlung für sozialistische Literatur, Leipzig C 1, Postfach 259, sowie durch den „Buchdienst“, Versandbuchhandlung des Berliner Volksbuchhandels, Berlin O 17 Rungestraße 20



DIETZ VERLAG BERLIN C 2

